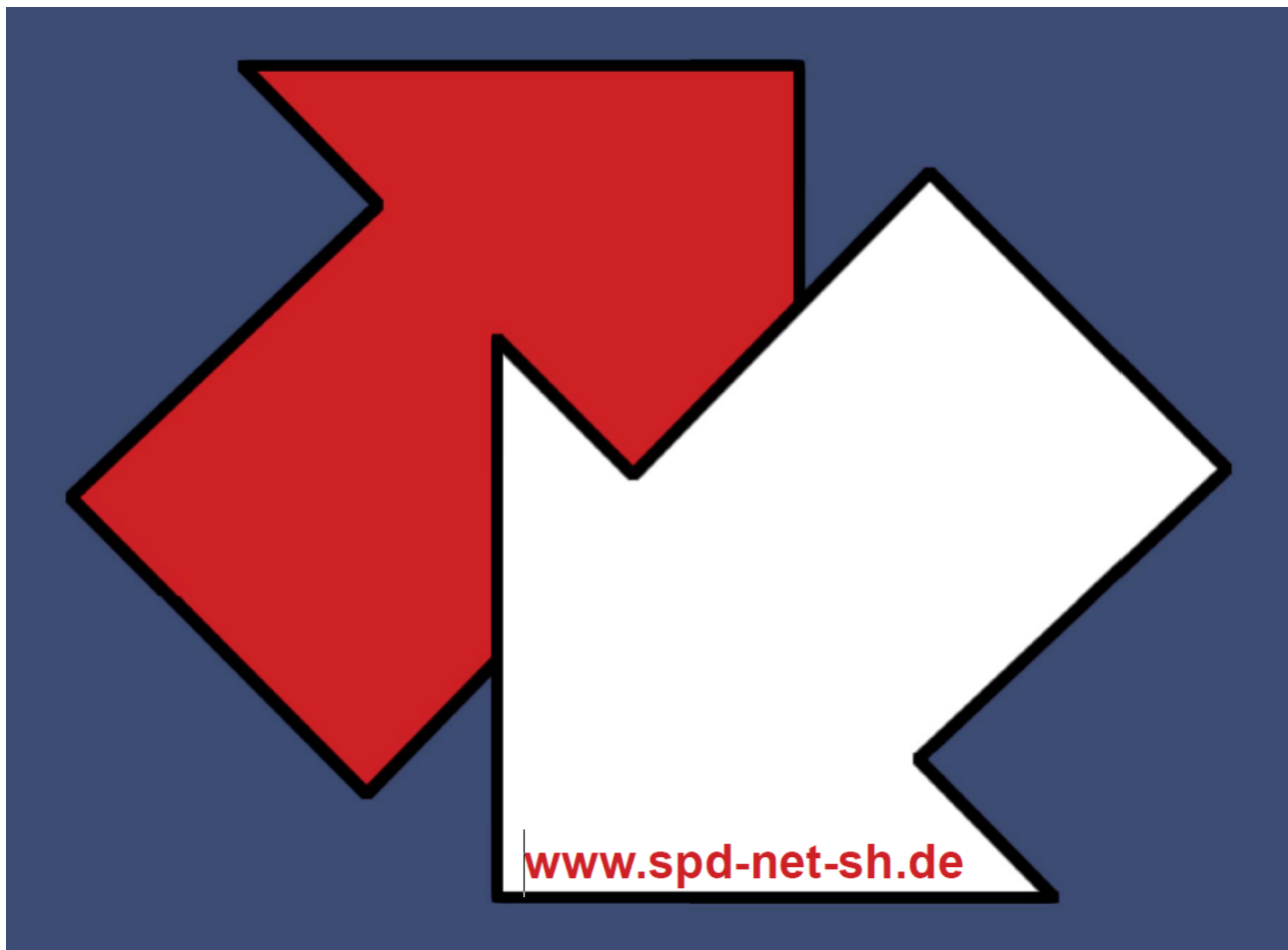


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2011, Oktober bis Dezember

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2017

[AG60plus Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 01.10.2011, 13:21 Uhr - 7538 Clicks - Nr. 994

Kreisverband AG 60plus Dithmarschen

Klaus Steinschulte ist am 29.09.2011 nach kurzer schwerer Krankheit verstorben.

Der am 20. 4.1939 in Dortmund geborene Bergbau-Ing. kam 1963 nach Dithmarschen und hat hier über viele Jahre die Dithmarscher SPD mitgestaltet und geprägt. Lange Jahre war er in Heide OV-Vorsitzender, später Fraktionsvorsitzender, Dezernent und Bauausschussvorsitzender und in den letzten Jahren bis Frühjahr 2011 Vorsitzender der AG 60plus-.Nicht immer stieß der streitbare Demokrat bei seinen Genossen auf Gegenliebe, aber seine Aufrichtigkeit und Gradlinigkeit forderte Respekt und Anerkennug

In den letzten Jahren widmete er sich mit besonderer Intensität der von ihm zusammen mit Bernd Steinke gegründeten „stiftung-geug-heide. Sie war sozusagen sein Lebenswerk und Vermächtnis an die nachfolgende Generationen. Die „ Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung“ hat sich die Förderung von Bildung und Erziehung sowie der Wissenschaft und Forschung zum Ziel gesetzt, um zum einen die Geschichte von 1933 bis 1945 aufzuarbeiten und zum anderen Vorsorge dafür zu treffen, dass heute und morgen nicht erneut Extremismus und Gewalt unsere Demokratie gefährden.

Neben zahlreichen Auszeichnungen und Ehrungen erhielt Klaus Steinschulte das Bundesverdienstkreuz und die Freiherr vom Stein Medaille.



Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 01.10.2011, 21:18 Uhr - 6700 Clicks - Nr. 995

Mit der S4 nach Ahrensburg und Bad Oldesloe

Probeweise hat es schon einmal geklappt: Abfahrt mit der S4 ab Hamburg, dann via Ahrensburg nach Bad Oldesloe. Die S-Bahn hatte zu einer öffentlichen Probefahrt eingeladen, und viele Vertreter aus Wirtschaft und Politik waren gekommen um zu fahren. Und um nun weiter beim Bundesverkehrsminister für eine Unterstützung des Projekts zu werben. Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister ebenso wie Hamburgs Wirtschaftssenator Frank Horch, Stormarns Landrat Klaus Plöger,



die Kreis-Verkehrsausschussvorsitzende Sigrid Kuhlwein, der Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Ole Thorben Buschhüter und sein Schleswig-Holsteiner Landtagskollege

Martin Habersaat, um nur einige zu nennen.

„Mit der S4 wächst die Region weiter zusammen“ - unter dieses Motto stellte die S-Bahn eine Broschüre, in der über das Projekt S4 informiert wird. Wandsbek, Rahlstedt und der Kreis Stormarn könnten mit der S4 an das Schnellbahnnetz angebunden werden. Bereits heute sind etwa 700.000 Menschen jeden Tag mit der S-Bahn unterwegs, 20.000 mehr würden es durch das neue Angebot. Zwischen Hasselbrook und Bargteheide müssen neue Gleise verlegt werden, zwei bis Ahrensburg und eins bis Bargteheide. Im Berufsverkehr wird Ahrensburg dann im 10-Minuten-Takt und Bargteheide im 20-Minuten-Takt angebunden sein.

Martin Habersaat konnte die Gelegenheit gleich nutzen, um erstmals mit der S-Bahn zu einer Sitzung des Stormarner Kreistags nach Bad Oldesloe zu fahren. Er ist sich sicher, dass die Einrichtung der S4 eine gute Entscheidung für die Region ist: „Geplant ist ja zudem, dass der Regional-Express so weiter fährt, wie bisher. Das verbessert die Anbindung Stormarns an Hamburg und macht uns als Wohnort und Wirtschaftsstandort noch attraktiver.“

[Fotoalbum](#)

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 02.10.2011, 15:19 Uhr - 17784 Clicks - Nr. 996

Kreisberufsschule Pinneberg in zwei Bauabschnitten

Keine ÖPP-Finanzierung eines Neubaus mit manipulierten Baukosten fordert Nicolai Overbeck
Kreisberufsschule Pinneberg in zwei Bauabschnitten – Keine ÖPP-Finanzierung eines Neubaus mit manipulierten Baukosten fordert Nicolai Overbeck

Die Unsicherheit über die Zukunft der Kreisberufsschule Pinneberg muss endlich ein Ende haben, fordert der schulpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Nicolai Overbeck.

Er fordert, die notwendigen Baumaßnahmen in zwei Abschnitten zu verwirklichen. Priorität hat der Ersatzneubau des so genannten Mitteltraktes. Mit dem planerischen Vorarbeiten kann bereits 2012 und mit den Baumaßnahmen spätestens ab 2013 begonnen werden, die zügig abzuschließen sind. Der rd. 15,8 Mio € teure Mitteltrakt ist, da sind sich SPD und Kreisverwaltung einig, trotz der einschneidenden Auflagen des Innenministers für den Haushalt 2011/2012 finanzierbar.

Seit Jahren wird auf Veranlassung von CDU geprüft und geplant kritisiert Overbeck. Die Gutachterkosten schätzte die Verwaltung bereits 2009 auf 1,44 Mio. Damit müsse jetzt Schluss sein fordert Overbeck, denn es sein schon immer klar gewesen, dass in jedem Fall als erstes der bereits abgerissene Mitteltrakt der Schule ersetzt werden muss.

Wie mit dem restlichen Schulgebäude umzugehen ist, soll nach Abschluss der Baumaßnahme Mitteltrakt entschieden werden. „Dann kann“ –so Overbeck- „entschieden werden, was realistisch machbar ist, um die seit 2007 bestehende Unterbringung von Schülern in Containern zu beenden.“

Die erneute Behauptung von CDU und FDP, ein Neubau sei finanziell günstiger als die komplette Sanierung, erinnert die SPD stark an den gescheiterten Neubau des Kreishauses. Wie beim Kreishaus sind von CDU und FDP willkürlich Berechnungsgrößen verändert worden, um das gewünschte Neubauziel zu erreichen. Noch im Juni 2011 stellten die Gutachter auf der Basis gemeinsam vereinbarten Berechnungsgrundlagen fest, dass bei der Vollsanierung mit rd. 25,1 Mio € und bei einem Neubau mit Kosten zwischen 27,4 Mio € und 32,5 Mio € zu rechnen ist. Keine drei Monate später war die Sanierung rd. 0,8 Mio € teurer und der Neubau 4,8 Mio € billiger.

Einen kompletten Neubau mit den von CDU und FDP „hin gerechneten“ Baukosten im Höhe von 22,6 Mio € im Rahmen einer Ausschreibung zu erreichen, hält die SPD für reines Wunschdenken

Das hat –so Overbeck- nichts mit einem völlig neuen Konzept zu tun, wie CDU und FDP behaupten, sondern mit manipulierten Kostenberechnungen, um einem Privatinvestor mit einer ÖPP-Finanzierung ein lohnendes Geschäft zu Lasten des Steuerzahlers zu ermöglichen.

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 02.10.2011, 21:48 Uhr - 4661 Clicks - Nr. 997

Alles Logo in Neumünster?

SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna hat mit einer "Kleinen Anfrage" nach den Kosten für die Erstellung des neuen Logos für Neumünster gefragt.

Die Antwort des Oberbürgermeisters lautet, dass die Erstellung des Logos 23.000 Euro gekostet hat.

SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna antwortet dem Oberbürgermeister wie folgt und stellt zwei weitere Fragen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

dafür, dass das neue Logo nichts gekostet hat bzw. Geld eingespart werden sollte, wurde doch erstaunlich viel Geld dafür ausgegeben.

Ein erkennbarer Vorteil für Neumünster stellt das Logo nicht da.

Während andere Städte mit Ihrer industriellen Vergangenheit werben, wird in Neumünster die Leder- und Textilindustrie aus dem Logo verbannt. Meine ganz persönliche Meinung ist, dass das neue Logo den Charme einer WC-Entenwerbung hat.

Es wurde meiner Meinung nach hier sinnlos Geld aus dem Fenster geworfen. Auch, wenn das Geld aus der Tasche des DOC-Betreibers stammt.

Meine beiden zusätzlichen Fragen lauten:

1. Wie viel hat die Präsentation des Logos im Rahmen der Weinköste bzw. der PSST-Aktion gekostet?

2. Ist das Geld, das der DOC-Investor der Stadt zur Verfügung stellt nicht im städtischen Haushalt aufgenommen worden?

Diese beiden zusätzlichen Fragen werden vom Oberbürgermeister schriftlich beantwortet und nachgereicht.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 03.10.2011, 08:36 Uhr - 17209 Clicks - Nr. 998

Schulsozialarbeit – langfristig erhalten und weiter entwickeln.

Keine Kürzung der Förderung durch Städte und Gemeinden.

Schulsozialarbeit – langfristig erhalten und weiter entwickeln. Keine Kürzung der Förderung durch Städte und Gemeinden.

Die Kürzungen von Förderanteil für die Schulsozialarbeit durch die Städte und Gemeinden, wie in Teilen von CDU und FDP diskutiert, lehnen die SPD Kommunalpolitiker ab. Sie haben sich auf Ihrer Kommunalpolitischen Konferenz auf folgende Kernpunkte der Schulsozialarbeit verständigt

1. Die Landesweit vorbildliche Schulsozialarbeit im Kreis Pinneberg ist als Regelförderung langfristig zu erhalten und weiter zu entwickeln.

2. Das bestehende Konzept mit kreisweit gültigen Qualitätsmerkmalen wird auf der Basis der gemeinsamen Finanzierung von Kreis und kreisangehörigen Gemeinden als Regelförderung uneingeschränkt fortgeführt.

3. Zur Befriedigung der steigenden Nachfrage an unterstützender Hilfe durch die Schulsozialarbeit stellt der Kreis aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) noch für das laufende Haushaltsjahr 2011/ 2012 zusätzlich jährlich 1,0 Mio € den Schulträgern unter Einbeziehung der Jugendhilfe zur Verfügung.

4. Nach Auslaufen der auf zwei Jahre befristeten Förderung durch den Bund übernimmt der Kreis die zusätzliche Förderung in Höhe von 1,0 Mio €. Die Finanzierung ab 1.1.2014 erfolgt Minderausgaben bei der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung, die dann vom Bund übernommen werden.

Im Kreis weigern sich CDU und FDP bislang beharrlich, die 2014 auslaufende Bundesförderung durch den Kreis zu übernehmen. Die SPD fordert die beiden Fraktionen auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und sich unmissverständlich zu einer zusätzlichen Förderung der Schulsozialarbeit als Regelförderung zu erklären.

Keine Kommentare

„Es gibt nichts Gutes – es sei denn man tut es“

Bunter Nachmittag der AG 60plus zu Erich Kästner - 12. Oktober, 15.30 - 17.30 Uhr, Bürgerhaus Dehlingsdorf

Die AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn widmet ihren nächsten Bunten Nachmittag dem Schriftsteller Erich Kästner. Niels-Peter Horn, Angela Batty und Jürgen Schneider vom Vorstand der AG 60plus geben mit vielen Leseproben einen Einblick in Leben und Werk des Dichters. Kästners Bücher wurden im Dritten Reich verbrannt. Er ging aber nicht ins Exil. Für die Ufa lieferte er unter Pseudonym das Drehbuch zu dem Jubiläumsfilm „Münchhausen“. Nach dem Krieg gehörte er zu den Gründern der „Münchner Lach- und Schiessgesellschaft“ und war Vorsitzender des westdeutschen PEN-Zentrums. Er kämpfte gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik und trat bei Ostermärschen als Redner auf. Kästner starb 1974 in München.



Jürgen Schneider: „Kästner ist sehr vielseitig. Wir wollen einen Teil seiner Vielseitigkeit abbilden, freuen uns aber sehr, wenn auch einige Teilnehmer Ihre Lieblingszeilen von Erich Kästner mitbringen und vorlesen würden.“ Der Eintritt ist frei. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt, deswegen wird um Anmeldung gebeten bei Jürgen Schneider 04531/84603 juergen.schneider@spdbadoldesloe.de.

Adresse: Bürgerhaus Delingsdorf, An der Friedenslinde 1 – (B75 Ortsmitte an der Telefonzelle/am Teich) Buslinie 8110 bis Delingsdorf/Dorfstraße.

Keine Kommentare

Sonnige Oktobertour durch Wentorf

Zu einer Radtour durch Wentorf hatte die SPD ihren Landtagskandidaten Martin Habersaat und interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen. An einem sonnigen Oktobertag wollte man dem Abgeordneten, der seit 2009 für Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek in Kiel aktiv ist, die Gemeinde zeigen, die neu zu dem Wahlkreis hinzugekommen ist. Zahlreiche Stationen wurden angesteuert und erläutert.



Und während der Fahrt ergaben sich viele

Möglichkeiten für die Wentorfer, den 34jährigen Barsbüttler näher kennenzulernen.

Los ging es im Casinopark, gleich ein guter Einstieg in die jüngere Geschichte Wentorfs, das bis 1994 Garnisonsgemeinde war. Thematisiert wurde der Umgang mit den ehemaligen Bundeswehrflächen, die heute teilweise dem Wohnen, dem Gewerbe oder, wie die Wentorfer Lohe, Naturschutzzwecken dienen. Es folgten Blicke auf das anstehende Baugebiet „Langer Asper“ ebenso wie auf die Wentorfer Schulen - vom Landesförderzentrum Sprache über die Grundschule bis zu den weiterführenden Schulen. Nach etwas mehr als zwei Stunden war die Runde vollbracht und Martin Habersaat um viele Eindrücke reicher. Mit dem Fahrrad ging es für den Abgeordneten dann zurück nach Hause - eine Tour durch große Teile des restlichen Wahlkreises, über Reinbek und Glinde nach Barsbüttel.

Martin Habersaat gehört dem Landtag seit 2009 an, seit Mai 2011 ist er bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion und gehört dem Fraktionsvorstand an. Neben der Bildungspolitik kümmert sich Habersaat um die Metropolregion Hamburg und ist Mitglied der Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“. Über seinen Wahlkreis sagt er: „Es gehören nur fünf Städte und Gemeinden zum Wahlkreis, das ermöglicht mir, neben der Arbeit in Kiel auch viel vor Ort präsent zu sein. Wentorf und Südstormarn bilden einen Verdichtungsraum, der nicht zuletzt durch das gemeinsame Mittelzentrum neue Impulse erhalten wird. Dazu möchte ich gerne in den kommenden Jahren beitragen.“

[Fotoalbum](#)

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 04.10.2011, 08:26 Uhr - 5805 Clicks - Nr. 1001

Exkursionsreihe „Zukunftsfähige Energie-Standorte“

Nach dem Motto „Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah“ hatte der Agenda 21 Arbeitskreis des Kreises Plön am 30. September ins Blockheizkraftwerk und Wasserkraftwerk in Schwentinental eingeladen.

Das mit Erdgas betriebene Blockheizkraftwerk der Stadtwerke Schwentinental versorgt die Anwohner mit „Nahwärme“, die Stromerzeugung ist somit ein nur ein gewollter und willkommener

„Nebenerwerb“. Das Problem, wohin mit der Wärme im Sommer, ist hier exzellent gelöst. Das Freizeitbad Schwentinental wird aufgeheizt und bietet Groß und Klein einen ausgezeichneten Badespaß!



Das Wasserkraftwerk der Stadtwerke Kiel ist 110 Jahre alt und nutzt die Wasserkraft der Schwentine aus dem aufgestauten Rosenfeldersee. Immerhin 2 MW Leistung wird eingespeist und wird von den Stadtwerken insbesondere genutzt, um unvorhersehbare Spitzen, z.B. im Herbst und Winter, abzudecken. Besonders beeindruckend waren die über 100 Jahre alten Turbinen, die Technik „zum Anfassen“ bieten und bis auf kleine Reparaturen einwandfrei funktionieren. Und auch an die Umwelt wurde gedacht. Die neue Fischtreppe ermöglicht das Wandern der Fische

stromauf- und –abwärts. Einziger Wermutstropfen ist die Betonarchitektur neben dem unter Denkmalschutz stehenden Wasserwerk.

„Ein toller informativer Nachmittag, der zeigt, was im Kleinen alles möglich ist. Jedoch, die beste Energie ist immer noch die, die nicht verbraucht wird. Dieses Potential wird bisher noch nicht ausreichend ausgeschöpft! „, betont Birgit Malecha-Nissen, umweltpolitische Sprecherin der SPD Fraktion.

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 04.10.2011, 09:36 Uhr - 3720 Clicks - Nr. 1002

SPD: CDU zeigt erstaunliche Unkenntnis

Bad Bramstedt. Sehr verwundert zeigt sich SPD-Stadtverordneter Arnold Helmcke über die jüngste Verlautbarung der örtlichen CDU – zu lesen auf deren Homepage -, dass ein Bürgerentscheid auf Ortsebene nicht zulässig und nicht bindend sei.

Bad Bramstedt. Sehr verwundert zeigt sich SPD-Stadtverordneter Arnold Helmcke über die jüngste Verlautbarung der örtlichen CDU – zu lesen auf deren Homepage -, dass ein Bürgerentscheid auf Ortsebene nicht zulässig und nicht bindend sei.

„Ich weiß nicht, wer dies dem neuen Kollegen Stadtverordneten ins Ohr gesetzt hat, „sagt Helmcke weiter, „ich empfehle aber dringend das Studium der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein, wo die Instrumente des Bürgerentscheides und des Bürgerbegehrens fest verankert sind - sogar mit der Konsequenz, dass die Stadtverordneten sich mindestens zwei Jahre an ein solches Votum halten müssten.“

Wie die CDU bezogen auf das Thema Bürgerentscheid zu der Aussage kommen kann, dass „die Ergebnisse aber weder rechtliche Bedeutung hätten, noch für die politischen Entscheidungsträger verbindlich wären“ entzieht sich der Kenntnis der Sozialdemokraten.

Die SPD hält Bürgerbegehren und Bürgerentscheid für wichtige Instrumente der Demokratie und nicht nur für ein demokratisches Feigenblatt. Die Sichtweise der CDU zeuge von erstaunlicher Unkenntnis und einer sehr merkwürdigen Form von Bürgernähe.

Keine Kommentare

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 04.10.2011, 13:34 Uhr - 6215 Clicks - Nr. 1003

AG 60plus KV-Dithmarschen

Detlef Buder tritt als Vorsitzender der AG 60plus zurück

Aus Protest - weil seine Frau, die Kreisvorsitzende Angelika Hansen, bei der Kreisdelegiertenwahl am 20.9.2011 nicht zur Landtagskandidatin gewählt wurde - hat der Vorsitzende der AG60plusDithmarschen Detlef Buder(MdL)sein Amt niedergelegt.

Keine Kommentare

Mit „pädagogischem Feuer“ gegen Stress

Zu einer DAK-Studie zur Lehrgesundheit, nach der weniger als die Hälfte der Lehrer in sieben Bundesländern glaubt, bis zum gesetzlichen Pensionsalter arbeiten zu können, erklärt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion:



Für die Studie wurde nur eine Schule in Schleswig-Holstein herangezogen. Deshalb kann eine erste Stellungnahme sich nur auf allgemeine Rückschlüsse beziehen, nicht auf landesspezifische.

Die Studie ergibt, dass der Anteil der Lehrerinnen und Lehrer, die sich ein Weiterarbeiten bis zur Pensionsgrenze am ehesten vorstellen können, an den Gesamtschulen (Gemeinschaftsschulen) am größten ist. Dies sehe ich als Beleg dafür, dass „pädagogisches Feuer“ in Form eines pädagogischen Konzepts der Schule und einer Grundhaltung der Lehrenden eine wichtige Grundlage ist.

Wenn viele Lehrerinnen und Lehrer die Regelaltersgrenze nicht erreichen und nicht glauben, bis zum gesetzlichen Pensionsalter arbeiten zu können, ist diesem Zustand auf unterschiedlichen Ebenen zu begegnen:

Umgang mit den Lehrerinnen und Lehrern: Lehrerinnen und Lehrer sind hochqualifizierte Fachkräfte. Schulleitungen und Ministerien müssen sich dieser Tatsache bewusst sein und mitarbeiterorientierte Strukturen implementieren. Dazu gehören Mitbestimmung bei Fragen der bildungspolitischen und schulprogrammatischen Ausrichtung, realistische Anforderungen und Berechnungen von Unterrichts- und Arbeitszeiten, aber auch die Einrichtung von professionellen Arbeitsplätzen.

Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern: Der Umgang mit den in der Studie bezeichneten „Internen Ressourcen“, der eigenen Arbeitskraft, Zeit- und Stressmanagement müssen grundlegender Teil der Lehrerausbildung werden. Wenn Leistungsunterschiede bei Schülerinnen und Schülern ihre Lehrer unter Stress setzen, muss auch der Binnendifferenzierung ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Arbeit im Team, gegenseitige Hospitationen und gemeinsames Entwickeln von Unterrichtseinheiten müssen selbstverständlicher und entlastender Teil des Arbeitsalltages werden.

Auswahl von Lehrerinnen und Lehrern: Wer an die Schule geht, um Lehrerin oder Lehrer zu werden, muss sich vor allem für pädagogische Arbeit, für Kinder und Jugendliche interessieren. Ein Lehrer, der „von Haus aus Germanist“ ist, muss sich fragen, warum er dann nicht auch Germanist geworden ist. Dieses pädagogische Feuer muss Auswahlkriterium bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern sein. Wer nicht mehr Lehrer sein mag, sollte sich nach einer neuen beruflichen Perspektive umsehen und nicht die Frühpensionierung als einzige Option im Kopf haben.

[Link zur Studie](#)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.10.2011, 11:20 Uhr - 2018 Clicks - Nr. 1005

Kieler Ratsversammlung hat entschieden: Keine Gigaliner auf Kieler Straßen

Patrick Tiede schreibt in der KN am 05.10.11: „Doch nach Lage der Dinge werden Gigaliner nun auch bald auf drei Strecken durch die Landeshauptstadt rollen“. Diese Darstellung ist falsch. Die Kieler Ratsversammlung hat sich mit großer Mehrheit gegen den Einsatz von Gigalinern auf Kieler Straßen positioniert.

Die Verwaltung hat ihre Zustimmung zu den nachrangigen Straßen in Kiel gegenüber der Landesregierung zurückgezogen. In der Strecken-Meldung der Landesregierung an den Bund vom 29.09.2011 sind keine Straßenabschnitte im Kieler Stadtgebiet benannt worden.

Fazit: es wird keine Gigaliner auf Kieler Straßen geben.

Die Kieler Nachrichten werden aufgefordert, ihre Darstellung zu korrigieren.

Dies erklären die verkehrspolitischen Sprecher von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen, Achim Heinrichs und Lutz Oschmann sowie Antje Danker vom SSW zu dem KN-Artikel am 05.10.11 von Patrick Tiede zu dem Einsatz von Gigalinern auf Kieler Straßen.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 05.10.2011, 13:59 Uhr - 16086 Clicks - Nr. 1006

MdB Sönke Rix: Kooperationsverbot kippen!

Viele von uns kennen das: Sie ziehen von einem Bundesland in ein anderes und plötzlich ist alles anders. Auch in der Schule: Ein neues Schulsystem, neue Fächer, neue Inhalte, andere Schwerpunkte. Der Ruf nach einer Vereinheitlichung ist da nur verständlich. Aber die bestehende Bildungshoheit ist seit der Einigung über die Föderalismusreform 2006 in der Eigenverantwortung der Bundesländer.



Ich meine, dass wir ohnehin an einer ganz anderen Ecke tätig werden müssen und können. Das größte Problem des deutschen Bildungssystems ist, dass zu viele Schüler ohne Abschluss zurück bleiben und der Bildungserfolg immer noch stark an die soziale Herkunft gekoppelt ist.

Dass gute Leistungen und Chancengleichheit Hand in Hand gehen können, zeigt das Beispiel Rheinland-Pfalz. Dort setzt man klar auf den Ausbau der Bildungsinfrastruktur und auf eine Förderung von Ganztagsangeboten von der Kita bis zum Abitur. Denn wir brauchen einen flächendeckenden Ausbau früher und individueller Förderung und damit mehr Personal für bessere Kitas und Schulen.

Ein weiterer Hemmschuh ist das seit 2006 festgeschriebene Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung. Danach sind dem Bund Investitionen in Bereiche untersagt, für deren Gestaltung allein die Länder zuständig sind – wie etwa den Schulen. Ein großer Fehler, wie man

heute weiß.

Die SPD will das Kooperationsverbot rückgängig machen, damit sich der Bund endlich an den dringend erforderlichen Investitionen im Bildungsbereich - wie beim Ausbau von Kitas, Schulen, Studienplätzen und Weiterbildung oder beim Thema Inklusion - beteiligen kann. Bund, Länder und Gemeinden sollen bei den großen Projekten in der Bildungspolitik an einem Strang ziehen.

Dafür will die SPD im Grundgesetz einen neuen Artikel 104c verankern, der es dem Bund erlaubt, die Länder auch dauerhaft finanziell zu unterstützen. Bisher war dies nur durch komplizierte Rechtskonstruktionen möglich – wie etwa beim milliardenschweren Ganztagschulprogramm. Die SPD legt als erste Partei ein Konzept für die Abschaffung des Kooperationsverbots vor. Auch sämtliche Lehrerverbände, der Deutsche Städtetag, die Handwerkstage und alle Wissenschaftsverbände lehnen das Kooperationsverbot ab. Inzwischen ist es auch in anderen Parteien umstritten.

Und schließlich: Deutschland gibt immer noch viel zu wenig für Bildung aus.

Deshalb soll nach dem Willen der SPD der Bund ab 2013 Ländern und Kommunen von seinem Steueraufkommen 10 Milliarden Euro mehr für Bildungsausgaben zur Verfügung stellen. Mit weiteren 10 Milliarden Euro durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sollen die Länder in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag zur Bildungsfinanzierung zu leisten.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der "Eckernförder Zeitung" vom 05.10.2011

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 05.10.2011, 22:12 Uhr - 4528 Clicks - Nr. 1007

Arbeitskreis Energie/Klimaschutz in Osterrönfeld!

Steigende Energiekosten, Klimawandel und eine gesellschaftlich getragene Energiewende hin zu erneuerbaren Energien machen das „Thema Energie“ nicht erst seit gestern zu einer Zukunftsfrage! Bei gemeindlichen Investitionen im Gebäudebestand wird natürlich schon jetzt auf energiesparende Technik und Wärmedämmung gesetzt, doch die anstehenden Fragen gehen weiter! Wie werden wir unsere Energieversorgung zukünftig sichern, wenn die fossilen Ressourcen nicht mehr zu Verfügung stehen?



Welche Techniken lassen sich heute schon einsetzen, um die Effizienz der eingesetzten Energie zu verbessern? Das betrifft jeden Haushalt in Osterrönfeld, aber auch die Gemeinde Osterrönfeld, die

diesen Wandel langfristig mitgestalten wird.

Um diese Herausforderungen offensiv anzugehen, wollen die Osterrönfelder Wählergemeinschaft (OWG) und die Osterrönfelder SPD gemeinsam einen interfraktionellen Arbeitskreis Energie/Klimaschutz einrichten und rufen auch interessierte Mitbürger auf, sich daran zu beteiligen. Bringen Sie Ihre Ideen ein, gestalten Sie unsere gemeinsame Zukunft aktiv mit! Kommen Sie am Donnerstag, dem 27.10.2011 um 18.30 Uhr in´s Rathaus Osterrönfeld (bitte den Seiteneingang benutzen). Wenn Sie Fragen haben oder sich anmelden möchten, wenden Sie sich gerne an Sven Bareiß (04331/830306) oder Jan-Niklas Potten (0151-20134594). Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung...

Weitere Infos zu diesem Thema finden Sie hier [\[mehr\]](#).

--

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.10.2011, 13:32 Uhr - 10824 Clicks - Nr. 1008

KV-Intern aktuell erschienen

Die Kreisinformation KV-Intern, das Info-Blatt der Kreistagsfraktion und des Kreisvorstandes Schleswig-Flensburg, ist gerade erschienen und wir möchten es auch hier vorstellen.

Das Informationsblatt erscheint mindestens 3mal im Jahr und berichtet über aktuelle Themen aus dem Kreis Schleswig-Flensburg und aktuelle politische Themen.

[KV Intern 09.2011](#)

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 06.10.2011, 14:19 Uhr - 5625 Clicks - Nr. 1009

Eichstädt: „Blaue Briefe“ wegen Facebook – ein kluger Weg?

Zur Versendung von Briefen des ULD an öffentliche Stellen mit der Aufforderung, Facebook-Buttons und -Fanpages zu deaktivieren, erklärt der medien- und datenschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Der Datenschutzbeauftragte Dr. Weichert handelt unabhängig und ohne jede Weisung durch die Politik. Es steht ihm also vollkommen frei, diesen Weg zu gehen. Ob das klug ist, muss Herr Weichert selbst entscheiden.

Denkbar wäre auch ein koordiniertes Verfahren aller Datenschützer der Länder, aber ob die das wollten, ist mir nicht bekannt.

Dass bei der Auseinandersetzung um Facebook gerade die Staatskanzlei das erste Ziel des Landesdatenschützers ist, wird sicher die Aufmerksamkeit steigern; ob hier die Hauptproblematik

zu verorten ist, bleibt offen.

Ich halte es für notwendig, dass Facebook die Verwendung von Daten transparent macht und selbstverständlich Datenschutzgesetze konsequent beachtet."

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 06.10.2011, 15:11 Uhr - 86192 Clicks - Nr. 1010

„Bienengesundheit stärker in den Fokus rücken“

Agrarausschuss will Imkerei mit mehr Forschungsmitteln stärken

„Es ist nötig, dass die Imkerei in Europa im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU eine deutliche Stärkung erfährt.“ Davon zeigte sich die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust nach der Abstimmung des Berichts über die Gesundheit von Honigbienen überzeugt.

Mit dem am Donnerstag vom Agrarausschuss des Europäischen Parlaments vorgelegten Bericht weisen die Europaabgeordneten auf die besonderen Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor und seinen herausragenden ökologischen Stellenwert hin.

„Der Agrarausschuss hat sich ganz klar dafür ausgesprochen, die Forschung in Bezug auf die Bienengesundheit zu verstärken, vor allem auch unter dem Aspekt der Vorbeugung von Bienenkrankheiten und der Stärkung des Immunsystems der Bienen“ betonte die agrarpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. „Um diesen traditionsreichen Teil des europäischen landwirtschaftlichen Erbes zu erhalten, halte ich es aber ebenso für erforderlich, Imker, Landwirte und Forstwirte bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Bienenkrankheiten zu unterstützen – nicht zuletzt durch vermehrte Qualifizierungsangebote“, so Rodust. Beidem habe der Ausschuss mit seinem Bericht Rechnung getragen.

„Wenn wir uns deutlich machen, dass der größte Teil aller Pflanzenarten und Dreiviertel der Nahrungsmittelproduktion in Europa auch von der Bestäubung der Pflanzen durch Bienen abhängt, wird ersichtlich, dass der ökonomische Wert dieser Leistung bei Weitem den Wert des erzeugten Honigs übersteigt,“ erläutert Rodust. Wichtig sei es deshalb bei der jetzt anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik den Fokus vor allem auf den Erhalt der Biodiversität zu legen.

„Monokulturen, beispielsweise durch die zunehmende "Vermaisung" auf Ackerflächen, sind nicht hilfreich für den Erhalt der Bienengesundheit und die Gewährleistung eines qualitativ hochwertigen Honigs", so die SPD-Europaabgeordnete abschließend.



Keine Kommentare

Rede: Studierendenansturm und Wohnraum

Landtagsrede vom 05.10.2011

Ich war in Versuchung, diese Rede mit Verweisen auf die Wohnsituation von Diogenes oder Harry Potter zu beginnen. Dann habe ich in der Landtagszeitung gelesen, dass es Kollegen gibt, die auf die Frage nach ihrem Lieblingsbuch keine Angabe zu machen wissen. Das bringt mich dazu, auf literarische Exkurse zu verzichten und gleich auf die heute zu klärenden Fragen zu kommen:



Frage 1: Will das Land Schleswig-Holstein Hochschulstandort sein?

Das war ja eine der meistdiskutierten Fragen 2010. Nachdem der CDU-Wissenschaftsminister sich gegen den CDU-Finanzminister durchsetzen konnte und Schleswig-Holstein keine Studienplätze verkauft, scheint diese Frage von allen Fraktionen hier im Hause mit Ja beantwortet zu werden.

Frage 2: Brauchen wir dauerhaft mehr Studienplätze?

Da wird es schon schwieriger. Doppelte Abiturjahrgänge und nicht-wehrpflichtige junge Männer müssen Aufnahme an den Hochschulen finden. Da gab es bundesweite Einigkeit, dafür gab es den Hochschulpakt. Die Frage, ob diese Studienplätze allerdings auch langfristig erhalten bleiben sollen, wird von der Politik uneinheitlich beantwortet. „Im Prinzip ja“ – Wie aber die zusätzlich geschaffenen Stellen langfristig finanziert werden sollen, ist noch nicht so richtig klar und wird teilweise der Kreativität der Hochschulen überlassen.

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zu einer Abschaffung des Kooperationsverbots, die eine langfristige Unterstützung durch den Bund erleichtern könnte, ist vom Bundestag an seinen Bildungsausschuss überwiesen worden. Hier im Hause haben wir die Abschaffung einstimmig gefordert – hoffen wir also das Beste: Hoffen wir auf dauerhaft mehr Studentinnen und Studenten.

Frage 3: Wo sollen diese Studentinnen und Studenten wohnen?

Frau Staatssekretärin Dr. Andreßen hat am 30.9. in einer Medien-Information verlautbaren lassen, dass sie sich im Rahmen eines Runden Tisches mit allen Teilnehmern einig war, dass die „Versorgungsquote mit staatlich geförderten Wohnheimplätzen in Schleswig-Holstein im Bundesvergleich niedrig ist und Investitionen in zusätzlichen studentischen Wohnraum erfordere“. Im nächsten Satz erfährt der geneigte Leser, dass auch private und gemeinnützige Anbieter willkommen sind, sich an diesen Investitionen zu beteiligen.

Nun soll es standortbezogen weitergehen. Das fordern auch die Grünen in ihrem Antrag, das ist auch naheliegend. Nur: War das nicht auch vor ein paar Monaten schon naheliegend? Warum handelt das Ministerium erst jetzt?

Frage 4: Wo muss die Politik nun ansetzen?

Natürlich geht die Herausforderung in erster Linie an die Studentenwerke und an die Hochschulstädte. Das Land sollte aber unterstützend und moderierend mitwirken. Wenn das jetzt losgeht: gut. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass mancher Wohnraum-Markt-Teilnehmer schon einmal gern der Versuchung nachgibt, auf gestiegene Nachfrage nach Wohnraum mit gestiegenen Mieten zu reagieren. Dem muss ein gefördertes Angebot entgegen gesetzt werden.

Das Studentenwerk Schleswig-Holstein bietet z.B. in Kiel eine Reihe von Wohnheimen mit einer Kapazität von überschlägig 2.000 Zimmern an, für die Miete in einer Größenordnung von etwa 200 Euro verlangt wird. Natürlich brauchen wir eine Langzeitprognose des Bedarfs, was nicht allzu schwer sein dürfte, weil der Bedarf aus der Zahl der zu erwartenden Studierenden abzüglich der wenigen besteht, die in Kiel oder Umgebung wohnen und sich kein eigenes Zimmer suchen.

Wir müssen klären, ob die vorhandenen Förderprogramme für Wohnraum verstärkt für studentischen Wohnraum eingesetzt werden können. Das Wort „Umschichtungen“ im Grünen-Antrag liest sich leicht, aber der Hinweis muss erlaubt sein, dass Wohnraumförderung in der Regel finanziell schwachen Bevölkerungsgruppen zu Gute kommt, beispielsweise jungen Familien oder Rentnern. Beiden Gruppen würde ich nicht gerne etwas wegschichten.

Ich schlage vor, dass wir die beiden Anträge in den Bildungsausschuss und mitberatend in den Innen- und Rechtsausschuss überweisen. Vielleicht können wir der Linken dort auch verständlich machen, dass nicht die Landesregierung der Haushaltsgeber ist, sondern der Landtag.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.10.2011, 13:01 Uhr - 1562 Clicks - Nr. 1012

Warum nicht auch gemeinsames Landes- und Kommunalschulden-Management?

Das von der Landesregierung vorgeschlagene und von den meisten Fraktionen des Landtages unterstützte Instrument gemeinsamer Bund-Länder-Anleihen, mit denen das Land Schleswig-Holstein Kredite zu günstigeren Bedingungen als bisher aufnehmen und einen zweistelligen Millionenbetrag an Zinsen sparen könnte, erscheint gut und sinnvoll. Aber warum dann nicht auch - quasi eine Ebene tiefer - ein gemeinsames Management der Schulden des Landes und seiner Kommunen?

Würden diese öffentlichen Schulden zusammengefasst, könnten mit den Banken auch bessere Kreditkonditionen als bisher ausgehandelt werden - sowohl für die Kommunen als auch für das Land selbst. Das wäre der sinnvolle Einstieg in einen Fonds zur Unterstützung des schrittweisen Abbaus der kommunalen Altschulden. Bereits im Oktober 2010 haben der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) und der Lübecker Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) so ein gemeinsames Landes- und Kommunalschuldenmanagement vorgeschlagen, und auch SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung halten seit langem einen Entschuldungsfonds mit

staatlicher Unterstützung für unabdingbar. Es wäre eine gute Gelegenheit, wenn Landtag und Landesregierung jetzt im Zusammenhang mit der sinnvollen gemeinsamen Bund-Länder-Anleihe auch die Voraussetzungen für ein gemeinsames Landes- und Kommunalschuldenmanagement schaffen würden, damit auch Schleswig-Holsteins Städte - und damit auch die Landeshauptstadt Kiel - Kredite zu günstigeren Bedingungen als bisher in Anspruch nehmen können und in der Folge weniger neue Kredite aufnehmen müssen bzw. bestehende schneller ablösen können.

Dies erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 07.10.2011, 18:21 Uhr - 5329 Clicks - Nr. 1013

Entwicklung des Wilden Moores weiter auf gutem Weg

Das im Süden der Gemeinde Osterrönfeld liegende Wilde Moor wird seit vielen Jahren von ehrenamtlichen Mitgliedern des Unabhängigen Kuratoriums Landschaft Schleswig-Holstein (UKLSH) betreut und weiterentwickelt. Dazu zählt u.a. die Vernässung des Wilden Moores, das dadurch wieder in seinen ursprünglichen Zustand nach vielen Jahren der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung versetzt werden soll. Über den Stand der Entwicklung informierten sich nun Gemeindevertreter der Gemeinde Osterrönfeld.



Dr. Kuno Brehm, Vorsitzender der UKLSH, sowie Stefan Rathgeber informierten u.a. Jan-Niklas Potten (SPD) als Mitglied des Planungs- und Umweltausschusses über die bisher umgesetzten Maßnahmen im Wilden Moor und zukünftig geplante Vorhaben. Trotz starker Regenschauer ließ sich die Gruppe nicht von ihrer Moorexkursion abbringen und konnte so einige interessante Entwicklungen vor Ort dargestellt bekommen. Dabei wird immer wieder deutlich, welchen hohen Stellenwert das Wilde Moor für Osterrönfeld hat. So sind nicht nur verschiedenste Vogelarten im Moor anzutreffen, sondern auch landesweit bedeutende Vorkommen von diversen Schlangenarten. Dass das Wilde Moor durch seine „CO₂-Speicher-Eigenschaft“ auch zum Klimaschutz beiträgt, erfuhren Mitglieder SPD Osterrönfeld bereits im letzten Jahr im Verlauf einer Moorbegehung [[mehr](#)]. Dieser Umstand macht Mooregebiete landesweit immer bedeutender im Rahmen von Klimaschutzprojekten. Osterrönfeld selbst nutzt das Wilde Moor auch für das gemeindeeigene „Ökokonto“, mit dem etwa Bauvorhaben an anderen Stellen im Ort kompensiert werden können. Durch die Beweidung der Moorflächen mit Heidschnucken soll zudem verhindert werden, dass die stark wasserziehenden Birken die Vernässung des Moores verhindern. Darüber hatte die SPD

Osterrönfeld in der Juni-Ausgabe ihres Infoblattes "Osterrönfelder Echo" berichtet [[siehe hier](#)].

Die Entwicklung im Wilden Moor wird nun weiter erfolgreich durch das UKLSH vorangebracht werden und Osterrönfeld weiterhin einen bedeutenden „Naturschauplatz“ bieten. Die Gemeinde Osterrönfeld wird diese Entwicklung weiterhin unterstützen.

--

Kommentar von [jan ter stege](#) vom 28.09.2015, 02:48 Uhr:

RE: Entwicklung des Wilden Moores weiter auf gutem Weg
super schön

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 08.10.2011, 21:56 Uhr:

RE: Entwicklung des Wilden Moores weiter auf gutem Weg
Das sieht auf dem Bild schon sehr vielversprechend aus. Dieses Pfeifengrasstadium ist üblicherweise eines der ersten Degenerationsmuster eines trockenfallenden Hochmoores. <http://biotoptypen.lareg.de/moore/5/> So kann man umgekehrt hoffen, dass es auch ein Übergangsstadium zum originären Hochmoor ist.

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 07.10.2011, 20:25 Uhr - 13822 Clicks - Nr. 1014

Deutschlandbonds sind ein Schritt in die richtige Richtung
Birgit Herdejürgen zur Einführung von Bund-Länder-Anleihen und zum Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2011 bis 2015



Die Forderung nach Deutschlandbonds – gemeinsame Bund-Länder-Anleihen – setzen da an, wo unser Altschuldenfonds aufhörte. Auf dem Höhepunkt der letzten Föderalismuskommission, 2008 / 2009, beschloss der Landtag, dass eine Lösung für die Altschulden zu den Voraussetzungen für eine Schuldenbremse gehört. Der Landtag hat sich damals eindeutig positioniert: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat einer verbindlichen Schuldenbremse nur dann zuzustimmen, wenn zugleich ein Konzept für eine faire Altschuldenregelung verabschiedet wird, das es für Schleswig-Holstein möglich macht, beim Inkrafttreten einer Schuldenbremse ausgeglichene Haushalte vorzulegen.“

Das haben wir beschlossen und mehrfach bekräftigt. Herausgekommen ist, das wissen wir, ein Kompromiss: Die Zusage für Konsolidierungshilfen bei Einhaltung bestimmter fremdbestimmter Parameter. Wir alle hier wissen, dass das nicht ausreicht und dass Schleswig-Holstein ebenso wie andere finanzschwache Bundesländer mehr gebraucht hätte und mehr braucht, um in einem konstruktiven Wettbewerb der Länder mitzuhalten.

Das schleswig-holsteinische Konzept für einen Altschuldenfonds sah vor, dass daraus Zinsen und Tilgung bedient werden, mit einer Laufzeit von rund 50 Jahren: Jedes Land hätte nach seinem Anteil an den Länderschulden eingezahlt, unterstützt durch frei werdende Mittel aus dem

Solidarpakt für die Länder – wie Schleswig-Holstein – mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft. Jetzt, mit den Deutschlandbonds, geht es im Grunde wieder um einen Kompromiss: Um die schlichte Zusammenfassung der Kreditaufnahmen. Parallel dazu wird der Abbau des strukturellen Defizits weiter hohe Priorität haben, damit wir unsere Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Die SPD wird dem Antrag zustimmen. Wir möchten aber deutlich sagen: Die Landtagsbeschlüsse vom 25. April 2008 und 15. Februar 2009 halten wir nach wie vor für richtig. Nur mit einer vernünftigen Altschuldenregelung wird Schleswig-Holstein ebenso wie andere strukturschwache und steuerschwache Länder in der Lage sein, es im fairen föderalen Wettbewerb mit den starken Ländern aufzunehmen. Wettbewerb, das möchte ich deutlich sagen, der konstruktiv sein soll. Der Ton, der sich mittlerweile gegenüber Hamburg entwickelt hat – wir kommen gleich noch auf das Thema „Messe-Standort“ – trägt jedenfalls auch nicht dazu bei, die künftige Zusammenarbeit konstruktiv anzugehen.

Schleswig-Holstein wird diese Zusammenarbeit brauchen. Wir werden unsere Stärken sehr eng mit denen anderer abstimmen müssen, wenn wir gemeinsam vorankommen wollen. Das betrifft kleinere Finanzvolumen, wenn es beispielsweise um den Schulkostenausgleich oder um die Frauenhausfinanzierung geht. Es betrifft aber auch große finanzielle Bewegungen.

Eines der Themen für eine nächste Föderalismuskommission wird der Abbau negativer Anreize für Zusammenschlüsse sein. Wenn Länder sich entschließen, ihre Kompetenzen zu bündeln und wenn Gebiets- und Verwaltungsreformen Synergien erzeugen sollen, dann darf daraus kein Nachteil beim Länderfinanzausgleich entstehen. Wir werden auch hier hart verhandeln müssen, um unsere Ziele zu erreichen: Vernünftige Reformen, zukunftsorientierte Investitionen.

Das ist zu schaffen, Deutschlandbonds sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie allein reichen nicht aus. Hoffen wir aber trotzdem, dass dieser Vorstoß zum Erfolg führt.

Wir sollten keine Zeit damit verschwenden, nach Argumenten zu suchen, die bestimmte Instrumente verhindern. Stattdessen kommt es darauf an, den Rahmen zu schaffen, um die Instrumente einsetzen zu können, die nötig sind, um Europa dauerhaft zukunftsfähig zu machen. In der jetzigen Krise wird deutlich, was in den Grundzügen längst bekannt und auch benannt war: Die Europäische Union ist nicht vollkommen. Sie hat Konstruktionsfehler, die behoben werden können – und behoben werden sollen.

Eine Währungsunion kann doch nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer Wirtschafts- und Finanzunion sein – und damit auch einer politischen Union! Deutschland profitiert von Europa – Friedensunion, als Raum wirtschaftlicher Verflechtungen, der durch die Währungsunion vertieft wurde. Diese verstärkte die gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschafts- und Finanzsysteme.

Daher ist es nur konsequent, die rechtlichen Voraussetzungen für die Schaffung einer Wirtschaftsregierung auf EU-Ebene zu schaffen. Sie sollte als Gemeinschaftseinrichtung parlamentarisch kontrolliert und legitimiert werden. Jede weitere Souveränitätsabgabe der nationalen Ebenen führt zum Kompetenzzuwachs für das EU-Parlament.

Für den Neustart brauchen wir

- die Konsolidierung der Haushalte, verbunden mit verbindlichen Regeln und Grenzen,
- eine faire Gläubigerbeteiligung,
- die Regulierung des internationalen Finanzmarkts,
- eine Finanztransaktionssteuer.

Die Vergemeinschaftung der Schulden hat schon durch die bisherigen Phasen der Rettungsschirme stattgefunden. Daher ist nicht nachvollziehbar, warum Schwarz-Gelb sich gegen die Eurobonds so

vehement wehrt. Wir dagegen sagen: Gemeinschaftliche Haftung ist ohne gemeinschaftliche Kontrolle nicht möglich. Wir sind bereit, die dafür notwendigen Änderungen in den europäischen Verträgen in Angriff nehmen.

Kommentar von [Jürgen Klein](#) vom 15.10.2011, 19:42 Uhr:

RE: Deutschlandbonds sind ein Schritt in die richtige Richtu

Liebe Birgit, als wenn es so einfach wäre: Eurobonds / Deutschlandbonds hier einige Nachteile zu deinem Hinweis bezüglich der Eurobonds - ohne diese abschließend zu bewerten: In der Praxis würde dies bedeuten, dass die Refinanzierung am Kapitalmarkt für bonitätsstarke Länder teurer und für bonitätsschwache Länder deutlich günstiger werden würde. Deutschland müsste also für die Schulden anderer Länder haften, ohne dafür eine höhere Gegenleistung zu erhalten. Die Finanzierung würde sich sogar verteuern, weil die Bonität der EU-Anleihen schlechter ist als die einer deutschen Anleihe. Anzumerken ist ferner: dass durch die EU-Anleihen der Druck von Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien genommen würde, die Haushalte zu sanieren. Zudem würden sich für Länder mit hoher Bonität die Kreditkonditionen verschlechtern. Denn nun müssten auch die stärkeren Länder für die Schulden der schwächeren Staaten mittragen und sogar dafür haften. Viele hoch-verschuldeten Staaten haben strukturelle Probleme, die zu der jetzigen Misere geführt haben. Die Billig-Refinanzierung durch den Euro hat den Ländern die Kreditaufnahme bereits ungerechtfertigt verbilligt, das Geld wurde teilweise verprasst. Diese Länder wurden jetzt von ihren Schulden eingeholt. Die Refinanzierung über den Kapitalmarkt ist nicht mehr möglich. Wenn sich zukünftig diese Länder durch Eurobonds wieder refinanzieren können, wird vergangenes Fehlverhalten nicht bestraft - ein großer Nachteil gegenüber der jetzigen Praxis. Wer garantiert, dass diese Länder zukünftig anders handeln? Politiker wollen wiedergewählt werden. Die erforderlichen Einschnitte bei den staatlichen Leistungen sind aber so groß und unpopulär, dass die Wahrscheinlichkeit, wiedergewählt zu werden, sinkt. Daher ist der Anreiz zur Umsetzung gering. Neben diesen Gründen gibt es auch nationale Nachteile, denn die Refinanzierung mittels Eurobonds würde das deutsche - wegen der Haftung Deutschlands für bonitätsmäßig schwächere Länder - ansteigen lassen und damit auch die Zinsbelastung. Die Kreditaufnahme Deutschlands würde also teurer. Von der (noch) guten deutschen Bonität profitieren die schwachen Schuldenstaaten, während Deutschland das Kreditrisiko der schwachen Länder mittragen müsste. Wollen wird das wirklich ? wenn Ja, trägt die Politik , tragen die Befürworter, auch die Verantwortung ? Bei allen Problemen, sollten wir mehr die Banken in die Verantwortung nehmen - Lohn- Obergrenze für Banker, die auf staatliche Hilfen angewiesen sind, und ggf. eine eigene faire Deutsche Rating Agentur : die Staaten sollten das Heft in der Hand halten nicht die von Amerikanischen Banken inszenierten Rating Agenturen die ursprünglich nur im Sinn hatten ihre Mitbewerber zu eliminieren- nun machen Sie es mit ganzen Staaten- wie lange wollen wir uns dies noch gefallen lassen ?

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 10.10.2011, 13:06 Uhr - 5399 Clicks - Nr. 1015

„Es gibt nichts Gutes – es sei denn man tut es“

**Bunter Nachmittag der AG 60plus zu Erich Kästner - 12. Oktober, 15.30 - 17.30 Uhr,
Bürgerhaus Dehlingsdorf**

Die AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn widmet ihren nächsten Bunten Nachmittag dem Schriftsteller Erich Kästner. Niels-Peter Horn, Angela Batty und Jürgen Schneider vom Vorstand der AG 60plus geben mit vielen Leseproben einen Einblick in Leben und Werk des Dichters.

Kästners Bücher wurden im Dritten Reich verbrannt. Er ging aber nicht ins Exil. Für die Ufa lieferte er unter Pseudonym das Drehbuch zu dem Jubiläumsfilm „Münchhausen“. Nach dem Krieg gehörte er zu den Gründern der „Münchner Lach- und Schiessgesellschaft“ und war Vorsitzender des westdeutschen PEN-Zentrums. Er kämpfte gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik und trat bei Ostermärschen als Redner auf. Kästner starb 1974 in München.

Jürgen Schneider: „Kästner ist sehr vielseitig. Wir wollen einen Teil seiner Vielseitigkeit abbilden, freuen uns aber sehr, wenn auch einige Teilnehmer Ihre Lieblingszeilen von Erich Kästner mitbringen und vorlesen würden.“ Der Eintritt ist frei. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt, deswegen wird um Anmeldung gebeten bei Jürgen Schneider 04531/84603 juergen.schneider@spd-badoldesloe.de .

Adresse: Bürgerhaus Delingsdorf, An der Friedenslinde 1 – (B75 Ortsmitte an der Telefonzelle/am Teich) Buslinie 8110 bis Delingsdorf/Dorfstraße.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 10.10.2011, 13:42 Uhr - 5940 Clicks - Nr. 1016

Enttäuschung über die Kreisjägerschaft

SPD-Kreistagsfraktion

im Plöner Kreistag

Pressemitteilung 10.10. 2011

SPD Kreistagsfraktion: Enttäuschung über die Kreisjägerschaft, die sich nicht an dem Sparpaket des Kreises beteiligen will!

„Sehr enttäuscht bin ich vom Verhalten der Kreisjägerschaft, die unsere ausgestreckte Hand nicht angenommen hat“, so der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Lutz Schlüsen.

. In drei gemeinsamen Sitzungen haben die Vertreter der Kreisjägerschaft sich einfach nicht bewegt und in massiven Schreiben teilweise die Kreisverwaltung und die Politik angegriffen

Die Idee, die im Kreistag einmütige Unterstützung erfuhr, nämlich in gemeinsamen Gesprächen eine Satzung zu erarbeiten, wurde einfach ignoriert. Die Wiedereinführung der Jagdsteuer ist Kreistagsbeschluss und eine Reaktion des Plöner Kreistages auf die Kritik des Innenministeriums, dass der Kreis Plön seine Möglichkeiten zur Konsolidierung des Haushaltes nicht ausschöpft. Denn es ist Landesgesetz, dass die Kreise eine Jagdsteuer erheben können. Dieses war auch so im Kreis Plön, bis zum Jahr 2005.

Um eine gute, mit der Kreisjägerschaft einvernehmliche, gerechte und zeitgemäße Jagdsteuer zu entwickeln, wurde im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft ein Arbeitskreis mit Vertretern der Kreisjägerschaft ins Leben gerufen. Die hervorragende Hege und Pflege der Jäger für die Umwelt und die ohne Zweifel z.T. hohe Belastung durch die Fallwildentsorgung, durch drastisch gestiegene Wildunfälle, sollten damit besonders in die Überlegungen einbezogen werden. Deshalb war unser Vorschlag zur Jagdsteuer, die Reviere explizit zu berücksichtigen und steuerlich zu entlasten, die besonders von Wildunfällen betroffen sind. Es gibt dazu von Seiten der Verkehrssicherheit genaue Statistiken. Leider stießen die Vorschläge bei den Vertretern der Kreisjägerschaft auf taube Ohren. Es sollte bewusst ein Teil des Geldes zurückfließen, wenn weiterhin die Fallwildentsorgung durch die Jägerschaft übernommen wird.

„Wir bedauern das sehr.“ berichtet Dr. Birgit Malecha-Nissen, umweltpolitische Sprecherin des SPD Fraktion. „Diese Blockadehaltung wird nicht dazu führen, dass die Wiedereinführung der Jagdsteuer aufgegeben wird. In der Dezembersitzung wird in Zusammenarbeit mit der Verwaltung eine Satzung vorgelegt, die wir dann auch verabschieden werden. Wir haben im Februar 2011 massive Sparbeschlüsse, Kürzungen und Einsparungen beschlossen. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind betroffen. Dazu gehören die Sportförderung, Eltern, das Kreismuseum, Sozialverbände, Kindertagespflege und vieles anderes mehr. Deshalb kann die Jägerschaft sich diesem solidarischem Vorgehen nicht entziehen“.

Die SPD-Kreistagsfraktion appelliert an die Mitglieder in der Kreisjägerschaft, die zur Zusammenarbeit bereit sind und somit ihren Einfluss zur Zusammenarbeit geltend machen können. Es sollten dann endlich konstruktive Vorschläge zur Einführung der Steuer erfolgen. Zu dem Hinweis, die Steuer sei antiquiert und ungerecht, wir entgegnet, dass die CDU/FDP Landtagsmehrheit und Landesregierung bis heute die Abschaffung als Landesgesetzgeber ablehnt. Im Gegenteil: in den Haushaltserlassen 2008 wurde der Kreis aufgefordert, seine Einnahmen durch die Jagdsteuer zu erhöhen.

Lutz Schlüsen
Fraktionsvorsitzender
Wischhof 3
24256 Stoltenberg
Tel. 04303/928022
Dienst 0431 6031191
Fax:0431/603101191

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 10.10.2011, 21:04 Uhr - 5352 Clicks - Nr. 1017

ANDREAS AREND IST NEUER VORSITZENDER

Auf der Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Suchsdorf wurde Andreas Arend einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er löst Dr. Hans-Ulrich Wottge ab, der nach fast 20-jähriger Amtszeit nicht wieder kandidierte.

Der 43-jährige Andreas Arend freute sich über den Vertrauensbeweis der Mitglieder und kündigte an, die bekannten Gesprächsforen der Suchsdorfer SPD wie das Grünkohl- und Spargelessen zu erhalten und auch das Lesefest fortzuführen.

Aber auch über neue Formen der Arbeit des Ortsvereins müsse nachgedacht werden, um den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen. Schwerpunkt für die nächsten Monate wird der Landtagswahlkampf sein. Wir wollen dafür kämpfen, dass die SPD die nächste Landesregierung führt und Rolf Fischer direkt gewählter Abgeordneter bleibt, sagte Andreas Arend.

Zu den Stellvertretern von Arend wurden Anemone Helbig (neu) und Thomas Wehner (wieder) gewählt. Als Schriftführer wurde Hans-Ulrich Wottge gewählt. Gabriele Warnecke wurde als Kassenwartin bestätigt. Torsten Kutscher, Karin Plagemann, Helge Riis, Reinhard Warnecke, Andreas Wasielewski und Erwin Witzel komplettieren als Beisitzerin und Beisitzer den Vorstand. Erwin Witzel nimmt für den Ortsverein die Funktion des Seniorenbeauftragten wahr. Anschließend würdigten der Kreisvorsitzende Rolf Fischer und der Ratsherr Thomas Wehner die langjährige Arbeit von Hans-Ulrich Wottge für die Suchsdorfer SPD.

Rolf Fischer stellte heraus, dass der ehemalige Vorsitzende aus tiefstem Herzen Sozialdemokrat sei. Thomas Wehner wies auf die zahlreichen Wahlkämpfe hin, in denen Wottge die SPD vorbildlich angeführt habe und auf die kulturellen Veranstaltungen des Ortsvereins, die ohne ihn nicht denkbar gewesen seien.

Verantwortlich: Thomas Wehner, Wolliner Weg 11, 24107 Kiel, Telefon: 0431/311836
Stellv. Vorsitzender

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 11.10.2011, 09:07 Uhr - 5655 Clicks - Nr. 1018

Humanitär handeln, kulturelle Identität achten

Rede von Birte Pauls im Kieler Landtag vom 6. Oktober 2011:

Brennende Häuser, verängstigte Menschen, Hasstiraden, regelmäßige Demonstrationen von Bürgern an der Seite von Rechtsradikalen, Rufe nach Abtransport und Lagern, Gettoisierung einer Bevölkerungsgruppe, finanzielles Ausschlachten von Menschen, die sich nicht wehren können, maximales Unverständnis auf beiden Seiten. Sie meinen, ich möchte an Deutschlands schwärzeste Zeit erinnern?

Nein, ich habe ihnen gerade tagesaktuell die Situation von Roma in Tschechien – nah zur deutschen Grenze, in Rumänien und Bulgarien dargestellt.

Alltägliche Diskriminierungen und gewaltsame Übergriffe auf Roma wie die eben geschilderten gibt es in vielen anderen europäischen Staaten ebenso – und übrigens nicht nur in den neuen Mitgliedstaaten der EU oder in Drittstaaten. Ich erinnere an die Anschläge in Neapel im Mai 2008,



die dazu führten, dass 800 Menschen fliehen mussten. Und ich erinnere an die öffentlichkeitswirksame Ausweisung der Roma aus Frankreich nach Bulgarien und Rumänien im letzten Jahr, nachdem es dort nach der Erschießung eines Roma durch die Polizei zu Ausschreitungen gekommen war.

Diese Vorgänge zeigen sehr deutlich, wie Integrationspolitik für Roma, die größte Minderheitengruppe in Europa, fehlgeschlagen ist. Verständlich, dass sich viele Menschen bei diesen täglichen Erfahrungen auf den Weg in eine weniger diskriminierende Umgebung machen. Da die meisten dieser Länder aber als sichere Herkunftsländer gelten, werden Roma, wenn überhaupt, hier nur geduldet, nicht integriert.

Auch in Kiel erleben wir bei den Flüchtlingsfamilien gerade sehr prekäre Lebenssituationen. Damit wir diese Menschen anständig begleiten, ihnen menschenwürdige Unterkünfte zur Verfügung stellen, Arbeitsmöglichkeiten und Schulbildung ermöglichen, ihre Traditionen aber respektieren, bedarf es erstmal eines europäischen, nationalen und regionalen Verantwortungsgefühls gegenüber dieser Minderheit, aber auch eines entsprechenden Planes. Die Europäische Kommission fordert daher alle Mitgliedstaaten auf, bis Ende 2011 ihre nationalen Roma-Integrationsstrategien auf den Ansatz der EU abzustimmen und den Planungshorizont bis 2020 auszudehnen.

Wenn wir aber über die Umsetzung der Initiative der Europäischen Kommission in Deutschland und speziell in Schleswig-Holstein sprechen, dann müssen wir zunächst einmal definieren, wer der Gruppe der Roma zuzurechnen ist. Und wir müssen deutlich unterscheiden zwischen Roma, die aus anderen EU-Staaten zu uns kommen, Roma, die speziell aus Rumänien und Bulgarien kommen, weil für sie die Arbeitnehmerfreizügigkeit noch nicht gilt, und Roma, die aus Drittstaaten nach Deutschland kommen. Und wir müssen sehen, dass die Bedingungen, unter denen Roma in Europa leben, in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich sind.

Aus Sicht der SPD müssen für die Roma, die aus diesen Staaten nach Deutschland gekommen sind, soziale Mindeststandards gewährleistet sein. Es gelten im Umgang mit diesen Menschen die Grundsätze humanitären Handelns. Gleichzeitig ist ihre kulturelle Identität zu achten. Anhand dieser Maßstäbe sind aus unserer Sicht entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Und wir müssen deutlich unterscheiden zwischen Roma, die aus den eingangs genannten Verhältnissen in anderen europäischen Staaten nach Deutschland und nach Schleswig-Holstein gekommen sind, und den hier seit Jahrhunderten lebenden Sinti und Roma deutscher Staatsbürgerschaft, unserer kleinsten nationalen Minderheit.

Nicht nur in Europa insgesamt, sondern auch in Deutschland sind die hier bereits seit langem lebenden Sinti und Roma Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt. Nach der am 24. Mai 2011 vorgestellten Studie zur aktuellen Bildungssituation der deutschen Sinti und Roma haben 81,2 Prozent der Befragten persönliche Diskriminierungserfahrungen. 13 Prozent der Befragten haben keine Schule besucht, 44 Prozent haben keinen Schulabschluss. 53,6 Prozent der Befragten fühlen sich bei Behördenbesuchen diskriminiert.

Diese Zahlen belegen, dass bisherige Pläne nicht ausreichend waren und sie machen deutlich, dass

dringender Handlungsbedarf besteht. Auch für uns in Schleswig Holstein.

Wir begrüßen es deshalb, dass der SSW die Initiative der Europäischen Kommission aufgegriffen hat. Der uns vorliegende Antrag ist unserer Auffassung nach aber noch nicht differenziert genug und wird dem komplexen Sachverhalt nicht ausreichend gerecht. Wir wünschen uns deshalb, dass wir im Ausschuss noch einmal ausführlich diskutieren, um dann zu einer gemeinsamen Formulierung zu kommen.

Diese Vorgänge zeigen sehr deutlich, wie Integrationspolitik für Roma, die größte Minderheitengruppe in Europa, fehlgeschlagen ist. Verständlich, dass sich viele Menschen bei diesen täglichen Erfahrungen auf den Weg in eine weniger diskriminierende Umgebung machen. Da die meisten dieser Länder aber als sichere Herkunftsländer gelten, werden Roma, wenn überhaupt, hier nur geduldet, nicht integriert.

Auch in Kiel erleben wir bei den Flüchtlingsfamilien gerade sehr prekäre Lebenssituationen. Damit wir diese Menschen anständig begleiten, ihnen menschenwürdige Unterkünfte zur Verfügung stellen, Arbeitsmöglichkeiten und Schulbildung ermöglichen, ihre Traditionen aber respektieren, bedarf es erstmal eines europäischen, nationalen und regionalen Verantwortungsgefühls gegenüber dieser Minderheit, aber auch eines entsprechenden Planes. Die Europäische Kommission fordert daher alle Mitgliedstaaten auf, bis Ende 2011 ihre nationalen Roma-Integrationsstrategien auf den Ansatz der EU abzustimmen und den Planungshorizont bis 2020 auszudehnen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.10.2011, 12:04 Uhr - 5477 Clicks - Nr. 1019

Branchenkonferenz "Notfall Pflege"

In Gesundheit und Pflege werden – bedingt durch die Alterung der Gesellschaft – immer mehr Beschäftigte benötigt und Arbeitsplätze entstehen. Bereits heute zeichnet sich in der Pflege ein zunehmender Fachkräftemangel ab. 2025 werden laut Statistischem Bundesamt rund 150.000 Fachkräfte fehlen.

Diese Situation nimmt die SPD-Bundestagsfraktion zum Anlass und lädt am Sonnabend, 22. Oktober, 11 Uhr, zu einer Branchenkonferenz „Notfall Pflege“ in das Lübecker Rathaus ein.

Nach der Begrüßung durch Gabriele Hiller-Ohm, MdB und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, folgen Statements zur Situation in der Pflegebranche. Es sprechen die Bundesministerin a.D., Ulla Schmidt, MdB, sowie Melanie Sonneborn, Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord und Ingo Nürnberger vom DGB-Vorstand, Abteilungsleiter Sozialpolitik.

Betriebs- und PersonalrätInnen aus dem Kranken- und Altenpflegebereich schließen sich mit ihren Berichten aus der Praxis an.

Um 13 Uhr wird die Diskussionsrunde unter Mitwirkung von Ulla Schmidt, MdB, Melanie Sonneborn, Bundesagentur f. A., Ingo Nürnberger, DGD Bundesvorstand, Sabine Daß, verd.di Nord, FB Gesundheit, Soziale dienste, Wolfgang Baasch, MdL, SPD Landesfraktion, eröffnet. Interessierte für diese Veranstaltung melden sich im Wahlkreisbüro bei Gabriele Hiller-Ohm unter

der Rufnummer 0451/38 46 895 oder per E-Mail unter gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de an.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 11.10.2011, 13:32 Uhr - 12499 Clicks - Nr. 1020

Trappenkamper absolviert Praktikum bei Franz Thönnies in Berlin

Vom 21. September bis zum 07. Oktober 2011 absolvierte Jannick Schultz ein Praktikum im Berliner Büro des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies. Der gebürtige Trappenkamper studiert derzeit in Lüneburg Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften.



Er unterstütze das Team des Parlamentariers organisatorisch sowie inhaltlich und nahm an vielen verschiedenen Veranstaltungen des Deutschen Bundestages und der SPD-Bundestagsfraktion teil. So besuchte er Ausschüsse, Arbeitsgruppen sowie Workshops zu unterschiedlichsten Themen, die von Offshore-Windenergie über Eurobonds bis hin zum Thema BAföG reichten.

„Das Praktikum war toll. Ich habe hier viele neue Eindrücke gewonnen. Es war sehr aufregend für mich die Arbeit eines Abgeordneten und die Zusammenhänge des parlamentarischen Alltags kennen zu lernen. So ein Blick hinter die Kulissen ist schon spannend“, so Jannick Schultz nach seinem Praktikum.

Und der SPD-Politiker ergänzt: „Seit Jahren gebe ich jungen Menschen aus meinem Wahlkreis die Möglichkeit, einen Einblick in die politische Arbeit zu erhalten und freue mich über ihr Engagement. Die jeweiligen guten Arbeitsergebnisse bestätigen mich darin und kommen letztendlich beiden Seiten in ihrer Arbeit zu Gute.“

Bildunterschrift: Jannick Schultz vor dem Büro von Franz Thönnies im Paul-Löbe Haus des Deutschen Bundestages

Keine Kommentare

[SPD-Gettorf](#) - veröffentlicht am 11.10.2011, 20:22 Uhr - 4197 Clicks - Nr. 1021

Boule – Bahn im Bürgerpark eingeweiht

Die Umgestaltung des zentral gelegenen Bürgerparks in der Gemeinde Gettorf zu einem Naherholungsgebiet, unter Beachtung und Abwägung der vorhandenen Fauna und Flora, liegen dem Ortsverein und der Fraktion sehr am Herzen.

Seit Beginn der Legislaturperiode sind durch zahlreiche Antragstellungen verschiedene Maßnahmen durchgeführt worden.

Vorhandene Rad- und Gehwege wurden ausgebessert oder neu angelegt. Diese sollen in ein späteres Gesamtwegkonzept eingebunden werden. Pflegerische Maßnahmen aus dem vorhandenen

Landschaftsplan wurden umgesetzt. Für die "kalte" Jahreszeit konnte eine Eislauffläche erstellt werden, die natürlich zufriert. Die Aufstellung von sogenannten "Outdoor-Fitness-Geräten" ist in der Vorbereitung.

Bei strahlendem Sonnenschein, südländischen Temperaturen, umgeben von Bäumen, deren Grün nochmals erstrahlte und einem Glas Rotwein für die Gäste, weihte Bürgermeister Jürgen Baasch (SPD) die neu angelegte Boule- Bahn am 30.09.2011 im Bürgerpark ein.

Knapp 50 Bürgerinnen und Bürger waren der Einladung gefolgt. Bürgermeister Baasch sprach von einer Punktlandung. Er freute sich, diese Boule- Bahn jetzt den Bürgerinnen und Bürger übergeben zu können und teilte mit, dass die Gemeinde Gettorf ein weiteres, attraktives Freizeitangebot zur Verfügung stellt. Bürgermeister Baasch wünschte sich, dass die Boule- Bahn ein Ort der Begegnung und des Austausches unserer Bürgerinnen und Bürger wird.

Im Anschluss an die Worte des Bürgermeisters erläuterte das SPD- Fraktionsmitglied Frank Rogat die Spielregeln. Frank Rogat hatte den Antrag für den Bau der Boule- Bahn für die SPD- Fraktion eingebracht. Alle Gäste hatten die Möglichkeit, sich beim Spiel mit den Kugeln zu versuchen. Hiervon wurde reichlich Gebrauch gemacht.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 12.10.2011, 10:10 Uhr - 85095 Clicks - Nr. 1022

Agrarreform – Landwirtschaftskommissar darf jetzt nicht einknicken
Brüssel: „EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Ciolos darf jetzt nicht einknicken und muss an dem notwendigen Reformkurs für eine gerechtere, sozialere und ökologischere Landwirtschaftspolitik festhalten“, betont die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust im Vorfeld des für Mittwoch in Brüssel erwarteten Kommissionsvorschlags für eine Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP).



Die Landwirtschaftsexpertin der SPD-Europaabgeordneten steht einer Neugestaltung der so genannten ersten Säule positiv gegenüber: „Eine stärkere ökologische Ausrichtung der Direktzahlungen ist notwendig, damit sich die Gemeinsame Agrarpolitik den großen Herausforderungen unserer Zeit stellt.

Dazu gehören der Kampf gegen den Klimawandel ebenso wie der Erhalt der Biodiversität“, so Rodust weiter. Die Vorschläge des EU-Kommissars, neben der Basisprämie einen Teil der Direktzahlungen an Umweltauflagen wie Fruchtfolge, Erhalt von Grünlandflächen und ökologische Vorrangflächen zu knüpfen, begrüßt die Sozialdemokratin deshalb ausdrücklich.

Rodust spricht sich dafür aus, bei der Deckelung und schrittweisen Kürzung der Direktzahlungen

Betriebe mit vielen Beschäftigten besonders zu berücksichtigen. "Wir müssen dafür sorgen, dass Betriebe die Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen, nicht durch den Ansatz der Kappung bestraft werden. Daher erwarte ich, dass es möglich sein wird, Arbeitskräfte anrechnen zu lassen." Rodust begrüßt ebenfalls den Ansatz, nur aktive Landwirte in den Genuss von Direktzahlungen kommen zu lassen, um zu verhindern, dass beispielsweise Flughafenbetreiber von Agrarsubventionen profitieren: „Hier muss allerdings eine vernünftige Definition gefunden werden, die fair ist und nicht zu einem Bürokratiemonster wird.“

Insgesamt mahnt die SPD-Agrarexpertin bei der Debatte um die zukünftige Ausgestaltung der Agrarpolitik auch praktische Aspekte nicht aus den Augen zu verlieren. „Bei den Beratungen im Vorfeld der Reform haben wir uns eine Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik vorgenommen – derzeit scheint vieles aber komplizierter zu werden“, gibt Rodust zu bedenken. Die Sozialdemokratin betont außerdem, dass bei den notwendigen Diskussionen um die Ausgestaltung der 1. Säule die 2. Säule nicht vergessen werden dürfe: „Ländliche Entwicklung, der Erhalt eines lebendigen ländlichen Raumes, ist ein wichtiges Ziel, das eine entsprechende Berücksichtigung in der öffentlichen Diskussion verdient.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 12.10.2011, 10:51 Uhr - 12692 Clicks - Nr. 1023

Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste am Flughafen Hamburg verhindern Auch Beschäftigte aus dem Umland betroffen:

„Am Ende kommen nur die Billigunternehmen zum Einsatz, die den Preis auf dem Rücken der Beschäftigten gestalten“, so der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies. Diese Befürchtung hat der SPD-Politiker, wenn alle Dienstleistungen, die rund um das Flugzeug erbracht werden, ausgeschrieben werden müssten.



Derartige Pläne hat derzeit die Europäische Kommission mit ihren Änderungen der Richtlinie 96/67/EG. Sie will damit mehr Wettbewerb in Bereich Bodenabfertigung an Flughäfen zu erzwingen. Gemeinsam mit seinen anderen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion lehnt Franz Thönnies den neuen Richtlinienentwurf von EU-Verkehrskommissar Siim Kallas ab.

Für ihn ist klar, dass bei abgesenkten Gehältern zunehmend gering qualifizierte Mitarbeiter eingesetzt werden. Dies könne in wichtigen Bereichen sogar erhebliche Sicherheitsrisiken mit sich bringen. Gerade in einem hochsensiblen Sektor wie einem Flughafen müsse der Betriebsablauf eng aufeinander abgestimmt werden. Eine Zersplitterung der Bodenverkehrsdienste auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Unternehmen gefährdet diese enge Abstimmung. Neben Lohndumping und Sicherheitsrisiken ist der Plan auch ökonomisch nicht sinnvoll, weil er die kundenorientierten Flughafenbetreiber mit ihrer personalintensiven Abfertigung am Boden extrem unter Druck setzt.

„Auch für den Hamburger Flughafen und insbesondere für die gut 650 Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter der drei für die Bodenverkehrsdienste zuständigen Flughafentöchter GroundStars, Stars und CATS, hätte die Liberalisierung drastische Auswirkungen“, erläutert Thönnies. Davon dürften auch Beschäftigte im Hamburger Umland betroffen sein. 1996 wurden mit der EU-Bodenverkehrsrichtlinie erstmals externe Anbieter zugelassen. Das hat zu massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und zu Reallohnverlusten bei den Beschäftigten geführt. Zeitarbeit, Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse haben zugenommen.

„Hier ist jetzt die Bundesregierung gefragt. Sie muss ihre bisherige Haltung aufgeben und den Entwurf in einer konzertierten Aktion, mit den Beschäftigten und den Flughafenbetreibern, stoppen. Einfach abzuwarten, wie sie es in ihrer Nichts aussagenden Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion vom Juni dieses Jahres zum Ausdruck gebracht hat, ist zu wenig. Deshalb unterstützen wir auch die Proteste der Gewerkschaften gegen die weitere Marktöffnung“, so Thönnies.

Bildquelle: Manfred Schütze / pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 12.10.2011, 15:14 Uhr - 5164 Clicks - Nr. 1024

Schulze: Husums Potenzial in Kooperation mit Hamburg nutzen!

Zur Entscheidung des VDMA, künftig eine Windenergie-Messe in Hamburg zu etablieren, erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



"Wir bedauern die Entscheidung des VDMA, weil die Husum WindEnergy als Konkurrenzveranstaltung zu Hamburg künftig wohl kaum überleben wird. Zwei große Windmessen in Norddeutschland sind auf Dauer nicht zu halten und machen auch keinen Sinn.

Nun rächt sich die Untätigkeit der Landesregierung: Hamburg hat bereits 2002, 2004 und 2006 Windmessen durchgeführt, doch dieser Versuch des damaligen CDU-geführten Senats, in Hamburg eine Wind-Messe dauerhaft anzusiedeln, scheiterte. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte die Landesregierung handeln und ein Messekonzept für Schleswig-Holstein erarbeiten müssen.

Stattdessen hat man wohl darauf gehofft, dass mit dem Scheitern der Fall erledigt und die lästige Konkurrenz aus der Welt sei. Wie sonst ist es zu erklären, dass nicht einmal für den 2007 geschlossenen Kooperationsvertrag mit Hamburg über die Ausrichtung der Windmesse in Husum, der jetzt ausläuft, eine Nachfolgeregelung ausgehandelt wurde?

Nach Aussagen des Hamburger Messechefs wurden sowohl die Husumer Messegesellschaft als auch die Kieler Staatskanzlei über alle Schritte informiert. Doch statt lösungsorientiert die Kooperation zu suchen, ergingen sich Mitglieder der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen

in den vergangenen Monaten in Beschimpfungen des Hamburger Senats.

Die Hamburger Messegesellschaft hat angekündigt, den Standort Husum im Rahmen einer Kooperation in das Konzept für die Messe 2014 einbinden zu wollen. Dieses Angebot sollte von Schleswig-Holstein unbedingt aufgegriffen und in konstruktiven Verhandlungen eine für den Standort Husum gute und dauerhafte Lösung entwickelt werden. In Husum gibt es Potenzial - dieses gilt es zu nutzen und auszubauen!"

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 12.10.2011, 15:21 Uhr - 5174 Clicks - Nr. 1025

Afghanistan-Schulen mit einem Mausklick helfen

„Bildung ist ein Menschenrecht. Mädchen und Jungen, die lesen und schreiben und vor allem selbständig denken können, ebnen den Weg in eine hoffentlich gerechtere und friedliche Gesellschaft.“

Das ist die Grundüberzeugung der Oststeinbekerin Ursula Nölle, die mit ihrem Verein Afghanistan-Schulen jetzt für den Deutschen Engagementpreis nominiert ist. 1992 und 2002 war sie auch Preisträgerin des Olof-Palme-Friedenspreises der SPD Stormarn.

Bei der Vergabe des Publikumspreises, zu gewinnen sind 10000 Euro für das Projekt, sind online abgegebene Stimmen unter www.deutscher-engagementpreis.de entscheidend.

Aus dem Vorstellungstext des Engagementpreises:

Ursula Nölles Engagement begann mit einer Reise nach Pakistan im Jahr 1983, während der sie einige afghanische Flüchtlingslager besuchte. Eine junge Lehrerin hatte dort begonnen, Mädchen aus dem Flüchtlingslager für ein paar Stunden zu unterrichten. Ursula Nölle begann gleich nach ihrer Heimkehr mit dem Sammeln von Spenden. Bis heute setzt der Verein Afghanistan-Schulen auf Hilfe zur Selbsthilfe. Ursula Nölle möchte dabei helfen, eine Generation auszubilden, der möglichst viele qualifizierte Berufe offenstehen und insbesondere den Mädchen gleiche Chancen einzuräumen.

Links:

www.afghanistan-schulen.de

www.deutscher-engagementpreis.de

www.olof-palme-friedenspreis.de

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.10.2011, 15:32 Uhr - 3881 Clicks - Nr. 1026

Konsequenz: Alle Hochschulen schließen?

Zu den heutigen Presseberichten über einen Sonderbericht des Landesrechnungshofes zur Hochschulfinanzierung erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die Feststellungen und Forderungen des Landesrechnungshofes sind nicht grundsätzlich neu, werden aber von Jahr zu Jahr überzogener. Es ist nichts Neues, dass Schleswig-Holstein als finanzschwaches Bundesland keine guten Werte bei der Ausfinanzierung der Hochschulen und der Wissenschaft verzeichnet.



Würde das Land sich hier wesentlich stärker engagieren, wäre der LRH der Erste, der gegen eine „Schuldenpolitik“ Sturm laufen würde.

Die vom LRH angebotenen Rezepte haben mit der Realität nichts zu tun. Dass Studiengebühren der falsche Weg sind, ist politisch mittlerweile kaum noch umstritten; deshalb sind fast alle Bundesländer aus den Studiengebühren wieder ausgestiegen, nachdem sich in vielen Bundesländern gezeigt hat, dass sie die erwartete Verbesserung der Lehre nicht bewirkt haben.

Das deutsche Hochschulsystem beruht traditionell auf der Verbindung von Forschung und Lehre, statt sie einseitig auf die Ausbildung der Studierenden zu konzentrieren und die Forschung Akademien und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zu überlassen. Ein Rückzug aus dem Wettlauf um Exzellenzcluster würde Schleswig-Holstein nur lächerlich machen und seine Universitäten für Studierende immer weniger attraktiv machen.

Der Haushalt Schleswig-Holsteins leidet unter strukturellen Schwächen. Innovationen und wirtschaftliche Entwicklung werden aber unwahrscheinlicher, wenn bei uns an den Universitäten künftig nur noch das nachvollzogen und gelehrt wird, was die Forschung anderswo erarbeitet.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.10.2011, 16:38 Uhr - 1520 Clicks - Nr. 1027

Schwerpunkte weiter im Blick; Haushaltskonsolidierung schreitet voran

Der vorgelegte Haushaltsentwurf zeigt in die richtige Richtung. Insbesondere freut uns, dass das geplante Defizit von 86 Millionen Euro auf 64,4 Millionen Euro gesunken ist. Wir wollen im Vollzug wie in den letzten Jahren das Defizit weiter minimieren.

Der Haushaltsentwurf setzt weiterhin die richtigen rot-grünen Schwerpunkte im Bereich der personellen und sachlichen Ausstattung der Kindertagesstätten, im Bereich Schule und auch beim

Energiemanagement. Das sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. So schonen energetische Sanierungen das Klima und das städtische Portemonnaie. Jeder Euro, den wir in die Bildung der nächsten Generation investieren, wird sich in der Zukunft rentieren. Diesen politischen Weg werden wir zielstrebig fortsetzen, auch wenn wir aufgrund der aktuellen Situation gezwungen sind, einige Investitionen auch im Bildungsbereich zeitlich zu strecken.

Der Haushaltsentwurf kann aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen, vor allem der kreisfreien Städte, nicht wegzusparen ist. Wir brauchen dauerhaft eine finanzielle Grundlage, damit Kiel seine Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Region auch in der Zukunft erfüllen kann.

Wir unterstützen den Oberbürgermeister bei seinen Anstrengungen, den von der Ratsversammlung beschlossenen Konsolidierungspfad weiter erfolgreich zu beschreiten: die Aufgabenkritik mit ihrem Augenmerk auf die Personalkosten und die Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit sind hervorzuhebende Bausteine der Konsolidierung und Optimierung, die wir mittragen.

Unsere Fraktionen werden den Haushaltsentwurf in den nächsten Wochen intensiv beraten.“

Dies erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Kiel, Ratsfrau Gesa Langfeldt, die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Ratsfrau Antje Danker, SSW, zum Entwurf des Haushaltes 2012

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.10.2011, 16:43 Uhr - 1489 Clicks - Nr. 1028

Barriere zwischen Ost und West?

Wir begrüßen jede stadtplanerische Initiative, die die Verbindung von West- und Ostufer verbessert und vor allem die Perspektive des Stadtteils Gaarden besonders in den Blick nimmt. Davon profitiert die ganze Stadt. Im Vordergrund stehen dabei sicher die weitere Entwicklung der Hörn und die Vollendung der Fußgängerbrücke.

Insofern sind auch die Ansätze über eine andere Nutzung des KVG-Geländes in der Werftstraße ergebnisoffen auf ihre Chancen und Risiken zu prüfen. Wir brauchen hier die für das Unternehmen und die Stadt beste Lösung. Abzuwägen wird sein, ob eine Sanierung der Liegenschaft Werftstraße oder ein KVG-Neubau in einer Stadtrandlage volks- und betriebswirtschaftlich sinnvoller erscheint.“

Dies erklären die Vorsitzende SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, die Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW), zur heutigen Berichterstattung in den Kieler Nachrichten „Barriere zwischen Ost und West“.

Keine Kommentare

Bildungsambitionen von Eltern

Martin Habersaat zur Studie: „Zwischen Ehrgeiz und Überforderung: Eine Studie zu Bildungsambitionen und Erziehungszielen von Eltern in Deutschland“

Das Institut Allensbach hat Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland die Bildungsambitionen von Eltern unterschiedlicher sozialer Schichten untersucht. Befragt wurden im August 2011 1256 repräsentativ ausgewählte Eltern mit Kindern im Alter von 3 bis 18 Jahren.



Ergebnis: Eltern aus höheren sozialen Schichten entwickeln für ihre Kinder mehr Ehrgeiz und stellen die Weichen Richtung Abitur. „Einige Aufgaben für die Bildungspolitik“ erkennt hier Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Die Studie bestätige Vieles von dem, was man schon vorher wusste: Kinder aus sozial schwächer gestellten Familien haben es im Bildungssystem schwerer, beispielsweise, weil es ihren Eltern schwerer fällt, sie bei den Hausaufgaben zu unterstützen, ihre Eltern Kernfelder für weniger bedeutsam halten oder weniger Energie in die Auswahl der passenden Schule für ihr Kind investieren. 56% der sozial besser gestellten Eltern halten beispielsweise Medienkompetenz für wichtig, nur 31% der Eltern aus sozial schwächeren Gesellschaftsschichten sehen das ebenso. Habersaat: „Hier entsteht eine Kluft, die breiter wird, wenn unser Bildungssystem nicht unterstützend eingreift.“

Die Frage, welchen Bildungsabschluss das Kind erreichen soll, hängt stark von der Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlich-sozialen Schicht ab. 91% der Kinder aus höheren sozialen Schichten werden von ihren Eltern mit dem Ziel „Abitur“ ausgestattet, bei den niedrigeren sind es nur 41%. Hierzu meint der Bildungspolitiker: „Damit unterstreicht die Studie wieder einmal die Bedeutung eines Schulsystems ohne Sackgassen. Wenn der Bildungsstand nicht vererbt werden soll, muss gelten: Egal, auf welcher Schule ein Kind nach der Grundschule landet - der Weg zum Abitur sollte nicht entscheidend von dieser Frage abhängen. Kinder müssen an der Schule ein solches Maße an Unterstützung finden, dass sie es notfalls auch ohne Hilfe des Elternhauses schaffen können, ihr Abitur zu erreichen.“

Teil der Studie war auch die Befragung von 214 Eltern mit türkischem Migrationshintergrund. Diese haben mehrheitlich nicht den Eindruck, dass Kinder aus Zuwandererfamilien die gleichen Chancen haben wie deutsche Kinder. Zu 63% führen sie dies auf das Verhalten der Lehrer zurück. Gleichzeitig findet aber die Mehrheit aller Befragten, auch der türkischstämmigen, Integration an deutschen Schulen gelinge gut bis sehr gut. Noch besser kann es werden, meint Martin Habersaat, wenn es gelinge, mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen zu bringen.

Weitere Ergebnisse:

- • Eine gute Schule zeichnet sich aus Sicht der Eltern durch eine individuelle Förderung der Kinder aus (76%) und durch spezielle Förderkurse für benachteiligte Schüler (71%).
- • Lehrer sollen konsequent in ihrer Benotung sein (53%) viel fordern und auf Disziplin achten (52%).
- • Über „Verantwortungsbewusstsein“ als wichtigstes Erziehungsziel sind sich fast alle Eltern einig.

[Link zur Studie](#)

Keine Kommentare

[Jusos-Niebüll](#) - veröffentlicht am 13.10.2011, 13:37 Uhr - 5606 Clicks - Nr. 1030

Juso-Ortsarbeitsgemeinschaft Niebüll gegründet

Nach einem Mitgliederzuwachs in der SPD, besonders im Raum Nordfriesland, gründete sich nun eine neue Juso-Ortsarbeitsgemeinschaft in Niebüll.

Hendrik Schwind-Hansen wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt, ebenso Ralf Petersen zum Kassierer. Der Vorstand wird vervollständigt durch Oke Bahnsen und Niclas Winter, die als Beisitzer fungieren. Auf der konstituierenden Sitzung haben sich die Mitglieder des Vorstand auf erste Ziele geeinigt. Der Vorsitzende der Orts-Arbeitsgemeinschaft Niebüll erklärte "Es muss unser Ziel sein mit der Niebüller Jugend in einen Dialog zu treten und die Belange in die Gremien der Niebüller Politik und Gesellschaft hineinzutragen."

Inhaltlich will die Orts-AG auf Missstände der örtlichen Infrastruktur hinweisen, aber auch verstärkt durch Aufklärung gegen rechtsextremistische Tendenzen im Raum Südtondern vorgehen..

Die nächste Sitzung findet am 06.11.2011 statt, der Sitzungsort wird noch bekannt gegeben. Die Juso-Orts-Arbeitsgemeinschaft freut sich über rege Beteiligung politikinteressierter Jugendlicher und junger Erwachsener. Kontakt: jusos-niebuell@web.de

Kommentar von [Annemarie Linneweber](#) vom 21.10.2011, 13:49 Uhr:

RE: Juso-Ortsarbeitsgemeinschaft Niebüll gegründet

Herzlichen Glückwunsch! Ich wünsche euch im Namen des SPD-OV's Föhr viel Erfolg bei eurer Arbeit. Solidarische Grüße von Annemarie Linneweber (Vorsitzende des OV Föhr)

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 13.10.2011, 14:40 Uhr - 5452 Clicks - Nr. 1031

SPD-Kreistagsfraktion: DRK-Defizite im Rettungsdienst mit Umsicht analysieren

„Natürlich müssen die Ungereimtheiten bei den fehlerhaften Abrechnungen im Rettungsdienst des DRK-Kreisverbandes schonungslos analysiert und nachvollzogen werden können. Auch müssen ggfs. nach Vorliegen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsergebnisse entsprechende Konsequenzen gezogen werden. Dies trägt die SPD-Fraktion mit.“ So kommentiert der stv. SPD-Fraktionsvorsitzende und Innenausschussmitglied Egon Siefert die Beratungen der letzten Innenausschusssitzung.



„Allerdings,“ so Siepert weiter, „muss ebenso schonungslos aufgeklärt werden, welche Rolle der Kreis selbst bei dieser Angelegenheit spielt. Es kann einfach nicht sein, dass Rechnungen doppelt bezahlt werden, dies vom Kreis nicht bemerkt wurde, und der Landrat hierzu wortwörtlich erklärt „Das konnten wir gar nicht merken.“ Hier stellt sich für mich die Frage der Kassensicherheit beim Kreis. Ich glaube, so einfach kann sich der Landrat das nicht machen. Auch hier erwarten wir eine angemessene Aufklärung.“

„Aus Sicht der SPD-Fraktion bedauerlich ist, dass Fehler bei der DRK-Leitung und offensichtlich auch beim Kreis dazu führen, eine Diskussion über den Rettungsdienst an sich im Kreis Herzogtum Lauenburg zu führen. Die Rettungsdienstler des DRK im Kreis leisten seit Jahrzehnten gute Arbeit zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Fehler an der Spitze dürfen nicht zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen. Insofern sehen wir eine voreilige Festlegung auf einen möglichen Trägerwechsel mehr als kritisch. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können und dürfen nicht die Leidtragenden der jetzt festgestellten Defizite sein. Die Rettungsdienstmitarbeiter/innen des DRK sind die Letzten, die die jetzigen Vorgänge zu verantworten haben. Dies gilt auch für die vielen für das DRK ehrenamtlich im Kreis Aktiven.“

Die jetzige Krise darf nicht dazu führen, dass andere Anbieter die Gunst der Stunde nutzen. Dies gilt auch für im Kreis ansässige Hilfsorganisationen. Hier muss auch jeder Akteur in der Kreispolitik für sich die Frage der Befangenheit stellen.“

Siepert abschließend: „Bei einer Ausschreibung wären wir nicht mehr Herr des Verfahrens. Deswegen ist die Kreispolitik gut beraten, so eine Diskussion erst gar nicht anzuzetteln.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.10.2011, 15:34 Uhr - 4037 Clicks - Nr. 1032

Unterrichtsversorgung in Stormarn

Vor einigen Wochen hat das Bildungsministerium den „Bericht zur Unterrichtssituation im Schuljahr 2010/11“ vorgelegt. Es folgten schwarz-gelbe Jubelmitteilungen („Nie war die Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein so gut wie heute“). Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, rät zu einem genaueren Blick.

So profitiere schwarz-gelb noch von Personalentscheidungen der Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, steige der Unterrichtsausfall in neue Höhen und würden die Gemeinschaftsschulen besonders hart getroffen.



Personalversorgung

Die 17. Legislaturperiode begann im Oktober 2009. Das Schuljahr 2009/2010 begann am 1. September 2009. Die Bemessung der Personalversorgung für das Schuljahr 2009/2010 stammt folglich aus dem Februar/März 2009. Die Lehrerversorgung mit einem Plus von 1.200 Lehrkräften im Rahmen des Doppelhaushaltes 2009/2010 verdanken Schleswig-Holsteins Schulen noch den Absprachen aus der Großen Koalition. Ressortchefin war seinerzeit Ute Erdsiek-Rave (SPD). Es ist schon wundersam, wenn ausgerechnet mit Herrn Koch und Herrn Wiegard zwei Beteiligte der Haushaltsstrukturkommission, die massiv in die Lehrerversorgung eingegriffen haben mit der Streichung von 600 Lehrerstellen im Doppelhaushalt 2011/12, nun die gute Unterrichtsversorgung feiern.

Ein Teil der heute positiv wirkenden Zahlen lastet auch auf den Rücken der Lehrerinnen und Lehrer, deren Unterrichtsverpflichtung um eine Stunde erhöht wurde, was natürlich zu einer rechnerisch besseren Unterrichtsversorgung führt, aber eher nicht zu besserem Unterricht.

Unterrichtsausfall

Im Schuljahr 2010/11 ist an den Gymnasien in Schleswig-Holstein so viel Unterricht ausgefallen wie lange nicht mehr. Auch im Kreis Stormarn wurde ein hoher Wert erreicht: In diesem Schuljahr fielen 3,12% der Stunden aus, im Schuljahr 2009/10 waren es noch 2,74%. Das Ministerium rechtfertigt das mit einem „steigenden Bedarf an Fortbildungen“ - allerdings ohne dass es in diesem Zeitraum tatsächlich eine Fortbildungsoffensive gegeben hätte.

In diese Statistik finden übrigens nur solche Stunden Eingang, in denen die Schülerinnen und Schüler tatsächlich nach Hause gehen. Vertretungsstunden oder EVA (Eigenverantwortliches Arbeiten) tauchen hier nicht auf.

Umgang mit den Gemeinschaftsschulen

Den Gemeinschaftsschulen, deren Grundidee das längere Gemeinsamen lernen ist, wurden 50% der Stunden gestrichen, die sie für Differenzierungsmaßnahmen und ihr pädagogisches Konzept aufwenden konnten. Außerdem stehen für Integrationsklassen, in denen Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf beschult werden, weniger Stunden zur Verfügung. Auch die Entwicklung der Klassenfrequenzen zeigt, dass die Regierung die Gemeinschaftsschulen diskriminiert. Während in der Sekundarstufe I an Gymnasien die Klassenfrequenzen um immerhin 0,3 Schüler zurückgegangen sind, sind sie an den Gemeinschaftsschulen um 0,7 gestiegen. Wenn wir Klassen haben, die irgendwann zur Hochschulreife führen sollen, die aber über längere Zeit hinweg mit mehr als 30 Schülern operieren müssen, wird das schon sehr schwierig, für die Schüler wie für die Lehrer. Die Politik, die hinter diesen Streichungen steht, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die schwarz-gelbe Koalition 2010 gleichzeitig die Möglichkeit „abschlussbezogener Klassenverbände“ im Schulgesetz verankert hat.

Fazit: An den Schulen dürfte wenig Verständnis für das idyllische Bild herrschen, das in diesem Bericht zur Unterrichtsversorgung gemalt wird. Das soll nicht heißen, dass sozialdemokratische Bildungspolitik es mit anderen Haushaltszahlen zu tun hätte, allerdings würde mehr Ehrlichkeit der Debatte sicher gut tun.

[Link zum Bericht](#)

Keine Kommentare

[SPD-Russee](#) - veröffentlicht am 13.10.2011, 23:20 Uhr - 3669 Clicks - Nr. 1033

Weiterentwicklung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG

Der Kieler SPD Ortsverein Russee-Hammer bittet die SPD Schleswig-Holstein, folgenden Satz in ihr Landtagswahlprogramm 2012 aufzunehmen:

"Wir werden eine Weiterentwicklung des Kommunalabgabengesetzes dahingehend prüfen, ob die bisherige Veranlagung der Bürgerinnen und Bürger über Straßenausbaubeiträge durch ein steuerliches Modell (z.B. eine aufkommensneutrale Infrastrukturabgabe) ersetzt werden kann."

Begründung:

Es ist generell zu fragen, ob das überkommene Instrument der Straßenausbaubeiträge noch zeitgemäß ist. Namhafte Experten aus dem Erschließungskosten- und Straßenausbaubeitragsrecht sind der Meinung, dass es sich um eine, wenn nicht die problematischste Abgabenart in Deutschland überhaupt handelt, die noch dazu auf die geringste Akzeptanz in der Bevölkerung stößt (vgl. Driehaus, Erschließungs- und Ausbaubeiträge, 4. Aufl., S. 1).

Die Fragwürdigkeit hoher Ausbaubeiträge ergibt sich vor allem systematisch aus dem Gesichtspunkt, dass ein abstrakter und daher nur schwer messbarer Vorteil, der den Anwohnern der Straße aus der Nutzung der Straße (Zugang zum öffentlichen Straßenverkehr und Zugang zum Grundstück) erwächst, abgegolten werden soll bzw. muss.

Weil es mit anderen Worten nur sehr schwer zu entscheiden ist, ob der Nutzungsvorteil eines Anwohners beispielsweise an einer Haupteerschließungsstraße nun mit 40, 50 oder 60% zu veranschlagen ist, wird die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen besonders in einer Zeit auch privat knapper Kassen durch die Anliegerinnen und Anlieger zunehmend in Frage gestellt und nicht mehr hingenommen. Dennoch bleiben die Städte und Gemeinden angesichts ihrer Finanzkrise, die durch die kommunalfeindliche Finanz- und Steuerpolitik der derzeitigen Regierungen in Bund und Land noch verschärft wird, auf die Refinanzierung ihrer Investitionen angewiesen. Hier gilt es, nach einem System zu suchen, welches diese Interessen sozial gerechter und akzeptierter als bisher in Einklang bringt.

So beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 13.10.2011

Keine Kommentare

[SPD-Gettorf](#) - veröffentlicht am 14.10.2011, 11:04 Uhr - 4685 Clicks - Nr. 1034

Sportentwicklungsplanung für die Gemeinde Gettorf und das Umland

Das Thema „Sportentwicklung“ steht sowohl in der Fraktion als auch im Ortsverein auf der Tagesordnung und war Sachthema im Wahlkampf.

Die Entwicklung des Sports im Allgemeinen beobachten wir seit längerer Zeit mit einiger Sorge. Die vielfältigen Probleme der Sportvereine sind auch bei uns in der Gemeinde Gettorf

angekommen.

Das Thema „Sportentwicklung“ steht sowohl in der Fraktion als auch im Ortsverein auf der Tagesordnung und war Sachthema im Wahlkampf.

Die Entwicklung des Sports im Allgemeinen beobachten wir seit längerer Zeit mit einiger Sorge. Die vielfältigen Probleme der Sportvereine sind auch bei uns in der Gemeinde Gettorf angekommen. Knapp die Hälfte unserer Bürgerinnen und Bürger, rund 3000 Personen, sind Mitglieder in den Sportvereinen. Seit gut zwei Jahren stehen wir im engen Dialog und Austausch mit den örtlichen Vereinen. Hierbei wurde deutlich, dass die Sportvereine die an sie gestellten Aufgaben kaum noch auf bisherigem Niveau halten können. Es kristallisierte sich heraus, dass vielfältige, zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen sein werden, die dem Stellenwert des Sports, auch unter den doch deutlich veränderten Bedingungen und Anforderungen unserer Gesellschaft, gerecht werden.

Wir waren und sind der Auffassung, dass wir die Probleme ohne professionelle Hilfe nicht werden lösen können. Auf unsere Initiative hin wurde Prof. Dr. Robin Kähler von der Christian-Albrechts-Universität Kiel zu einem Vortrag zum Thema „Sportentwicklungsplanung“ in den zuständigen Ausschuss eingeladen.

Die Erkenntnisse aus dem Vortrag sowie die anschließende Diskussion hat die SPD-Fraktion veranlasst, einen Antrag auf Erstellung eines Sportentwicklungsplanes für die Gemeinde in Kooperation mit dem Umland zu stellen. Es wurde ein Finanzierungsrahmen von 20.000.- € festgelegt. Fördermittel für das Projekt wurden beantragt und bewilligt.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich Anfragen zur Projektumsetzung veranlasst. Im Zeitfenster ist vorgesehen, dass die Erstellung des Sportentwicklungsplanes bis zum 31.03.2012 abgeschlossen ist.

Mit der dann vorliegenden, fundierten Grundlage können die erforderlichen Entscheidungen hoffentlich nachhaltig getroffen und umgesetzt werden.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 14.10.2011, 18:16 Uhr - 7862 Clicks - Nr. 1035

Gewerbeflächenkataster wäre gute Perspektive

„Die Verlagerung des KVG-Betriebsgeländes ergebnisoffen zu diskutieren ist der richtige Weg. Damit besteht die Chance auch einen neuen Wohnanteil auf dem Ostufer zu etablieren. Wir nehmen die Überlegungen aber auch zum Anlass zu prüfen, ob nicht ein „Gewerbegebietskataster“ aufzustellen ist. Es kann nicht nur um „Schöner Wohnen“ gehen, wenn wir über Stadtentwicklung reden.

Für Kiel ist es wichtig, auch Gewerbe in den Stadtgrenzen und in den Stadtteilen anzusiedeln und damit Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Ein solches Kataster könnte eine Hilfestellung dafür sein, eine koordinierte und mittelfristig angelegte Gewerbeansiedlung für die Stadt umzusetzen. Es kann nicht sein, dass Arbeitsplätze an den



Stadtrand verlegt werden sondern kurze Wege für Betriebe muss es auch innerhalb der Stadt geben. Attraktive mittelständische Gewerbe können auch Anziehungspunkte sein und damit für die Belebung von Stadtteilen sorgen. Gerade für Stadtteile wie Gaarden oder Friedrichsort wäre eine solche Planung von Vorteil.“, so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.

Keine Kommentare

[SPD-Flintbek](#) - veröffentlicht am 14.10.2011, 21:40 Uhr - 4097 Clicks - Nr. 1036

SPD-Bücherflohmarkt gut besucht

Auch Ralf Stegner stöberte in alten Büchern.

Der inzwischen im dritten Jahr veranstaltete Bücherflohmarkt der SPD Flintbek am Sonnabendnachmittag, dem 8. Oktober 2011, im Flintbeker Rathaus war wieder ein voller Erfolg.

Weil Bürger- und Sitzungssaal im Obergeschoss nicht ausreichten, sind Anbieterinnen bzw. Anbieter auf das Foyer im Erdgeschoss und sogar auf den



Außenbereich vor dem Rathauseingang ausgewichen. Das Angebot an Büchern war entsprechend groß, vom Bilderbuch für die Kleinsten über Jugend- und Sachbücher bis zu Romanen für Erwachsene, von Trivial- über klassische Literatur bis zur Bibel und vom antiquarischen bis zum fast neuen Buch war alles vorhanden.

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender und SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag, der wieder für die kommenden Landtagswahl kandidiert, und zwar in dem Wahlkreis zu dem auch Flintbek gehört, nahm sich die Zeit für einen Besuch des Bücherflohmarktes. Nachdem er auch Bücher erworben hatte, stand er noch für Fragen auf der Galerie im Obergeschoss zur Verfügung. Dort konnte man zum Selbstkostenpreis Kaffee, Kaltgetränke und Kuchen genießen. Die unterschiedlichen Kuchen und Torten waren insbesondere von den Organisatoren bzw. ehrenamtlichen Helferinnen selbst gebacken worden und sahen verlockend aus. Es bestand die Wahl vom einfachen Apfelkuchen bis zur Sahnetorte.

"Kinderbücher und relativ aktuelle Bücher scheinen ganz gut die Besitzer gewechselt zu haben" analysierte Hans Joachim Thiem von der SPD Flintbek. Wulf Brieger, SPD-Vorsitzender in Flintbek, freute sich: "Diesmal passte alles, der Zeitpunkt, das Wetter, die wiederholt guten Kuchenangebote und dann auch noch der Besuch von Ralf Stegner."

Keine Kommentare

**SPD Glinde und Martin Habersaat bereiten sich auf die Wahl vor
Monatsversammlung im Bürgerhaus blickt
nach vorne**

Am 6. Mai 2012 ist Landtagswahl. Darauf bereiten die Sozialdemokraten gerade in zweierlei Hinsicht vor. Als Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn, nun den SPD Ortsverein Glinde besuchte, ging es einerseits darum, den anstehenden Wahlkampf zu besprechen.



Andererseits war der Blick aber auch auf die Zeit nach der Wahl gerichtet: Was wird die SPD anders machen, wenn sie an der Regierung ist? Ein anderer Umgang mit Schleswig-Holstein und den Menschen, die hier leben, spielt in beiden Fällen eine Rolle.

Unter dem Motto „Mein Lieblingsland“ hat die SPD bereits eine Mobilisierungskampagne vorgestellt. „Unser Lieblingsland ist die Summe vieler einzelner starker Teile. Doch der stärkste Teil sind die, die hier leben: wir! Wir haben es in der Hand, wie es mit unserem Lieblingsland weitergeht,“ so heißt es unter www.mein-liebblingsland.de. Symbol dieser Aktion ist ein Herz in Schleswig-Holstein-Farben. Nachdem die Bürgerinnen und Bürger während des „Demokratiesommers“ und eines Bürgerparteitags ihr inhaltlichen Wünsche an die SPD äußern konnten, gibt es nun einen Plakatgenerator, um online Plakate entwerfen zu können. Martin Habersaat: „Bürgerbeteiligung und Dialog mit den Menschen sind wichtige Elemente vor der Wahl, sollen es aber auch nach der Wahl bleiben. Inhaltlich werde ich mich zudem weiterhin auf die Bildungspolitik und die norddeutsche Zusammenarbeit konzentrieren.“

In der Bildungspolitik sprach sich Habersaat gegen weitere Systemänderungen „von oben“ aus: „Gemeinschaftsschulen sind dann gut, wenn sie durchdachte pädagogische Konzepte engagiert umsetzen. Und wenn G8-Gymnasien die Schülerinnen und Schüler nicht überfordern sollen, gilt es auch dort viel zu tun; das Doppelstundenprinzip ist nur ein Beispiel.“ Jetzt bräuchten die Schulen die Luft, diese Aufgaben anzugehen. Jedoch bleibe auch für die Politik bleibt viel zu tun, etwa in der Lehrerbildung. „Es gibt keine Haupt- und Realschulen mehr, dennoch bildet das Land noch immer Haupt- und Realschullehrer aus.“ Die SPD schlägt anstelle dieser schulartbezogenen Ausbildung die Ausbildung zum Stufenlehrer vor, wie sie auch in Hamburg praktiziert wird: Alle angehenden Lehrer können dort in der Sekundarstufe I (Klasse 5-10) unterrichten und wählen dazu die Primarstufe (Klasse 1-4) oder die Sekundarstufe II (Klasse 11-12/13).

Um die Zusammenarbeit mit Hamburg zu verbessern und ein Gremium für regelmäßigen Austausch zu haben, hat die SPD bereits zum November-Landtag die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses beantragt. Dieser Ausschuss soll aus je 13 Mitgliedern aus den beiden Ländern bestehen und durch institutionalisierte Zusammenarbeit sicherstellen, dass die gemeinsamen

Einrichtungen einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden. Martin Habersaat: „Zudem wird damit auf Parlamentsebene ein Rahmen geschaffen, in dem Potenziale der weiteren Zusammenarbeit ausgelotet werden können.“

Weitere Schritte auf dem Weg zum Mai 2012 sind die Diskussion des Landtagswahlprogramms, dessen erster Entwurf den Parteigremien und Ortsvereinen Mitte Oktober vorgelegt wird, eine Ortsvereinskonzferenz am 28. Oktober in Trittau und ein Kreisparteitag am 12. November in Barsbüttel. Beschlossen wird das Wahlprogramm auf einem Landesparteitag am 3. und 4. Februar in Lübeck, auf dem gleichfalls die Landesliste aufgestellt wird.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 16.10.2011, 19:31 Uhr - 5443 Clicks - Nr. 1038

Nur Gewinner auf der Norderstedter Herbstmesse

Die Ortsvereinsvorsitzende und Landtagskandidatin Katrin Fedrowitz zeigte sich nach zwei arbeitsreichen Messetagen zufrieden mit der Resonanz der Besucher:

"Die hervorragende Organisation durch das Messteam des Regenta-Verlages hat die gute Stimmung bei den Ausstellern und Besuchern geprägt. Der Branchenmix hat gepasst und die Idee ehrenamtliche Arbeit auf der Messe zu präsentieren war einfach klasse. Mit rund 400 Besucherkontakten konnten wir an diesem Wochenende unsere politische Arbeit in angenehmer Atmosphäre präsentieren. Auch der Kontakt zu anderen Ehrenamtlichen kam Dank der schnellen Wege nicht zu kurz.

Zudem war unser Postkartenrätsel ein voller Erfolg. Drei der zahlreichen Mitspieler können sich über eine Reise nach Berlin, einen Tankgutschein und einen Einkaufsgutschein für den Weltladen freuen. Die Gewinner wurden von uns benachrichtigt. Die Preise wurden dann im feierlichen Rahmen übergeben."

Für die Herbstmesse 2012 kündigte die SPD-Vorsitzende an, dass die Sozialdemokraten wieder mit von der Partie sein werden.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 17.10.2011, 13:08 Uhr - 4676 Clicks - Nr. 1039

Neue Stärke für die Stadtwerke

Martin Habersaat sieht bundesweite Dynamik - Bewegung auch in Stormarn

Laut „Financial Times Deutschland“ könnten die acht größten deutschen Stadtwerke in den kommenden Jahren zehn Milliarden Euro in neue Kraftwerke investieren. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn, sieht in dieser Prognose einen Beleg für den Wandel



des Energiemarktes.

„Der Trend geht weg von den Stromriesen, hin zu kommunalen Unternehmen, die dezentral organisiert sind und Strom vor Ort produzieren und verteilen.“ Dieser Trend sei auch in Stormarn sichtbar.

„Das Ende des Atomzeitalters wird auch eine Umgestaltung des Strommarktes nach sich ziehen“, sagt Habersaat. Das sei sichtbar an den acht größten deutschen Stadtwerken (u.a. Hannover, Frankfurt, Leibzig), die sich zur Allianz „8KU“ zusammengeschlossen haben, aber auch an Entwicklungen in Stormarn. Bisher seien die kommunalen Stadtwerke eher auf den Verkauf von Strom konzentriert, künftig werde auch die Stromerzeugung stärker ins Blickfeld rücken. Die kommunale Verankerung der Unternehmen biete auch Chancen, Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsprozesse einzubinden und den Gedanken zu fördern, Energieversorgung regional zu gestalten.

Beispiele für die neue Dynamik gibt es auch im Kreis Stormarn:

Im Süden des Kreises wurde aus dem e-werk Reinbek-Wentorf das e-werk Sachsenwald. An der GmbH, die auch die Konzessionen für die Stromnetze übernommen hat, beteiligten sich in den vergangenen Monaten auch Glinde, Oststeinbek und Barsbüttel. Im Angebot ist ein spezieller „energreen-Tarif“, mit dem der Ausbau regenerativer Energien vor Ort gefördert wird. In den Räumen des e-werk Sachsenwald ist auch die Geschäftsstelle der Landesgruppe Nord des Verbandes der kommunalen Unternehmen untergebracht, das die Interessen der Stadtwerke vertritt und die Politik bei der Neustrukturierung des Energiemarktes berät.

Im Norden Stormarns sind seit 2001 die Vereinigten Stadtwerke aktiv, die sich ursprünglich auf die Region Ratzeburg, Mölln und Bad Oldesloe konzentrierten, mittlerweile aber auch überregional agieren. Zuletzt kündigten die Vereinigten Stadtwerke den Bau einer kleinen Wasserkraftanlage an der Trave in der Nähe von Bad Oldesloe an.

Das Ahrensburger Stadtwerk GAG ist eine kommunale Gesellschaft die zu 100% der Stadt Ahrensburg gehört. Im Angebot sind Erdgas- und seit einiger Zeit auch verschiedene Stromtarife.

[Link zum FTD-Artikel](#)

Keine Kommentare

AG 60plus KV-Dithmarschen

Ergebnis des 1. Dithmarscher Wohnprojekttags
Zu einem analysierenden Abschlussgespräch trafen sich die Aussteller und Organisatoren des 1. Dithmarscher Wohnprojekttags. Der im Wesentlichen von der AG 60plus Dithmarschen unter dem Motto „Alt werden im ländlichen Raum“ wurde im September in Meldorf veranstaltet.
In Kiel fand man das Projekt so interessant, dass der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales SH die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernommen hatte.



Man war sich einig, dass die Vielfalt des Angebotes viel dazu beigetragen habe, die Wohnsituation älterer Menschen zu beleuchten.

Da waren zum einen Vorträge, über Baufinanzierungen, Rechtsfragen, Pflegeversicherung oder auch die grundsätzliche Frage des Hauptreferenten Prof. Dr. Dörner “Wie will ich im Alter leben“ und zum anderen parallel dazu der „Markt der Möglichkeiten“, bei dem Wohn- und Lebenshilfen verschiedenster Art angeboten wurden.

Enttäuscht zeigte sich Aletta Thies, die stellv. Kreisvorsitzende der AG 60plus und Koordinatorin des Projektes, dass trotz breit angelegter Werbung, der Besuch als eher spärlich zu bezeichnen war. Alles in allem zeigten sich aber die Beteiligten der Gesprächsrunde beeindruckt von dem hohen Niveau der Messe und man beschloss für Frühjahr 2013 noch einmal so ein Projekt zu planen und durchzuführen.

Keine Kommentare

Flashmob für ein “Europa ohne Schranken”

Am kommenden Donnerstagnachmittag wollen die Jusos Kiel und Jusos Pinneberg gemeinsam mit einer Aktion in der Kieler Innenstadt für ein starkes und solidarisches Europa werben. Wir werden mit zwei Holzschranken durch die Holstenstraße gehen und Flyer für ein Europa ohne Schranken verteilen.

Die Aktion wurde bereits auf dem Roten Wochenende in Flensburg durchgeführt und soll jetzt in Kiel genauso erfolgreich umgesetzt werden. Dazu brauchen wir deine Unterstützung: Wir treffen uns am Donnerstag, den 20.10. um 15 Uhr vor dem Walter-Damm-Haus (Kl. Kuhberg 28 – 30) . Komm vorbei und setze gemeinsam mit uns ein Zeichen für die europäische Idee!

Den Flyer für Donnerstag kannst Du bereits hier einsehen:

Warum wir ein Europa ohne Schranken brauchen

Die Sorgen der Menschen ernst nehmen
Die Nachrichten sind täglich voll von wirtschaftlichen Hiobsbotschaften und die Menschen in Deutschland sind angesichts der aktuellen Debatte über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Stabilisierung der Währungsunion und Unterstützung der verschuldeten Euro-Länder zu tiefst verunsichert:
Sind wir in der Lage und ist es gerecht, dass Deutschland eine so große finanzielle Verantwortung übernimmt? Ist Vorsorge getroffen, dass die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrisen sich nicht immer wiederholen? Gibt es keine Alternativen zum derzeitigen Vorgehen? Ist die Politik überhaupt dazu in der Lage, die Krise richtig zu beurteilen?
Dies sind berechtigte Fragen, die die Politik im verantwortungsbewussten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland und Europa ernsthaft und mit Engagement diskutieren muss.

Schwarz-gelbe Orientierungslosigkeit
Die Bundesregierung hat dies seit Beginn der Krise jedoch versäumt.
Ihr Krisenmanagement bestand vor allem daraus wirtschaftliche und politische Realitäten zu leugnen, immer wiederkehrende Ressentiments gegenüber anderen EU-Mitgliedsstaaten weiter zu schüren und Deutschland in völlig falscher Art und Weise als „Zahmmeister“ Europas darzustellen. Die Form und der Inhalt dieser orientierungslosen Politik haben zu einer ablehnenden Haltung gegenüber den nötigen Stabilisierungsmaßnahmen geführt und Zweifeln an der europäischen Idee einen Nährboden geliefert.

Verantwortung für Europa und Deutschland
Die Stabilisierung des Euro ist dabei gerade auch im großen Interesse Deutschlands, denn Deutschland ist der eigentliche Gewinner der europäischen Einigung. Millionen deutscher Arbeitsplätze hängen an dem Export von Gütern und Dienstleistungen in die EU. Die vielen Vorteile der politischen Integration wie Reisefreiheit oder Arbeitsmarktfreizügigkeit möchte wohl niemand mehr missen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.10.2011, 16:38 Uhr - 1994 Clicks - Nr. 1042

Kleiner-Kiel-Kanal: Kiel wird maritimer und schöner für alle

"SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung begrüßen, dass die Planungen der Stadtverwaltung für den 'Kleinen-Kiel-Kanal' als Wasserverbindung zwischen dem Kleinen Kiel und dem Bootshafen vorangehen.

Wir sehen uns einig mit Handel und Gewerbe und handeln im Interesse derjenigen, die in der Altstadt Arbeit haben und sie dort behalten wollen, und auch für die, die dort in Zukunft neue Arbeitsplätze schaffen werden. Das regionalwirtschaftliche Gutachten der CIMA Stadtmarketing GmbH hat dauerhafte Mehrbeschäftigung zwischen 60 und 200 Arbeitsplätzen für möglich gehalten, wenn wir diese Investition zur Verbesserung der Lagequalität in der Innenstadt vornehmen. Eine Innenstadt ist aber nicht nur eine Stätte des Handels, sondern auch des aktiven Lebens in einer Stadt: Mit dem 'Kleinen-Kiel-Kanal' wird Kiel für seine Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie für seine Gäste aus nah und fern noch ein Stück maritimer. Die einzigartige Fördelage wird damit noch lebbarer in der Stadt. Das ist nicht nur ein Vorteil im Wettbewerb des Städtetourismus. Es verschönert auch die Innenstadt als den wichtigsten Aufenthaltsort für alle Kielerinnen und Kieler - und das ist wichtig für die Identität einer Stadt."

Dies erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 19.10.2011, 09:05 Uhr:

RE: Kleiner-Kiel-Kanal: Kiel wird maritimer und schöner für

Ich las in den Kieler Nachrichten, dass der geplante Kleiner-Kiel-Kanal nicht ganz bis zum Kleinen Kiel durchgehen soll. Warum nicht? Es sieht doch viel besser aus, wenn der Kanal durchgeht. Ausserdem könnte man mit Tretbooten in den Kleinen Kiel hineinfahren. Wenn man nur einen kleinen Rinnsal planen will, kann man sich die Sache ganz sparen.

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 18.10.2011, 17:02 Uhr - 4634 Clicks - Nr. 1043

50 Jahre SPD Osterrönfeld

Bei strahlendem Sonnenschein und klarer Aussicht auf den Kanal feierte die SPD Osterrönfeld am 09. Oktober im Kanal-Café ihr 50-jähriges Jubiläum. 1961 von mehreren engagierten Osterrönfelderinnen und Osterrönfeldern gegründet, ist der SPD-Ortsverein heute die älteste Partei in Osterrönfeld. Im Gegensatz zur fast 150-jährigen Geschichte der Bundes-SPD sei das fast noch jungfräulich, wie der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner in seinem Grußwort augenzwinkernd anmerkte.

Stegner war als Ehrengast geladen, ebenso wie der Rendsburger Bürgermeister Andreas Breitner,



der auch stellvertretender SPD-Landesvorsitzender ist. Die Feier fand im Gegensatz zu den letzten Jubiläumsveranstaltungen der SPD in einem kleinen Rahmen statt, was der Stimmung unter den zahlreich anwesenden Mitgliedern aber keinen Abbruch tat. Das umfangreiche und leckere Frühstücksbuffet des Kanal-Cafés sowie der 1a-Blick auf den Kanal taten ein Übriges.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Detlef Strufe erinnerte in seiner Rede an viele Höhepunkte aus 50 Jahren Kommunalpolitik zum Wohle der Menschen. Er dankte den vielen Mitgliedern, die in den vergangenen 50 Jahren viel für die Gemeinde Osterröfeld erreicht und diese positiv mit den Osterröfelderinnen und Osterröfeldern gemeinsam gestaltet haben. Dabei hob er u. a. die Ausweisung von Gewerbe- und Wohngebieten hervor, die Osterröfeld heute stark machen und in Zukunft weiter stärken werden. Nicht nur die vielen neuen Arbeitsplätze und Unternehmen in Osterröfeld seien für die Zukunft ein gutes Zeichen (z. B. für die finanzielle Lage), sondern auch die über die Jahre neu gewonnenen Einwohnerinnen und Einwohner, die sich u. a. als Mitglieder der örtlichen Vereine und Verbände stark für die Gemeinde Osterröfeld und das Zusammenleben im Dorf engagieren. Detlef Strufe machte aber auch deutlich, dass dieser Rückblick nur eine Zwischenbilanz sein könne, sei es doch nun wichtig, auch die nächsten 50 Jahre erfolgreich zum Wohle Osterröfelds zu bestreiten.

In seinem Grußwort bezeichnete Ralf Stegner die ehrenamtliche Kommunalpolitik als das Fundament der Demokratie, die es weiter zu fördern gelte. Gleichzeitig stellte er sich als Landtagskandidat für die Landtagswahl im Mai 2012 vor, die er aufgrund der Neuschneidung der Wahlkreise nun erstmals auch in Osterröfeld angehen werde. Er sicherte den Osterröfelderinnen und Osterröfeldern seine volle Unterstützung als Landtagsabgeordneter zu und freut sich nun auf die zukünftige Zusammenarbeit.

Andreas Breitner wiederum erinnerte im Vorwege der Jubiläumsveranstaltung daran, dass Osterröfeld und Rendsburg schon früh begriffen hätten, dass es in der Region nur gemeinsam und nicht gegeneinander gehe. Daran hätten die Osterröfelder Sozialdemokraten einen maßgeblichen Anteil.

Im Anschluss an die Reden ehrten der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner und der Rendsburger Bürgermeister Andreas Breitner die folgenden Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft in der SPD: Hannelore Söhrnsen, Hartwig Söhrnsen, Regina Baldes, Friedel Strufe und Detlef Strufe (10 Jahre), Theodor Müller, Klaus Behnke, Ilse Jasmer und Rudi Jasmer (25 Jahre), Gerhard Gehringer, Heinrich Schmidt und Christl Gollnick (40 Jahre). --

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 20.10.2011, 01:45 Uhr - 5292 Clicks - Nr. 1044

SPD-Kreistagsfraktion: CDU-Wahlkampfkampagne weiterhin in externer Kritik

Nicht nur im Lauenburgischen Kreistag führt die WfL-Standortkampagne als Folge des CDU-Kommunalkampfversprechens, 1000 neue Arbeitsplätze im Kreis zu schaffen, zu intensiven Diskussionen.

Nachdem die Standortkampagne im vergangenen Jahr im „Schwarzbuch“ des Steuerzahlerbundes mit bundesweit einhergehender Negativberichterstattung über den



Kreis Herzogtum Lauenburg Eingang gefunden hat, hat sich jetzt auch der Landesrechnungshof im Rahmen seiner überörtlichen Prüfung von vier Landkreisen (u. a. des Kreises Herzogtum Lauenburg) mit diesem Thema auseinandergesetzt.

SPD-Fraktionsvorsitzender Gunar Schlage: „Der Landesrechnungshof bestätigt die Bedenken des Bundes der Steuerzahler, die im vergangenen Jahr geäußert wurden, eindrucksvoll. In dem jetzt vorliegenden Prüfbericht weist auch der Landesrechnungshof darauf hin, dass eine vor Start der Standortinitiative von der WfL selbst veröffentlichte Statistik ausweist, dass seit 1989 fast 9.300 neue Arbeitsplätze im Kreis geschaffen wurden - ohne „Standortinitiative. Im Vergleich zu 2009 stieg die Zahl der neuen Arbeitsplätze 2010 um 502. Ob und inwieweit diese Entwicklung auf Maßnahmen der Standortinitiative zurückzuführen ist, lässt sich nicht feststellen, so der Landesrechnungshof.

Ebenfalls kritisiert der Landesrechnungshof, dass in dem Bewilligungsbescheid nicht festgelegt worden ist, ob und inwieweit über die Verwendung der Mittel ein Nachweis erbracht werden sollte. Der Landesrechnungshof sieht die Bewilligung der Mittel für die WfL vor dem Hintergrund der angespannten finanziellen Situation des Kreises kritisch. Angesichts der Vorerfolge der WfL im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren, also vor dieser Standortinitiative und Bereitstellung der Mittel, hätte der Kreis darauf möglicherweise verzichten und damit einer zusätzlichen Belastung des Kreishaushaltes vermeiden können.“

Gunar Schlage: „Deutlicher kann eine Kritik eigentlich nicht sein. Nach wie vor fehlt jeglicher Beweis, dass auch nur ein einziger Arbeitsplatz durch die Millioneninvestitionen der Standortinitiative im Kreis Herzogtum Lauenburg entstanden ist. Im letzten Jahr der Bund der Steuerzahler, in diesem Jahr der Bericht des Landesrechnungshofes. Für die SPD-Fraktion stellt sich die Frage, was eigentlich noch passieren muss, um die noch bestehende CDU/FDP-Mehrheit im Kreis zur Vernunft kommen zu lassen.“

Schlage abschließend: „Es wird interessant sein, was der Landrat in seiner Stellungnahme zum Prüfbericht hierzu sagen wird.“

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 20.10.2011, 12:58 Uhr - 84598 Clicks - Nr. 1045

„Käfigverbot für Legehennen konsequent durchsetzen“

Agrarministerrat muss mehr liefern als leere Versprechungen

Brüssel: „Wenn sich jetzt bewahrheitet, dass ein Duzend Mitgliedstaaten die Umstellung auf ausgestaltete Käfige nicht fristgerecht einhalten werden, ist Europa um einen handfesten Tierschutz-Skandal reicher“, erklärte die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Donnerstag in Brüssel.

Anlässlich des in dieser Woche in Luxemburg stattfindenden EU-Agrarministerrats verlangt die SPD-Politikerin von den Landwirtschaftsministern endlich zu handeln und die Einhaltung eines Käfigverbots für Legehennen ab dem 1. Januar 2012 sicherzustellen.



„Angesichts der mehr als ein Jahrzehnt währenden Übergangsfrist muss das Europäische Parlament den Behörden und Ministern für den bisherigen Umgang mit dem Thema skandalöse Untätigkeit attestieren, schließlich wurde die Abschaffung der `Batteriehaltung´ bereits 1999 beschlossen“, so Rodust. Der zuständige EU-Kommissar John Dalli hatte Anfang Oktober vor dem Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments erklärt, dass sich Belgien, Bulgarien, Frankreich, Polen, Portugal, Rumänien und Zypern nicht im Stande sähen, die konventionelle Käfighaltung bei Legehennen auszusetzen, während Griechenland, Italien, Lettland, Spanien und Ungarn nicht einmal ausreichende Daten nach Brüssel geschickt hätten, um die Situation zu bewerten. „Dazu müssen sich jetzt die Agrarminister äußern und erklären, wie sie derartig viel Zeit sinnlos verstreichen lassen konnten“, betonte Rodust.

Innerhalb der nächsten Wochen noch gute Lösungen für die betroffenen Länder zu entwickeln hält Rodust für extrem schwierig. „Ich habe erhebliche ethische Probleme damit, die nach dem 1. Januar illegal in Legebatterien produzierten Eier in großem Maßstab vernichten zu lassen“, so Rodust. Den Vorschlag des Kommissars, den Verkauf dieser Eier an industrielle Verarbeitungsbetriebe zuzulassen, hält die SPD-Agrarpolitikerin aber für ebenso problematisch: „Wie müssen uns schließlich auch Fragen, wie das bei den Betrieben ankommt, die sich an die Regeln halten und durch die fristgerechte Umstellung teilweise erhebliche Kosten zu tragen hatten.“ Es müsse deshalb unbedingt vermieden werden, dass noch irgendein Profit mit Eiern aus Käfighaltung gemacht werden könne. „Vielleicht stellt hier der Vorschlag einiger NGOs, die illegal produzierten Eier zu Trockenei für die Notfallhilfe zu verarbeiten, eine Möglichkeit des ethischen Umgangs mit diesem Problem dar“, so Rodust abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 20.10.2011, 13:41 Uhr - 11277 Clicks - Nr. 1046

Wie steht die SPD zu Maisanbau und Biogasanlagen?

Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg lädt ihre Mitglieder und Interessierte ein zu einer Podiumsdiskussion am 25. Oktober 2011 um 19.00 Uhr ins Hotel Ruhekrug bei Schleswig. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion werden die MdL Birte Pauls und Lothar Hay und Jürgen Augustin, Bürgermeister von Nübel, über ihre Erfahrungen berichten und mit den Anwesenden diskutieren.

In fast allen Gemeinden im Kreis Schleswig-Flensburg wird über die Planung bzw. Erweiterung von Agrargasanlagen gesprochen und diskutiert. Eine Bürgerbewegung gegen diese Art von erneuerbaren Energien macht sich breit.

Die Zahl der Agrargasanlagen hat sich zunehmend zu einer Industrialisierung entwickelt. Im Kreis Schleswig-Flensburg haben sich diese Anlagen innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. In vielen Kommentaren ist von Vermaisung und Monokulturen unserer Landschaft die Rede. Aber nicht nur das. Ganze Landschaften haben sich geändert. Die Artenvielfalt ist zum Beispiel gefährdet. Von einer herkömmlichen bäuerlichen Landwirtschaft ist kaum noch etwas übrig. Zudem ist die Konkurrenz bei gepachtetem Land zu verzeichnen. Der enorme Flächenverbrauch hat

Auswirkungen auf die Kulturlandschaft und auf den Tourismus.

Zu diesen Themen möchte der Kreisverband der SPD im Kreis Schleswig-Flensburg sich austauschen und nach Lösungen und Wegen für die Zukunft unseres Landes suchen.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 20.10.2011, 15:55 Uhr - 15748 Clicks - Nr. 1047

MdB Sönke Rix zum "Bundestrojaner"

Misstrauen verhindern - Grenzen einhalten

Nachdem dem Chaos Computer Club (CCC) vor zwei Wochen der sogenannte „Bundestrojaner“ – ein Computerprogramm, mit dem Sicherheitsbehörden Rechner verdächtiger Personen ausspähen – zugespielt wurde, kommt nach und nach das Ausmaß des Einsatzes dieser Software ans Licht: Der „Bundestrojaner“ soll in Bund und Ländern in den vergangenen Jahren mehr als 50 Mal zum Einsatz gekommen sein.



BKA, Verfassungsschutz, die Bundespolizei sowie das Zollkriminalamt haben die Technik verwendet. Hinzu kommen Einsätze in den Bundesländern.

Der Einsatz der vom CCC analysierten Überwachungssoftware weckt bei mir grundsätzlich Unbehagen. Schließlich werden solche Programme auch als Einbruchswerkzeug von Kriminellen genutzt. Aber darum geht es nicht in der aktuellen Debatte, denn Online-Durchsuchungen sind seit 2009 mit dem sogenannten BKA-Gesetz gesetzlich geregelt. Es geht vielmehr darum, was staatliche Stellen mit der so gewonnenen Macht über den Rechner eines Bürgers machen dürfen und was nicht. Die Grenzen hat das Bundesverfassungsgericht 2008 gezogen: Seitdem gibt es ein „Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ und die Voraussetzungen für einen Eingriff liegen sehr hoch. Daten auf dem Rechner eines Verdächtigen ablegen, seine Aktivitäten am Computer überwachen und mit Hilfe des Mikrofons oder der Kamera den Raum überwachen, das geht z. B. nicht. Aber genau dies konnte möglicherweise die vom CCC analysierte Software.

Computerexperten äußern Zweifel, inwiefern eine Überwachungssoftware überhaupt so ausgestaltet werden kann, dass sie schon rein technisch nur in den Grenzen des vom Bundesverfassungsgericht Erlaubten arbeitet. Dann jedoch muss die Kontrolle durch Menschen umso besser funktionieren. Es scheint, als hätten in den bekannt gewordenen Fällen die technischen und menschlichen Kontrollen versagt. Deshalb muss meiner Meinung nach auf „Staatstrojaner“ mindestens so lange verzichtet werden, bis es Prozesse gibt, die einen Missbrauch sicher ausschließen. Dabei darf die Frage, ob ein „Staatstrojaner“ sicher und verfassungsfest ist, nicht zwischen Softwareunternehmen und den sie beauftragenden Behörden ausgemacht werden. Die Produkte müssen unabhängig überprüft werden. Es ist ein Unding, dass es den CCC dazu brauchte, für diese Überprüfung zu sorgen.

Ich meine: Der Sachverhalt muss vollständig aufgeklärt werden und wir benötigen eine klare Positionierung der Bundesregierung. Außerdem muss sie die Öffentlichkeit unverzüglich und lückenlos darüber informieren, von wem der „Bundestrojaner“ zu welchem Zweck eingesetzt wurde, wer die finanziellen Ressourcen hierfür zur Verfügung gestellt hat und wer die politische Verantwortung für den Einsatz trägt.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung vom 19.10.2011

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.10.2011, 16:09 Uhr - 5846 Clicks - Nr. 1048

Bettina Hagedorn legt die Einnahmen und Ausgaben von 2010 offen

Der Steuerbescheid für das Jahr 2010 ist da - und einer bereits seit vielen Jahren geübten Tradition folgend veröffentlicht die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn ihn jetzt, denn ihre Diätenbezüge und steuerlich wirksamen Ausgaben legt sie seit Beginn ihrer Abgeordnetenzeit im Oktober 2002 offen.

Alle Angaben sind seitdem auf ihrer Homepage (www.bettina-hagedorn.de) unter dem Stichwort „Gläserne Abgeordnete“ nachzulesen. „Seit Jahren bestätigen mir viele Menschen immer wieder, dass sie es schätzen, dass ich Aufklärung und Transparenz sowohl in den politischen Entscheidungen wie auch bei den Finanzen ganz selbstverständlich für mich zur Regel gemacht habe - ein wirksames Mittel gegen Politikverdrossenheit,“ so Hagedorn.



Ihre Einnahmen und steuerlich wirksamen Ausgaben sahen 2010 wie folgt aus: Sie erhielt im Jahr 91.763,88 Euro Diät – Diäten werden grundsätzlich brutto ausgezahlt. Darauf hat sie 23.129,82 Euro Einkommenssteuern und Solidaritätszuschlag gezahlt und 7.300,37 Euro Beiträge für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung entrichtet. Für die Alterssicherung zahlte sie 2010 in private Versicherungen 5.672,18,- Euro ein, da Abgeordnete bis zur 2008 gesetzlich geänderten Diätenreform erst nach 8jähriger Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag eine zu versteuernde Pension ab dem 65. Lebensjahr erhielten. Berücksichtigt man diese Abzüge, dann verblieben 55.661,51 Euro oder 4.638,46 Euro netto monatlich.

Allerdings haben SPD-Abgeordnete weitere finanzielle Verpflichtungen – insbesondere zur Unterstützung der Partei. Verschiedene SPD-Gliederungen erhielten 2010 von Bettina Hagedorn Beiträge und Spenden in Höhe von 11.358,12 Euro, von denen natürlich nur 1.650 Euro steuerlich absetzbar waren. Hagedorn: "In der SPD ist es üblich, dass Abgeordnete für den nächsten Wahlkampf monatlich größere Summen an SPD-Gliederungen spenden, woraus quasi ‚Rücklagen‘ gebildet werden. So machen wir uns als Partei im Wahlkampf von privaten Spendern gerade aus der Wirtschaft unabhängig." Berücksichtigt man auch diese Ausgaben, dann blieben 2010 44.303,39

Euro verfügbar oder effektiv 3.691,95 Euro monatlich. Darüber hinaus hat die Abgeordnete 1.435 Euro an gemeinnützige Vereine und Organisationen gespendet – sie unterstützt allein mehr als 20 Vereine und Verbände in der Region durch ihre Mitgliedschaft.

Nebeneinkünfte bezieht Bettina Hagedorn nicht: „Bei gewissenhafter Arbeit im Sinne des Mandats bleibt gar keine Zeit für Nebentätigkeiten - die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Berlin und im Wahlkreis zu vertreten ist mehr als ein Fulltime-Job. Ich bin froh, dass die gesetzliche Offenlegungspflicht aller Abgeordneten – schon 2005 beschlossen und nach langer Klage seit 2008 endlich in Kraft - umgesetzt wird. Die Politik kann nur Glaubwürdigkeit erlangen, wenn es bei allen Tätigkeiten und Einkünften von Abgeordneten absolute Transparenz gibt.“

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 21.10.2011, 12:28 Uhr - 86230 Clicks - Nr. 1049

**„Käfighaltung von Legehennen - Vertragsverletzungsverfahren sind zu wenig“
EU-Kommission muss bessere Lösungsansätze liefern**

Brüssel: Die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust sieht eine Mitverantwortung der EU-Kommission, wenn ab dem kommenden Jahr weiterhin Legehennen in zu kleinen Käfigen gehalten werden.

EU-Kommissar John Dalli hatte am Donnerstag auf dem Agrarministerrat in Luxemburg zwar angekündigt, Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedsstaaten einzuleiten, die gegen das ab dem 1. Januar 2012 geltende Verbot der konventionellen Käfighaltung verstoßen. Nach Ansicht von Rodust müsse sich aber auch die Kommission fragen lassen, ob sie ihrer Pflicht als Hüterin der EU-Verträge ausreichend nachgekommen sei.



"Die Mitgliedsstaaten hatten zwölf Jahre Zeit für die Umsetzung, da hätte es doch auffallen müssen, dass viele Länder sich nicht genügend bemühen, die Frist für das Verbot einzuhalten", so die agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten. "Ich verstehe nicht, warum die EU-Kommission nicht schon früher eingegriffen hat. Nun bleiben nur noch zwei Monate bis zum endgültigen Ende der Frist, für konkrete Maßnahmen könnte es jetzt zu spät sein."

Positiv bewertet Rodust den Vorschlag einiger NGOs, die anfallenden Eier aus den verbotenen Käfigen zu Eipulver verarbeiten zu wollen: "Die Eier werden ab dem 1. Januar 2012 weiter gelegt werden, denn die Hühner wissen nicht, dass sie illegale Eier produzieren – wir können die Eierproduktion nicht einfach stoppen.“ Wichtig sei jetzt, was mit dem Eipulver geschehe, betonte Rodust. „Eier aus konventioneller Käfighaltung dürfen ab Anfang nächsten Jahres kein Profitgeschäft für die Produzenten mehr sein – sie dürfen in keiner Form in den EU-weiten Handel gelangen. Denn das führt zu immensen Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der Landwirte, die fristgerecht und teilweise früher als gefordert in die Abschaffung der konventionellen Käfighaltung investiert haben.“ Außerdem fehlten so in den säumigen Ländern Anreize, die bestehenden

Misstände abzuschaffen.

Offen bleiben nach Ansicht von Rodust ab Januar 2012 aber auch noch weitere Fragen: "Was machen wir mit Eiern, die aus Drittländern importiert werden und nicht den EU Standards entsprechen?" Kopfzerbrechen bereiten ihr hier vor allem die verarbeiteten Produkte: "Auf losen Eiern im Einzelhandel gibt es bereits eine Kennzeichnung über Herkunft und Haltungsform der Hühner. Das müssen wir aber auch bei verarbeiteten Produkten durchsetzen. Die Verbraucher sollen wissen, unter welchen Bedingungen die `Zutat Ei´ produziert wurde."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 21.10.2011, 12:39 Uhr - 1658 Clicks - Nr. 1050

Schwarzgelbe Steuerpläne würden Schulmensa oder 50 Erzieherinnen pro Jahr kosten

"Zwischen drei und vier Millionen Euro weniger Einnahmen pro Jahr im Kieler Stadthaushalt, grob geschätzt – das wäre die faule Frucht der Steuersenkungspläne, deren Verwirklichung die Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP angedroht hat. Im realen Leben entspricht dieser Betrag mindestens einer neuen Schulmensa oder wenigstens 50 Erzieherinnen und Erziehern in den Kindertagesstätten.

Während SPD, Grüne und SSW in der Ratsversammlung die Kinderbetreuung entschlossen ausbauen – schon jetzt sind in dieser Kommunalwahlperiode dreimal so viel Kita-Plätze geschaffen worden wie in der gesamten Kommunalperiode zuvor – und den Ganztags Schulbau voranbringen, wollen Union und FDP die Stadtkasse plündern und die finanziellen Grundlagen für die bessere Bildung der Kieler Kinder entziehen. Mit dem Alltag des städtischen Lebens, in dem Mütter und Väter auf Kindertagesstätten, Schulmensen und gute öffentliche Einrichtungen angewiesen sind, haben die konservativen und liberalen Steuersenkungsspielchen im fernen Berlin nichts zu tun.

Dies war bereits beim so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz von CDU, CSU und FDP der Fall, das die Stadt Kiel ca. 6 Millionen Euro an Einnahmen kostete, auf dessen wirtschaftlichen Nutzen man aber heute noch wartet. So verhält es sich auch bei diesen neuen Steuersenkungsandrohungen mit absehbarem Schaden für die Kommunen und damit auch für die Landeshauptstadt Kiel. SPD, Grüne und SSW in der Ratsversammlung setzen auf den Bundesrat, in dem diesem städtefeindlichem Unfug hoffentlich schnell ein Ende gemacht wird.“

Dies erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 22.10.2011, 15:38 Uhr - 4002 Clicks - Nr. 1051

SPD Quickborn trauert um Karla Marx

Karla Marx, mehr als 63 Jahre in der SPD Quickborn, ist am 16.10.2011 im Alter von 81 Jahren verstorben. Wir werden sie immer in ehrendem Gedenken behalten. Mit Karla haben wir eine

engagierte Sozialdemokratin mit festen politischen Grundsätzen verloren. Die Beisetzung findet am Dienstag, den 25.10. um 14.00 h auf dem Heidefriedhof in Quickborn statt. Ein Nachruf
Pressemitteilung

SPD verliert engagierte Sozialdemokratin

Mit Trauer haben wir erfahren, dass Karla Marx, engagierte Sozialdemokratin, gestern im Alter von 81 Jahren gestorben ist. Seit dem 1. Nov. 1948 war sie Mitglied der SPD Quickborn, angefangen bei der Jugendorganisation „Falken“. Fast ihr ganzes Leben hat sie der Politik gewidmet. Karla Marx war eine Sozialdemokratin mit festen sozialdemokratischen Grundsätzen. Engagiert und kämpferisch hat sie sich zeitlebens für soziale Themen, die Jugend und für die Stadtwerke eingesetzt. Seit 1984 war Karla Mitglied der Ratsversammlung und 1990 bis 1998 auch stellv. Bürgervorsteherin.

Die Erhaltung des Freibades, Verkehrsberuhigung, sozialer Wohnungsbau, der Bau von Altenwohnungen, die Sicherung von Kindertagesstättenplätzen und bezahlbarer Wohnraum waren Themen, die ihr sehr am Herzen lagen. Aber auch als langjähriges Mitglied im Werkausschuss setzte sie sich ein für starke Stadtwerke und eine autonome Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen für die Quickborner Bevölkerung.

Karla Marx war eine äußerst engagierte Frau, die ihre Überzeugungen selbstbewusst und kämpferisch zu vertreten wusste. Aber sie hatte auch die selten gewordene Gabe, auch mit anderen Fraktionen parteiübergreifend gut zusammenarbeiten zu können.

Neben den rein politischen Themen war ihr die Städtepartnerschaft mit Malchow wichtig. Über ihre Arbeit im Werkausschuss und der späteren Hilfe für den Aufbau eigener Stadtwerke in Malchow war Karla Marx eine treibende Kraft bei der bis heute aktiven Partnerschaft zur Stadt und zur SPD Malchow.

Wir verlieren mit Karla Marx eine Sozialdemokratin, von der wir viel gelernt haben und deren Grundsätze auch weiterhin Leitmotiv unserer Arbeit in Quickborn bleiben werden. Wir trauern mit ihrem Mann Gerd Marx und ihrer Familie.

Enno Hasbargen
SPD-Quickborn
Ortsvereinsvorsitzender

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 22.10.2011, 16:36 Uhr - 3815 Clicks - Nr. 1052

Keine unzumutbaren Belastungen für Abiturienten

Zu den Vorschlägen des „Aktionsrates Bildung“ zur Einführung eines Kernabiturs zusätzlich zu den bisherigen Abiturprüfungen erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Die Sicherung der Qualität aller Abschlussprüfungen, besonders des Abiturs als Voraussetzung für den Hochschulzugang, und die länderübergreifende Vergleichbarkeit der Prüfungen sind wichtige Anliegen.

Daher müssen alle Anregungen, die diesen Zielen dienen, sorgfältig geprüft werden.

Die bisher veröffentlichten Vorschläge lassen allerdings den Verdacht aufkommen, dass es sich hier um eine weitere Belastung der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer handelt.

Insbesondere die Idee, an ein und demselben Tag anderthalbstündige Tests in Deutsch, Englisch und Mathematik schreiben zu müssen, würde Prüfungsergebnisse noch stärker von der Tagesform der Schülerinnen und Schüler abhängig machen.

Wir werden anregen, die an diesem Konzept beteiligten Bildungsforscher zur Vorstellung ihrer Ideen in den Bildungsausschuss einzuladen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 23.10.2011, 15:43 Uhr - 14934 Clicks - Nr. 1053

AsF: Mädels mit Köpfen – Frauen machen Politik

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) lädt zur Diskussionsveranstaltung mit SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig.

"Mädels mit Köpfen - Frauen machen Politik" ist das Motto, unter dem Landes-AsF und die AsF Rendsburg-Eckernförde für

Dienstag, den 1. November 2011 ab 18.00 Uhr

ins Eckernförder Technik- und Ökologiezentrum

(Marienthaler Str. 17, 24340 Eckernförde)
einladen.

Gemeinsam mit Gästen möchte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Perspektiven für eine gute und frauengerechte Politik weiter entwickeln.

Programm:

18.00 Uhr Get together (mit Getränken, Klönschnack und Kultur)

18.30 Uhr Begrüßung durch Bärbel Juister, AsF Landesvorstand Schleswig-Holstein

18.45 Uhr "Frauenpolitik für Schleswig-Holstein nach der Wahl 2012", Impulsreferat von Torsten

Albig, SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl.

19.00 Uhr World Café – Diskussion: Moderierte Thementische zu Gleichstellung, Finanzen, Gesundheit, Kommunen, Integration, Familien und Bildung

20.15 Uhr Unsere Themen für Schleswig-Holstein - Erfahrungen und Ergebnisse aus den Diskussionen und moderne Gleichstellungspolitik in Schleswig-Holstein

Im Eingangsbereich ist eine Fotoausstellung von Agnes Witte zu sehen und musikalisch wird die Veranstaltung von dem Duo „accellorando“, Meike Salzmann Akkordeon und Matthias Hahn-Engel Cello, begleitet. An der Veranstaltung werden auch die Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli (Eckernförde) und Birte Pauls (Schleswig) teilnehmen. Wir laden Sie zu dieser Veranstaltung herzlich ein und würden uns sehr freuen Sie am 1. November in Eckernförde begrüßen zu können.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 23.10.2011, 20:34 Uhr - 8409 Clicks - Nr. 1054

"Danke, Rosa!" - SPD trauert um Rosa Wallbaum

"Noch letztes Jahr konnten wir im feierlichen Rahmen den 95. Geburtstag unserer Rosa feiern. Nun ist sie tot. Als Kielerin und Sozialdemokratin ist sie uns ans Herz gewachsen und ihre Ratschläge waren uns immer hilfreich.

"Ich hab` mich nie arm gefühlt", hieß ihre Biografie, die, 2010 herausgegeben von Susanne Kalweit, ihren berührenden Lebenslauf darstellte und ihren Platz in der Kieler Sozialdemokratie eindrucksvoll beschrieb.

Sie war ein Kieler Arbeiterkind, auf das unsere Stadt stolz sein kann“, so SPD-Kreischef Rolf Fischer.



Rosa Wallbaum wurde 1915 in Kiel in einem Arbeiterhaushalt geboren. Schon mit 9 Jahren kam sie zu den "Roten Falken", der SPD-Arbeiterjugendbewegung, mit 14 Jahren schloss sie die Volksschule ab und wurde Verkäuferin. Sie lernte "Demokratie" in der berühmten "Kinderrepublik Seekamp" in Schilksee unter Andreas Gayk, war ab 1925 im Kieler Arbeitersportverein engagiert. Am 1.6. 1932 trat sie in die Kieler SPD ein. Sie heiratete 1939, wurde Witwe und musste sich nach dem Krieg um ihre zwei Kinder kümmern. Sie gehörte trotz dieser Belastung nach 1945 zu den Helferinnen der AWO in Falckenstein, war im Reichsbund (Gründungsname des Sozialverband Deutschland) und ab 1955 in der Kieler Ratsversammlung und im SPD-Kreisvorstand. Insbesondere die Frauenarbeit lag ihr am Herzen. Sie war im Sport- und Bauausschuss, damals eine reine Männerdomäne. Zudem gehörte sie zu den Ratsmitgliedern, die in den 50er Jahren die Kontakte zur Partnerstadt Coventry ausbauten und damit aktive "Friedensarbeit" zwischen den Städten leisteten. Rosa Wallbaum wurde ab 1963 hauptamtliche Referentin für Frauenarbeit beim SPD-Landesverband Schleswig-Holstein und ab 1968 Studienleiterin in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente.

"Das war meine Universität", so nannte sie die Bildungseinrichtung, in der heute ein Raum ihren Namen trägt. Rosa Wallbaum ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, der "Karl-Rickers-Medaille" des SPD-Kreisverbandes Kiel und weiterer Auszeichnungen. Rosa Wallbaum war aktives Mitglied

in einer Reihe von Vereinen.

Dazu erklärte Rolf Fischer: "Rosa Wallbaum war 79 Jahre Mitglied der Kieler SPD. Das ist keine "langjährige Mitgliedschaft", das ist ein ganzes Leben in der SPD. Ein Leben für die Menschen in Kiel, mit Herz und Verstand. Das war Rosa Wallbaum, derer wir in großer Dankbarkeit gedenken und die wir nicht vergessen werden."

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.10.2011, 11:14 Uhr - 5379 Clicks - Nr. 1055

Hochschulfinanzierung 2020

Edelgard Buhlmahn, 1998 - 2005

Bundesministerin für Bildung und Forschung, hatte zum Jahrestreffen der regionalen Wissenschaftsforen und zu einem Expertenhearing unter dem Titel „Hochschulfinanzierung 2020“ eingeladen. Das Panel war hochkarätig besetzt mit Matthias Kleiner (Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft), Thomas Kathöfer (Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz), Thomas May (Generalsekretär des Wissenschaftsrats), Wilhelm Krull (Generalsekretär der VW-Stiftung) und Andreas Barner (Sprecher der Unternehmensleitung von Boehringer Ingelheim). Martin Habersaat, hochschulpolitischer Sprecher der SPD Schleswig-Holstein, war nach Berlin gereist, um die Meinungen der Experten anzuhören und zu diskutieren.



Edelgard Buhlmahn stellte einleitend fest: „Die Exzellenzinitiative ist ein Erfolgsmodell. Sie hat eine zuvor ungekannte Dynamik in deutschen Universitäten hervorgerufen, neue Kooperationen im Wissenschaftsbereich etabliert und einer qualitativ und quantitativ neuen Beteiligung des Bundes an der Hochschulfinanzierung den Weg bereitet.“ 2017 läuft die zweite Runde der Exzellenzinitiative aus. Vor dem Hintergrund, dass viele Hochschulen im Land über eine kaum ausreichende Grundfinanzierung klagen, sollte sich nun das Expertenhearing mit der Frage befassen, wie eine auskömmliche und den tatsächlichen Bedarf deckende Hochschulfinanzierung in Zukunft gestaltet sein sollte.

Grundlage war ein Thesenpapier des Beirats des Wissenschaftsforums, in dem es um die Zusammenarbeit von Bund und Ländern ging: Kann es eine auf die Studierenden bezogene Komponente bei Bundesmitteln geben? Wie soll es mit der Exzellenzinitiative nach 2017 weitergehen? Welche Rolle kann die DFG übernehmen? In zwei Punkten waren sich alle Anwesenden einig: Die Universitäten brauchen eine Ausstattung, die „drittmittelfreie Grundlagenforschung“ ermöglicht. Und das wird nur zu erreichen sein, wenn Bund und Länder

kooperieren.

Im Anschluss an das Hearing wird das Papier des Wissenschaftsforums überarbeitet und später veröffentlicht.

Foto: Dorothee Stapelfeld, Edelgard Buhlmahn, Matthias Kleiner, Thomas Kathöfer

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 24.10.2011, 14:23 Uhr - 5662 Clicks - Nr. 1056

40 Jahre Städtebauförderung – Rettet die Soziale Stadt!

SPD-Bundestagsfraktion mit Kommunen für Rettung der Städtebauförderung: Kahlschlagpolitik muss im 40. Jubiläumsjahr des Erfolgsprogramms gestoppt werden!



Starke Delegation Prominenter aus Schleswig-Holstein zeigt Flagge in Berlin SPD-Fraktionskonferenz

Nachdem am 1. August das 1971 von Willy Brandt eingeführte Erfolgsprogramm „Städtebauförderung“ 40 Jahre alt geworden ist, veranstaltet die SPD-Bundestagsfraktion

heute eine Konferenz zum Thema, an der u.a. der Kieler Oberbürgermeister und SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2012 Torsten Albig, sowie die Bürgermeisterinnen von Elmshorn und Pinneberg, Dr. Brigitte Fronzeck und Kristin Ahlheit, beide zugleich Mitglieder im SPD-Landesvorstand, teilnahmen. Die stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppen Haushalt und Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn erklärte dazu: „Ich freue mich, dass unsere schleswig-holsteinischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister heute die Chance ergriffen haben, zur Zukunft der Städtebauförderung Alarm zu schlagen. Die heutige Konferenz zeigt klar, dass kein anderes öffentliches Förderprogramm ähnlich erfolgreich wie dieses nachhaltig Arbeitsplätze in der Region schafft und gelebte Integration ist. Es ist unverzichtbar! Die Förderstruktur und die Kriterien der letzten Jahrzehnte, für die ‚Soziale Stadt‘ und den ‚Stadtumbau West und Ost‘ garantieren nicht nur für den Erhalt von Bausubstanz und Wohnumfeld, sondern sie sind hervorragende Beispiele von Integration. Wenn es Schwarz-Gelb mit Integration wirklich ernst meint, dann müssen sie dies auch zeigen und den Menschen in Problemstadtteilen vor Ort mit ausreichend Mitteln gegen die Ghettoisierung in den Kommunen helfen.“

Auf die Kommunen kommt ein Kahlschlag zu, denn seit der Regierungsübernahme von Schwarz/Gelb im Bund fällt dieser Erfolg nach und nach dem Rotstift zum Opfer. Waren im letzten Bundeshaushalt der Großen Koalition unter Peer Steinbrück noch 686 Mio. € Fördermittel für die Kommunen vorgesehen, so wurde dieses Geld schon 2010 auf 600 Mio. € und 2011 auf nur noch 455 Mio. € zusammengestrichen - 2012 soll nach dem Willen von Schwarz-Gelb sogar erneut der

Rotstift einen Kahlschlag von 45 Mio. € auf noch 410 Mio. € zu Lasten der Kommunen bringen. Die SPD fordert, das Programm „Soziale Stadt“ als Leitprogramm der Städtebauförderung wieder auf das Niveau von 2009 - von derzeit 28,5 auf 105 Mio. € (Regierungsentwurf 40 Mio. €) - aufzustocken und auch Modellvorhaben im nicht-investiven Bereich wieder zuzulassen. Die bisherigen Kürzungen waren ein schwerer Schlag für das seit 1999 bestehende Bund-Länder-Programm.

Hagedorn: „Stadtteilentwicklung zahlt sich aus – beim sozialen Zusammenhalt und auch finanziell. Seriöse Untersuchungen belegen: Ein Euro Städtebauförderung des Bundes stößt bis zu acht Euro - größtenteils private - Investitionen an. Kluge Stadtentwicklungspolitik braucht Verlässlichkeit durch zusätzliche Bundesmittel – ein finanzielles ‚Ausbluten‘ wäre ein fatales Signal für all jene Städte und Gemeinden, die sich bislang mit einem klugen Zusammenspiel aus baulichen und sozialintegrativen Maßnahmen präventiv engagiert und den Menschen eine echte Chance zur Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfelds gegeben haben.“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 24.10.2011, 14:45 Uhr - 4975 Clicks - Nr. 1057

"Außerordentlichen Kreisparteitages"

Der Kreisparteitag im Sportheim des Preetzer TSV, Lindenstraße 37, beginnt nicht, wie in unserer Einladung irrtümlich geschrieben, um 19:00 Uhr, sondern aufgrund der komplexen Tagesordnung bereits um 18:00 Uhr!!!

Die drei Schwerpunktthemen "Verkehr", "Kommunalverfassung" und "Landtagswahl Schleswig-Holstein" bleiben Bestandteil dieser Tagesordnung.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 24.10.2011, 16:02 Uhr - 109131 Clicks - Nr. 1058

Neuer Landesvorstand Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Auf der Landeskonferenz der AfB SH wurde ein neuer Landesvorstand gewählt, wodurch sich eine deutliche Verjüngung ergab. Als neuer Landesvorsitzender wurde der Grund- und Hauptschullehrer Ulf Daude (38) aus Molfsee einstimmig gewählt.

Der bisherige Vorsitzende Hajo Hoffman trat nach 13 Jahren nicht wieder zur Wahl an. Die AfB bedankt sich bei Hajo Hoffmann und den weiteren ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für die gute Arbeit und freut sich, dass sie uns auch weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

„Der Wechsel im Amt des Vorsitzenden ist aber weniger ein Umbruch, als ein Stabwechsel im Dauerlauf für eine gute Bildungspolitik. Wir werden an die bisherige Arbeit anknüpfen und uns weiterhin verlässlich für Gerechtigkeit im Bildungssystem einsetzen.“, so Ulf Daude, der im Landesvorstand inhaltlich für allgemeinbildende Schulen zuständig ist.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt:

- Karla Schmerfeld (Kreis Plön, berufliche Bildung)
- Benjamin Raschke (Kiel, Hochschulen)
- Sabine Devich-Henningsen (RD-Eck, frühkindliche Bildung)

Der neue Landesvorstand der AfB SH ist regional und inhaltlich sehr breit aufgestellt. Karla Schmerfeld: „Dies ist sehr erfreulich, denn Bildung ist mehr als Schule. Wir werden uns in allen Bereichen engagieren und wollen einen Bogen über das lebensbegleitende Lernen schlagen“.

Zu Beisitzern wurden gewählt:

- Thomas Bultjer (Dithm., Bildung und Bildungsstrukturen in der Kommune)
- Wolfgang Kruse (Pinneberg, Bildung und Bildungsstrukturen in der Kommune)
- Thomas Lemm (RD-Eck, Schulsozialarbeit & offene Kinder- und Jugendarbeit)
- Thomas Waskow (Hzgt Lauenburg, Elternarbeit)

Als Schwerpunkte will sich die AfB SH in den kommenden zwei Jahren um folgende Themen kümmern:

- Bildung im Regierungsprogramm der SPD. Dazu gehört besonders ein gutes und lang bestehendes Schulgesetz mit Verlässlichkeit für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern auf den Weg zu bringen. Schnellschüsse und Aktionismus lehnen wir ab.
- Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein. Wir wollen diese noch recht neue Schulform weiter fördern und zum Gelingen der „Einen Schule für Alle!“ beitragen. Neben verlässlichen Rahmenbedingungen wollen wir, dass die Gemeinschaftsschulen für ihren Auftrag auch entsprechend gut ausgestattet werden. Für alle anderen Schulformen müssen Anreize geschaffen werden, sich zur Gemeinschaftsschule weiter zu entwickeln.
- Berufliche Bildung in den Fokus. Diese Schulen führen in der Öffentlichkeit zu Unrecht ein Schattendasein. Sie sind eine starke Säule unseres Bildungssystems und müssen auch entsprechend behandelt und ausgestattet werden.
- Flächendeckende Schulsozialarbeit. Das Thema ist in aller Munde, allerdings ist die Umsetzung sehr unterschiedlich, von vorbildlich bis gar nicht. Wir setzen uns für landesweit verbindliche Standards sowie die Bereitstellung und Verteilung der Mittel dazu ein.
- Gute Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen endlich die Anpassung der Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte an die neuen Schulstrukturen, dazu gehört auch eine sinnvolle Gestaltung der Umstellung auf das Bachelor-/Mastersystem. Studiengebühren lehnen wir in jeder Form ab.
- Keine Sonntagsreden! Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass Bildung in den Haushalten im Bund, im Land und in den Kommunen an erste Stelle gesetzt werden, denn nur für warme Worte und Verständnis können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Verantwortlichen in den KiTas und Schulen, den Volkshochschulen und Büchereien, bei Kultur- und Sozialaktivitäten nichts umsetzen. Alle Bildungshürden müssen eingerissen

werden für eine positive Zukunft unseres Landes!

Mitdenken und Mitreden. Wir wollen keine Closed-Shop-Veranstaltungen von Politikerinnen und Politikern oder Parteien, sondern alle Menschen sollen mitreden können. Wir werden aktiv auf die Menschen sowie ihre Vertretungen z.B. in den Gewerkschaften, Vertretungen und Verbänden zugehen. Dazu gehört für uns auch das Anbieten von öffentlichen Themenworkshops. Als Auftakt planen wir eine Reise durch alle Kreise in Schleswig-Holstein, um uns vorzustellen und dazu einzuladen. Vielleicht lassen sich ja auch interessierte Menschen mit und ohne Parteibuch der SPD zu Gründung weiterer AfBs in den Kreisen finden – Wir würden uns sehr freuen!

Für Fragen und weitere Informationen steht Ihnen Ulf Daude gerne zur Verfügung unter 0172-1558080 oder Ulf@Daude.info .

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.10.2011, 16:05 Uhr - 3816 Clicks - Nr. 1059

BAföG ist der wichtigste Eckpfeiler der Studienfinanzierung

Zur Diskussion über die „Deutschland-Stipendien“ erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Ich gratuliere den Empfängern der so genannten Deutschland-Stipendien, die sich für ein Jahr über zusätzliche 300 € im Monat freuen können, die vom Bund und von der Wirtschaft finanziert werden.

An der CAU sind es in diesem Jahr ganze siebzig Studierende. Es steht in den Sternen, wie aus den bundesweit 10.000 in der Anfangsphase geförderten Studierenden mittelfristig 160.000 Stipendiaten werden sollen.



All das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Finanzierung ein Tropfen auf dem heißen Stein ist. Bundesweit sind es zur Zeit fast 600.000 Studierende, die monatlich im Schnitt 434 € nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten. Seit der Einführung dieses Gesetzes vor vierzig Jahren durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung haben über vier Millionen Menschen dank BAföG studieren können.

Die Zukunft der Studierendenförderung wird nicht darin liegen, die öffentlichen Leistungen immer weiter aufzusplitten, statt sie zusammenzuführen. Die Studienförderung darf nicht von einem freiwilligen Engagement der Wirtschaft, das jederzeit widerruflich ist, abhängig gemacht werden. Sie muss darüber hinaus nachhaltig sein; eine Zusatzfinanzierung für ein einzelnes Jahr bietet nur eine kurzzeitige Entlastung, aber keine Garantie für einen erfolgreichen Studienabschluss.

Rund 16.000 Studierende in Schleswig-Holstein erhalten insgesamt 56,25 Mio. € an BA-föG-Förderung, das ist eine Förderquote von 32 %. Die Gefördertenquote steigt, aber das politische Ziel sollte sein, dass sie für jeden, der Unterstützung braucht, auskömmlich und nachhaltig ist. Nur das ist die Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 25.10.2011, 16:27 Uhr - 104444 Clicks - Nr. 1060

Außer Spesen... zwei verlorene Jahre für Schleswig-Holstein

Zur heute vorgestellten Bilanz von zwei Jahren schwarz-gelber Landesregierung in Schleswig-Holstein erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:

Die Bilanz der Landesregierung ist so dürftig, dass sie sich kurz so zusammenfassen lässt: Chaos an den Schulen, Streichungen und Kürzungen im Sozialbereich, dafür aber Steuergeschenke für Hoteliers und reiche Erben und die Aussicht, dass Schleswig-Holstein das „Las Vegas des Nordens“ wird.

Im Sozialbereich hat diese Regierung nichts erreicht – sie hat aber ihre „Haushaltskonsolidierung“ durch Kürzungen bei Blinden, Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen, bei den Schülerbeförderungskosten und der dänischen Minderheit finanziert. Die Zustimmung zu Steuererleichterungen für Hoteliers und reiche Erben kostet Land und Kommunen 130 Mio Euro pro Jahr.

An den Schulen hat die FDP-dominierte Bildungspolitik mit G8, G9 oder Ypsilon nur Chaos angerichtet und die Rolle rückwärts zum dreigliedrigen Schulsystem gemacht. Eltern müssen dagegen wieder für die Schulbuskosten aufkommen, und die dänische Minderheit erhält weniger Zuschüsse für ihre Schulen. Wenn es nach Schwarz-Gelb gegangen wäre, befände sich die Universität Lübeck jetzt in der Abwicklung.

Nachhaltigkeit ist für diese Regierung kein Thema – Schleswig-Holstein hat als einziges Land die dauerhafte Förderung des ökologischen Landbaus eingestellt. Dafür nimmt der Maisanbau exorbitant zu, aber die Regierung sieht keinen Handlungsbedarf.

Prioritätensetzung und Zukunftsinvestitionen? Fehlanzeige!

Effizientere Verwaltungsstrukturen? Fehlanzeige!

Fortschritte hin zu einer modernen Pflegelandschaft? Fehlanzeige!

Diese Bilanz macht deutlich: Schleswig-Holstein braucht dringend einen Politikwechsel. Das Land braucht eine Regierung, die sich endlich wieder um die wichtigen Zukunftsaufgaben des Landes

kümmert: bessere Bildung und Kinderbetreuung, soziale Gerechtigkeit, finanzielle Solidität und Wirtschaftswachstum mit ökologischer Vernunft. Die SPD steht für diese Verantwortung bereit.

Fazit: Eine Märchenstunde der Landesregierung... Am 6. Mai wird endlich gewählt.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrörfeld](#) - veröffentlicht am 25.10.2011, 16:48 Uhr - 4859 Clicks - Nr. 1061

SPD startet Unterschriftenaktion für mehr Verkehrssicherheit

In der Diskussion um eine Erhöhung der Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger in Osterrörfeld steht besonders die Dorfstraße im Fokus. Aufgrund ihrer Enge und Ausweisung als Landesstraße (L 255) sind viele Lösungsmöglichkeiten, wie etwa breitere Fuß- und Radwege, auf kurze Sicht nicht umsetzbar. Daher schlägt die SPD Osterrörfeld vor, die erlaubte Geschwindigkeit in der Dorfstraße auf durchgehend 30 km/h festzusetzen und ein Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge über 7,5 Tonnen zu verhängen



(ausgenommen Anlieger-, Zuliefer- und Busverkehr). Dies wäre ein erster und schnell umzusetzender Schritt zu mehr Verkehrssicherheit in Osterrörfeld, den die SPD als Ergänzung zu den bisher vom zuständigen Planungsbüro ausgearbeiteten Lösungsvarianten versteht und umsetzen möchte.

„Um dem Anliegen Nachdruck zu verleihen, startet die SPD Osterrörfeld in den kommenden Wochen eine Unterschriftenaktion in der Gemeinde. Ziel ist es, möglichst viele Unterschriften von Osterrörfelderinnen und Osterrörfeldern zu sammeln, um den zuständigen Stellen im Kreis und Land zu verdeutlichen, wie wichtig ein erster und baldiger Schritt zu mehr Verkehrssicherheit im Dorf ist“, so die Organisatoren der Aktion. Dabei steht für die Verantwortlichen außer Frage, dass diese beiden nun geforderten Maßnahmen nicht *das* alleinige Allheilmittel sein werden. „Da aber andere Lösungsmöglichkeiten eher mittel- bis langfristig ausgelegt sein werden, wäre mit dieser ersten Maßnahme ein einfacher und schnell umzusetzender Lösungsansatz auf dem Tisch, mit dem Geschwindigkeiten und LKW-Durchgangsverkehr reduziert werden könnten. Dieser Vorschlag ist zwar nicht neu, wurde erst im Mai von der SPD-Fraktion Osterrörfeld in einer rund 20 Punkte umfassenden Hinweisliste für das Verkehrskonzept gefordert [[mehr](#)] und von Bürgern während der jüngsten Einwohnerversammlung angesprochen, doch hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass diese Geschwindigkeits- bzw. Durchfahrtsbeschränkung zumindest nicht an der Osterrörfelder Politik scheiterte“. Nun will die SPD Osterrörfeld einen neuen Anlauf wagen und ruft daher alle Osterrörfelderinnen und Osterrörfelder auf, sich mit ihrer Unterschrift daran zu beteiligen und sich für die Verkehrssicherheit in Osterrörfeld zu engagieren. Dazu die Organisatoren: „Eine solch

weitreichende Entscheidung möchten wir aber nicht ohne eine breite Bürgerbeteiligung vorantreiben. Ihre Meinung ist uns wichtig! Bitte tragen Sie sich in die Unterschriftenliste ein und teilen Sie uns auf diesem Wege mit, ob Sie im Sinne der Verkehrssicherheit ein Tempolimit von 30 km/h sowie ein Durchfahrtsverbot von schweren LKW in der Dorfstraße befürworten. Übrigens: Sofern das Tempolimit in der gesamten Dorfstraße auf 30 km/h reduziert wird, verlängert sich Ihre Fahrzeit mit dem PKW noch nicht einmal um eine Minute.“ Nicht zu verwechseln ist die vorgeschlagene Geschwindigkeitsbeschränkung im Übrigen mit einer "30er-Zone", wie man sie in Wohngebieten findet. Eine "30er-Zone" würde nämlich bedeuten, dass nicht nur eine Geschwindigkeit von 30 km/h vorgeschrieben wäre, sondern auch die Vorfahrtsregelung "rechts-vor-links" gelten würde. Dies ist in der Dorfstraße aber weder zu empfehlen noch sinnvoll. Eine "30er-Zone" ist daher nicht gewollt! Es geht also bei der Unterschriftenaktion rein um eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h sowie eine Sperrung für Kraftfahrzeuge über 7,5 t (ausgenommen Anlieger, wie z. B. Lieferverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr).

Darüber hinaus hat die SPD Osterrönfeld mit einem Schreiben die Verkehrsaufsicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde sowie den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (Rendsburg) zu einem konstruktiven Dialog zu diesem Thema eingeladen.

Gestartet wird die Unterschriftenaktion am Samstag, 29.10.2011, von 10 Uhr bis 12 Uhr vor Edeka Hoof im Zuge eines Infostandes. Außerdem werden die Listen während des SPD-Hobbymarktes am Samstag, 12.11.2011 (14 Uhr bis 17 Uhr), im Bürgerzentrum ausgelegt. Bei beiden Terminen werden Gemeindevertreter der SPD für Fragen und Anregungen bereitstehen. Auf der Internetseite www.spd-osterroenfeld.de steht die Liste außerdem zum Download bereit [[mehr](#)].

Zum Hintergrund:

Seit langer Zeit lässt die Verkehrssituation in einigen Bereichen Osterrönfelds zu wünschen übrig, wie etwa in der Dorfstraße. Insbesondere Fahrradfahrer und Fußgänger werden häufig in kritische Situationen verwickelt. Ursache hierfür sind meist die schmalen Bürgersteige und Fahrbahnen sowie die streckenweise schlechte Übersichtlichkeit bei gleichzeitig vergleichsweise hohen Durchfahrtsgeschwindigkeiten der Kraftfahrzeuge. Dies hat die SPD-Fraktion im letzten Jahr dazu bewogen, in der Gemeindevertretung einen Antrag zur Verbesserung der Fahrradwegführung im Dorfkern Osterrönfelds zu stellen. Als Ergebnis dieser Initiative wird derzeit ein Verkehrskonzept erarbeitet, das mittel- und langfristige Möglichkeiten zur Entflechtung und Verbesserung der Verkehrsführung in Osterrönfeld liefern soll. Damit auch schon kurzfristig die Verkehrssicherheit in Osterrönfelds Dorfstraße erhöht werden kann, greift die SPD-Fraktion Osterrönfeld jetzt die in einer Einwohnerversammlung geäußerten Vorschläge auf und setzt sich für eine Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h und eine Sperrung für Kraftfahrzeuge über 7,5 t (ausgenommen Anlieger, wie z. B. Lieferverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr) ein.

Mehr zum Thema finden Sie hier [[mehr](#)].

--

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 25.10.2011, 17:02 Uhr - 11989 Clicks - Nr. 1062

Jusos Norderstedt besuchen SPD-MdB Franz Thönnnes in Berlin

Am 20. Oktober 2011 besuchten 10 Mitglieder der SPD-Jugendorganisation aus Norderstedt die Bundeshauptstadt. Nach ihrer Ankunft erkundeten sie Berlin und besichtigten unter anderem die Holocaust-Gedenkstätte und das Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen.



Am späten Nachmittag trafen sie dann im Paul-Löbe Haus des Deutschen Bundestages mit dem Segeberger Bundestagesabgeordneten Franz Thönnnes zusammen. Während des Gesprächs wurde ausgiebig über die Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse von Parlamentariern diskutiert. Insbesondere wie sich diese bei Gewissensentscheidungen, z.B. einem Bundeswehreinsetzung, vollziehen, interessierte die jungen Nachwuchspolitiker. Auch die Arbeit im Bereich der Ostseekooperation des SPD-Politikers fand reges Interesse. Und natürlich waren die Finanzkrise in der Europäischen Union sowie die sozialdemokratischen Antworten hierauf Thema während des einstündigen Treffens.

Im Anschluss daran verfolgten die Jusos eine Plenardebatte im Parlament und genossen an einem sonnigen Herbsttag den Blick von der Kuppel des Reichstagsgebäudes. „Das war ein gelungener Tagesausflug in das politische Zentrum Deutschlands. Sowohl die Einblicke in den Arbeitsalltag von Franz als auch die kulturellen Sehenswürdigkeiten Berlins haben die Reise abgerundet“, so das Mitglied im Vorstand der Juso-Orts AG Norderstedt Tobias Schloo nach dem Besuch.

Und Thönnnes ergänzt: „Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Menschen an ihr beteiligen. Deshalb freut es mich sehr, dass wir in Norderstedt eine so aktive Gruppe junger Sozialdemokraten haben und sie zu diesem Gedankenaustausch nach Berlin gekommen sind. Das werden wir vor Ort weiterführen.“

Bildunterschrift: Franz Thönnnes zusammen mit den Jusos Norderstedt vor dem Bundeskanzleramt

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 25.10.2011, 23:19 Uhr - 5011 Clicks - Nr. 1063

Eichstädt: Außer Spesen... zwei verlorene Jahre für Schleswig-Holstein

Zur heute vorgestellten Bilanz von zwei Jahren schwarz-gelber Landesregierung in Schleswig-Holstein erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Die Bilanz der Landesregierung ist so dürftig, dass sie sich kurz so zusammenfassen lässt: Chaos an den Schulen, Streichungen und Kürzungen im Sozialbereich, dafür aber Steuergeschenke für Hoteliers und reiche Erben und die Aussicht, dass Schleswig-Holstein das „Las Vegas des Nordens“ wird.

Im Sozialbereich hat diese Regierung nichts erreicht – sie hat aber ihre „Haushaltskonsolidierung“ durch Kürzungen bei Blinden, Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen, bei den Schülerbeförderungskosten und der dänischen Minderheit finanziert. Die Zustimmung zu Steuererleichterungen für Hoteliers und reiche Erben kostet Land und Kommunen 130 Mio Euro pro Jahr.

An den Schulen hat die FDP-dominierte Bildungspolitik mit G8, G9 oder Ypsilon nur Chaos angerichtet und die Rolle rückwärts zum dreigliedrigen Schulsystem gemacht. Eltern müssen dagegen wieder für die Schulbuskosten aufkommen, und die dänische Minderheit erhält weniger Zuschüsse für ihre Schulen. Wenn es nach Schwarz-Gelb gegangen wäre, befände sich die Universität Lübeck jetzt in der Abwicklung.

Nachhaltigkeit ist für diese Regierung kein Thema – Schleswig-Holstein hat als einziges Land die dauerhafte Förderung des ökologischen Landbaus eingestellt. Dafür nimmt der Maisanbau exorbitant zu, aber die Regierung sieht keinen Handlungsbedarf.

Prioritätensetzung und Zukunftsinvestitionen? Fehlanzeige!

Effizientere Verwaltungsstrukturen? Fehlanzeige!

Fortschritte hin zu einer modernen Pflegelandschaft? Fehlanzeige!

Diese Bilanz macht deutlich: Schleswig-Holstein braucht dringend einen Politikwechsel. Das Land braucht eine Regierung, die sich endlich wieder um die wichtigen Zukunftsaufgaben des Landes kümmert: bessere Bildung und Kinderbetreuung, soziale Gerechtigkeit, finanzielle Solidität und Wirtschaftswachstum mit ökologischer Vernunft. Die SPD steht für diese Verantwortung bereit.

Fazit: Eine Märchenstunde der Landesregierung... Am 6. Mai wird endlich gewählt."

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 26.10.2011, 11:40 Uhr - 5060 Clicks - Nr. 1064

SPD-Kreistagsfraktion besucht Sportplatz an der Strandstrasse in Schönberg
14. 10. 2011

Gemeinsam mit Bürgermeister Wilfried Zurstraßen und der SPD-Fraktion Schönberg wurden die Sportanlagen in der Strandstrasse besucht.

Der Vorsitzende des TSV, Hans Peter Beyer, erläuterte den Gästen die Situation vor Ort. 28 Mannschaften spielen Fußball, insbesondere auch die erfolgreichen Mädchenmannschaften tragen dort ihre Spiele aus. Dringend notwendig ist der Bau von Umkleidekabinen und Toiletten mit Möglichkeiten der Lagerung von



Sportgeräten.

Bürgermeister Zurstraßen: „Der Platz wird von vielen Schülerinnen und Schülern und von 28 Mannschaften des TSV Schönberg genutzt. Von daher besteht hier dringender Handlungsbedarf. Die Gemeinde wird das alleine nicht finanzieren können, darum brauchen wir die Unterstützung des Kreises, denn wir sind auf Zuschüsse von Seiten des Kreises angewiesen. Er bat die SPD-Kreistags Mitglieder um Unterstützung für dieses Vorhaben und die Gewährung eines Kreiszuschusses von 20 Prozent, weil es sich hier um eine Umbaumaßnahme handelt. Zurzeit sind hier zwei ältere Container aufgestellt, die improvisierte Umkleidemöglichkeiten bieten. Toiletten und Duschen sind nicht vorhanden.

Die Kosten für das Vorhaben bezifferte der Bürgermeister mit bis zu 150 000 Euro, wobei die konkreten Kosten auch davon abhängig sind, wie die Erschließung (Ver- und Entsorgung) für die Umkleiden gesichert werden kann. Für die Umkleiden sind mehrere Standorte möglich. Selbstverständlich müssen die gemeindlichen Gremien das Projekt beraten und beschließen. Jetzt geht es erst einmal darum, die Finanzierungs- und Zuschussfragen zu sondieren und um Unterstützung bei den Bewilligungsbehörden zu werben.“

Faktionsvorsitzender Lutz Schlüsen lobte die hervorragende Arbeit des TSV Schönberg. „Insbesondere die Betreuer erfüllen hier eine sinnvolle Aufgabe für die Gesellschaft, indem sie Kinder und Jugendliche trainieren und zum sportlichen Erfolg führen. In Schönberg ist die Hochburg des Mädchenfußballs, wir müssen für gute Voraussetzungen sorgen, damit der Sport optimal ausgeübt werden kann. Wir unterstützen die Maßnahme, mit neuen Umkleiden und Toiletten für bessere Spielbedingungen zu sorgen. Der Kreis Plön stellt trotz notwendiger Sparmaßnahmen 150.000€ für investive Maßnahmen im Sportbereich für Vereine und Gemeinden bereit. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass uns Sport und die Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche sehr wichtig ist.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 26.10.2011, 11:50 Uhr - 5419 Clicks - Nr. 1065

SPD Kreistagsfraktion bei GESA zu Gast

24.10.2011

SPD Kreistagsfraktion bei GESA zu Gast

SPD-Kreistagsfraktion und Bürgermeister Wilfried Zurstraßen mit der SPD-Fraktion Schönberg besuchten das Projekt der Arge und der Gemeinde Schönberg: "Gastronomie, Ernährung, Schule und Qualifizierung, Arbeit", kurz GESA genannt. Dieses Projekt bringt arbeitslose Menschen wieder in Lohn und Brot.



Gefördert wird das Projekt aus dem Zukunftsprogramm Arbeit und durch die Arge Kreis Plön. Mit einer Vermittlungsquote auf den ersten Arbeitsmarkt von 60 Prozent sind Erfolge spürbar. Die

Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten eine berufsfachliche Qualifizierung, kombiniert mit einem besonders hohen Anteil praktischer Ausbildung in gastronomischen und landwirtschaftlichen Betrieben der Region. Nach zweijähriger Ausbildung erhalten die Teilnehmer ein Zertifikat. Der stellvertretende Leiter, Herr Sven Grappatin erläuterte die Arbeit. 20 Langzeitarbeitslosen wird der Weg in die Beschäftigung geebnet und Ihnen werden sinnvolle Perspektiven aufgezeigt.

Ziel ist die Qualifizierung von Arbeitslosen für Gastronomie und Ernährungswirtschaft. Drei Säulen wie allgemeine Berufsbildung (Allgemeinbildung, Bewerbungstraining), Berufsfachliche Module (Fachunterweisung Gastronomie und Ernährungswirtschaft) und Praktischer Anteil (Praktika in Betrieben und Übungsbetrieb) beinhalten die Ausbildung. Der Ortsverband der Gastronomie beteiligt sich an diesem Projekt, denn viele Betriebe suchen Personal, aber oft scheitert es an der Qualifizierung der Bewerber. Auch durch Praktika lernen sich beide besser kennen. Als Standort für das Projekt hat die Gemeinde das ehemalige Restaurant "Wildente" in Schlesien gemietet. Dort werden die GESA-Teilnehmerinnen und Teilnehmer fit gemacht für den Berufsalltag.

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen hob die seit zwei Jahrzehnten erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik der Gemeinde Schönberg hervor, insbesondere der Einsatz für die Langzeitarbeitslosen sei überzeugend, da diese Gruppe es bei der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt besonders schwierig hat.

Er dankte Wilfried Zurstraßen und Sven Grappatin für die Gastfreundschaft und übergab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von GESA als Dank für die Bewirtung mit Kaffee und Brötchen einen Gutschein für ein gemeinsames Kegeln in Witts Gasthof in Krumbek.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.10.2011, 16:12 Uhr - 1735 Clicks - Nr. 1066

Rolf Fischer und Gesa Langfeldt: Berlin degradiert Bundeswehrstandort Kiel!

Die Stadt Kiel und die Region werden offensichtlich Opfer einer fast als willkürlich zu bezeichnenden Streichpolitik des Bundesverteidigungsministeriums. Insbesondere der Verlust des Marinearsenals trifft uns hart. Wir stellen uns dieser Herausforderung und protestieren gegen diese Entscheidung.

In erster Linie geht es um die Menschen, die bei der Bundeswehr in Kiel arbeiten und mit ihren Familien hier leben. Sie müssen jetzt miterleben, wie sie vom Bundesverteidigungsministerium herum geschupst werden. Es geht aber auch um die Wirtschaftskraft, die unserer Region entzogen wird. Das ist ein schwerer Schlag.

Dass eine Reform der Bundeswehr, bei der viele Dienstposten gestrichen werden, nicht spurlos an Schleswig-Holstein und auch an Kiel vorübergehen kann, ist uns klar. Es ist jedoch beispielsweise überhaupt nicht erkennbar, wie die Auflösung des Marinearsenals in Kiel mit den eigenen Maßstäben

wie Funktionalität und Kosten, die Bundesverteidigungsminister de Maiziere ausgerufen hat, in Übereinstimmung gebracht werden sollen. Anstelle von konsequenter Logik wird Mecklenburg-Vorpommern, die Heimat von Bundeskanzlerin Angela Merkel, fast unangetastet gelassen. Mit einsatztaktischen Überlegungen ist das jedenfalls nicht zu erklären.

Es ist enttäuschend, wie schlecht die schwarz-gelbe Landesregierung die Interessen Schleswig-Holsteins bei der schwarz-gelben Bundesregierung vertreten hat. Offensichtlich hat die konservative Bundesregierung unser Land für sich bereits abgeschrieben.

Dies erklären der SPD-Kreischef, Rolf Fischer, MdL, und die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Kiel, Ratsfrau Gesa Langfeldt zur Entscheidung, den Bundeswehrstandort Kiel fast zu schleifen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.10.2011, 16:15 Uhr - 1383 Clicks - Nr. 1067

Ja zum Großliegeplatz für die Kreuzschifffahrt!

Wir begrüßen die Pläne der Seehafen Kiel GmbH & Co. KG, die Kapazitäten des Ostuferhafens Kiel so auszubauen, dass ein weiteres Kreuzfahrterminal entsteht, das auch für neue Generationen von Kreuzfahrtschiffen tauglich ist. Der Seehafen Kiel ist eine Erfolgsgeschichte, die beispielhaft für die Attraktivierung unserer maritimen Stadt steht.

Die Zahl der Kreuzfahrtschiffe, die Kiel anlaufen, steigt stetig an. Unsere Stadt profitiert nicht nur durch die Touristen, die mit den Schiffen Kiel erreichen, sondern auch durch die Attraktion, die die Schiffe für Beobachter vom Ufer bedeuten.

Durch die Erweiterung des Seehafens mit einem zusätzlichen Liegeplatz stärkt die Landeshauptstadt Kiel ihre Bedeutung als Brücke im Ostseeraum. Gleichzeitig stärkt der Ostuferhafen das Ostufer Kiels als Wirtschaftsstandort. Die Schifffahrt trägt ihren Teil dazu bei, Ost- und Westufer miteinander zu verbinden und Kiel als Stadt gemeinsam zu stärken.

Mit der heutigen Zustimmung des Wirtschaftsausschusses, eine Förderung für den Ausbau zu beantragen, stellen wir frühzeitig die Weichen für die Zukunft Kiels als Standort für Tourismus und als Brücke in den Ostseeraum.

Dies erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Hans-Werner Tovar, der wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zum Plan, das Kreuzfahrterminal am Ostuferhafen auszubauen.

Kommentar von [cbe Kielpower](#) vom 28.10.2011, 14:23 Uhr:

RE: Ja zum Großliegeplatz für die Kreuzschifffahrt!

Eine sehr gute Idee. Kiel muss sowohl Kreuzfahrern als auch Handelsschiffen noch mehr Platz bieten. Dabei helfen könnte auch die falsche Entscheidung, das Marinearsenal zu schließen. Hier würden großflächige Hafенflächen frei werden.

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 26.10.2011, 16:25 Uhr - 13280 Clicks - Nr. 1068

**Standort Boostedt wird faktisch durch Verteidigungsministerium geschlossen:
SPD-MdB Franz Thönnnes fordert: Bund darf Kommune nicht alleine lassen**



„Die Entscheidung von CDU-Bundesverteidigungsminister de Maizière den Bundeswehrstandort Boostedt von 1980 auf 40 zu verringern, kommt faktisch der Auflösung gleich“, so SPD-MdB Franz Thönnnes. Das ist ein schwerer Schlag für die Region und wird starke Auswirkungen haben. So wird mit dem Verlust der Arbeitsplätze die Kaufkraft vor Ort abnehmen, was insbesondere der Einzelhandel zu spüren bekommen wird.

„Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die von der Bundeswehrreform betroffenen Gemeinden nicht alleine gelassen werden. Hier muss der Bund helfen die kommenden Strukturveränderungen zu gestalten“, erläutert der SPD-Politiker. Nun gehe es darum, wie der genaue zeitliche Rahmen der Umsetzung aussieht und dabei dann eine sozialverträgliche Ausgestaltung für die Menschen und die Kommunen zu fordern.

Der Bundesverteidigungsminister hatte früh angekündigt, seine Entscheidung nach den Kriterien Funktionalität, Attraktivität, Kosten und Flächenpräsenz zu treffen. Seine Aussage, besonders darauf zu achten, in welchem Verhältnis die Truppenstärke zur Bevölkerung steht, löste große Besorgnis im Norden aus, da Schleswig-Holstein mit 9,1 Militärbeschäftigten je 1.000 Einwohnern an der Spitze einer solchen Tabelle stand. „Jetzt steht fest, dass es unser Bundesland mit fast 11000 wegfallenden Dienstposten am härtesten trifft. Am Ende der Reform wird die Zahl der Militärbeschäftigten bei 5,4 Dienstposten/1.000 Einwohner liegen. Damit wird auch deutlich, dass ein stärkeres Engagement der schleswig-holsteinischen CDU/FDP-Landesregierung in Berlin wohl angebracht gewesen wäre um zu verhindern, dass Schleswig-Holstein der große Verlierer der Bundeswehrreform wird. Wahrscheinlich nimmt aber auch der Einfluss der Landesregierung auf den Bund zunehmend ab“, so Thönnnes.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.10.2011, 16:33 Uhr - 3956 Clicks - Nr. 1069

**Tribüne e.V. - Mitgliederversammlung und Neustart
Freitag, 11. November 2011, 19.00 Uhr, Reinbek,
Schulstraße 15**

Am 25. Juli 2011 ist nach langer Krankheit Alfred Schulz verstorben. Alfred Schulz hat den Verein „Tribüne - Vereinigung zur Diskussion der Probleme der modernen demokratischen Gesellschaft“ 1967 mitbegründet und seitdem geleitet. Sein Wunsch war, ein Diskussionsforum für Probleme der Zeit zu schaffen; bis



zuletzt hing sein Herz an dieser Arbeit, plante er Veranstaltungen und Publikationen.

Noch im Sommer diesen Jahres besprach er mit Martin Habersaat, seinem Nach-Nachfolger als SPD-Landtagsabgeordnetem im Wahlkreis Stormarn-Süd, seinen Wunsch, die Tribüne fortbestehen zu lassen.

Nach dem Tod von Alfred Schulz hatte zunächst Margot Engel den Verein kommissarisch übernommen, jetzt geht es um eine Neuaufstellung. Martin Habersaat: „Heute braucht die Tribüne Hilfe, neue Mitglieder und neue Aktivisten. Die Tribüne soll in Alfreds Sinne weitergeführt werden, wenn es sicherlich auch Raum für neue Ideen und Vorhaben geben wird. All das soll bei einer Mitgliederversammlung besprochen werden.“ Alle Vorstandsposten müssen neu besetzt werden. Die Wahlzeit beträgt zwei Jahre.

Wer noch nicht Mitglied ist, aber gerne mitarbeiten möchte, kann am Abend der Mitgliederversammlung beitreten und dann gleich mitwählen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 36 Euro im Jahr. Martin Habersaat: „Euro-Krise, Politikverdrossenheit, die rechte Szene, die sich in Glinde breitzumachen versucht - die demokratische Gesellschaft hat zahlreiche Probleme zu lösen, im Großen wie im Kleinen. Die Idee von Alfred Schulz, diese Probleme mit Fachleuten und ohne parteipolitische Scheuklappen zu diskutieren, ist auch nach 44 Jahren noch aktuell! Ich hoffe auf viele Menschen, die sich mit eigenen Vorstellen einbringen wollen.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.10.2011, 22:31 Uhr - 4022 Clicks - Nr. 1070

SPD-Bildungspolitik in Bund und Ländern

Einmal im Jahr treffen sich SPD-Bildungspolitiker aus Bund und Ländern zur sogenannten „Kirkel-Runde“ in Berlin. Ministerinnen, Staatssekretäre, Bundes- und Landtagsabgeordnete diskutieren dann aktuelle Entwicklungen in Bildung und Wissenschaft, analysieren Probleme und entwickeln Lösungsmöglichkeiten. Für die Landtagsfraktion Schleswig-Holstein war 2011 Martin Habersaat als ihr bildungspolitischer Sprecher dabei.



In den Beratungen ging es vor allem um die „Bildungspolitik in Zeiten der Schuldenbremse“.

Der SPD-Parteivorstand hat im September 2011 einen „Pakt für Bildung und Entschuldung“ vorgestellt. Darin werden Konzepte vorgestellt, die Neuverschuldung zurückzuführen und gleichzeitig Investitionen in den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland zu ermöglichen.

Einerseits soll der Bund jährlich aufsteigend mehr in das Bildungs- und Betreuungsangebot in Deutschland investieren, 2016 sollen es jährlich 10 Milliarden Euro sein. In der gleichen Größenordnung sollen andererseits den Ländern über eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer Mittel in gleicher Höhe für die Ausfinanzierung des Bildungssystems zufließen. Für Schleswig-Holstein wären dies am Ende 674 Millionen Euro im Jahr.

Martin Habersaat: „Heute ist es so, dass die Bildung zu 64 Prozent von den Ländern, zu Prozent von den Kommunen und nur zu 16 Prozent vom Bund finanziert werden. Das wird der Bedeutung von Bildung und Wissenschaft nicht gerecht, die als nationale Aufgabe gesehen werden müssen.“ So sei es auch möglich, die finanziell am Rande ihrer Möglichkeiten agierenden Länder und Kommunen zu entlasten. Der Landtagsabgeordnete zeigte sich mit den Vorschlägen des SPD-Bundesvorstandes zufrieden: „Damit ist die SPD derzeit die einzige Partei, die eine Antwort auf die allseits beklagten Probleme in der Bildungsfinanzierung gibt.“

Pakt für Bildung und Entschuldung: [Link](#)

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 26.10.2011, 22:47 Uhr - 6933 Clicks - Nr. 1071

Bundeswehrreform: Die Betroffenen nicht alleine lassen!

Die vom Bundesverteidigungsminister veröffentlichten Pläne zu Standortschließungen bei der Bundeswehr treffen die Region Rendsburg erneut hart. Bereits in den letzten Jahren waren Standorte in der Stadt geschlossen worden, was tausende Soldaten und Zivilbeschäftigte betraf und die jahrhundertelange Bundeswehrtradition in der Region nahezu auslöschte. Nun werden erneut fast 2000 Soldaten und Beschäftigte in Hohn/Alt Duvenstedt vor eine ungewisse Zukunft gestellt.



Betroffen davon sind auch zahlreiche Osterrönfelder, die bisher am dortigen Lufttransportgeschwader 63 (LTG 63) stationiert waren und gearbeitet haben. Viele in der Region hatten trotz Befürchtungen immer noch die Hoffnung gehabt, der Standort möge weitestgehend verschont bleiben. Es bleibt nun abzuwarten, wie die zeitlichen Abzugspläne aussehen, denn davon wird abhängen, wie lange die Transall-Maschinen noch in der Region bleiben und damit die berufliche Perspektive der dort arbeitenden Menschen sichern.

Wichtig ist nun, die Betroffenen nicht alleine zu lassen. Mit den Soldaten, Zivilbeschäftigten und

ihren Familien müssen nun Pläne für die Zukunft entwickelt werden, um die beruflichen aber auch sozialen Entwicklungen zu sichern. Dabei werden die Menschen in der Region weiterhin hinter dem LTG 63 stehen und die Soldaten und Zivilbeschäftigten unterstützen. Das wurde erst beim jüngst zurückliegenden 50-jährigen Jubiläum des LTG 63 deutlich, das rund 20.000 Besucher vor Ort feierten.

Die Bundes- und Landesregierung sind nun gefordert, den Betroffenen schnell Klarheit über die weitere Entwicklung zu geben, um dann gemeinsam mit ihnen die Zukunft anzugehen. Die betroffenen Regionen müssen von Bund und Land finanzielle Unterstützung erhalten, um die Folgen der Standortschließungen abmildern zu können. Kaufkraftverluste, Umsatzrückgänge bei Unternehmen und Wohnungsleerstände sind nur einige der nun befürchteten Auswirkungen durch die geplante Standortschließung des LTG 63. Doch nicht nur wirtschaftlich und finanziell wird die Region Rendsburg stark beansprucht. Auch die sozialen und kulturellen Auswirkungen sind enorm. So sind die Soldaten und Zivilbeschäftigten etwa als Mitglieder von Feuerwehren, Vereinen und Verbänden stark in der Region verwurzelt und engagieren sich ehrenamtlich. Dieses Engagement ist nun in Gefahr und macht es daher notwendig, dass sich alle Kommunen in der Region zusammen der enormen Herausforderung stellen und sie mit allen Betroffenen gemeinsam angehen. Bis dahin bleibt die Hoffnung, dass der Standort in Hohn/Alt Duvenstedt möglichst lange noch Bestand hat, etwa bis die Transall-Maschinen durch neue Modelle des A400-M abgelöst werden. Damit bliebe genug Zeit, um mit allen Beteiligten die weiteren Schritte gemeinsam zu entwickeln und einzuleiten. --

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 27.10.2011, 11:25 Uhr - 12228 Clicks - Nr. 1072

Hohn und Alt Duvenstedt bei Konversion jetzt nicht alleine lassen!

Hohn und Alt Duvenstedt bei Konversion jetzt nicht alleine lassen!

Zu den heute vorgestellten Reduzierungen der Bundeswehr aus der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Kai Dolgner:



Auch wenn viele Details noch nicht bekannt sind – der große Verlierer der Bundeswehrreform steht eindeutig fest: Es ist leider wieder einmal Schleswig-Holstein.

Selbstverständlich war zu erwarten, dass SH mit seiner hohen Anzahl an Dienstposten Federn lassen müsste. Dass das Land aber nicht nur in absoluten, sondern auch relativen Zahlen der größte Verlierer sein würde, haben selbst die größten Pessimisten nicht erwartet.

Wir verlieren über 40 % aller Dienstposten, ganze Landstriche werden endgültig bundeswehr-frei geräumt. Besonders hart trifft es wieder einmal die Region Rendsburg. Nach Eiderkaserne und Feldwebel-Schmid-Kaserne ist die Region nun endgültig bundeswehrfrei. Die Überführung in eine zivile Nutzung ist aber alles andere als einfach, wie schon die ehemalige Feldwebel-Schmid-

Kaserne zeigt.

Hohn, Alt Duvenstedt und die weiteren betroffenen Gemeinden können das aber nicht alleine stemmen, deshalb darf der Bund sich nicht seiner Verantwortung entziehen und muss die notwendigen Konversionsmaßnahmen nicht nur ideell, sondern auch materiell unterstützen.

Dr. Kai Dolgner, MdL

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 27.10.2011, 13:54 Uhr - 12247 Clicks - Nr. 1073

**SPD-Fragen zu Minderheiten im Deutschen Bundestag
Außenministerium schlingert, Minderheitenbeauftragter
schweigt, Ungerechtigkeiten bleiben, SPD stellt Anträge im
Haushaltsausschuss zur Erhöhung der Minderheitenförderung**



Die SPD-Bundestagsabgeordneten Sönke Rix und Franz Thönnnes erklären als Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Gremien für Minderheitenfragen des Deutschen Bundestages und des Landtages Schleswig-Holstein zu den von der Bundesregierung in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 26. Oktober 2011 gegebenen Antworten zu den Ungerechtigkeiten und beabsichtigten Kürzungen bei der Förderung für die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein und die deutsche Minderheit in Dänemark:

Die Bundesregierung hält unbeirrt weiter an ihrem „Nein“ zur nochmaligen Förderung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein bei der Unterstützung des dänischen Schulvereins mit 3,5 Millionen Euro fest. Ebenso verweigert sie bei der deutschen Minderheit in Dänemark einen Ausgleich der jährlichen normalen Mehrbelastungen durch Tarifsteigerungen. Durch dieses sogenannte Überrollen muss der Bund der Nordschleswiger praktisch eine erneute Kürzung der ihm normal zugewiesenen Fördermittel wiederum alleine schultern.

Das ist das Fazit der Antworten der Bundesregierung auf eine Vielzahl von Fragen, die die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein im Deutschen Bundestag gestern gestellt hat. Sie hatte damit die finanziellen Ungerechtigkeiten bei der Förderung der dänischen Minderheit im nördlichsten Bundesland und der deutschen Minderheit in Dänemark im deutschen Parlament zum Thema gemacht.

Auffällig war bei der Beantwortung der Fragen, dass die Bundesregierung die Minderheitenförderung in der Grenzregion als ein außenpolitisches Thema betrachtet. Wie sonst sollte die Beantwortung durch die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Dr. Cornelia Pieper zu verstehen sein, obwohl gleichzeitig auf der Regierungsbank der zuständige Parlamentarische Staatssekretär aus dem Innenministerium und Minderheitenbeauftragte Dr. Christoph Bergner schweigend neben ihr saß, sie ihn mehrfach in ihren Antworten nannte und auf dessen rege

Reisetätigkeit zwischen Kopenhagen, Kiel und Berlin verwies.

Die Sichtweise der Bundesregierung macht klar, wie weit man vom Geschehen in der Grenzregion Schleswig-Holsteins weg ist. Zwar hat man dem dänischen Schulverein nach der willkürlichen Kürzung um 4,7 Millionen Euro durch die Kieler CDU/FDP-Regierung für 2011 mit 3,5 Millionen Euro aus Bundesmitteln geholfen, doch lässt man die dänische Minderheit und damit auch die Carstensen-Regierung für 2012 mit einem Verweis auf das Kooperationsverbot des Bundes in Bildungsfragen im Regen stehen.

Dies geht aus den Ausführungen von Staatsministerin Dr. Pieper hervor, die darauf verweist, dass für eine Fortführung der Unterstützung im kommenden Jahr eine Einsparung an anderer Stelle im Haushalt des Bundesinnenministeriums in von 3,5 Millionen Euro erfolgen müsse und dies nicht darstellbar sei. Ebenso merkwürdig sei die Einschätzung der Bundesregierung, dass sie eine nur 85prozentige Unterstützung des dänischen Schulvereins bei den Schulkosten nicht als Ungleichbehandlung gegenüber den deutschen Schulen betrachte, obwohl die Eltern der Kinder, die die dänischen Schulen besuchen genauso wie alle anderen deutschen Eltern bei ihren Steuern zu 100 Prozent herangezogen werden.

Ebenfalls wird der Flickenteppich sichtbar, mit dem die Bundesregierung die von ihr zugegebene gekürzte Förderung der deutschen Minderheit in Dänemark betreibt, obwohl die Bonn-Kopenhagener Erklärungen auf der Parität der Förderung seitens Deutschlands und Dänemarks fußen. So wurden die von Staatsministerin Dr. Pieper genannten 800.000 Euro lediglich für eine zweijährige Zahlung zugesichert und die 200.000 Euro über das Goethe-Institut in 2011 waren ebenso nur eine einmalige Zuweisung, die nicht für die erfolgten Kürzungen im Investitionshaushalt bei der deutschen Minderheit erhalten kann. Im Übrigen habe es keine Mittel aus dem Titel des Kulturstaatsministers gegeben, wie die Staatsministerin ausführte.

Deutschland stiehlt sich durch seine Kürzungspraxis Jahr für Jahr aus der Verantwortung und bewirkt damit zunehmend ein Ungleichgewicht im Verhältnis der Förderung der Minderheiten durch die Regierungen in Kiel, Berlin und Kopenhagen. Auch hiervon zeigt sich die Bundesregierung unbeeindruckt und wiederholt gebetsmühlenhaft, wie „gut, solide und vor allem belastbar“ die deutsch-dänischen Beziehungen seien, obwohl gerade die dänische Seite dies immer wieder zum Thema bei bilateralen Regierungskontakten macht.

Der Schlingerkurs der Bundesregierung und das „Elefant-im-Porzellanladenhafte“ Verhalten der schleswig-holsteinischen Landesregierung sowie das Hin- und Hergeschiebe der Verantwortung für die Minderheitenförderung zeigen deutlich, dass sich die derzeit Regierenden vom eigentlichen Geist des guten Miteinanders der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen weit entfernt haben. Die SPD hat deshalb im Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages heute Anträge gestellt, die gewährleisten sollen, dass dem dänischen Schulverein für 2012 erneut 3,5 Millionen Euro gewährt und für die deutsche Minderheit in Dänemark 250.000 Euro zusätzlich eingestellt werden, die ein Auffangen von tariflich und personalbedingten Mehrkosten ermöglichen sollen. Ebenso haben wir bereits im Entwurf des Regierungsprogramms der SPD Schleswig-Holstein für die Landtagswahl 2012 zum Ausdruck gebracht, dass die Schulkostenbeiträge des Landes für die Schulen der

dänischen Minderheit wieder auf 100 Prozent gesetzt werden. Wir wollen gute Beziehungen und eine vernünftige sowie gerechte Minderheitenpolitik.

Das Protokoll der Fragestunde mit den Fragen und den Antworten aus der 135. Sitzung des Deutschen Bundestages ist über die Homepage des Deutschen Bundestages abrufbar unter: www.bundestag.de

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 27.10.2011, 15:26 Uhr - 12319 Clicks - Nr. 1074

Lebhafte Veranstaltung zum Thema Maisanbau und Biogasanlagen

Auf der mit über 100 Teilnehmenden gemeinsamen Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes Schleswig-Flensburg und MdL Birte Pauls und MDL Lothar Hay wurden die Vor- und Nachteile von Biogasanlagen und Maisanbau und weiteren Monokulturen beleuchtet. Die Referenten betonten, dass keine Angriffe auf die Anlagen-Betreiber gerichtet werden.

Die Zahl der Agrargasanlagen hat sich zunehmend zu einer Industrialisierung entwickelt. Im Kreis Schleswig-Flensburg haben sich diese Anlagen innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Gab es im Jahr 2009 noch 72 Agrargasanlagen, ist der jetzige Stand im Kreis Schleswig-Flensburg 140. Weitere Biogasanlagen befinden sich in Planung, bzw. sind beantragt worden. Zurzeit werden auf ca. 36% der Ackerfläche, ca. 35000 Hektar Maisanbau für Biogasanlagen betrieben. Wird der Futtermais dazu gerechnet, so erreicht der Maisanteil von ca. 60% der Anbauflächen.

In vielen Kommentaren ist von Vermaisung und Monokulturen unserer Landschaft die Rede. Aber nicht nur das. Ganze Landschaften haben sich geändert. Die Artenvielfalt ist zum Beispiel gefährdet. Von einer herkömmlichen bäuerlichen Landwirtschaft ist kaum noch etwas übrig. Zudem ist die Konkurrenz bei gepachtetem Land zu verzeichnen. Der enorme Flächenverbrauch hat Auswirkungen auf die Kulturlandschaft und auf den Tourismus.

MdL Birte Pauls stellte in ihrem Eingangsstatement fest: „Es kann einfach nicht angehen, dass gewachsene Gemeindestrukturen und traditionsreiches Gemeindeleben zerstört werden, sogar Drohungen ausgesprochen werden so wie wir es in der Gemeinde Tielien gerade erleben können, weil Einzelinteressen wichtiger sind als das Gemeinwohl. Ich möchte dafür werben, dass Gemeinden sich sehr rechtzeitig mit der Thematik auseinandersetzen, eine transparente Gemeindeplanung vornehmen, die Bürgerinnen und Bürger sich auch auf das gesagte verlassen und sich wiederfinden können. Eine Planung, die ein Augenmaß auf gewachsene vorhandene Strukturen, auf Mensch und Natur hat.

Miteinander reden und nicht übereinander. Und dann müssen die entsprechenden Gesetze ganz schnell dahingehend geändert werden, dass diese starke Ballung von Biogasanlagen, wie wir sie gerade im nördlichen Landesteil erleben nicht länger möglich ist.“

MdL Lothar Hay regte an, das Wort Agroanlagen statt Biogasanlagen zu verwenden. Die Politik sei verantwortlich für die Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Agroanlagen. Die Landwirte würden aufgrund geltender Gesetze handeln. Notwendig sei eine Änderung des Bundesbaugesetzes

zum privilegierten Bauen. In Dänemark werden 10.000 Ha für den Maisanbau von Betreibern im Kreis Schleswig-Flensburg angebaut, die Ernte muss zu den Agraranlagen im Kreis transportiert werden. Lothar Hay wies weiterhin darauf hin, dass wenn der Mais geerntet worden ist, Pestizide wie Glyphosat auf die Felder gestreut werden. Der Bauernverband empfiehlt dringend, dass die Fruchtfolge eingehalten wird und dass für vorhandene Anlagen Verbesserungen erreicht werden müssen. „Kiebitze verschwinden, dafür finden Wildschweine hervorragende Bedingungen“, so Lothar Hay. Dauergrünland geht verloren, wenn kein Ersatzgrünland angelegt wird. Die Forderung der Politik muss auch dahin gehen, Kraft-Wärme-Koppelung zu nutzen. Es gibt kaum Einspeisungen von Wärme ins Gasnetz. Gemeinden können auch bei privilegierten Anlagen ihr Einverständnis verweigern, wenn keine geeigneten Straßen vorhanden sind.

Jürgen Augustin, Bürgermeister aus Nübel, berichtete über seine Erfahrungen in der Gemeinde, die einen städtebaulichen Vertrag mit einem Betreiber abgeschlossen hat. „Eine Gemeinde hat die Verpflichtung gegenüber den Bürgern. In den Gemeinden muss ein Dialog mit den Bürgern geführt werden, wobei eine gegenseitige Rücksichtnahme wichtig ist“.

In der anschließenden Diskussion nutzen viele die Gelegenheit, Fragen zu den Themen Umwelt- und Pflanzenschutz, Gesundheitsschäden aus Gärresten, Botulismus, Abnutzung von Gemeindestraßen und Nutzung anderer alternativen Energien ergänzen. Die anwesenden Landwirte stellten ihre Situation und Erfahrungen vor.

Vertreter der Bürgerinitiative Pro.Tielen schilderten ihren langen Weg des Protestes in der Gemeinde Tielen gegen eine privilegierte Agrargasanlage.

Im Anschluss der Veranstaltung haben die MDL Birte Pauls und Lothar Hay einen Termin mit der Bürgerinitiative Pro.Tielen für einen Besuch in Tielen vereinbart.

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 27.10.2011, 18:05 Uhr - 5446 Clicks - Nr. 1075

Verordnung erfüllt Vorgaben des Gesetzes nicht

Zum Bericht des Sozialministers über die Durchführungsverordnung nach dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz in der heutigen Sitzung des Sozialausschusses erklären der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch, und die pflegepolitische Sprecherin Birte Pauls:

Die im Selbstbestimmungsstärkungsgesetz verankerte umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung der Menschen mit Pflegebedarf und mit Behinderung wird in dem Entwurf einer Landesverordnung über stationäre Einrichtungen nicht verwirklicht. Deshalb stellt der Verordnungsentwurf einen Rückschritt zum Gesetz dar; er muss dringend überarbeitet werden.

Aus Sicht der SPD brauchen wir: eine größere Wohnfläche der Zimmer, in Pflegeeinrichtungen eine Quote von mindestens 50 % bei den Pflegefachkräften, effektive Mitwirkung von Angehörigen,

Betreuern und Ehrenamtlern, Regelung der Möglichkeit anderer Wohnformen, kürzere Übergangsfristen.

Der Dialog über eine menschenwürdige Pflege und Betreuung muss weiter gehen. Wir sind gespannt auf die Veränderungen des Verordnungsentwurfs, den der Sozialminister dem Ausschuss in Kürze vorlegen will.

Nicht desto trotz halten wir eine Anhörung im Sozialausschuss, bei der Interessenvertreter, Vereine und Fachverbände zu Wort kommen, für dringend erforderlich. Ihre Anregungen sollten in die Umsetzung einfließen.

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 28.10.2011, 10:04 Uhr - 4647 Clicks - Nr. 1076

Rote Tulpen von der SPD

Mit einem Frühlingsgruß begann die SPD-Landtagskandidatin Kirsten Eickhoff-Weber nun ihre persönliche Vorstellungsrunde in Wittorf. Zusammen mit dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden und Ratsherrn Bernd Delfs verteilte sie an den Haustüren Tulpenzwiebeln. Ausgestattet mit Handschuh und Schaufel ließ sie es sich nicht nehmen die Zwiebeln selbst an den gewünschten Plätzen im Vorgarten zu pflanzen. So werden im nächsten Frühjahr an vielen Stellen rote Tulpen an diese Hausbesuche erinnern.

Gleichzeitig fand sich Gelegenheit zu Gesprächen mit den Menschen, um einen Eindruck über die Anliegen der Bevölkerung zu erhalten. Dabei hat die Gartenbau-Ingenieurin auch manche fachlichen Tipps erhalten bzw. geben können. Überrascht zeigte sich Kirsten Eickhoff-Weber von den durchweg sehr gepflegten Gärten. „Mein Eindruck ist, dass die Menschen viel Wert auf eine gute Nachbarschaft legen“, sagte die Kandidatin zu Abschluss.

Das Bild zeigt die SPD-Landtagskandidatin Kirsten Eickhoff-Weber mit einem Anwohner der Julius-Brecht-Straße, Herrn Lang.

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 28.10.2011, 15:02 Uhr - 4616 Clicks - Nr. 1077

Reform der Bundeswehr

Der OV Vorsitzende Hermann Jobben erklärt:

Lange haben wir darauf gewartet, was nun aus unserem Standort Glücksburg wird. Dass der Rotstift so heftig bei uns angesetzt wird, hat wohl keiner erwartet. Im elektronischen Zeitalter, wo Entfernung und Standort überhaupt keine Rolle spielen, um eine Kommunikation herzustellen, ist umso unergründlicher; warum eine derart kostspielige Verlagerung des Führungsstabes der Marine nach Rostock erfolgen soll. Bei

Leitungsebenen kann doch Dienst- und Fachaufsicht nicht der primäre Antrieb für Standortverlagerungen sein.

Wir werden noch genügend Zeit haben, um die Folgen und die daraus entstehenden Möglichkeiten der Verlagerung des Flottenkommandos der Marine zu bewerten und zu erkennen.

Es bleibt erst einmal der Schock !

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 28.10.2011, 17:37 Uhr - 2505 Clicks - Nr. 1078

MV SPD Barsbüttel

Einladung zur Mitgliederversammlung am 09. November 2011 um 19:00 Uhr Im Bürgerhaus Soltausredder 20 , 22885 Barsbüttel

Liebe Mitglieder vom SPD Ortsverein Barsbüttel,

das Jahr 2011 neigt sich dem Ende zu und ich möchte Euch vor dem Jahresende noch einmal über aktuelle Themen und Veranstaltungen in Barsbüttel unterrichten.

Vor uns liegen der Kreisparteitag und die Kreiswahlkonferenz am Samstag, dem 12. November 2011 in der Erich Kästner Gemeinschaftsschule, Soltausredder 28, 22885 Barsbüttel, bei der wir drei Delegierte stellen und den Kreisparteitag ausrichten werden.

Tagesordnung der Mitgliederversammlung:

1. Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden, Genehmigung der Tagesordnung
2. Eingaben der Mitglieder zur Tagesordnung / Feststellung der endgültigen Tagesordnung
3. Bericht des Vorstandes
4. Aufnahme eines neuen Parteimitgliedes
5. Anträge zum Kreisparteitag
6. Wofür steht die SPD im Land und in unserer Gemeinde
7. Landtagswahlkampf 2012:
Wie unterstützen wir unseren Landtagskandidaten
Martin Habersaat?
8. Verteilung O-Ton - Wer macht mit?

Mit freundlichen Grüßen
gez. Paul R. Donning

Keine Kommentare

Borsteler auf Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin
Thönnnes: Tarifsysteem erhalten und Entgeltgleichheit
verwirklichen

Auf der alljährlichen Berliner Betriebs- und Personalrätekonferenz diskutierten am 26. Oktober 2011 auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion mehr als 250 Gäste über die Zukunft des Tarifsystems und Entgeltgleichheit. Der SPD-

Bundestagesabgeordnete Franz Thönnnes freute sich besonders, den Betriebsratsvorsitzenden Heiko Käßner vom Forschungszentrum Borstel im Deutschen Bundestag begrüßen zu können.



Fachleute aus Wissenschaft, Arbeitswelt und Politik sprachen auf der Konferenz zur Stärkung des Tarifsystems und der Bedeutung für faire Entlohnung. „Der permanente Austausch von SPD, Gewerkschaften und den Betriebs- und Personalräten vor Ort ist Voraussetzung dafür, dass wir zu Erfolgen in den diskutierten Themenfeldern kommen. Wie wichtig dieses Zusammenspiel ist, haben wir auch in der letzten Wirtschaftskrise erlebt, die für unser Land weitgehend nur durch einen fairen Umgang miteinander und die betriebliche Umsetzung guter Kurzarbeitsregelungen relativ glimpflich vorüberging“, resümierte Franz Thönnnes.

Heiko Käßner ergänzt: „Wichtig an diesem Gedankenaustausch ist meiner Auffassung nach die Rückmeldung an die Politik, wie und ob sich die gesetzlichen Regelungen im Betriebsalltag umsetzen lassen. Das Forschungszentrum Borstel ist ein Betrieb mit einer Vielzahl an Beschäftigungsgruppen wie z.B. Krankenpflegepersonal, Ärzten, Wissenschaftlern, technischen Mitarbeitern oder auch Verwaltungsangestellten. Hier passiert es oft, dass sich tarifliche oder gesetzliche Bestimmungen, die im Ansatz zum Wohle der Beschäftigten gedacht waren, sich schließlich ins Gegenteil verkehren. Diese Konferenz bietet daher eine ideale Plattform für die direkte Rückkopplung zwischen Beschäftigten und Politik um ein zukunftssträchtiges und gerechtes Tarifsysteem zu gestalten.“

Betriebs- und Personalräte, die Interesse haben, an der kommenden Betriebsrätekonferenz in Berlin teilzunehmen, können sich schon jetzt hierfür im Segeberger Wahlkreisbüro unter der Nummer 04551 – 968383 oder per E-Mail buengerbuero@thoennes.de vormerken lassen.

Bildunterschrift: Heiko Käßner und Franz Thönnnes vor dem SPD-Fraktionssaal im Deutschen Bundestag

Keine Kommentare

Keine Last-Minute-Pöstchen für verdiente CDU-Funktionäre!

CDU will neue Bürgermeisterstellen in den Dörfern durchdrücken - Keine Last-Minute-Pöstchen für verdiente Funktionäre!



„Die CDU möchte offenbar kurz vor ihrer Abwahl aus der Landesregierung noch ein Pöstchen-Programm für verdiente Funktionäre in den Dörfern durchdrücken. Die beabsichtigte Änderung der Kommunalverfassung würde bedeuten, dass in kleinen Gemeinden ohne Ausschreibung, ohne Qualifikationsanforderungen und ohne Öffentlichkeit neue hauptamtliche Bürgermeister installiert werden können. Diese schwarze Job-Offensive ist der Versuch, Parteifreunde dauerhaft zu versorgen.“ Mit diesen Worten hat Andreas Breitner, Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), die schwarz-gelbe Koalition vor „Last-Minute-Beförderungen“ auf kommunaler Ebene gewarnt.

Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker wenden sich auch gegen den Plan der Kieler Regierungskoalition, die Kommunen von der die Pflicht zur Erhebung von Beiträgen zum Straßenausbau zu entbinden: Hausbesitzer würden so entlastet, die Einwohner aber belastet. „Das ist eine Idee der Haus- und Grundeigentümer, aber nicht der Kommunen. Die eh in einer schwierigen Finanzlage stehenden Kommunen, müssen die Kosten zukünftig dann über ihre Haushalte finanzieren. Dieses Geld wird dort aber dringend für Investitionen in Kinderbetreuung und Bildung gebraucht. Durch dieses Verfahren zahlen zukünftig auch Mieter die Zeche. Diese profitieren aber gar nicht durch eine Wertsteigerung der Immobilie. So bedient die schwarz-gelbe Koalition nach den Hoteliers die nächste Klientel“, sagte Breitner: „Die meisten Gemeinden in Schleswig-Holstein leiden immer noch unter den Folgen des Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich - ein Verzicht auf die Beitragserhebung schwächt sie weiter. Die Kritik des Städteverbandes Schleswig-Holstein in diesem Punkt teilen wir inhaltlich voll.“

Bei allen Rationalisierungen und Synergieeffekten auf örtlicher Ebene müsse bei den Änderungen der Kommunalverfassung sichergestellt bleiben, dass der einzelnen Gemeinde eine ausreichende Zahl von Aufgaben für eine eigenverantwortliche, von politisch-demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten geprägte Selbstverwaltung verbleibe, so Breitner. Der Bürgerbeteiligung sei ein hoher Stellenwert in Städten und Gemeinden einzuräumen.

Keine Kommentare

Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals wichtig für die gesamte Region

Die Ergebnisse des Nautischen Essens in Kiel zeigen, dass wir mit unseren Forderungen Interessen vertreten, die weit über Kiel hinausgehen. Der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals ist wichtig für

Schleswig-Holstein und für Hamburg. Die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region steht auf dem Spiel, wenn nicht zügig investiert wird. Bei einer Vollsperrung ist nicht nur die Schifffahrt in Schleswig-Holstein betroffen sondern auch ein Drittel des Umschlags im Hamburger Hafen in Gefahr.

Wir fordern die Bundesregierung auf, in die Zukunft zu investieren und die finanziellen Mittel für das Jahr 2012 bereitzustellen. Es kann nicht um die Entscheidung für den Hamburger Hafen oder für den Nord-Ostsee-Kanal gehen. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Medaille. Der Bund muss ein reales wirtschaftliches Desaster und den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze verhindern. All dies hat der Bund selbst festgestellt. So sind die Planungen für die Sanierungen des Nord-Ostsee-Kanals bereits abgeschlossen. Nun ist Berlin gefragt, endlich auch die Finanzierung zu sichern und mit dem Bau zu beginnen. Im Interesse der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg sowie der Landeshauptstadt Kiel muss die Bundesregierung dringend tätig werden, bevor es zu spät ist.

Dies erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zum Artikel in den heutigen Kieler Nachrichten.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 01.11.2011, 11:08 Uhr - 16713 Clicks - Nr. 1082

SPD-Kreisparteitag will „Politik für ein starkes Land“

Auf dem Kreisparteitag der Segeberger SPD im Kaltenkirchener Schützenhaus befassten sich 100 Delegierte in lebhaften Diskussionen mit dem Entwurf zum Regierungsprogramm ab 2012. Titel: „Politik für ein starkes Land.“

Brigitte Fronzek, Elmshorner Bürgermeisterin, Mitglied im SPD-Landesvorstand und mitverantwortlich für den Entwurf des – wie sie es nannte – Wahlprogrammes, betonte in ihren einleitenden Worten: „Wir wollen keine Versprechungen machen, die wir nicht halten können. Wir wollen auch keine Attacken auf die politischen Gegner, sondern eine Konzentration auf unsere eigene Politik.“



Fronzek weiter: „Wir können nicht alle sozialen Einschnitte der schwarz-gelben Regierung rückgängig machen.“ Mindestens ein beitragsfreies Kita-Jahr soll in der Legislaturperiode dennoch beschlossen werden.

Schwerpunkt der Delegiertendiskussion waren die Themen Bildung und Schulpolitik. Dabei wurde betont, dass man einen Schulfrieden einhalten wolle, damit die Schulen in Schleswig-Holstein

endlich einmal über einen langen Zeitraum verlässlich arbeiten können.

Entgegen den finanziellen Vorbehalten der Elmshorner Bürgermeisterin beschlossen die Delegierten, die in diesem Schuljahr abgebauten Lehrerplanstellen zu 50 Prozent wieder aufzustocken. Der Elternanteil an der Schülerbeförderung soll nach Auffassung der Segeberger Sozialdemokraten zurückgenommen werden.

Ein nachhaltiges Wachstum soll gewährleistet werden durch die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auf Antrag der Jungsozialisten wurde noch einmal an eine sozialdemokratische Kernforderung erinnert: Die Delegierten beschlossen die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro.

Die kommunalen Finanzen sollen bis zum Ende der Legislatur wieder ihren alten Stand erreichen durch Zurücknahme der Streichung von 120 Millionen Euro kommunaler Mittel durch das Land. Diese Ankündigung brachte Beifall für Brigitte Fronzek durch die vielen anwesenden Kommunalpolitiker.

Zu guter Letzt trafen die Delegierten Aussagen zur Notwendigkeit des Verbraucherschutzes. Sie beschlossen, starke Verbraucherinstitutionen als "Anwälte" der Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhalten und auszuweiten.

Zum neuen Beisitzer im Kreisvorstand für die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer wurde Klaus Kasch aus Henstedt-Ulzburg gewählt.

Foto: Andreas Beran, Brigitte Fronzek

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 01.11.2011, 15:14 Uhr - 5531 Clicks - Nr. 1083

Hagedorn sagt NEIN zum schwarz-gelben Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz

In 2./3. Lesung entscheidet der Bundestag in der Kerndebatte am Freitag mit namentlicher Abstimmung nach Monaten der Proteste der Kommunen und öffentlichen Abfallentsorger und nach einer – für den Gesetzentwurf von CDU/FDP - vernichtenden Kritik aller Sachverständigen in der Expertenanhörung nach marginalen Änderungen über die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Die stellvertretende haushalts- und kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Bettina Hagedorn hat die Reform in der namentlichen Abstimmung deshalb abgelehnt. Hagedorn: „Die Gesetzesnovelle ist und bleibt – trotz mancher Nachbesserung im Sinne der Kommunen – der falsche Schritt in die falsche Richtung: Die weitere „Liberalisierung“ der Hausmüllentsorgung zu Gunsten Privater, die gerade in Flächenkreisen ‚Rosinen picken‘ wollen, trägt die Handschrift der FDP und ist klar klientelorientiert. Auch wenn nach heftiger Kritik von SPD, Kommunen und Ländern das Bundesumweltministerium einen so genannten ‚Kompromissvorschlag‘ zu den Überlassungspflichten und zur Zulassung gewerblicher Sammlungen vorgelegt hat – das Gesetz ist ‚Murks‘ und eindeutig nicht zustimmungsfähig.“

Der kurzfristig von Schwarz-Gelb vorgelegte „Kompromissvorschlag“ enthält weiterhin große Unwägbarkeiten und Gefahren für die öffentlich-rechtlichen Entsorger bezüglich Zuständigkeiten und Abfallgebühren.

Hagedorn: „Aus drei Gründen ist dieser Vorschlag problematisch: 1. Eine Änderung des § 3 Abs. 18 - nämlich der Definition des Sammlungsbegriffes - lehnt Schwarz-Gelb vehement ab. Also bleiben gewerbliche Sammlungen auch in dauerhaften Strukturen – z. B. im ZVO –Gebiet - gegen Entgelt möglich. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass durch die Definition des § 3 Abs. 18, Satz 2 und die "Gleichwertigkeitsklausel" in § 17 Abs. 3, Satz 4 des Kompromissvorschlags die Gefahr besteht, dass die Abfall-Aufgabe den Kommunen nicht mehr "eigentümlich und vorbehalten" zugeschrieben werden kann, sie daher als umsatzsteuerpflichtige Betriebe gewerblicher Art einzustufen wären. Die öffentlich-rechtlichen Entsorger müssten dann den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen, mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Abfallgebühren und für die Bürgerinnen und Bürger: Preiserhöhung. Welche negativen Auswirkungen dies in der Folge auf kommunale Abfallbehandlungsanlagen hat, ist dabei überhaupt nicht absehbar.

2. Die sogenannte „Gleichwertigkeitsklausel“. Wenn eine gewerbliche Sammlung höherwertig ist, MUSS sie zugelassen werden – auch wenn sie den Bestand der öffentlich-rechtlichen Entsorger gefährdet oder zu massiven Gebührenerhöhungen führt. Die Kriterien sind aus Sicht der SPD unklar. Es ist z. B. nicht geklärt, ob ein besserer Abholrhythmus, besserer Service, oder andere Kleinigkeiten ausreichen, bei sonstiger Gleichwertigkeit die angebliche „Höherwertigkeit“ einer gewerblichen Sammlung festzustellen, was ein Einfallstor für große private Entsorger darstellen kann. Im besten Fall drohen durch die Gleichwertigkeitsklausel zahlreiche Gerichtsverfahren mit ungewissem Ausgang, schlimmstenfalls eine massive Rosinenpickerei durch gewerbliche Sammlungen, wobei den Kommunen nur die absolute minimale, aber teure Restmüllentsorgung bleibt.

3. In Zusammenhang mit der Gleichwertigkeitsklausel ist eine wichtige Vorentscheidung für die private Zuständigkeit einer Wertstofftonne gefallen. Ich lehne auch wegen dieser gewissermaßen vorweggenommenen Entscheidung zugunsten einer privaten Zuständigkeit bei einer Wertstofftonne den Gesetzentwurf ab. Die Gleichwertigkeitsklausel müsste gestrichen und die Definition der gewerblichen Sammlung geändert werden. Erst dann könnte man vernünftiger Weise über eine Zustimmung nachdenken. Dies ist nun leider nicht mehr möglich, da Schwarz-Gelb wieder einmal direkt die Interessen eines privaten Klientels bedient hat.“

Bereits die Sachverständigenanhörung am 19.09.2011 brachte ein klares Ergebnis: Der von Schwarz-Gelb im Sommer eingebrachte Gesetzentwurf wurde vom Bundesrat, allen Oppositionsparteien im Bundestag, parteiübergreifend von den Kommunen, Gewerkschaften und Umweltverbänden abgelehnt; selbst die EU-Kommission übte deutliche Kritik an der Umsetzung. Die Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion hat zusätzlich am 26.09.2011 in Berlin eine Konferenz zum Thema „Kreislaufwirtschaft und Abfallrecht“ durchgeführt und damit ein weiteres Zeichen gesetzt: Mit Vertretern von Landkreis- und Städtetag, kommunalen Wirtschaftsverbänden und namhaften Rechtsexperten waren hochrangige Vertreter zum Austausch mit den für Abfallentsorgung zuständigen Bundestags- und Landtagsabgeordneten der SPD-Fraktionen aus ganz Deutschland zusammen gekommen. Aus Schleswig-Holstein nahmen MdL Marion Sellier (Nordfriesland) und MdB Bettina Hagedorn (Ostholstein) teil.

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 01.11.2011, 20:04 Uhr - 1666 Clicks - Nr. 1084

Einladung der SPD Lutterbek - Wie geht es weiter in Lutterbek?

Am Donnerstag, den 3. November 2011 um 19 Uhr im Lutterbeker

Information und Gespräch mit der SPD Lutterbek und der Landtagsabgeordneten Anette Langner

In der vergangenen Zeit hat sich für uns gezeigt, dass es viele Bürgerinnen und Bürger im Dorf gibt, die über die politischen Entwicklungen in unserer Gemeinde Näheres erfahren möchten. Deswegen möchten wir ins Gespräch kommen und diskutieren,

- welche Aufgaben unserer Gemeinde obliegen,
- wie sie wahrgenommen werden und vor allem
- wer darüber entscheidet .

- Ganz wichtig ist es uns die finanziellen Rahmenbedingungen und die Perspektiven für die weitere Arbeit in der Gemeinde aufzuzeigen.

Mit Anette Langner möchten wir diskutieren, wie sie sich als Landtagsabgeordnete vorstellt, die Situation in den Gemeinden vor Ort zu verbessern.

Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme und spannende Diskussionen, die im nächsten Jahr fortgesetzt werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Hanebuth

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 01.11.2011, 23:20 Uhr - 2297 Clicks - Nr. 1085

Sozialausschuss beschließt Neubau für den AWO-Bewegungskindergarten

„Die Lösung ist da. Das sanierungsbedürftige Provisorium wird bald ein Ende haben“, erklärte Lasse Karnatz (SPD) nach der Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Reinfeld. „Wir haben nach einem geeigneten Standort gesucht und ihn gefunden.“

In seiner Sitzung am 31. Oktober 2011 hatte der Ausschuss einstimmig einen Standort für den Neubau eines Kindergartens festgelegt. Die Einrichtung, in die der AWO-Bewegungskindergarten einziehen soll, wird an der Zufahrt vom Bischofsteicher Weg zur Immanuel-Kant-Schule errichtet. Die Stadtverwaltung wurde beauftragt eine viergruppige Einrichtung zu planen, an die ein Gymnastikraum angeschlossen ist. Dieser Raum sollte auch Dritten wie der Schule oder der VHS zur Verfügung stehen.

Die AWO als zukünftiger Träger der Einrichtung wurde gebeten, ein Konzept für generationenübergreifendes Lernen an dieser Stelle zu erarbeiten und ihre Vorstellungen in die Planung des Baus mit einfließen zu lassen.

Das Gebäude, das entweder zunächst zweigruppig errichtet wird, um später erweitert werden zu

können, oder von Anfang an vier Gruppen beheimaten soll, wird – so die Hoffnung der Ausschussmitglieder in 2013 bezugsfertig sein.

„Wir sind froh, dass wir uns jetzt in die konkreten Planungen stürzen können“, sagte Lasse Karnatz.

Bildquelle: wikipedia.org

Keine Kommentare

[SPD-Flintbek](#) - veröffentlicht am 02.11.2011, 14:36 Uhr - 3878 Clicks - Nr. 1086

Große Beteiligung beim Laternelaufen

Um halb sechs am Sonnabend, 29.

Oktober 2011, begann Zauberer Jan mit seinem Programm vor proppevollem Haus. Einige Eltern warteten deshalb vor der Tür im Foyer des Rathauses. Im Saal bestaunten derweil rund 120 Zuschauer/innen, davon etwa die Hälfte Kinder zwischen eineinhalb und zehn Jahren, seine magische Präsentation. Über seine Späße dabei amüsierten sich sowohl die Kleinen als auch die Großen.



Nach einer halben Stunde, die

Dämmerung war inzwischen eingetreten, versammelten sich alle mit ihren Laternen auf dem Parkplatz vor dem Rathaus. Weitere Eltern mit Kindern warteten hier schon. Zur Absicherung des dann folgenden Umzugs fuhr die Polizei vorweg und am Ende folgte die Freiwillige Feuerwehr im Einsatzwagen. So ging es dann mit Blaulicht durch den Ort. Einige kleine Jungs fanden das Blaulicht offensichtlich spannender als die vielen Laternen. Deshalb lief am Ende des inzwischen auf rund 150 Personen angewachsenen Umzugs manchmal der eine und der andere Steppke in die verkehrte Richtung zu dem hinter ihm langsam folgenden Feuerwehrwagen.

Da Wulf Brieger, Vorsitzender der SPD Flintbek, vorher die Texte der Lieder hatte vervielfältigen und verteilen lassen, wurde Wolfgang Dose mit seinem Akkordeon beim Gesang gut begleitet. Er machte wegen der angebrochenen Dunkelheit deshalb gern unter Laternen eine Pause, damit die Texte besser zu lesen waren. Und damit auch die Kleinsten aufholen oder sich ausruhen konnten. Bei trockenem Wetter mit milden Temperaturen wurde gegen 19:15 Uhr das Rathaus wieder erreicht. "Das war heute ja ein toller Erfolg!" freute sich Hans Joachim Thiem von der SPD Flintbek, der den Abend organisiert hatte.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 02.11.2011, 14:42 Uhr - 3507 Clicks - Nr. 1087

Neue Kindergartenplätze

SPD schafft es gemeinsam mit dem der CDU und Bündnis 90/Grüne 25 neue Krippenplätze-und 30 Elementarplätze in Quickborn-Heide sicherzustellen.

Um den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz zu erfüllen muss die Stadt bis 2013 noch weitere Plätze schaffen.

Zurzeit sind wir auf einem guten Weg. Quickborn hat bis jetzt 145 Krippenplätze davon sind 85 in unseren Kita`s und 50 stellt die Tagespflege. Die Schaffung neuer Krippenplätze wird vom Bund/Land und Kreis bis 2013 gefördert. Um diese Fördergelder auszuschöpfen müssen wir jetzt handeln. Im Frühjahr hat Astrid Huemke einen Prüfauftrag an die Verwaltung gestellt der dann jetzt In der 3.Beratung zum Erfolg geführt hat.

In der "Wilden 13", geführt durch die Johanniter wird es einen zweigeschossigen Neubau geben. Ursprünglich wollte die SPD 30 Plätze beantragen, das würde aber die Personalkosten extrem in die Höhe treiben. Hier gab es dann interne Beratungen mit der CDU, die Bauchschmerzen mit den Personalkosten hatte. Die beliefen sich bei 30 Plätzen ca. bei 310.000, Euro. Jetzt bei 25 sind wir bei 250.000 Euro. SPD und CDU haben sich dann geeinigt auf 25 Plätze.

Die SPD wird für das Jahr 2012 einer Gebührenerhöhung in Anpassung an den Kreis in den Kindergärten zustimmen. Ausgenommen sind hiervon aber die Krippenplätze. Die SPD sieht als notwendig an, in diesem Bereich zu investieren, um den Familien mehr Sicherheit und Verlässlichkeit zu geben. Quickborn könnte dann mit Recht behaupten, wir investieren in junge Familien mit Kindern und in die Zukunft.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 02.11.2011, 16:27 Uhr - 14936 Clicks - Nr. 1088

MdB Sönke Rix: Mindestlohn ist überfällig

In dieser Woche hat die CDU das Thema „gesetzliche Lohnuntergrenze“ auf die Tagesordnung gesetzt. Ich bin überrascht, denn bisher galt bei Schwarz-Gelb der Mindestlohn als Teufelszeug, der Arbeitsplätze vernichte und viel Geld kostete.

CDU/CSU und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, dass es keinen allgemeinen Mindestlohn in Deutschland geben soll.



Und nun nach jahrelanger Blockade und nach der Abschaffung der Wehrpflicht, dem Ausstieg aus der Atomkraft, dem Eintreten für eine Transaktionssteuer die nächste Wende: Die CDU will in einem Antrag für ihren Bundesparteitag eine sogenannte Lohnuntergrenze fordern.

„Willkommen in der Wirklichkeit“ möchte man der Union zurufen. Dafür ist allerdings noch viel zu unklar, wohin die Reise gehen soll. Und die Koalition macht erst einmal, was sie am besten kann: Sie streitet wieder.

Grundsätzlich ist es aber zu begrüßen, dass die Union sich endlich konstruktiv mit dem Thema beschäftigt. Denn wir brauchen den Mindestlohn so schnell wie möglich. Menschen, die hart arbeiten, müssen von ihrer Arbeit leben können. Die Tarifautonomie hat dort Vorrang, wo die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vernünftig laufen, weil beide Seiten gut organisiert sind. Häufig werden dort Tarifverträge ausgehandelt, die einen Stundenlohn über 8,50 Euro festlegen.

Aber wir brauchen ebenfalls eine untere Auffanglinie für ganz Deutschland für die Bereiche, in denen Tarifverträge nicht mehr greifen und Menschen zum Teil für Dumpinglöhne arbeiten. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht nur unabhängig von der Sozialhilfe machen, sondern auch einen volkswirtschaftlichen Beitrag leisten. Durch die Einführung eines Mindestlohns steigen die Binnennachfrage und die Kaufkraft. Mehrere Milliarden an ergänzendem Arbeitslosengeld II müssten die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zahlen, weil der Lohn dann endlich zum Leben reichen würde. Der jetzige Zustand, dass Billiglöhne durch Sozialleistungen aufgestockt und damit subventioniert werden, muss schleunigst beendet werden.

Dafür reichen mir die aktuellen Lippenbekenntnisse der Union nicht. Deshalb werden wir testen, ob die Kanzlerin es ernst meint. Wir werden unseren Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen und sind zu Verhandlungen bereit. Aber wir können nicht akzeptieren, wenn hier nur Nebelkerzen geworfen werden.

Ob das Kind nun Lohnuntergrenze oder Mindestlohn heißt: Wenn es der Union hilft, sich selbst zu korrigieren, ihre Fehler auch einzusehen, dann streiten wir nicht um Begrifflichkeiten. Aber eins ist klar: Es darf keinen Placebo-Mindestlohn geben, sondern eine absolute Lohnuntergrenze für ganz Deutschland, und die muss auch auskömmlich sein - sonst ist nichts gewonnen.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der "Eckernförder Zeitung" vom 02.11.2011

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 02.11.2011, 16:33 Uhr - 3689 Clicks - Nr. 1089

Einladung zum Grünkohlessen - mit Ralf Stegner -

Nun beginnt wieder die Saison eines recht eigenwilligen dunkelgrünem Gewächses, durchaus freundlich, jedoch nicht immer gut zu vertragen

Es ist Grünkohlzeit!

Lange haben wir auf diesen Augenblick gewartet. In diesen Monaten ist es wahrlich genug mit den rhetorischen Schlachten. Vielmehr gehören „schlagkräftige Argumente“ auf den Tisch. Aus diesem Grund lädt die SPD Kropp recht herzlich zum diesjährigen Grünkohlessen ein.

Wir hoffen auf viele Gäste, mit denen bei Kohl mit Pinkel herzlich angeregt das eine oder andere (nicht)politische Thema diskutiert werden kann. Durchaus entstehen hierbei praktikable Vorschläge auch für die politische Arbeit auf kommunaler Ebene.

Wann: Freitag, dem 11. November 2011 um 18:00 Uhr

Wo: Gasthof Bandholz, Hauptstr. 6 , 24848 Kropp

Es wird ein Kostenbeitrag erhoben. Wir bitten sich bis zum 08.11.2011 anzumelden.

[Hier könnt Ihr die Einladung herunterladen](#)

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 02.11.2011, 17:30 Uhr - 2009 Clicks - Nr. 1090

CDU will neue Bürgermeisterstellen in den Dörfern durchdrücken

Keine Last-Minute-Pöstchen für verdiente Funktionäre!

Die CDU möchte offenbar kurz vor ihrer Abwahl aus der Landesregierung noch ein Pöstchen-Programm für verdiente Funktionäre in den Dörfern durchdrücken. Die beabsichtigte Änderung der Kommunalverfassung würde bedeuten, dass in kleinen Gemeinden ohne Ausschreibung, ohne Qualifikationsanforderungen und ohne Öffentlichkeit neue hauptamtliche Bürgermeister installiert werden können.

Diese schwarze Job-Offensive ist der Versuch, Parteifreunde dauerhaft zu versorgen.“ Mit diesen Worten hat Andreas Breitner, Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), die schwarz-gelbe Koalition vor „Last-Minute-Beförderungen“ auf kommunaler Ebene gewarnt.

Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker wenden sich auch gegen den Plan der Kieler Regierungskoalition, die Kommunen von der die Pflicht zur Erhebung von Beiträgen zum Straßenausbau zu entbinden: Hausbesitzer würden so entlastet, die Einwohner aber belastet. „Das ist eine Idee der Haus- und Grundeigentümer, aber nicht der Kommunen. Die eh in einer schwierigen Finanzlage stehenden Kommunen, müssen die Kosten zukünftig dann über ihre Haushalte finanzieren. Dieses Geld wird dort aber dringend für Investitionen in Kinderbetreuung und Bildung gebraucht. Durch dieses Verfahren zahlen zukünftig auch Mieter die Zeche. Diese profitieren aber gar nicht durch eine Wertsteigerung der Immobilie. So bedient die schwarz-gelbe Koalition nach den Hoteliers die nächste Klientel“, sagte Breitner: „Die meisten Gemeinden in Schleswig-Holstein leiden immer noch unter den Folgen des Eingriffs in den kommunalen Finanzausgleich - ein Verzicht auf die Beitragserhebung schwächt sie weiter. Die Kritik des Städteverbandes Schleswig-Holstein in diesem Punkt teilen wir inhaltlich voll.“ Bei allen Rationalisierungen und Synergieeffekten auf örtlicher Ebene müsse bei den Änderungen der Kommunalverfassung sichergestellt bleiben, dass der einzelnen Gemeinde eine ausreichende Zahl von Aufgaben für eine eigenverantwortliche, von politisch- demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten geprägte Selbstverwaltung verbleibe, so Breitner. Der Bürgerbeteiligung sei ein hoher Stellenwert in Städten und Gemeinden einzuräumen

Keine Kommentare

Aufruf zur Mahnwache zum Gedenken an die Reichspogromnacht

Die SPD Norderstedt, die Jusos Norderstedt und der Juso-Kreisverband Segeberg rufen gemeinsam zum Gedenken an die Reichspogromnacht und der Opfer des Nationalsozialismus zu einer überparteilichen Mahnwache am 9. November um 19 Uhr vor dem Rathaus auf dem Marktplatz auf. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir den Platz mit Kerzen als Lichter der Demokratie erleuchten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD Norderstedt, die Jusos Norderstedt und der Juso-Kreisverband Segeberg rufen gemeinsam zum Gedenken an die Reichspogromnacht und der Opfer des Nationalsozialismus zu einer überparteilichen Mahnwache am 9. November um 19 Uhr vor dem Rathaus auf dem Marktplatz auf. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir den Platz mit Kerzen als Lichter der Demokratie erleuchten.

Der Nationalsozialismus ist das grauenhafteste Kapitel deutscher Geschichte und seit nun mehr als 65 Jahren ist unser Land vom Nationalsozialismus befreit. Jedoch hat sich diese widerliche Ideologie bis heute halten können. In Zeiten, in denen Diskussionen über Migration und Integration sich in Bereiche begeben, die sich mit der Vererbung und Sozialdarwinismus beschäftigen, um zum Teil gescheiterte Integration als Beweis zu führen, dass Multikulti tot sei, können wir nicht davon reden, dass die deutsche Gesellschaft frei von alten Denkweisen und Gedankengut ist. Ein Zeichen dafür, dass sich das gesamte demokratische Spektrum zusammenschließen und gemeinsam gegen Rechtsradikalismus demonstrieren muss, sind die Sitze der NPD in deutschen Parlamenten. Die demokratischen Kräfte in unserem Land wie auch unserer Stadt müssen zeigen, dass Rechtsradikale bei uns keinen Platz haben.

Auch Norderstedt ist von Rechtsradikalismus nicht verschont. Jüngst ist den Jusos Norderstedt eine Aktion von Neonazis in Norderstedt sauer aufgestoßen. Eine Gruppe um die Organisatoren des sogenannten "Tag der deutschen Zukunft" hat den Boden der "Jungen Messe" als Fundament ihrer menschenverachtenden Propaganda genutzt. Diese Neonazis haben Banner aufgehängt, Flyer unter die jungen Menschen gebracht und das Bild der Umgebung um Norderstedt-Mitte mit Aufklebern verschandelt. Jusos Norderstedt waren von dem Geschehen schockiert und entsetzt. Umgehend haben die Jusos die Junge Union kontaktiert und ein gemeinsames Statement gegen Rechts abgegeben, welches von den Medien auch aufgegriffen wurde.

Die Organisation, die hinter dem "Tag der deutschen Zukunft" steht, ist definitiv ernst zu nehmen. Geführt wird die Gruppe von einem gewissen Dieter Riefing, einem bekannten Neonazi, welcher mehrfach wegen Volksverhetzung und ähnlichen Delikten vorbestraft ist und bereits Mitglied in mehreren als verfassungsfeindlichen und deshalb verbotenen sogenannter freier Kameradschaften und Parteien war. Außerdem trat Dieter Riefing bereits für die NPD in Niedersachsen bei der Landtagswahl an.

Die Nazis dürfen in unserer Stadt nicht unbehelligt bleiben. Gemeinsam müssen wir uns gegen die Menschenfeindlichkeit der Nationalsozialisten stellen. Deshalb bitten wir Sie und Ihre Organisation nochmal, sich an der Mahnwache am 9. November um 19 Uhr zu beteiligen. Sollten Fragen ihrerseits auftreten können Sie sich an Tobias Schloo per E-Mail unter tobias.schloo@yahoo.de oder per Telefon unter 0157/03031050 erkundigen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der SPD Norderstedt,
der Vorstand der Jusos Norderstedt,
der Vorstand des Juso-Kreisverband Segeberg
i.A. Tobias Schloo

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 03.11.2011, 08:35 Uhr - 1532 Clicks - Nr. 1092

Gute Idee zur Verwirklichung des ZOB-Neubaus

Wir begrüßen die Pläne der Stadt Kiel, durch die Gründung des Eigenbetriebs den dringenden Neubau des Parkhauses ZOB endlich zu realisieren.

Es ist abzusehen, dass sich die Bewirtschaftung des Parkraums durch dieses Projekt innerhalb weniger Jahre selbst tragen wird. Die zweckmäßige Verwendung der erwirtschafteten Mittel durch die Parkeinnahmen ermöglicht eine vollständige Kostenkontrolle der Einnahmen und Ausgaben durch die Stadt Kiel.

Dies erklären der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen, und der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Dirk Scheelje, zur geplanten Gründung des städtischen Eigenbetriebs für die Parkraumbewirtschaftung .

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 03.11.2011, 18:05 Uhr - 1618 Clicks - Nr. 1093

Sitzung Hauptausschuss der Gemeinde Lutterbek

am Mittwoch, den 09.11.2011,
um 19.30 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus

Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung, Beschlussfähigkeit und Protokollführung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift der letzten Sitzung vom 24.05.2011
4. Satzung für das Aufstellen von Stellschildern und Plakaten
5. Gemeindliche Stellugnnahme zur Stadtronalbahn
6. Flächenausweisung für Windkraft
7. Verkehrsspiegel

für Einmündung "Am Dorfteich" zur "Dorfstraße"

8. Sonstiges

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 03.11.2011, 19:47 Uhr - 4086 Clicks - Nr. 1094

SPD-Landtagsfraktion bei den Flensburger Hochschulen

Mit der Reihe „Fraktion unterwegs“ begibt sich die SPD-Landtagsfraktion mehrmals jährlich in die Regionen, um Gespräche mit Einrichtungen, Verbänden und in Betrieben zu führen und den Austausch den Menschen vor Ort zu suchen. Im November 2011 ging es in den Norden des Landes, wo unter anderem Besuche bei Universität und Fachhochschule Flensburg auf dem Programm standen. Martin Habersaat, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:



„An den Flensburger Hochschulen hat sich in den vergangenen Jahren viel getan. Ich habe mich gefreut, einmal mit der ganzen Fraktion verschiedene Entwicklungen betrachten zu können.“

Waltraut Wende, die Präsidentin der Universität Flensburg, ließ es sich nicht nehmen, die Landtagsabgeordneten persönlich über den Campus zu führen und über bauliche Entwicklungen der vergangenen Jahre zu sprechen. Im Anschluss an den Rundgang konnten sich Gäste von den Möglichkeiten des maritimen Zentrums überzeugen und an einer virtuellen Schifffahrt durch die Kieler Förde teilnehmen, bevor in kleineren Runden inhaltlich diskutiert wurde.

Verschiedene Hochschullehrer standen der Fraktion anschließend in drei Diskussionsrunden zur Verfügung. Dabei ging es um das Lehramtsstudium und die Einrichtung eines Zentrums für Lehrerbildung an der Universität, den Studiengang Energie- und Umweltmanagement, der ebenso ein Kooperationsprojekt der beiden Flensburger Hochschulen ist wie das Thema der dritten Gruppe, das Jackstädt-Zentrum für Wirtschaftswissenschaften mit Blick auf die mittelständische Wirtschaft der Region. Habersaat: „Das sind drei Zukunftsbereiche, über deren Vorhandensein in Flensburg sich das Land Schleswig-Holstein noch freuen wird.“

Keine Kommentare

Zwei profilierte Gemeinschaftsschulen für Wedel

Über 80 Gäste waren die Mensa der Gebrüder-Humboldt-Schule in Wedel gekommen, um sich gemeinsam mit der SPD Gedanken über die Schullandschaft vor Ort zu machen. In Wedel gibt es neben dem Gymnasium eine Gemeinschaftsschule und eine Regionalschule. Letztere kämpft allerdings mit zurückgehenden Anmeldezahlen und soll zu einer Gemeinschaftsschule werden. Auf Podium saßen Birgit Pausmer für die GEW, der Ausschussvorsitzende Erhard Felske und ein Gast aus Barsbüttel.



Die Wedeler Regionalschule ist dabei kein Einzelfall, viele Regionalschulen im Land verzeichnen zurückgehende Anmeldezahlen, konnte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, berichten. Als „unnötigen Umweg“ bezeichnete er die Einrichtung von Regionalschulen, die zur Zeit der Großen Koalition auf Wunsch der CDU ins Schulgesetz von 2007 aufgenommen worden waren. Habersaat: „Die SPD war und ist für die Idee des längeren gemeinsamen Lernens.“ Das solle auch der Kern der Bildungspolitik nach der Landtagswahl am 6. Mai 2012 sein. Dabei sei die SPD für G8 und G9. Gymnasium 8 und Gemeinschaftsschule 9.

Fazit des konstruktiven Abends in Wedel: Zwei kooperierende, nicht sich gegenseitig kopierende Gemeinschaftsschulen mit jeweils eigenem pädagogischen Profil sind das Ziel. Und der gast aus dem Landtag nahm mit auf den Weg, dass die Schulen vor Ort Zeit und Raum brauchen, um an solchen Profilen zu arbeiten.

Keine Kommentare

Blücherplatz weiter entwickeln

Der SPD-Ortsverein Kieler Mitte bestätigt seine Beschlusslage vom 8. November 2010, die Entwicklung des Blücherplatz als multifunktionalen Platz voranzutreiben. Dazu gehört unter anderem der angestrebte Neubau eines Cafés in Spielplatznähe und die tagesoder jahreszeitlich wechselnde Nutzung als Spiel- und Bewegungsfläche, Marktplatz, Festplatz und Parkfläche.



Deswegen müssen bei der Weiterentwicklung des Blücherplatzes diese sehr unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden – gerade weil

verschiedene Interessen bei der Nutzung des Platzes konkurrieren und eine einseitige Entwicklung einzelne Gruppen zu stark benachteiligen würde. Der Ortsverein unterstützt jegliche Initiative, den Blücherplatz hinsichtlich der Aufenthaltsqualität, der Lebensqualität der Anwohner_innen und der vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten durch die Bürger_innen zu optimieren. Insbesondere dem Verein Blücher e.V. wird für seine Bereitschaft gedankt, zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und zur Verschönerung des Platzes beizutragen,- seine Arbeit soll weiterhin unterstützt und die Zusammenarbeit intensiviert werden.

Wenngleich eine reine Nutzung des Platzes als Freizeit- und Marktfläche sehr attraktiv wäre, spricht sich der Ortsverein gegen eine Tiefgarage unter dem Blücherplatz aus. Die Folgen für die Anwohner_innen im engeren und weiteren Umfeld sowie für den Wochenmarkt sind bestimmend für diese Ablehnung.

Der Ortsverein verfolgt jedoch weiterhin das Ziel, das Parken auf dem Blücherplatz zu reduzieren ohne den Parkdruck im Stadtteil zu erhöhen – zum einen durch den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie alternativer Angebote wie StattAuto. Außerdem sollen von der Stadtverwaltung, den Marktbesucher_innen und vom Verein Blücher e.V. Ideen für eine bessere Gestaltung und Nutzung des Blücherplatzes gesammelt und daraus entwickelte Vorschläge in einem Moderationsverfahren öffentlich vorgestellt und diskutiert werden.

Begründung

Bei der Bewertung von Maßnahmen im Stadtteil strebt der SPD-Ortsverein grundsätzlich eine Verbesserung für alle Menschen an, die im Stadtteil wohnen oder arbeiten. Die sehr diverse Zusammensetzung der Bevölkerung im Stadtteil wird dabei als großer Vorteil gesehen und soll bewahrt werden. Besondere Beachtung verdienen daher die möglicherweise negativen Folgen einer politischen Entscheidung für einzelne Betroffene, für die der Stadtteil dadurch deutlich an Attraktivität verlieren könnte.

Eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Blücherplatz kommt in diesem Sinne allen zugute und steigert die Lebensqualität der Anwohner_innen. Die vorgeschlagene Tiefgarage bringt jedoch neben diesen positiven Effekten auch

Probleme mit sich, die einzelne Bevölkerungsgruppen besonders stark treffen:

- Mit der Verlagerung der kostenfreien Parkplätze vom Blücherplatz unter diesen werden die Parkplätze kostenpflichtig, um den Bau und Betrieb der Tiefgarage zu finanzieren. Die Verknappung des öffentlichen, kostenfreien Parkraums betrifft besonders die Gruppen, die sich aufgrund ihres Einkommens keinen Garagenstellplatz leisten können: Senior_innen, Familien, Arbeitnehmer_innen mittleren Einkommens und Studierende. Da diese Menschen aus vielerlei guten Gründen nicht auf ein eigenes Auto verzichten können, würde sich ihr Anteil im Stadtteil wohl verringern.
- Eine Tiefgarage verringert die Zugänglichkeit und die empfundene Sicherheit des Parkplatzes: Erstens kann für Menschen mit Behinderung mit einer Tiefgarage kaum die

gleiche Barrierefreiheit gewährleistet werden wie bisher. Zweitens werden mit einer Tiefgarage Angsträume geschaffen, die besonders Frauen und Senior_innen von einer Nutzung der Tiefgarage abhalten können.

- Von der mehrjährigen Bauphase wäre der Wochenmarkt auf dem Blücherplatz besonders betroffen. Da die Marktbesucher_innen schon jetzt eine Abnahme der Kundschaft bemerken, wäre ein Überleben des Marktes während der Bauphase nicht sicher.
- Im Übrigen wird der Blücherplatz derzeit als Parkmöglichkeit für Gäste des Schauspielhauses ausgewiesen, ähnliches gilt für das Metro-Kino. Wenn diese Parkplätze nicht mehr angeboten würden, würde sich dies negativ auf die Attraktivität des Schauspielhauses und des Kinos auswirken.

Bei der Sammlung von Vorschlägen, wie der Blücherplatz optimiert werden kann, kann auf die Arbeit des Blücher e.V. und der beiden Workshops von der Stadt bzw. dem Ortsverein zurückgegriffen werden. Unter anderem könnte geprüft werden, ob ein Teil der asphaltierten Fläche dauerhaft abgesperrt wird, um sie für Freizeitaktivitäten von Jugendlichen und Erwachsenen zu nutzen. Ebenso könnte eine Bewirtschaftung der Parkfläche tagsüber oder die Einrichtung von Parkplätzen nur für Anwohner_innen erwogen werden.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 04.11.2011, 08:15 Uhr - 6184 Clicks - Nr. 1097

Befürchteter Stellenabbau bei Helios Kliniken

Die Damp Gruppe wurde durch die Helios Kliniken GmbH übernommen. Wie die Gewerkschaft ver.di befürchtet auch die AfA Schleswig-Flensburg einen hohen Druck auf die Beschäftigten, durch sich möglicherweise ergebende verschlechterte Arbeitsbedingungen und Ausgliederung von Serviceleistungen.

Diese Befürchtung ist nicht unbegründet, denn ein Beispiel aus Berlin zeigt: Die Kliniken in Berlin-Buch wurden im Jahr 2001 von den Helios Kliniken GmbH übernommen. Innerhalb von 10 Jahren wurden 1000 Beschäftigte abgebaut. Parallel wurden Betriebsteile in Tochterunternehmen ausgegliedert. Zuerst EDV, Logistik, Technik, später Küche, Catering, Service, Stationshilfen, Patientenaufnahme, interner Patiententransport, 2009 der medizinische Schreibdienst und die Zentralsterilisation. Die Töchter schließen meistens keine Tarifverträge mit ver.di ab, sondern mit der IG Bau oder NGG. Mitarbeiter mussten deutliche Absenkungen der Einkommen hinnehmen.

Auch aus anderen Städten, wo die Helios Kliniken übernommen haben ist bekannt, dass ein massiver Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung und von Outsourcing einiger Bereiche Gebrauch gemacht wurde. Das System der Angst und des Kuschens war die Folge. Bekannt ist auch, dass die Helios GmbH die schlechten Arbeitsbedingungen zugunsten Gewinnstrebens in Kauf nehmen.

In keinem anderen europäischen Land ist der Anteil von Kliniken in privater Trägerschaft größer als

in Deutschland. Etwa 30 Prozent der Häuser und 16 Prozent der Betten befinden sich in privater Trägerschaft – Tendenz steigend. Die privaten Träger erzielen mit den ehemals defizitären Häusern Gewinne. Laut Bundesverband Deutscher Privatkliniken zeichnen sich Kliniken in privater Trägerschaft durch effizientere Organisations- und Managementstrukturen aus – ohne dass dieses zu negativen Konsequenzen für die Mitarbeiter und Patienten führe.

Die AfA Schleswig-Flensburg teilt die Befürchtungen von ver.di, dass ein massiver Stellenabbau, starke Verdichtung der Arbeit, Ausgliederungen ganzer Mitarbeitergruppen und teilweise Weiterbeschäftigung zu Dumpinglöhnen, Reduzierung der Sachkosten, Kündigung und Neuaushandlung aller möglichen Dienstleistungs- und Einkaufsverträge.

Wo immer möglich, werden wir, die AfA Schleswig-Flensburg, der Gewerkschaft ver.di unsere Unterstützung anbieten. In Solidarität mit den Beschäftigten wünschen wir ver.di bei den kommenden Verhandlungen mit der Helios GmbH viel Erfolg. Durch den hohen Organisationsgrad der Kliniken sind die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft ver.di sehr gut aufgestellt.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 04.11.2011, 10:14 Uhr - 12230 Clicks - Nr. 1098

**Thönnies und Poß (SPD): Den Märkten klare Regeln setzen!
Informativer Meinungs- und Gedankenaustausch zum Thema
Finanzpolitik in Zeiten der Krise am 2. November 2011 in der
JugendAkademie Segeberg**

Über 40 Interessierte kamen in die JugendAkademie Segeberg, um mit dem Finanzpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß, über die Frage: „Wie wollen wir morgen leben und arbeiten?“ mit Blick auf sozialdemokratische Antworten in der Finanzkrise zu diskutieren.



Poß, der als stellvertretender Fraktionsvorsitzender die Bereiche Haushalt und Finanzen bearbeitet, warnte in seinem Vortrag vor Steuersenkungen. Bei der drückenden Schuldenlast wird das Geld für wichtige Aufgaben der Solidargemeinschaft gebraucht. „Wir müssen in Bildung investieren“, so Poß. Ebenso erläuterte er, dass Geringverdiener so gut wie nichts von einer Steuersenkung hätten: „Bei 75 Cent weniger Steuern kann man von keiner Entlastung sprechen.“ Der Gelsenkirchener forderte stattdessen eine Steuerreform auch im Bereich der Vermögenssteuer und die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer.

Franz Thönnies warnte mit Blick auf die Schuldenkrise in Griechenland davor, die europäische Solidargemeinschaft voreilig in Frage zu stellen: „Ohne Europa hätte es Deutschland nach 1945 nicht gegeben. Und ein starkes Europa erkennt man daran, wie es in Krisenzeiten mit seinen Mitgliedern umgeht.“

Nach einer fast dreistündigen lebhaften Diskussion, in der zahlreiche interessierte Gäste auch eigene Einschätzungen der Lage auf den Finanzmärkten zur kommunalen Schuldenlast und der Forderung nach einem Aufbrechen der Euro-Zone einbrachten, wurde deutlich, dass es in Deutschland und Europa nicht einer auf maximalen und kurzfristigen Profit beruhenden Wirtschafts- und Finanzpolitik bedarf, sondern langfristige und nachhaltige Lösungen gefunden werden müssen, die sowohl der ab 2020 greifenden Schuldenbremse als auch dem Investitionsstau und notwendigen Bildungsreformen gerecht wird.

Thönnies abschließend: „Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit der Parteiführung ein Finanzkonzept entwickelt, bei dem neben der notwendigen Haushaltskonsolidierung auch auf Einnahmeverbesserungen durch eine stärkere steuerliche Heranziehung von hohen Einkommen und Vermögen, die Entlastung von Kommunen sowie auf Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur gesetzt wird.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 04.11.2011, 12:45 Uhr - 5543 Clicks - Nr. 1099

Freie Fahrt für Radfahrer, auch im Winter

Die SPD-Fraktion Norderstedt hat für den Umweltausschuss am 16. November einen Antrag zum Winterdienst auf Radwegen gestellt. Der Beschlussvorschlag sieht vor, die Hauptradrouten in den Wintermonaten künftig von Schnee und Eis zu befreien.

Die SPD-Fraktion Norderstedt hat für den Umweltausschuss am 16. November einen Antrag zum Winterdienst auf Radwegen gestellt. Der Beschlussvorschlag sieht vor, die Hauptradrouten in den Wintermonaten künftig von Schnee und Eis zu befreien.

Das Thema hatte im Umweltausschuss in den letzten Monaten immer wieder für Gesprächsbedarf gesorgt. Besonders der Allgemeine Deutsche Fahrrad Club (ADFC) setzt sich bereits seit längerem für eine angemessene Lösung ein. „Die Räumpflicht auf Radwegen auf die jeweiligen Anlieger zu übertragen war seiner Zeit sicher eine kostengünstige Idee, aber sie hat leider nicht funktioniert“ ,erklärt die stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Sybille Hahn. Immer wieder sei es zu Beschwerden gekommen und eine Überprüfung durch die Stadt Norderstedt habe nicht stattgefunden. „Analog der Sicherheit der Autofahrer muss unser Augenmerk auch auf der Sicherheit der Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer liegen“ ,so Hahn.

Der SPD-Antrag sieht vor, dass die Stadt Norderstedt bei Schnee und Eis binnen 6 Stunden eine Räumung des Hauptradroutennetzes veranlasst. Die Kosten für diese Maßnahme belaufen sich etwa auf 60.000 EUR und sollen im Grundhaushalt 2012/2013 bereitgestellt werden. Außerdem muss die Satzung über die Straßenreinigung entsprechend angepasst werden.

Sybille Hahn hofft jetzt auf eine breite Mehrheit für den Antrag: „Die Stadt muss sich ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle bewusst sein. Eine verlässliche

Lösung des Problems ist schon lange überfällig.“

Der Umweltausschuss tagt am 16. November 2011 um 18:30 Uhr im Rathaus, Sitzungsraum 1.

Für Rückfragen

Sybille Hahn

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Telefon 040 / 524 22 30

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 04.11.2011, 14:59 Uhr - 5147 Clicks - Nr. 1100

Eichstädt: Schutz von Daten im Internet ist unabdingbar

Zu der Datenpanne eines Internet-Dienstleisters erklärt der datenschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:

"Dass umfangreiche Daten von Patienten im Internet offenbar monatelang frei abrufbar waren, ist ein Skandal!

Wenn sich bestätigt, dass deren Befunde und medizinische Dokumentationen tatsächlich aus dem Netz heruntergeladen wurden, dann bedeutet das, dass sie dort vorhanden sind und bleiben. Sie sind dann nicht mehr endgültig rückholbar, sondern existieren weiter im Netz, aber niemand weiß, wo. Der ganze Vorgang zeigt die Brisanz für im Netz gespeicherte und dort zugängliche Daten. Er macht deutlich, wie notwendig Datenschutz ist, insbesondere für die Sicherheit im medizinischen Bereich. Es muss nun schnell geklärt werden, wie es zu diesen Vorkommnissen kommen konnte und es müssen schnell Konsequenzen gezogen werden, damit solche Vorfälle in Zukunft ausgeschlossen sind.

Ich unterstelle niemandem Absicht, aber hier zeigt sich, dass es beim Datenschutz gewaltige Lücken auch technischer Art gibt. Dies muss ernst genommen und in Betriebsabläufen konsequenter berücksichtigt werden. Besonders dramatisch ist, dass ausgerechnet Patienten betroffen sind."



Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 04.11.2011, 18:59 Uhr - 4564 Clicks - Nr. 1101

Arbeitskreis Energie/Klimaschutz in Osterrönfeld!

Das erste Treffen des in Osterrönfeld neu geschaffenen Arbeitskreises Energie/Klimaschutz war sehr erfolgreich. Die Initiatoren von Osterrönfelder Wählergemeinschaft (OWG) und Osterrönfelder SPD, Sven Bareiß und Jan-Niklas Potten, zeigten sich nach Abschluss der ersten Zusammenkunft des Arbeitskreises sehr zufrieden. So wurden von den anwesenden Osterrönfelderinnen und Osterrönfeldern zahlreiche Ideen und Anregungen zum Thema Energieeinsparung und Klimaschutz eingebracht.



Besonders gefreut haben sich die Organisatoren auch über die Teilnahme von einigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Gemeinde, die den Arbeitskreis bereits hervorragend bereichert haben. Nach dem ersten erfolgreichen Auftakt des Arbeitskreises sollen nun beim nächsten Treffen die bisher gesammelten Ideen strukturiert und dann konkret angegangen werden. Die Ideen reichen von kleinen Hinweisen für das alltägliche Leben in den Privathaushalten, bis hin zu Maßnahmen, die durch die Gemeinde Osterrönfeld entwickelt werden könnten.

Wenn auch Sie Interesse am Thema Energieeinsparung und Klimaschutz haben, dann lädt Sie der Arbeitskreis Energie/Klimaschutz zum nächsten Treffen herzlich ein! Kommen Sie am **Donnerstag, dem 24.11.2011 um 18.30 Uhr in´s Rathaus Osterrönfeld** (bitte den Seiteneingang benutzen). Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich gerne an Sven Bareiß (04331/830306) oder Jan-Niklas Potten (0151-20134594). Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung...

Infos etwa zum bereits im Vorwege diskutierten Energiekonzept finden Sie hier [[mehr](#)]. --

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 04.11.2011, 22:30 Uhr - 5163 Clicks - Nr. 1102

SPD - Kreisparteitag in Barsbüttel Mit prominenten Gästen und Besucherprogramm

Die Landtagwahl 2012 wirft ihre Schatten voraus. Am 6. Mai 2012 möchte die SPD die Mehrheit für eine andere Politik in Schleswig-Holstein gewinnen. Wie diese Politik aussehen soll, wollen die Stormarner Sozialdemokraten auf ihrem Kreisparteitag am 12. November 2011 in der Barsbüttler Erich Kästner Schule (Soltausredder 28) besprechen. Zwei prominente Gäste haben ihr Kommen zugesagt:



Vormittags wird Dr. Ralf Stegner, der Vorsitzende der SPD Schleswig-Holstein und der SPD-Landtagsfraktion dabei sein, am Nachmittag wird Dr. Andreas Dressel erwartet, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft.

Der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat: „Im Mittelpunkt der Beratungen soll der Entwurf des Landtagswahlprogramms stehen. Die Programmkommission hat versucht, aus einer Analyse der besonderen Situation Schleswig-Holsteins heraus Perspektiven für die nächsten Jahre zu formulieren.“ Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, wird dabei den Bildungsteil des Programms vorstellen, Susanne Danhier, Landtagskandidatin in Stormarn-Nord, übernimmt die Sozialpolitik und Tobias von Pein, SPD-Kandidat in Stormarn-Mitte, legt sein

Augenmerk auf die Bereiche Arbeit und Wirtschaft. Der Kreisparteitag beschäftigt sich außerdem mit den Anträgen seiner Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften und wählt Delegierte für den Landesparteitag und die Landeswahlkonferenz am 3. und 4. Februar 2012 in Lübeck.

Neu bei diesem Kreisparteitag ist ein erstmals angebotenes Besucherprogramm. Die SPD Stormarn setzt ihren Prozess der Öffnung und der Angebote zur Teilnahme fort und bietet zusammen mit dem SPD-Ortverein Barsbüttel interessierten Bürgerinnen und Bürgern ebenso wie Neumitgliedern eine „geführte Tour“ über den Kreisparteitag an. Wer Interesse hat, den Kreisparteitag zu besuchen, auch einmal einen Blick hinter die Kulissen zu werfen und alle möglichen Fragen loszuwerden, kann sich in der Kreisgeschäftsstelle anmelden unter 04531 - 188365 oder beim Barsbüttler SPD-Vorsitzenden Paul Donning unter 040 - 220 5696.

Geboten wird die Gelegenheit, den Genossinnen und Genossen bei ihrer ehrenamtlichen politischen Arbeit einmal gezielt über die Schulter zu schauen. Ab 10 Uhr sind die Gäste dabei, um Orts-, Kreis- und Landespolitik der SPD mitzuerleben. Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden geht es spannend weiter: Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und Landesvorsitzende der SPD, Dr. Ralf Stegner, spricht zum Regierungswechsel 2012 in Schleswig-Holstein. Im Anschluss daran tauschen die Gäste erste Eindrücke aus und erfahren bei einer Kaffee-Runde mehr über die Arbeitsweise eines Kreisparteitages. Auch Ralf Stegner wird kurz zu dieser Runde dazukommen und für Fragen zur Verfügung stehen. Mit Dr. Andreas Dressel begrüßen die Sozialdemokraten nach der Mittagspause einen weiteren Gast. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft hat sich aus der Hansestadt auf den Weg nach Stormarn gemacht, um über eine „gute Nachbarschaft“ zu sprechen.

Kommentar von [Oliver Sendzik](#) vom 04.11.2011, 23:30 Uhr:

RE: SPD - Kreisparteitag in Barsbüttel

Mensch Martin, muss das immer an meinen Dienstwochenenden sein? lol Viel Spaß trotzdem und gute Ergebnisse! Gruß aus Glinde ins benachbarte Barsbüttel! Schönes Wochenende Oliver

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.11.2011, 23:26 Uhr - 3978 Clicks - Nr. 1103

Volle Fahrt voraus - Maritimes Zentrum Flensburg

„Volle Fahrt voraus“ - das war an Deck des virtuellen Schiffes nicht möglich, auf dem die Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, Dr. Gitta Trauernicht, Bernd Heinemann, Rolf Fischer und Lothar Hay bei widrigsten Wetterbedingungen durch die Kieler Förde schipperten. Neben Regen, Sturm und später Schnee hatte der Simulator auch eine eingeschränkte Manövrierfähigkeit für die Crew parat gehabt.



Die steuernden Studenten konnten ihre Gäste

dennoch sicher in den Hafen bringen und dabei Funktionsweise und Möglichkeiten des Simulators erläutern.

Der Besuch im Maritimen Zentrum war Teil eines zweitägigen Besuchs der SPD-Landtagsfraktion im Grenzgebiet, die dabei auch bei den Flensburger Hochschulen Halt machte. Martin Habersaat, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Die maritimen Wissenschaften zählen zu den wichtigsten Arbeitsbereichen der Fachhochschule Flensburg. Und wer das Maritime Zentrum besucht, kann sich diese Bedeutung quasi vor Ort ansehen.“

Das Maritime Zentrum wurde im Mai 2011 eingeweiht. Kern des Zentrums sind die Simulationseinrichtungen, die zu den größten und modernsten Einrichtungen ihrer Art in Europa zählen. Der Neubau verfügt über sechs Schiffsführungsbrücken, einen Maschinenraumsimulator, Ship-Security-Trainer und unterschiedliche computerbasierte Lehrstände, teilweise mit 3D-Animationen. Martin Habersaat: „Hochqualifiziertes nautisches Personal ist in aller Welt gefragt, solche Projekte brauchen wir, um unser Land nach vorne zu bringen.“

Keine Kommentare

[Jusos Neumünster](#) - veröffentlicht am 05.11.2011, 00:03 Uhr - 10204 Clicks - Nr. 1104

"Licht ins Dunkle" Gedenkgang am 09. Nov. 2011

„Licht ins Dunkle“

Anlässlich des 09. Novembers, der Nacht des Reichspogroms, laden die Jusos Neumünster zu einem Gedenkgang entlang der „Stolpersteine“ rund um den Großflecken ein.

Bei dem ca. einstündigen Rundgang soll der Opfer des Dritten Reiches gedacht werden. Dabei werden stellvertretend 12 der sogenannten „Stolpersteine“ aufgesucht, die jeweils für eine Person stehen, die in Neumünster gelebt hat und dem Nationalsozialismus zum Opfer fiel.

Der Rundgang beginnt um 17:30 Uhr am Großflecken 75 (Büro der SPD Neumünster).

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 05.11.2011, 18:27 Uhr - 16362 Clicks - Nr. 1105

Kein Finanzwirrwahr beim Kreis

CDU und FDP stiften absichtlich Verwirrung und wollen eine weitere Verschuldung des Kreises
Kein Finanzwirrwahr beim Kreis – CDU und FDP stiften absichtlich Verwirrung und wollen eine weitere Verschuldung des Kreises, stellt Hannes Birke klar

Es gibt beim Kreis kein Finanzwirrwahr sondern einen Finanzausschussvorsitzenden Scheffler (FDP), der mit Teilergebnissen über Finanzsituation des Kreises absichtlich Verwirrung stiftet und den fatalen Eindruck erweckt, die dramatische Finanzsituation des Kreises beruhe lediglich auf überzogene Planungsdaten der Kreisverwaltung, so der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke.

Bei den von Scheffler vorgelegten Zahlen, die unkritisch auch von der CDU übernommen werden, unterschlägt er Ausgaben, um die Finanzsituation zu „schönen“, ist Birkes Kritik. So berücksichtigen Schefflers Zahlen weder Zins- und Tilgungsleistungen für Kredite, die sich auf rd. 8,9 Mio € „einpendeln“ noch die Zahlungen für Investitionen von rd. 6,7 Mio. €.

Ein realistisches Bild der Finanzsituation des Kreises ergibt sich für Birke aus der Verschuldung des Kreises. Die belief sich im Jahre 2010 auf rd. 90,3 Mio € und soll sich nach den Plandaten für die Haushalte 2011 und 2012 um weitere rd. 38.6 Mio € auf dann rd. 128.8 Mio € erhöhen.

Nicht die Zahlenspielerien über tatsächliche oder überzogene Planungsdaten sind das Problem sondern die Verschuldung. Darauf hat der Innenminister seit Jahren mit Hinweisen und immer drastischeren Forderungen zur Haushaltskonsolidierung hingewiesen. Diesen Forderungen haben sich CDU und FDP beharrlich verweigert und –so Birke- es kam wie vorhersehbar - dem Innenminister „platzte der Kragen“. Mit massiven Kürzungen beim Doppelhaushalt in Höhe von rd. 6,1 Mio € beim Kreditbedarf, erzwingt er erste Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung.

Um die Auflagen des Innenministers zu erfüllen, hat die Verwaltung einschneidende Veränderungen bei den Investitionen u.a. für den Bau der Kreisfeuerwehrzentrale, der Kreisberufsschule Pinneberg und der K 22 vorgeschlagenen. Für Birke ist es offensichtlich, dass CDU und FDP für diese erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen nicht die politische Durchsetzungskraft haben. Mit unvollständigen Zahlenspielerien soll der Innminister bewegt werden, eine weitere höhere Verschuldung des Kreises zu erlauben.

Die SPD wird sich nicht an Zahlenspielerien von CDU und FDP nicht beteiligen. Der Weg in die weitere Verschuldung des Kreises ist mit der SPD nicht zu machen, stellt Birke klar und signalisiert Zustimmung zu Vorschlägen der Verwaltung, da der Investitionshaushalt keinen anderen finanziellen Kürzungsspielraum ermöglicht.

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 06.11.2011, 21:15 Uhr - 3160 Clicks - Nr. 1106

Demonstrationsaufruf - Glinde ist bunt, nicht braun

26. November ab 12.00 Uhr, Marktpassage

Bürgermeister Rainhard Zug und Bürgervorsteher Eberhard Schneider rufen auf zu einer Demonstration am 26. November ab 12.00 Uhr, Marktpassage. Die demokratischen Parteien, Initiativen und Jugendorganisationen haben ein gemeinsames Ziel: Der rechtsradikale Laden, der

die Modemarke „Thor Steinar“ verkauft, muss geschlossen werden. Um das zu erreichen, soll eine Demonstration zeigen: Wir wollen euch nicht in Glinde, verlasst unsere Stadt.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn, unterstützt den Aufruf: „Es wäre toll, wenn viele Teilnehmer auch aus Vereinen, Verbänden und Parteien Teil einer friedlichen Demonstration sein würden.“ Der Demonstrationzug endet um 13.00 Uhr mit einer Kundgebung am Glinder Berg.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.11.2011, 22:57 Uhr - 4230 Clicks - Nr. 1107

Der Geist von Malente

Die SPD bereitet sich auf die Landtagswahl am 6. Mai 2012 vor. Vor den Sieg bei der Landtagswahl ist der Wahlkampf gesetzt. In dessen Rahmen setzen die Sozialdemokraten auf manche neue Idee. Der Spitzenkandidat Torsten Albig wurde nach einer Bewerbungstour durch das ganze Land per Urwahl von den SPD-Mitgliedern nominiert. Der Programmentwurf wurde im Rahmen eines „Demokratiesommers“ mit Veranstaltungen in allen Kreisen erarbeitet.



Nun trafen sich Torsten Albig und die Landtagskandidaten mit ihren Mitarbeitern in Malente, um die nächsten Schritte vorzubereiten.

Am 29. und 30. Oktober trafen sich SPD-Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl, ihre Mitarbeiter und die KAMPA-Nord des SPD-Landesverbandes in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, um die Regierungsübernahme im Mai 2012 weiter vorzubereiten. Die Aufbruchsstimmung und die Motivation aller war in der GHB deutlich spürbar, in Anlehnung an die historischen Vorbereitungen der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft sprachen viele vom legendären „Geist von Malente“.

Im Zentrum stand dabei die landesweite Initiative Mein Lieblingsland. Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren. Das Land der Horizonte. Das Land, das unser Lebensgefühl prägt. Darum lieben wir es, hier zu leben. Und wir möchten, dass es allen, die zu uns kommen, auch so geht. Gemeinsam mit vielen anderen will die SPD ihre Verbundenheit mit Schleswig-Holstein zum Ausdruck bringen. Die Verbundenheit zu unserer Kultur, unserer Natur, unseren Dörfern und Städten, in denen wir leben. Die Beziehungen zu den Besonderheiten und schlichten Dingen in unserem Land. Denn diese prägen unser Leben hier im Norden – in unserem Lieblingsland!

Keine Kommentare

ÖPNV und Kreishaushalt

Alle Jahre wieder zu den Haushaltsberatungen bricht auch uns Verkehrspolitikern der Schweiß aus, weil regelmäßig misstrauisch hinterfragt wird, ob denn die Millionenbeträge für den Busverkehr wirklich notwendig sind, ob da nicht zu viele Busse leer durch die Gegend fahren und ob man da nicht so manche Linie rausstreichen könnte. In diesem Jahr verteilt sich der Stress. Ein dicker Brocken an ÖPNV-Kosten ist bereits in der September-Kreistagsitzung beschlossen worden.



Da nämlich wurde über das Ergebnis der Ausschreibung für Nord- und Südstormarn entschieden. Es war die zweite Ausschreibung, die erhebliche Mehrkosten ab 2012 ergeben hat. Statt der eingeplanten 750.000 € waren es 1,4 Mio. €. Nach intensiven Beratungen blieben rd. 1,1 Mio. Mehrkosten übrig. Für den Norden rd. 0,7 Mill. und für den Süden 0,4 Mill. €. Niemand hatte vor, an den Buslinien zu sparen, um die Kosten zu senken. Im Norden wäre das einer Einstellung des ÖPNV gleich gekommen und im Süden einer Ausweitung des Taktes, angesichts der Fahrgastzahlen kontraproduktiv.

Für die SPD wären Reduzierungen beim Fahrtangebot besonders im ländlichen Nordstormarn ohnehin ein unfreundlicher Akt gegenüber den Anwohnern. Besonders für die älter werdende Gesellschaft ist es sehr wichtig, dass Mobilität auch ohne Auto sichergestellt wird. Aber, wir haben ein Problem dort, wo auf manchen Routen niemand Bus fährt, und das gibt es besonders in den Abendstunden oder an Wochenenden. Da gibt es Erklärungsnot, wenn man trotzdem unbedingt diese Buslinie erhalten will. Leider gibt es nicht überall ein Anruf-Sammel-Taxi als "Busersatz-Verkehr", weil es nicht überall leistungsfähige Taxiunternehmen gibt. Anstrengungen sind also gefordert, Anwohner von der Notwendigkeit des Busfahrens zu überzeugen, damit es sich wieder lohnt. Aber Bemühungen sind auch in Südstormarn notwendig, attraktive Angebote vorzuhalten. Es sind ja nicht nur Reinbek, Glinde oder Barsbüttel, sondern Tritttau mit seinen Umlandgemeinden. Ärgerlich: Die Fahrt bis zum nächsten Bahnhof in Ahrensburg oder Hamburg-Rahlstedt dauert eigentlich zu lang, aber die Kreisbahn gibt es schon seit Jahrzehnten nicht. Da gibt es Beratungsbedarf, der steht an.

Der ÖPNV kostet Geld. Der Kreis zahlt den Defizit für den Busverkehr und für die U-Bahn nach Großhansdorf und in Hoisbüttel, immerhin rd. 13,3 Mio. € pro Jahr, ohne Schülerbeförderungskosten, die stehen auf einem anderen Blatt. Damit der Kreis das bezahlen kann, bekommt er vom Land Ausgleichszahlungen, insgesamt 6,8 Mill. € für den ÖPNV, 1,980 Mio. € zusätzlich für die U-Bahn und mit 183.000 € beteiligen sich die Gemeinden für zusätzliche Buslinien oder AST. Das sind insg-samt rd. 8,8 Mio. Einnahmen. Es bleiben rd. 4,5 Mio. € an Kosten übrig, die pro Jahr bezahlt werden müssen.

Leider fällt die eine oder andere Abend- oder Wochenendfahrt aus Kostengründen ins Wasser, weil

entweder niemand oder vielleicht mal eine Person mitfährt. Nun sind wir alle gefordert, mehr Menschen zu bewegen Bus (und Bahn) zu fahren, Bus fahren muss sich lohnen, nach dem Motto "Fahr mal wieder Bus statt Stau"!

Sigrid Kuhlwein, Kreistagsfraktion

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 07.11.2011, 17:37 Uhr - 4266 Clicks - Nr. 1109

SPD lädt ein zum Osterrönfelder Hobbymarkt

Was erst im letzten Jahr mit einem Ausstellerrekord endete, soll auch in diesem Jahr wieder stattfinden: der Osterrönfelder Hobbymarkt der SPD Osterrönfeld. Dieser findet am kommenden Samstag, 12.11.2011, ab 14 Uhr bis 17 Uhr im Osterrönfelder Bürgerzentrum statt. Wie in jedem Jahr stellen Hobbybastler und –künstler ihr Handwerk und viele ihrer Werke einer breiten Öffentlichkeit vor. Fortgeführt wird dabei auch die Unterschriftenaktion der SPD zur Verkehrssicherheit!

Die Aussteller des Hobbymarktes stehen nicht nur für Fragen zu ihrer Arbeit bereit, sondern bieten ihre Werke auch zum Verkauf an. Die optimale Gelegenheit also, sich für die nahende Adventszeit mit ersten Deko- und Geschenkartikeln einzudecken.

Kaffee und Kuchen laden zum Verweilen und zu netten Gesprächen ein. Die Gewinne aus dem Kaffee- und Kuchenverkauf spendet die SPD Osterrönfeld wie in jedem Jahr für einen guten Zweck. Davon konnten in den letzten Jahren bereits die Osterrönfelder KiTas, der Förderverein der Aukamp-Schule, die Osterrönfelder Tafel sowie das Jugendzentrum profitieren.

Die Osterrönfelder Gemeindevertreter der SPD stehen darüber hinaus für Fragen und Anregungen zur Verfügung und informieren interessierte Bürgerinnen und Bürger gerne auch über aktuelle Entwicklungen in der Gemeinde. Wie bereits berichtet, wird im Zuge des Hobbymarktes auch die Unterschriftenaktion für eine „30er-Geschwindigkeits-“ sowie „Lkw-Beschränkung“ in der Dorfstraße fortgeführt, die die SPD im Zuge der Beratungen zur Verkehrssicherheit im Ort vorschlägt. Dazu finden Sie hier mehr Infos [[mehr](#)]. -

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 07.11.2011, 18:08 Uhr - 8286 Clicks - Nr. 1110

Strandstraße am neuen Stadtstrand?

Die an sich faszinierende Idee eines Stadtstrandes ist nicht neu und wurde schon zu früheren Zeiten diskutiert. Es hat sich an den Vor- und Nachteilen wenig geändert. Die Kieler SPD spricht sich für eine ernsthafte Prüfung aus, weil damit unsere Philosophie, Kiel und die Kieler näher ans Wasser zu bringen, unterstützt wird. Wir weisen aber auch auf die speziellen Probleme hin, die diese Idee mit sich bringt. So ist beispielsweise die Parkplatzfrage nicht gelöst.

Es ist davon auszugehen, dass viele Nutzer mit dem Auto anreisen und dass der fließende Verkehr verändert bzw. umgeleitet werden muss. Gerade im Berufsverkehr kann es da zu



Schwierigkeiten kommen. Die Verlagerung der Verkehre ins Düsternbrooker Gehölz oder in die nahen Stadtteile ist problematisch und muss bewertet werden. Die Frage der Strandreinigung, die insbesondere in den Sommermonaten von erheblicher Bedeutung ist, bleibt ebenfalls noch unbeantwortet. Die Erfahrungen in Falckenstein zeigen, dass hier durchaus großer Aufwand von Nöten ist. Sperrzeiten für den Strand sind für uns kaum vorstellbar. Eine Abgrenzung des Strandes zum Beispiel durch einen Zaun kommt für uns nicht in Frage. Auch die sanitäre Versorgung wird zu einem erheblichen finanziellen und organisatorischen Aufwand führen. Zudem ist die ökologische Problematik, die eine dauerhafte Sicherung des Strandes und die Konsequenzen für andere Nutzungen des Wassers zu untersuchen. Wir verweisen darauf, dass eine touristische Nutzung durch gastronomische Angebote zu einer Veränderung der Region führen wird. Bevor eine solche Idee realisiert wird, muss ein klares Kostenkonzept vorliegen.

Generell aber sieht die Kieler SPD damit eine Aufwertung der Straße und erinnert daran, dass dann die Benennung als Strandstraße eine hohe Legitimation erhalten könnte. Die Idee eines Stadtstrandes hat auch deshalb Charme, weil Kiel damit eine der wenigen Städte – wenn nicht sogar die einzige Stadt – mit einem Strand in der Innenstadt wäre.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 07.11.2011, 22:27 Uhr - 5405 Clicks - Nr. 1111

Eichstädt: Landesregierung kann Asbest-Transport nach Rondeshagen stoppen

Zur Anlieferung von asbesthaltigem Sonderabfall auf der Deponie Rondeshagen erklärt der SPD- Landtagsabgeordnete Peter Eichstädt:



"Ich fordere die Landesregierung auf, die Anlieferung von asbesthaltigem Schlamm nach Rondeshagen zu unterbinden. Das ist ohne weiteres möglich, denn die Deponiegesellschaft ist zu jeweils 50 % im Besitz der Stadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein. Für die Annahme solcher Abfälle gibt es keine Verpflichtung.

Die Landesregierung braucht deshalb nur die Geschäftsführung anzuweisen, das Geschäft mit den asbesthaltigen Abfällen nicht abzuschließen. Denn bisher ist ein entsprechender Vertrag mit dem Entsorgungsunternehmen noch nicht unterschrieben.

Neben den völlig ungeklärten Risiken und Gefahren, die mit der Anlieferung des Sonderabfalls verbunden sind, ist die Deponie in Rondeshagen zwar geeignet, solche Substanzen aufzunehmen. Sie ist aber auf gar keinen Fall dazu verpflichtet. Sie wurde ursprünglich eingerichtet, um Vorsorge zu treffen für die sichere Entsorgung von Sondermüll, im Besonderen Flugaschen, die in Schleswig-Holstein und Hamburg anfallen. Im Laufe der Jahre sind immer mehr Abfälle auch aus anderen Ländern angeliefert worden. Diese Abfälle werden von der Geschäftsführung aus wirtschaftlichen Gründen angeworben, um dabei Geschäfte zu machen.

Es darf nicht sein, dass in Rondeshagen ohne Verpflichtung, nur aus wirtschaftlichen Interessen und

ohne sichere Abklärung der Gefährdung der dort wohnenden Bevölkerung Geschäfte gemacht werden.

Deshalb fordere ich Ministerin Rumpf auf, den Abschluss eines entsprechenden Annahmevertrages der Deponiegesellschaft Rondeshagen zu untersagen. So kann zumindest in Rondeshagen und Umgebung das Problem gelöst werden. Für Ihlenberg gilt: Kein Transport durch Schleswig-Holstein, bei dem Gesundheitsgefährdungen nicht 100-prozentig ausgeschlossen sind."

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 09.11.2011, 09:45 Uhr - 4344 Clicks - Nr. 1112

Diskussion: Wohnen in Kiel

Zum 14. November 2011 laden die Ortsvereine Kieler Mitte und West-Altstadt zur Diskussion über aktuelle Entwicklungen der Wohnungswirtschaft ein.

Der Wohnungsmarkt in Kiel ist in Bewegung – die Stadt wächst. Von den Medien wurde breit über die vielen neuen Studierenden berichtet, die keine Wohnung mehr finden. Kaum bekannt ist jedoch, dass in Kiel seit Jahren eine Knappheit an allen Wohnungsgrößen herrscht; die Mieten sind in den letzten beiden Jahren um über 20% gestiegen. Die

Quartiere betrifft dies sehr unterschiedlich: Während es rund um den Blücherplatz immer teurer wird, wird Gaarden zunehmend abgehängt. Repräsentativer Ausbau von Quartieren geht einher mit der Abwirtschaftung ganzer Stadtteile. Dieses Thema geht jeden an.



Wir wollen mit Guido Schröder vom Wirtschaftsministerium über die Wohnungssituation in Kiel diskutieren. Wer sind die Akteure des Wohnungsmarktes im Stadtgebiet, was ist aus den einstmals gemeinnütziger Unternehmen geworden, welche beispielhaften Entwicklungen des (Miet-)Wohnungsneubaus gibt es? Wie sieht "die" Mietsituation in Kiel aus? Welche Erwartungen und Konzepte haben Land und Stadt? Welche Möglichkeiten und innovativen Projekte – wie z.B. Genossenschaften - gibt es?

Wir treffen uns am 14.11. um 20.00 im El Mexicano am Westring. Herr Schröder wird 15 Minuten in die Thematik einführen und dann werden wir bei Cola und Bier diskutieren. Ca. um 21.30 ist Schluss.

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 10.11.2011, 12:18 Uhr:

RE: Diskussion: Wohnen in Kiel

Ich bin dafür, dass sich auf dem Wohnungsbau in Kiel dringend etwas tun muss. In der Altstadt, in der Innenstadt (Rathausgalerie), an der alten Feuerwache und an der Hörn sind ja offensichtlich auch neue Wohnungen geplant. Aber was ist mit dem Ostufer? Von HDW habe ich lange nichts Neues und Positives gehört und das Marinearsenal soll auch weg. Ich fürchte wenn sich die Politik hier nichts einfallen lässt, verödet das ganze Ostufer. Deshalb muss die Stadt Kiel und eine

zukünftige SPD-geführte Landesregierung hier die Hebel ansetzen, um etwas zum Positiven zu verändern!

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 09.11.2011, 11:04 Uhr - 13573 Clicks - Nr. 1113

Höhere Einnahmen für Konsolidierung verwenden!

Zu den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Dass Schleswig-Holstein mit deutlich mehr Steuereinnahmen rechnen kann, als noch im Mai prognostiziert, ist erfreulich. Die neuesten Ergebnisse der Steuerschätzung sind positiv auch für die Kommunen. Allerdings haben wir noch nicht wieder das Niveau erreicht, das vor der Wirtschafts- und Finanzkrise veranschlagt worden war. Für uns steht außer Frage, dass die höheren Einnahmen für die Konsolidierung des Haushalts verwendet werden müssen.



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.11.2011, 11:48 Uhr - 1488 Clicks - Nr. 1114

Tag der offenen Tür im Kieler Rathaus und im SPD-Fraktionsbüro

Wir laden Sie herzlich zum Tag der offenen Tür am 12. November 2011 von 11.00 bis 17.00 Uhr ins Kieler Rathaus ein.

Das Kieler Rathaus feiert sein 100-jähriges Jubiläum. An diesem Tag können Sie die prächtigen Räumlichkeiten des Rathauses bestaunen und an dem reichhaltigen Aktionsprogramm teilnehmen.

Auch die SPD-Ratsfraktion öffnet ihre Türen. In der Geschäftsstelle unserer Fraktion in der 3. Etage (Raum 376) können Sie sich über die Arbeit unserer Politikerinnen und Politiker informieren. Wie funktioniert das Kieler Stadtparlament? Was sind unsere politischen Schwerpunkte? Wie setzen wir unsere politischen Ziele um? Wir wollen Ihnen gerne einen Einblick geben und stehen für Diskussionen, Fragen, Ideen und Anregungen zu den großen und kleinen Themen der Kieler Politik zur Verfügung.

11.00 Uhr – 13.00 Uhr Ratsherr Michael Wagner, innen- und kleingartenpolitischer Sprecher

11.00 Uhr – 13.00 Uhr Ratsherr Dirk Sievers, personalpolitischer Sprecher

12.00 Uhr – 14.00 Uhr Ratsfrau Gesa Langfeldt, Fraktionsvorsitzende

13.00 Uhr – 15.00 Uhr Ratsherr Wolfgang Schulz, migrations- und wohnungspolitischer Sprecher

15.00 Uhr - 17.00 Uhr Ratsherr Achim Heinrichs, verkehrspolitischer Sprecher

Wir freuen uns sehr, Sie am kommenden Samstag in unserem Fraktionsbüro begrüßen zu dürfen!

Keine Kommentare

Flickschusterei der Regierung ersetzt keine verantwortungsvolle Minderheitenpoli Rix und Thönnies nach Gespräch mit Vertretern der Minderheiten:



Die SPD-Bundestagsabgeordneten Sönke Rix und Franz Thönnies erklären als Mitglied und stellvertretendes Mitglied in den Gremien für Minderheitenfragen des Deutschen Bundestages und des Landtages Schleswig-Holstein nach einem Gespräch mit Vertretern der deutschen und dänischen Minderheit in dieser Woche in Berlin:

Immer noch schiebt die CDU/CSU/FDP-Koalition die ungeklärte Situation der nächstjährigen Förderung der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein und der deutschen Minderheit im Süden Dänemarks vor sich her. Bislang bleibt weiterhin unklar, ob der dänische Schulverein erneut 3,5 Millionen € für die von der schleswig-holsteinischen CDU/FDP-Landesregierung gekürzten 4,7 Millionen € für 2012 erhalten soll. Ebenfalls offen bleibt, ob die Förderung der deutschen Minderheit jenseits der Landesgrenze das Niveau dieses Jahres haben wird und ob es nun endlich einen Ausgleich der jährlichen normalen Mehrbelastungen durch Tarifsteigerungen gibt, oder der Bund der Nordschleswiger damit wieder alleine gelassen wird.

Dieser Zustand bedeutet weiterhin Planungsunsicherheit für 2012. Dies bestätigt uns das Gespräch mit Vertretern des Minderheitensekretariats, des SSW, des BdN und des dänischen Schulvereins, das in dieser Woche vor den abschließenden Haushaltsberatungen in Berlin geführt wurde. Da helfen auch die am vergangenen Samstag beim Deutschen Tag in Tingleff von FDP-MdB Jürgen Koppelin ohne Beschluss des Haushaltsausschusses gemachten Zusagen, aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes in Höhe von 400.000 € zur Minderheiten- und Sprachenförderung nördlich der Grenze einzusetzen, nicht viel weiter. Hier macht sich der schleswig-holsteinische FDP-Landesvorsitzende einen schlanken Fuß, dessen Partei selbst in den Regierungen in Kiel wie Berlin verantwortlich zu den Kürzungen bei den Minderheiten beigetragen hat. Ergänzt wird das ganze Durcheinander dann noch durch den Vorschlag von CDU-MdB Wolfgang Börnsen, der fordert, dass die gesamte Minderheitenförderung in das Auswärtige Amt verlagert werden sollte. Viel Zutrauen zum CSU-geführten Innenressort mit dem CDU-Minderheitenbeauftragten Dr. Christoph Bergner als Parlamentarischem Staatssekretär scheint da gerade nicht zu bestehen.

Wären die Vorschläge der Koalitionsvertreter wirklich ernst gemeint, so hätte man in der letzten Sitzungswoche den SPD-Anträgen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nach erneuter Gewährung von 3,5 Millionen € für den dänischen Schulverein für 2012 und zusätzlicher Einstellung von 250.000 € für die deutsche Minderheit in Dänemark zustimmen können. Die Anträge wurden jedoch von CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Damit offenbare sich einmal mehr, dass die Minderheitenförderung der Bundesregierung eine einzigartige Flickschusterei ist. Notwendig ist eine konkrete und verantwortungsbewusste nationale Minderheitenpolitik, die verlässlich und transparent ist. Es muss Schluss sein mit der Jährlichkeit

der Förderung. Bund und Land stehen in der Pflicht sich an einen Tisch zu setzen, um eine gemeinsame Politik für die Minderheitenförderung zu erarbeiten, die der historischen Verantwortung und der gelebten Praxis der Bonn-Kopenhagener Erklärungen folgt. Bei den morgigen Beratungen in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses wird die SPD erneut Klarheit und Verlässlichkeit bei der Minderheitenförderung einfordern.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 09.11.2011, 17:21 Uhr - 4895 Clicks - Nr. 1116

Eichstädt: Noch kein grünes Licht für Asbesttransporte nach Rondeshagen

Zu der Anhörung im Umweltausschuss über die geplanten Transporte von Asbestschlamm aus Niedersachsen zur Deponie Rondeshagen sagt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und regionale Abgeordnete Peter Eichstädt:



"Nach Darlegung des Umweltministeriums Schleswig-Holstein sind dort erst durch die Presseberichterstattung Informationen über die geplanten Transporte von Asbestschlamm im Volumen von ca. 25.000 t angelangt.

Dies wirft kein gutes Licht auf die Informationspolitik des Deponiebetreibers und der Behörden in Niedersachsen. Noch sind nicht alle Unterlagen für die Genehmigung des Transports, wie z. B. der schriftliche Bericht über die Messungen bei der Testfahrt, den Behörden vorgelegt worden. Zweifel über die Zulässigkeit des Transports und der Lagerung auf der Deponie Rondeshagen bestehen nach wie vor. Positiv bewerte ich die Aussage von Staatssekretär Rabiuss, dass die Deponiegesellschaft den Sondermüll nicht annehmen wird, wenn nicht alle Zweifel an der Unbedenklichkeit des Transports für die Gesundheit der Bevölkerung ausgeräumt sind. Wir verlassen uns auf die Zusage des Staatssekretärs. Eine ähnlich verantwortungsvolle Position der Deponiebetreiber in Ihlenberg wäre wünschenswert."

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 10.11.2011, 13:12 Uhr - 4698 Clicks - Nr. 1117

Faire Chancen für Nortex?

Das Modezentrum Nortex im Grünen Weg möchte erweitern. Das ist hinlänglich bekannt. Aber was möchte die Verwaltung der Stadt mit dem Oberbürgermeister an der Spitze?

Dieser Frage geht der Wittorfer SPD-Ratsherr Bernd Delfs nun mit einer Anfrage in der nächsten Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses nach und stellt daher folgende Fragen an den Ausschuss und die Verwaltung:

- Ist der Verwaltung bzw. der Wirtschaftsagentur bekannt, dass Mitarbeiter des Architekturbüros Schnittger ohne Wissen der Geschäftsleitung von Nortex bereits auf dem Grundstück der Firma Nortex Vermessungsarbeiten im Hinblick auf eine spätere Nutzung des Geländes nach Nortex durchgeführt haben?“

- Kann vor diesem Hintergrund überhaupt noch von einer ergebnisoffenen Diskussion über die Zukunft von Nortex und die damit zusammenhängenden Änderungen von Bebauungsplänen gesprochen werden?

Delfs hat die Frage zu den Vermessungsarbeiten bereits in der Sitzung am 15.09.11 an den Ausschuss gestellt. Da die Frage aber weder beantwortet noch protokolliert wurde, drängt er nun auf eine Antwort. Die nächste Sitzung ist geplant für den 17.11.11.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 11.11.2011, 10:13 Uhr - 12727 Clicks - Nr. 1118

Besucher aus Norderstedt und Ahrensburg treffen Franz Thönnnes in Berlin

Glück muss man haben:

Der Gewinn einer dreitägigen Reise zum Parlament nach Berlin vom 9. – 11. November war für Claudia Kunz aus Norderstedt und Dieter Mainz aus Ahrensburg der Lohn für die erfolgreiche Teilnahme an einem Preisausschreiben auf der Messe „DU und DEINE WELT“, die im September/Oktober in Hamburg stattfand. Dort war der Deutsche Bundestag mit einem Informationsstand vertreten, um seine Arbeit zu präsentieren und mit parlamentsbezogenen Fragen zu werben.



Zusammen mit anderen glücklichen Gewinnern besuchten die beiden Schleswig-Holsteiner in Berlin nun die Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte – Wege, Irrwege, Umwege“ im Deutschen Dom und konnten sich bei einer Stadtrundfahrt mit der spannenden Vergangenheit der Bundeshauptstadt vertraut machen. Bei dem Besuch im Deutschen Bundestag wurden sie mit Vorträgen über die Arbeitsweise des Parlaments informiert und nahmen auch an einer Plenarsitzung teil. Zusammen mit den anderen Teilnehmern kam es dann am 10. November zu einer Diskussionsrunde mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Hier trafen sie auch mit ihrem Wahlkreisabgeordneten Franz Thönnnes von der SPD zusammen.

„Es freut mich, dass mit Herrn Mainz und Frau Kunz zwei Gewinner aus meinem Wahlkreis kommen und so ein Einblick in die große Demokratie-Werkstatt möglich wurde“, so Thönnnes.

„Der Besuch in Berlin war sehr interessant und gut organisiert. Das Programm bestand aus einer tollen Mischung von Informationen und Sightseeing“, schildert Claudia Kunz ihre Eindrücke von der Reise. Und Dieter Mainz ergänzt: „Es ist auch einfach etwas anderes Politiker live zu sehen und eine Bundestagsdebatte zu verfolgen, anstatt es sich in den Nachrichten anzugucken. Die Fahrt hat sich auf jeden Fall gelohnt und ich kann nur jedem raten, mal unser Parlament zu besuchen.“

Bildunterschrift: Dieter Mainz, Claudia Kunz und Franz Thönnnes auf der Besucherebene im Reichstagsgebäude

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.11.2011, 10:14 Uhr - 1331 Clicks - Nr. 1119

Endlich beginnt der Schleusenbau!

Wir freuen uns, dass nun endlich der Neubau einer fünften Schleusenkammer in Brunsbüttel beginnen kann. Das ist ein Anfang, den wir begrüßen. Dass es sich bei der Kehrtwende in Berlin wohl nur um ein schwarz-gelbes Wahlkampfmanöver handelt, ist uns egal. Wichtig ist, dass es überhaupt losgeht.

Dennoch reichen die bereitgestellten 300 Millionen Euro vorne und hinten nicht. Es ist sogar fraglich, ob der Betrag für den Neubau der fünften Schleusenkammer ausreicht. Denn neben dem dringenden Schleusenneubau in Brunsbüttel betrifft der Sanierungsstau den kompletten Nord-Ostsee-Kanal – auch die Schleusanlagen in Kiel-Holtenau. Wir rechnen mit einem Investitionsbedarf von ca. einer weiteren Milliarde Euro.

Der Nord-Ostsee-Kanal droht mit dieser schwarz-gelben Flickschusterei zu einer Dauerbaustelle oder schlimmer noch zu einer Bauruine zu werden. Das wäre fatal für die ganze Wirtschaftsregion und auch für den Exportweltmeister Deutschland.

Diese erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) zum Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, insgesamt 300 Millionen Euro in den Ausbau von Wasserstraßen zu investieren,

Kommentar von [Günther](#) vom 11.11.2011, 15:28 Uhr:

RE: Endlich beginnt der Schleusenbau!

Mich wundert es ja eigentlich nicht, denn für Schwarz-Gelb sind ja Steuersenkungen für ihre Klientel viel wichtiger!

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.11.2011, 13:02 Uhr - 1588 Clicks - Nr. 1120

Gutes Geld für gute Arbeit

Wir wollen, dass jeder Mensch, der voll arbeitet, von seinem Einkommen auch leben kann. Deshalb setzen wir uns für die branchenübergreifende Einführung von Mindestlöhnen ein.

In Schleswig-Holstein entwickelt sich ein gegenläufiger Trend. Die Zahl der Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, steigt rapide an. Mehr als jeder vierte Schleswig-Holsteiner kann mit seinem Einkommen seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten.

Die Einflussnahme der Kommunen auf diesen Abwärtstrend ist sehr gering. Dennoch sind die Kommunen massiv davon betroffen. Nur durch zusätzliche Sozialleistungen können viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem Einkommen leben. Daher haben die Kommunen großes Interesse daran, dass die Einkommen auskömmlich sind.

Dies erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der

stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) zu den aktuellen Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit, wonach in Schleswig-Holstein 27 Prozent der Beschäftigten nur Niedriglöhne erhalten. Kommentar von [Andreas Regner](#) vom 15.11.2011, 06:21 Uhr:

RE: Gutes Geld für gute Arbeit: Möbelkraft

Es gibt kein gutes Geld und es gibt auch kaum gute Arbeit. Danke, SPD, dass du planst, Möbelkraft nach Kiel zu holen - dort wird dann Neoliberalismus exerziert mit Euro 800.- Unglaublich. Haltet ihr die KielerInnen eigentlich für total bescheuert? cu

Kommentar von [Thilo Pfennig](#) vom 11.11.2011, 19:00 Uhr:

RE: Gutes Geld für gute Arbeit

Wie siehts denn da bei der Stadt Kiel selbst aus? Viele Kommunen setzen ja vermehrt auf Teilzeit statt Vollzeitstellen. Außerdem schaffen Kommunen mit 1-Euro-Jobs und Bürgerarbeit ja massiv Niedriglohnarbeitsplätze. Auch die Jobcenter tun ihr übriges, in dem sie Arbeitslose zwingen Jobs anzunehmen, die nur ein Leben am Existenzminimum erlauben. Es ist schon sehr zynisch, wenn dann ausgerechnet die SPD sich den Kampf für höhere Löhne auf die Fahnen schreibt, die die Armut in Deutschland mit Hartz IV massiv verstärkt hat, inklusive der Tatsache, dass viele Familien aus der Armutsfallen immer weniger herauskommen.

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.11.2011, 15:27 Uhr - 4266 Clicks - Nr. 1121

Von der Metropolregion lernen

Torsten Albig beim Verband der Südholsteinischen Wirtschaft (WSV)

Der WSV hatte seine Mitglieder und zahlreiche Gäste in den Hofsaal des Reinbeker Schlosses geladen, um von Torsten Albig, dem SPD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai 2012, zu erfahren, wie dieser sich Wirtschaftspolitik und norddeutsche Zusammenarbeit vorstellt. Dabei war auch der örtliche Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.

In seiner Vorstellung des Gastes aus Kiel hob der VSV-Vorsitzende Michael Voigt, Geschäftsführer der Ahrensburger Firma Hela, besonders dessen Erfahrungen im Berliner Finanzministerium und als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel hervor. Torsten Albig wisse um die Lage der Haushalte und die damit verbundenen Herausforderungen.



Torsten Albig betonte in seiner Rede mehrfach, vom Süden des Landes und der Metropolregion Hamburg für das ganze Land lernen zu wollen. Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg und das Stärken von Stärken seien geeignete Mittel, Schleswig-Holstein insgesamt voran zu bringen. Ein weiteres Mittel soll sein, den Blick zu weiten und nicht immer nur auf den Haushalt eines Jahres zu sehen. Statt Jahr um Jahr Kürzungsrunden zu vollziehen, wolle er auch betrachten, wo genau die Ursachen für die Verschuldung lägen. Albig: „Es bringt nichts, immer nur zu beklagen,

wir lebten über unsere Verhältnisse. Die Deutsche Einheit beispielsweise war mit vielen sinnvollen Investitionen verbunden. Und auch Geld, das in Bildung fließt, ist sinnvoll investiert.“

Das Thema der Rede, „Wirtschaftspolitik in der Metropolregion“, erweiterte Albig so um den Blick auf das Ganze Land und bezog auch die Bildungspolitik mit ein. Bei der Suche nach Fachkräften werde die Wirtschaft schnell sehen, dass eine gute Bildungspolitik auch Wirtschaftspolitik bedeute. Und wenn heute 10% der Kinder und Jugendlichen eines Jahrgangs ohne Schulabschluss blieben, habe das negative Folgen für die Wirtschaft und doppelt negative Folgen für die öffentlichen Haushalte: Erstens durch den Aufwand für Transferleistungen, zweitens durch den Ausfall an gezahlten Steuern. „Wenn die Stormarner Arbeitslosenquote in ganz Schleswig-Holstein gälte, hätten wir jährlich eine Milliarde Euro frei für Investitionen“, rechnete Albig vor.

Natürlich ging Albig auch ausführlich auf die Lage der öffentlichen Haushalte ein. Ein Zwölftel seines Etats müsse Schleswig-Holstein derzeit für Zinsen ausgeben, man möge sich gar nicht vorstellen, wie das aussehe, wenn die Zinsen ihr derzeit niedriges Niveau verlassen. Albig warb auch hier für einen Blick über den eigenen Haushalt hinaus: Es sei niemandem geholfen, wenn das Land 2020 einmalig eine „schwarze Null“ präsentiere, aber die Lage der Kreise, Städte und Gemeinden nicht verbessert worden sei. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD-Stormarn, fand: „Bei Passagen wie diesen wird deutlich, dass mit Torsten Albig erstmals ein erfahrener Kommunalpolitiker Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein werden könnte. Es kann dem Land nur gut tun, wenn alle Ebenen sinnvoll zusammen arbeiten.“

Zusammenarbeit - das könnte eine große Leitlinie eines Ministerpräsidenten Torsten Albig werden. Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Ebenen, Zusammenarbeit von Stadt und Land, Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg. Habersaat: „Für all das ist die Metropolregion Hamburg heute tatsächlich schon ein gelungenes Beispiel.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.11.2011, 15:30 Uhr - 4442 Clicks - Nr. 1122

Diskussion über Lehrerbildung und Inklusion

Mehrmals im Jahr organisiert die Ostholsteiner Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen (AfB) mit ihrer Vorsitzenden Michaela Homann-Speck „Gespräche um die Bildung“. Im Oktober hatte man nach Neustadt eingeladen, um gemeinsam mit Martin Habersaat, dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, über die Zukunft der Lehrerbildung und die Herausforderungen der Inklusion zu sprechen.



Neben vielen Lehrerinnen und Lehrern unterschiedlicher Schularten nahmen auch der AfB-Landesvorsitzende Ulf Daude und der Ostholsteiner SPD-Kreisvorsitzende und Landtagskandidat Lars Winter teil.

Martin Habersaat (34, Barsbüttel) war bis zu seinem Einzug in den Landtag Gymnasiallehrer und ist seit Mai 2011 Vorsitzender des Arbeitskreises Bildung in der SPD-Landtagsfraktion. Er warb für eine Neuordnung der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein: „Es ist schlicht unsinnig, dass in Schleswig-Holstein noch immer Haupt- und Realschullehrer ausgebildet werden, obwohl es diese Schulformen gar nicht mehr gibt!“ Stattdessen warb er für eine Stufenlehrerbildung, wie sie ähnlich auch in Hamburg zu finden sei. Jeder Lehrer solle lernen, in der Sekundarstufe I (Klasse 5-10) zu unterrichten und dazu wahlweise für die Primarstufe (Klasse 1-4) oder die Sekundarstufe II (11-12/13) ausgebildet werden.

Die Diskussionsteilnehmer wünschten sich zudem höhere Praxisanteile bereits zu einem frühen Zeitpunkt im Lehramtsstudium. Auch Professoren sollten sich häufiger als bisher mit der Schulwirklichkeit auseinandersetzen. „Und wenn die Professoren ihre Studentinnen und Studenten dann in Unterrichtssituationen erleben, muss bei Bedarf auch die Beratungen erfolgen, dass dieser Beruf nicht der richtige ist“, forderte ein langjähriger Grundschullehrer.

Im Mittelpunkt des Gesprächs über die Inklusion, die Unterricht für Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf an Regelschulen meint, standen einerseits die UN-Konvention, die genau dieses Entwicklung fordert, und der aktuelle Inklusionsbericht der Landesregierung (Drucksache 17/1568). In diesem Bericht kommt die Landesregierung zu dem Schluss, dass Inklusion weitestgehend kostenneutral zu erreichen sei - eine Meinung, der sich keiner der Anwesenden anschließen konnte.

Keine Kommentare

[SPD-Russee](#) - veröffentlicht am 12.11.2011, 22:33 Uhr - 3271 Clicks - Nr. 1123

Mitmischen erwünscht

SPD-Ortsverein Russee-Hammer wird die Bürgerbeteiligung ausbauen!

Im politischen Alltag fällt häufig der Satz: „Die da oben machen doch eh was sie wollen“. Die Wahlbeteiligung ist rückläufig - man sagt: „Wählt euch doch selbst.“

Diesem Trend will die SPD in Russee und Hammer entgegentreten.

Sie hatte die Mitglieder gemeinsam mit Andreas Breitner - Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, stellvertretender Vorsitzender im SPD-Landesvorstand Schleswig-Holstein und Bürgermeister von Rendsburg - zu einem Gedankenaustausch zum Thema der Bürgerbeteiligung eingeladen.



Die Ratsversammlung und die Ausschusssitzungen im Kieler Rathaus sind zwar stets öffentlich, von einem Besuch wird jedoch nur in wenigen Fällen gebrauch gemacht.

„Wir machen den Menschen ein zusätzliches Angebot. Die Mitwirkung der Menschen wird von uns direkt in unseren Stadtteilen organisiert. Wir wollen, dass die politischen Entscheidungen erlebbarer

werden“, so Frank Hornschu, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Russee-Hammer.

Hornschu fasst den Gedankenaustausch der Mitglieder mit Andreas Breitner wie folgt zusammen:
„Die SPD in Russee, Hammer und Demühlen wird die Bürgerbeteiligung ausbauen. Bürgerversammlungen sollen zu einer festen Einrichtung werden. Die Menschen sind für uns nicht nur Staffage, sie sollen sich in den Entscheidungen direkt einbringen und auch wiederfinden können. Dies ist für uns eine soziale und demokratische Frage.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 13.11.2011, 17:33 Uhr - 5515 Clicks - Nr. 1124

Stormarns Delegierte auf dem Landesparteitag

Am 3. und 4. Februar 2012 wird die SPD Schleswig-Holstein zu ihrem nächsten Landesparteitag zusammenkommen. Dann werden etwa 200 Delegierte in der Lübecker Musik- und Kongresshalle über das Regierungsprogramm 2012 - 2017 entscheiden. Außerdem wird dieser Landesparteitag die Landesliste aufstellen. Klar ist, dass Torsten Albig Spitzenkandidat wird. Und klar ist bei der SPD auch, dass der Spitzenkandidat auf Platz 1 der Landesliste zu finden sein wird.



Die SPD Stormarn wird mit 14 Delegierten dabei sein.

Sieben Männer und sieben Frauen wurden als Delegierte zum Landesparteitag gewählt. Gewählt wurden: Walter Albrecht (Bad Oldesloe), Angela Batty (Grande), Sabrina Bosse (Ahrensburg), Delara Burkhardt (Siek), Susanne Danhier (Bargtheide), Jens-Pieter Friese (Bad Oldesloe), Sigrid Kuhlwein (Ammersbek), Frank Lauterbach (Glinde), Reinhard Mendel (Tangstedt), Reinhard Niegengerd (Großhansdorf), Tobias von Pein (Lütjensee), Carola Sense (Reinbek), Margot Sinning (Ahrensburg), Jürgen Weingärtner (Bargtheide). Der Kreisvorsitzende Martin Habersaat, als Landtagsabgeordneter ohnehin in Lübeck dabei, hatte auf eine Kandidatur verzichtet.

Die ersten Nachrücker wären bei den Frauen Angelika Lütjens (Reinbek) und Ute Agatz (Trittau), bei den Männern René Wendland (Reinbek), Hermann Hanser (Barsbüttel) und Eckart Kuhlwein (Ammersbek).

[Mehr Fotos vom Kreisparteitag](#)

Keine Kommentare

SPD-Kreisparteitag in der Erich Kästner Gemeinschaftsschule

Konstruktives Arbeiten in Barsbüttel

Zur Diskussion des Programms zur Landtagswahl am 6. Mai 2012 traf sich die SPD Stormarn in der Erich Kästner Gemeinschaftsschule in Barsbüttel. Die war in zweierlei Hinsicht ein geeigneter Ort: Zum einen steht die Gemeinschaftsschule für das Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens und damit für den Kern der SPD-Bildungspolitik, zum anderen liegt die Gemeinde in unmittelbarer Nachbarschaft Hamburgs, was zum Gastredner Andreas Dressel passte.



Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft sprach über gute nachbarschaftliche Verhältnisse beider Länder und bot Hilfe im anstehenden Wahlkampf an. „Nach der Landtagswahl“, zeigte er sich sicher, „wird der von den SPD-Fraktionen angestrebte gemeinsame Ausschuss beider Länder zum politischen Inventar gehören.“

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender der SPD Stormarn, konnte etwa 70 Delegierte und weitere Gäste begrüßen, bei Sonnenschein draußen war auch drinnen die Laune gut: In den Umfragen liegen die Sozialdemokraten derzeit vorne, die Partei gibt sich geschlossen und man konnte bei guter Ausgangslage konzentriert am Landtagswahlprogramm arbeiten. Einen augenzwinkernden Seitenblick zur politischen Konkurrenz konnte sich Habersaat nicht verkneifen: „Mindestlohn und Atomausstieg haben wieder einmal gezeigt: Wenn man lange genug nachdenkt, landet man am Ende bei sozialdemokratischen Positionen!“

Den weiteren Weg zur Wahl umriss der Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende Ralf Stegner in seinem Grußwort; Programm und Liste werden am 3. und 4. Februar 2012 bei einem Landesparteitag in Lübeck beschlossen. Wichtigstes Kriterium für das SPD Programm sein Gerechtigkeit: „Daran wird die SPD am stärksten gemessen.“ Der Landesvorsitzende wünschte sich ein realistisches Programm und forderte mit Blick auf den Landeshaushalt dreierlei: Ausgabenkürzungen durch das setzen von Prioritären, Mehreinnahmen durch höhere Steuern in einigen Bereichen, Einsparungen durch die Veränderung von Strukturen: „Verschuldet sein ist nichts soziales, weil das Geld an die Banken geht!“ Stegner äußerte sich positiv über den Stormarner SPD-Kreisverband, der schon immer kampf- und inhaltsstark gewesen sei: „Es ist schön, hier gewissermaßen eine sozialdemokratische Lokomotive für das Land zu haben.“

Die Jusos konnten sich mit ihrer Forderung nach einem flächendeckenden Angebot von Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen durchsetzen. Ebenso fordert die SPD Stormarn, den Gemeinschaftsschulen die von schwarz-gelb gestrichenen Differenzierungsstunden wieder zurückzugeben. Auf Antrag der SPD Bad Oldesloe soll das Wahlprogramm allgemeinverständlich

formuliert werden, Fachbegriffe erläutert. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und der Einsatz für eine gesetzliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro sollen in das Programm aufgenommen werden. Auf Antrag der SPD Ahrensburg wurde das Ziel kompakter Siedlungsstrukturen in das Programm aufgenommen, um eine Zersiedelung des ländlichen Raums zu verhindern.

[Mehr Fotos: hier.](#)

Fotografen: Guenther Heitmann und Monika Poppe-Albrecht

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.11.2011, 18:22 Uhr - 4354 Clicks - Nr. 1126

Deutschland - Land der Ideen

Bewerbungsfrist: 4.12.

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Christian Wulff findet der Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ statt. Ziel des Wettbewerbs ist es, die Innovationskraft Deutschlands sichtbar zu machen. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn, wünscht sich auch Stormarner Beiträge für diesen Wettbewerb: „Ich bin mir sicher, dass es in Stormarn Unternehmer, Kulturschaffende und engagierte Menschen gibt, die preiswürdig sind.“

Bis zum 4. Dezember können diese sich noch bewerben.

Unter www.land-der-ideen.de ist die Online-Bewerbung möglich, ausgezeichnet werden die besten Ideen aus den Kategorien Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Umwelt, Bildung und Gesellschaft. Auswahlkriterien sind Zukunftsorientierung, Innovation und Umsetzungsstärke sowie Vorbildwirkung der Idee.



Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.11.2011, 20:13 Uhr - 3933 Clicks - Nr. 1127

Studentenwerk und studentischer Wohnraum

Anders als in anderen Bundesländern gibt es in Schleswig-Holstein nicht verschiedene Studentenwerke an verschiedenen Standorten, sondern nur ein Studentenwerk Schleswig-Holstein. Dieses unterhält in Kiel, Lübeck, Flensburg, Heide und Wedel Studentenwohnheime mit insgesamt 2975 Plätzen, von denen 32 für Rollstuhlbenutzer geeignet sind. Weitere 425 Plätze gibt es in Wohnheimen in freier Trägerschaft.



Interessantes Zitat der Landesregierung: „Die Versorgung mit studentischem Wohnraum ist in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Ländern unterdurchschnittlich. Allerdings konnten bisher aufgrund der im Übrigen entspannten Wohnungssituation auf dem freien Markt die Studierenden gleichwohl adäquaten Wohnraum finden. Mit den gestiegenen Studierendenzahlen in den kommenden Semestern wird sich nach Einschätzung der Landesregierung die Wohnraumsituation insbesondere an den Standorten Kiel und Lübeck verschlechtern.“

Am Rande: Kostete ein Mensaessen 2006 bis 2008 noch 0,90 - 2,50 Euro, lag die Spanne 2010 zwischen 1,00 und 3,00 Euro.

Quelle: Drucksache 17/1687

Kleine Anfrage des Abgeordneten Björn Thoro

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 14.11.2011, 15:06 Uhr - 5320 Clicks - Nr. 1128

Thomas Rother und Peter Eichstädt zum Sparkassengesetz: Murks bleibt Murks

Zu Berichten, das Kartellamt wolle den Einstieg der Hamburger Sparkasse (HASPA) bei der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg untersagen, erklären der Fachsprecher Sparkassen der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Rother, und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Lauenburger Abgeordnete Peter Eichstädt:



"Der Jubel von Katharina Loedige (FDP) im Juni war zu früh: Das Sparkassengesetz von Gelb-Schwarz hat den Praxistest mitnichten bestanden, wie sich jetzt zeigt.

Das Ansinnen der Regierungskoalition, der HASPA die Tür zum Einstieg in Beteiligungen an schleswig-holsteinischen Sparkassen zu ermöglichen, ist schon beim ersten Versuch grandios gescheitert: Wenn nicht die EU, dann untersagt eben das Kartellamt die gewünschte Beteiligung wegen der marktbeherrschenden Stellung des fusionierten Kreditinstituts. Das ist nicht nur eine Pleite für CDU und FDP als Gesetzgeber, sondern auch für den Landrat und die Sparkasse des Herzogtums Lauenburg, die doch vehement versichert hatten, alles sei geprüft. Damit bestätigen sich unsere Bedenken gegen das im vorigen Jahr geänderte Sparkassengesetz. Der Vorgang macht deutlich: Murks bleibt eben Murks. CDU und FDP sollten sich nun schleunigst daran machen, das Gesetz zu korrigieren und rechtssicher zu machen. Dem wird sich die SPD nicht verschließen."

Keine Kommentare

Geschichten, Märchen, Weihnachtslieder – die AG 60plus lädt ein

Die AG 60plus des SPD-Kreisverbandes Stormarn lädt herzlich ein zu einem „Bunten Advents-Nachmittag“ am Mittwoch, dem 30. November ab 15:15 Uhr im Bürgerhaus Delingsdorf. Wie immer sind alle interessierten Seniorinnen und Senioren willkommen, sie müssen nicht Mitglied der SPD sein. Das Bürgerhaus liegt an der B75 in Ortsmitte, hinter dem Teich/Telefonzelle und ist auch mit dem Bus 8110 gut zu erreichen.



Organisator Jürgen Schneider verspricht: „Es wird gemütlich. Wir singen die guten alten Weihnachtslieder und klönen. Die SPD-Kreistagsabgeordnete Angela Batty wird eine Geschichte vorlesen und ein Gedicht vortragen. Niels-Peter Horn wird auf Platt zwei Geschichten von Rudolf Kienau lesen. Und was ganz seltenes: Lieselotte Jürgensen erzählt uns ein paar winterliche Märchen aus aller Welt.“

„Wir sind stolz darauf, dass wir den Kulturteil der bunten Nachmittage selbst gestalten,“ sagt der Vorsitzende der AG 60plus in Stormarn. Die Vorstandsmitglieder machten den Anfang, wer an einem der nächsten Bunten Nachmittage eine Geschichte oder ein Gedicht mitbringen und vorlesen will, melde sich bitte. Der Eintritt ist frei. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt, deswegen ist eine Anmeldung erforderlich. (juergen.schneider@spd-badoldesloe.de - 04531/84603)

Keine Kommentare

Folgen der Verharmlosung: 10 Tote

Zu den Vorgängen um die rechtsterroristische Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ erklärt der Sprecher SPD-AG „Strategien gegen Rechtsextremismus“ Sönke Rix, MdB



Mindestens 10 Morde an ausländischen Mitbürgern und einer Polizistin, mindestens 14 Banküberfälle und mindestens zwei Anschläge mit zahlreichen Verletzten. So lang ist bisher die Liste der Verbrechen der rechtsextremen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“. Inzwischen hat die Bundesanwaltschaft den Fall an sich gezogen, um die Ermittlungen in einer Hand zu haben. Über 14 Jahre konnte diese Gruppe unerkannt im Untergrund ihre Verbrechen begehen. Inwieweit die Landesverfassungs- und Polizeibehörden daran indirekt oder möglicherweise auch direkt beteiligt sind, steht zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest und darum verbieten sich auch Spekulationen oder

der voreilige Ruf nach Konsequenzen.

In diesem Zusammenhang verwehre ich mich allerdings gegen den Begriff „Döner-Morde“. Hier wurden keine Döner ermordet. Rechtsextreme haben 10 Menschen allein aus rassistischen und menschenverachtenden Motiven ermordet. Die Opfer, die sich nichts zu Schulden haben kommen lassen, hinterlassen Familien und Angehörige. Der Begriff „Döner-Morde“ wertet die Opfer und die Angehörigen ab.

Eines ist aber auf jeden Fall festzustellen: Jetzt rächt sich, dass die Gefahr des Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren zunehmend von den Unions-Parteien CDU und CSU (aber auch von der FDP) heruntergespielt wurden. Rechtsextreme haben diese Gelegenheit genutzt, sich ein eigenes Netzwerk einzurichten, in dem sie unerkannt nach ihren Morden und Überfällen immer wieder untertauchen konnten. Wenig hilfreich in der Bekämpfung des Rechtsextremismus waren die Versuche der Union, den Rechtsextremismus mit Links- und islamischem Extremismus gleichzusetzen. Der Unterschied dieser Formen des Extremismus wird aktuell leider sehr deutlich. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus benötigt andere Mittel und andere Instrumente und wichtiger als bei anderen Extremismusformen ist hier die präventive Arbeit. Das kann der Staat allerdings nicht alleine, hier sind die zivilgesellschaftlichen Akteure gefragt. Glücklicherweise gibt es eine Vielzahl von aufrechten Demokratinnen und Demokraten, die sich auf der einen Seite dem braunen Mob entgegensetzen und sich auf der anderen Seite auch um die präventive Arbeit kümmern und so verhindern, dass Kinder und Jugendliche den rechtsextremen in die Hände fallen. Leider wurde gerade im letzten Jahr die Arbeit für Demokratie durch die Bundesregierung massiv eingeschränkt. Vor einem Jahr hat die Familienministerin Kristina Schröder mit einer kurzen Nachricht auf Twitter darüber informiert, zukünftig von Vereinen und Verbänden, die Geld aus ihrem Ministerium erhalten, eine Extremismuserklärung zu verlangen. Per Unterschrift müssen Empfänger sich nicht nur zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, sondern sich auch verpflichten, Projektpartner auf deren Verfassungstreue zu überprüfen. Ansonsten gibt es kein Geld. Die Extremismusklausel ist unsinnig und ineffektiv. Weg damit.

Vielmehr muss das Familienministerium jetzt die Zeichen der Zeit erkennen. Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Kräfte darf nicht weiter behindert werden. Vor allem aber muss die alljährliche Abhängigkeit vom Bundeshaushalt beendet werden. Wir brauchen endlich ein Finanzierungsmodell, möglicherweise auf der Basis eines Stiftungsmodells, das eine kontinuierliche Finanzierung bewährter und erprobter Arbeit gegen Rechtsextremismus sicherstellt. Gleichzeitig bedarf es eines weiteren Topfes aus dem neue und erfolgversprechende Programme finanziert werden. Die dreijährige Befristung der Projekte muss aufgehoben werden. Gute Projekte dürfen auch länger dauern.

Egal, welche Erkenntnisse die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft noch zu Tage fördern, bleibt festzustellen, dass der Kampf gegen den Rechtsextremismus eine Daueraufgabe ist, der sich der Staat und die Zivilgesellschaft jeden Tag aufs Neue stellen müssen. Der von vielen Seiten geforderte erneute Start eines NPD-Verbotsverfahrens kann dabei ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sein.

Keine Kommentare

SGK wählte neuen Landesvorstand

Albig will den Kommunen wieder „Luft zum Atmen“ geben

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein (SGK) hat den Rendsburger Bürgermeister Andreas Breitner während einer Mitgliederversammlung in Neumünster erneut zu ihrem Landesvorsitzenden gewählt.

SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig kündigte dort an, er werde den Kommunen nach der Landtagswahl durch gezielte Maßnahmen „wieder Luft zum Atmen“ geben, „damit sie vor Ort für ihre Bürgerinnen und Bürger arbeiten können“.

Kommunen und Land seien „finanzpolitisch eine Schicksals-gemeinschaft“, so Albig, die Städte erfüllten eine zentrale Funktion auch für das Umland und trügen große Lasten, etwa zur sozialen Sicherung, für Bildung und Kultur. Er halte nichts davon, Städte und ländliche Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Ein Schlüssel liege vielmehr in der Reform der Verwaltung. Sie müsse bürgernah bleiben und effizienter werden: „Im Mittelpunkt wird stehen, dass wir nicht alles doppelt oder dreifach erledigen dürfen. Alle gleichartigen Prozesse gehören zusammen erledigt. Nach dem Motto „Mach es einmal, mach es einfach, mach es gut“. So werden wir besser, schneller und günstiger.“

Bei den Wahlen wurde Torsten Albig (Kiel), Ingo Degner (Schleswig) und Dörte Köhne-Seiffert (Elmshorn) zu stellvertretenden SGK-Landesvorsitzenden gewählt. Als Beisitzer bestätigt wurden: Ilona Adamski (Kremperheide), Andrea Hansen (Uetersen), Dieter Juhls (Giekau), Karsten Reimer (Schleswig), Dieter Schönfeld (Bad Segeberg) und Maik Schwartau (Büsum). Neu in dieses Amt kommen Jürgen Weingärtner (Bargteheide) und Jan Wiegels (Mölln).

Der SGK gehören rund 900 Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen aus ganz Schleswig-Holstein an.



Keine Kommentare

Die Kirche fragt nach...

Über Werte, Grundsätze, Visionen

Nachdenkliche Gesprächsreihe am Bußtag. Wo bleiben Werte, Grundsätze, Visionen in der Politik? Zu diesen Fragen lädt die Ansgar-Kirchengemeinde Schönningstedt-Ohe gemeinsam mit der Gethsemane-Kirchengemeinde Neuschönningstedt sowie der St. Johannes-Kirchengemeinde Glinde ein. Gesprächspartner waren im vergangenen Jahr Politiker der CDU, in diesem Jahr sind der Vertreter der SPD eingeladen.



Eingeladen sind:

Volker Müller, Fraktionsvorsitzender in der Reinbeker Stadtverordnetenversammlung
Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für unsere Region
Franz Thönnies, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Segeberg/Stormarn-Nord,
Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Pastor Benedikt Kleinhempel fragt nach, anschließend offenes Gespräch.

Schlusswort: Probst Matthias Bohl

Moderation: Journalistin Elke Güldenstein

Am Bußtag, Mittwoch, 16. November 2011 um 20.15 Uhr im Gemeindehaus in Reinbek-Schönningstedt, Am Salteich 7.

Vorher findet von 19.30 Uhr bis 20.00 Uhr eine Andacht für die Region in der St. Ansgar-Kirche (neben dem Gemeindehaus) mit Pastor Thomas Deter statt.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.11.2011, 22:46 Uhr - 4227 Clicks - Nr. 1133

Gemeinsamer Ausschuss für Hamburg und Schleswig-Holstein

Am nächsten Freitag (18. November) wird sich der schleswig-holsteinische Landtag mit dem Antrag der SPD befassen, einen gemeinsamen Ausschuss für die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein einzurichten. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn: „Unser Ziel ist es, bisher unregelmäßig stattfindende gemeinsame Beratungen zu institutionalisieren. Ein gemeinsamer Ausschuss bietet für uns die Chance zur stetigen parlamentarischen Zusammenarbeit“

Die müsse unabhängig von der Frage funktionieren, welche Farbe die jeweilige Landesregierung gerade habe.



Der Ausschuss soll einerseits für die gemeinsam betriebenen Einrichtungen und Unternehmen zuständig sein, beispielsweise die HSH-Nordbank, Dataport oder die AKN. Andererseits soll er sich um Projekte und Themen kümmern, die beide Länder betreffen oder bei denen gemeinsame Interessen zu vertreten sind, etwa die Ostseekooperation, Infrastrukturprojekte oder das immer wieder aufkommende Thema ‚Gastschulabkommen‘.

Plan der SPD ist, in beiden Ländern einen Ausschuss mit je 13 Mitgliedern (das ist die Regelgröße für Ausschüsse von Landtag und Bürgerschaft) einzusetzen und diese Ausschüsse dann stets gemeinsam tagen zu lassen. Das wäre mit den vorhandenen gesetzlichen Vorgaben möglich. Die Grünen gehen noch einen Schritt weiter und beantragen eine Verfassungsänderung, die die Einrichtung eines gemeinsamen Gremiums ermöglichen soll. Habersaat: „Auch das wäre in unserem Sinne, deshalb haben wir diesen Antrag mit unterschrieben. Die Hürde liegt dann aber ein Stück höher.“

Unklar ist, wie die CDU sich verhalten wird. In einer Pressemitteilung der beiden Fraktionen unterstützte man zwar das Ziel eines gemeinsamen Gremiums, wollte es aber statt „Ausschuss“ lieber „Arbeitsgremium“ nennen und war mit der von der SPD vorgeschlagenen Größe nicht einverstanden. Habersaat: „Wir haben einen Vorschlag gemacht. Wenn jetzt nur noch über das ‚Wie‘ diskutiert wird und nicht über das ‚Ob‘, bin ich sehr zufrieden. Hauptsache, es geht voran mit der Zusammenarbeit.“

Die Hamburger Bürgerschaft wird den Antrag wegen der vorher laufenden Haushaltsberatungen vermutlich erst im Dezember 2011 behandeln. Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Dr. Andreas Dressel, gibt sich zuversichtlich. Habersaat hatte ihn als Gastredner zum Kreisparteitag der SPD Stormarn nach Barsbüttel eingeladen. Die eigene absolute Mehrheit bedenkend und die aktuellen Umfragen für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 im Blick, sagte Dressel dort: „Spätestens nach der Landtagswahl wird der von den SPD-Fraktionen angestrebte gemeinsame Ausschuss beider Länder zum politischen Inventar gehören.“

Korruptionsregister

Ein weiterer Antrag, der parallel diskutiert wird, ist eine EntschlieÙung für ein gemeinsames Korruptionsregister Hamburg-Schleswig-Holstein. Dieses soll dazu beitragen, dass „schwarze Schafe“, denen bestimmte wirtschaftliche Verfehlungen vorgeworfen werden, nicht mehr an der Vergabe öffentlicher Aufträge beteiligt werden. Dressel: „Hamburg hat auf unseren Antrag ein entsprechendes Register bereits auf den Weg gebracht. Wir würden uns freuen, wenn Schleswig-Holstein hier mit einsteigt – denn Korruption macht nicht an Ländergrenzen Halt.“

Antrag zur Einsetzung eines Ausschusses für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg (Drucksache 17/1894) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung (Drucksache 17/1979) Korruption macht nicht an Ländergrenzen halt – Für ein gemeinsames Korruptionsregister Hamburg – Schleswig-Holstein (Drucksache 17/1893)

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 15.11.2011, 09:24 Uhr - 16296 Clicks - Nr. 1134

SPD-Kreisverband Segeberg fordert: Banken zurück zum Kerngeschäft

Wir fordern die Bundesregierung auf, bei weiteren finanziellen direkten Unterstützungen von Banken, diese in echten Beteiligungen vorzunehmen. So lautet ein Beschluss des jüngsten Kreisparteitages des Segeberger SPD-Kreisverbandes.

Es stehen zwar aktuell keine derartigen Unterstützungen an, die Sozialdemokraten wollen dennoch vorsorglich sicherstellen, dass Steuergelder, die zur Erhaltung einer Bank dienen, vollständig an den Staat, und damit an die Steuerzahler, zurück fließen müssen.

Angesichts der staatlichen Beteiligung an der Commerzbank sei deutlich geworden, wie schnell die private Wirtschaft in der Lage ist, eine Unterstützung zurück zu zahlen.

Desweiteren fordert die Segeberger SPD, dass die Banken ihr Investmentbanking deutlich von den konventionellen Aufgaben als Geschäftsbank trennen, wie es das ehemalige Geschäftsmodell in Amerika vorsah.

Marc-André Ehlers, stellvertretender Kreisvorsitzender, dazu: „Die Banken haben eine wichtige wirtschaftliche Rolle, indem sie die Wirtschaft mit Krediten versorgt. Dieser Aufgabe kommen sie jedoch nicht mehr so nach, wie wir und die Wirtschaft es wünschen.“

Fazit des sozialdemokratischen Kreisparteitages in Kaltenkirchen: Banken müssen zurück zu ihrem Kerngeschäft und weg vom überzogenen Spekulantentum der jüngeren Vergangenheit.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.11.2011, 09:46 Uhr - 1763 Clicks - Nr. 1135

Planungssicherheit für erfolgreiche Schulsozialarbeit

Die Kooperation von SPD, B90/Grüne und SSW hat seit 2008 die Schulsozialarbeit in Kiel erheblich ausgebaut. Insgesamt 17 Stellen im Bereich Schulsozialarbeit gibt es bei der Landeshauptstadt Kiel. Darüber hinaus werden an den drei Regionalen Berufsbildungszentren auch jeweils eine Stelle finanziert sowie Projektmittel für Schulen und freie Träger zur Verfügung gestellt.

Mit dem Beschluss in der Ratsversammlung vom 29.09.2011 hat die Kooperation beschlossen, die Schulsozialarbeit ab 2012 noch erheblich auszuweiten und weitere Stellen zu schaffen.

Auf großes Verständnis stößt bei SPD, B90/Grüne und SSW die Sorge der Gemeinschaftsschule Friedrichsort und vor allem ihrer Schülerinnen und Schüler, die aufgrund eines Antrages der Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, zukünftig neue und frei werdende Stellen für Schulsozialarbeit an die Wohlfahrtsverbände zu übergeben, stark verunsichert sind. 500 Unterschriften wurden in kürzester Zeit gesammelt und an den Schulausschuss übergeben, damit die Schulsozialarbeiterin dort auch nach Ablauf ihres befristeten Arbeitsvertrages weiter beschäftigt werden kann. Auch der städtische Personalrat bestätigte diese Befürchtung, die auch für Schulsozialarbeiter/innen an anderen Schulen gelten würde.

Im Ausschuss für Schule und Sport hätten wir gerne einen entsprechenden Beschluss fassen wollen, der Schüler/innen und Mitarbeiter/innen Sicherheit gegeben hätte. Unverständlich Weise haben aber CDU und FDP die Dringlichkeit dieser Problematik für die Sitzung nicht anerkannt, so dass

viele anwesende Schüler/innen und Lehrkräfte der Gemeinschaftsschule enttäuscht nach Hause gehen mussten.

Für die Kooperation steht fest, dass die im nächsten Jahr neu geschaffenen Stellen auch bei der Landeshauptstadt Kiel angesiedelt werden sollen und auch bestehende Stellen, bei denen eine Neubesetzung anstehen könnte, bei der Landeshauptstadt Kiel verbleiben werden und so die erfolgreiche und an den Schulen notwendige Sozialarbeit fortsetzen können. Darüber hinaus soll die gute Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden bei Projekten im Bereich der Schulsozialarbeit fortgesetzt und zu Gunsten einer besseren Vernetzung evaluiert werden.

Dies erklären der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, die schulpolitische Sprecherin von Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Kirsten Wegner, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.11.2011, 13:42 Uhr - 1872 Clicks - Nr. 1136

Veranstaltung Arbeit für alle - Mittwoch, 30.11.2011, 18 Uhr

Wie kann es gelingen, dass mehr Menschen mit Behinderung an dem allgemeinen Arbeitsmarkt teilhaben können? Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, damit mehr Unternehmen Menschen mit Handicap beschäftigen können?

Diese Fragen wollen wir mit Ihnen diskutieren: Dazu haben wir eingeladen:

Torsten Albig - Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel -und Hellmut Körner - Sozialstaatssekretär a. D. in Schleswig-Holstein.

Die Moderation übernimmt Carsten Kock.

Wir würden uns sehr freuen, Sie am

**Mittwoch, 30. November 2011, von 18.00 bis 20.00 Uhr
im Saal des Ursula-Groth-Hauses der Stiftung Drachensee
(Haupteingang Hamburger Chaussee 221, 24113 Kiel)**

begrüßen zu dürfen.

Wir bitten um Anmeldung bis zum 25.11.2011 [per E-Mail](#) oder Fax (0431 901-62540) [mit diesem Antwortbogen](#) oder telefonisch (0431 901-2528).

Keine Kommentare

„Bienensterben entschiedener entgegenzutreten“

Europäisches Parlament will Imkerei mit weiteren Forschungsmitteln stärken

Straßburg: Die Europäische Union muss nach Ansicht des Europäischen Parlaments dem vermehrten Bienensterben entschiedener entgegenzutreten. Mit großer Mehrheit sprachen sich die Europaabgeordneten am Dienstag in Straßburg dafür aus, die Imkerei in Europa mit mehr Forschungsmitteln zu stärken.

„Mit dem jetzt verabschiedeten Bericht weisen wir erneut auf die besonderen Herausforderungen für den Bienenzuchtsektor und seinen herausragenden ökologischen Stellenwert hin“, erläuterte die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust. Bereits Ende des vergangenen Jahres hatte das Parlament über einen Entschließungsantrag zur Lage der Bienenzucht abgestimmt. „Ich freue mich, dass sich das Europäische Parlament vermehrt mit der Bienengesundheit beschäftigt und zeigt, dass es dieses wichtige Thema ernst nimmt. Jetzt muss die EU dringend Taten folgen lassen, um das Bienensterben aufzuhalten“, so Rodust. Vor allem solle vermehrt im Bereich Vorbeugung von Bienenkrankheiten und Stärkung des Immunsystems von Bienen geforscht werden. Die Sozialdemokratin fordert außerdem mehr Qualifizierungsangebote für Imker, Landwirte und Forstwirte im Bereich der Bekämpfung von Bienenkrankheiten.



„Der größte Teil aller Pflanzenarten ist von der Bestäubung durch Bienen abhängig – der ökonomische Wert dieser Leistung übersteigt bei Weitem den Wert des erzeugten Honigs“, betont die SPD-Europaabgeordnete. „Bienen sind entscheidend für die Nahrungsmittelproduktion und ein wichtiges Glied für das ökologische Gleichgewicht“, so Rodust weiter.

Die SPD-Europaabgeordnete sprach sich deshalb auch dafür aus, im Zusammenhang mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) deutlich mehr Anstrengungen zu unternehmen, um die biologische Vielfalt zu erhalten: „Bienen sind auf der einen Seite abhängig von einem bestehenden ökologischen Gleichgewicht und tragen auf der anderen Seite dazu bei, die Biodiversität zu erhalten. Bei der jetzt anstehenden GAP-Reform müssen wir deshalb darauf achten, immer auch Maßnahmen gegen das zunehmende Bienensterben im Blick zu behalten“, so Rodust abschließend.

Keine Kommentare

SPD-Unterstützung für Feuerwehr und Gemeinschaftsschule

Die Mitgliederversammlung der SPD Reinbek am 9. November 2011 hat in einem Grundsatzbeschluss die städtische Verantwortung für die Feuerwehren in Reinbek als kommunale Kernaufgabe unterstrichen.

Vorsitzender Klaus-Peter Puls: "Nach einer lebhaften und informativen Diskussion mit dem

Gemeindeführer der Freiwilligen Feuerwehr Reinbek, Carsten Hein, stellte die Versammlung einmütig fest, dass die seit mehreren Jahren von der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord zur Beseitigung angemahnten baulichen und technischen Mängel am Standort Klosterbergen nicht länger hingenommen werden dürfen, weil dadurch die Betriebssicherheit der Ortswehr Reinbek, die Einsatzbereitschaft der Feuerwehrleute und damit letztlich der Brandschutz der Gesamtbevölkerung gefährdet wird."

Bereits im April 2011 seien bei einer städtischen Fachausschusssitzung alle Sachverständigen zu dem Ergebnis gekommen, "dass die Beseitigung der Mängel und Gefahren am Standort Klosterbergenstraße nicht dauerhaft und nachhaltig möglich ist und dass eine zukunftsfähige und sichere Lösung nur der Neubau an einem anderen zentralen Standort in Alt-Reinbek sein kann." Die SPD-Mitgliederversammlung hat einstimmig den folgenden Beschluss gefasst: "Da die Funktionsfähigkeit, Betriebssicherheit und Einsatzbereitschaft der Ortsfeuerwehr Reinbek am Standort Klosterbergen nach fachlicher Einschätzung gefährdet ist und nicht uneingeschränkt und dauerhaft gewährleistet werden kann, wird der Bürgermeister gebeten, unverzüglich einen begründeten Vorschlag für einen alternativen Standort in Alt-Reinbek mit konkreter Raum- und Kostenplanung vorzulegen." Für den Haushalt 2012 sollen "erforderliche Planungskosten in Höhe von 25.000 Euro" beantragt werden. Die SPD-Stadtverordnetenfraktion ist beauftragt worden, den Beschluss umzusetzen.

In einem weiteren einstimmigen Beschluss haben die Mitglieder die Fraktion beauftragt, "die Gemeinschaftsschule in Reinbek besonders zu fördern und sich hier für den Aufbau einer Oberstufe einzusetzen." In der Begründung dazu heißt es: ""Es ist längst akzeptiert, dass die Anforderungen auf einem klassischen Gymnasium nicht mit den unterschiedlichen Entwicklungsphasen und den sozialen Fördermöglichkeiten aller Jugendlichen kompatibel sind. In Reinbek wurde deshalb eine Gemeinschaftsschule - allerdings bisher ohne Oberstufe - eingerichtet." Mit einer Oberstufe an der Gemeinschaftsschule gäbe es in Reinbek mittelfristig ein Abitur sowohl nach acht weiterführenden Schuljahren (G 8 auf dem Gymnasium) als auch nach neun weiterführenden Schuljahren (G 9 auf der Gemeinschaftsschule), und, so Vorsitzender Klaus-Peter Puls mit Blick auf die Nachbargemeinde Wentorf: "Politische und juristische Streitigkeiten über den einzig richtigen Weg zum Abitur wären in Reinbek gegenstandslos."

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 16.11.2011, 12:54 Uhr - 12906 Clicks - Nr. 1139

Zwei Standorte aus dem Kreis Segeberg im Aktionsprogramm II

SPD-MdB Thönnnes gratuliert Mehrgenerationenhäusern

„Die exzellenten Konzepte und die guten Bewerbungen haben in Berlin überzeugt. Das freut mich sehr“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes zur Aufnahme der beiden im Kreis Segeberg existierenden Mehrgenerationenhäuser „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen und „Familienzentrum“ in Henstedt-Ulzburg, in das Aktionsprogramm II des



Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Da Ende 2011 das jetzige Aktionsprogramm I ausläuft, hatte die SPD-Bundestagsfraktion mit Anfragen und Anträgen darauf gedrängt, hier zügig für eine Anschlussfinanzierung zu sorgen.

SPD-MdB Franz Thönnies: „Dieser Druck hat sich gelohnt und heute besteht endlich Klarheit, welche Häuser im Anschlussprogramm gefördert werden“. Dabei sei besonders erfreulich, dass erstmals das „Familienzentrum“ in Henstedt-Ulzburg mit dabei ist und der bereits erfolgreich arbeitende „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen weitergefördert werden kann. Damit sind aus dem Kreis Segeberg zwei Standorte dabei, obwohl eigentlich vorgesehen war je Kreis nur ein Haus zu fördern. Hinzu kommt dass die Auswahl aus 600 Interessensbekundungen und bei 50 Erstbewerbungen erfolgte.

„Dies unterstreicht die Qualität der Arbeit der Aktiven vor Ort, denen großer Dank zu zollen ist. Sie haben in den letzten Jahren und bei der Ausarbeitung der Bewerbung außergewöhnliches geleistet“, so der Segeberger Bundestagsabgeordnete und ergänzt: „Da hat sich meine Empfehlung an das Familienzentrum Henstedt-Ulzburg, sich trotz des bestehenden Angebotes in Kaltenkirchen zu bewerben, als richtig erwiesen, denn die Konzeption hatte auch mich überzeugt.“

Nach Bekanntgabe der Standorte müssen die ausgewählten Häuser jetzt einen Zuwendungsantrag stellen und können dann ihre passgenauen Angebote, wie Familienbildung, Kinderbetreuung oder Seniorenarbeit, weiter generationenübergreifend anbieten. „Wir wollen, dass alle Altersgruppen füreinander einstehen und Orte des Zusammenhalts entstehen. So Schade es ist, dass die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung auch hier gekürzt hat und 40 Häuser weniger gefördert werden, überwiegt heute doch die Freude über den Erfolg für unsere Region“, so Thönnies.

Bildquelle: Dieter Schütz / pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD Kiel-Süd-West](#) - veröffentlicht am 16.11.2011, 14:59 Uhr - 3551 Clicks - Nr. 1140

Sportpolitische Veranstaltung 09.11.11

Am Mittwoch den 09.11.11 hatten wir alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einer Sportpolitischen Veranstaltung im Sporthotel Advantage eingeladen. Die Veranstaltung war gut besucht, es waren rund 20 interessierte Bürgerinnen und Bürger anwesend. Thema war der Sportentwicklungsplan der Landeshauptstadt Kiel.

Der Sportpolitische Sprecher der SPD Ratsfraktion Torsten Stagars, stellte in einer Vorab Version die grundlegenden Ziele des Sportentwicklungsplans vor, welcher zum Ende des Jahres vorgestellt werden soll. Bei der anschließenden Diskussion zeigte sich das große Interesse an diesem Thema, besonders seitens der Sportvereine vertreten durch Frau Kollakowski (SSG Rot- Schwarz Kiel) und Herrn



Arlt (Fortuna Wellsee).

Wir, die SPD vor Ort, werden weitere Veranstaltungen zu verschiedenen Themen durchführen und dabei mit Ihnen – den Bürgerinnen und Bürgern im Kieler Süden – die Diskussion vorantreiben.

Keine Kommentare

[SPD-Mönkeberg](#) - veröffentlicht am 16.11.2011, 16:25 Uhr - 5460 Clicks - Nr. 1141

SPD Mönkeberg: Jahreshauptversammlung

Am 8. November stand wieder einmal der SPD Ortsverein vor den alle 2 Jahre stattfindenden Vorstandswahlen, sowie die jährlich anstehenden Regularien. Im Rahmen der Jahreshaupt-Versammlung im Gemeindehaus, bei Anwesenheit des langjährigen SPD Bundestags-abgeordneten und früherem SPD-Kreisvorsitzenden Horst Jungmann und seiner Frau wurden geehrt :



zur Totenehrung , Altbürgermeister Helmut Zimmer ,der leider viel zu früh verstorben, aber unvergessen ist für seinen unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Gemeinde Mönkeberg.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt wurden: Anke Dahmke, Ingrid Dahmke, Ursula Heinze und Irmgard Wohlgehagen

Für 25- jährige Mitgliedschaft geehrt wurden Marlene und Michael Carstensen.

Die Ehren-Urkunden und Präsente wurden durch Horst Jungmann und dem SPD Ortsvereinsvorsitzenden Rainer Dröge ausgehändigt.

Zu den folgenden Vorstandswahlen kam die SPD Kreisvorsitzende Anette Langner (MdL) hinzu und führte die folgende Wahlversammlung souverän, wie immer durch. Es wurde mit großer Mehrheit der neue Vorstand des SPD Ortsvereins Mönkeberg gewählt:

Rainer Dröge 1. Vorsitzender, Harald Tews 2. Vorsitzender, Fred Hentrich Schriftführer und Karin Horst KassiererIn.

als Beisitzer: Gerd Cornelsen, Jonas Cornelsen, Jens Heinze, Dietmar Katzer, Angelika Koslowski und Marlen Rücker

dazu kamen als Revisoren: Andrea Niebuhr und Werner Runde

Die Delegierten zu Kreisparteitagen wurden auch noch im Anschluss gewählt.

Zum Abschluss berichtete die SPD Kreisvorsitzende Anette Langner von den beginnenden Wahlkampf vorbereitungen zur Landtagswahl 2012 und da sie selbst in der SPD Landesprogramm-Kommission ist, auch von den programmatischen Vorentwürfen, die in Kürze an alle SPD Mitglieder in S-H zur Diskussion gestellt werden. Alles in Allem eine gute

Jahreshauptversammlung, wenn auch wegen der Fülle der Tagesordnungspunkte nicht ganz kurz geraten.

Der neugewählte Vorstand bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen und nahm die Wahl an!

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 17.11.2011, 13:41 Uhr - 3751 Clicks - Nr. 1142

Promotionen und Habilitationen

Landtagsrede vom 16.11.2011

Ein Dokortitel sollte mehr sein als ein Namenszusatz auf dem Türschild, darum muss der Standard von Dissertationen als eigenständige Forschungsleistungen gesichert werden. Wir brauchen nicht nur viele Promotionen an unseren Hochschulen, sondern viele besonders gute. Da lohnt ein genauerer Blick.



Für die umfangreichen Fakten und Daten bedanke ich mich bei den beteiligten Ministerien und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den befragten Einrichtungen, denen wir einiges zugemutet haben. Wenn manche Daten dort in Zukunft laufend erfasst werden, wird das unserem Diskurs dienlich sein. Jedoch bleiben Fragen offen, und es besteht Handlungsbedarf in einigen Bereichen. Dazu hat der Wissenschaftsrat erst vorgestern Empfehlungen formuliert.

Die Zahl der Promotionen nimmt ab, das Interesse an wissenschaftlichen Karrieren lässt nach. Obwohl ein Dokortitel für Ärzte entbehrlich ist, promovieren noch immer fast 60% der angehenden Mediziner und machen fast ein Drittel aller Promotionen aus. Die Qualität vieler dieser Dissertationen steht in der Kritik, weil ihr Niveau an anderen Fakultäten eher für eine Diplom- oder Masterarbeit ausreichen würde. Unsere beiden betroffenen Universitäten überprüfen bereits gemäß dem KMK-Beschluss von 2006 stetig die Qualität der medizinischen Dissertationen.

Eine gute Dissertation setzt eine intensive, kritische Betreuung voraus - Hochschullehrer, die ihren Doktoranden unterstützend, beratend, aber auch kontrollierend zu Seite stehen. Die Antwort der Landesregierung sagt nichts über diesen Betreuungsaufwand aus, auch nicht darüber, warum immer noch viele Professoren über Jahre hinweg keine einzige Promotionsarbeit betreuen. Ich will einmal offen fragen, ob derjenige, der das Privileg, Nachwuchswissenschaftler zu betreuen, nicht ernst nimmt, darauf nicht verzichten sollte. Das gebietet die Fairness gegenüber denjenigen, die ihre Verantwortung ernst nehmen.

Gerade nach den letzten Ereignissen kann nicht gelten, dass akademische Abschlüsse, auf die sich berufliche Karrieren gründen, ausschließlich durch das Privileg der Freiheit von Forschung und Lehre abgedeckt sind. Der Wissenschaftsrat rät daher zu festen Betreuungsvereinbarungen zwischen

Doktoranden, Betreuern und Promotionskomitees der Hochschule.

Das Dauerproblem der mangelhaften finanziellen Absicherung führt zu unangemessen langen Bearbeitungszeiten für Dissertationsprojekte. Wenn wir den wissenschaftlichen Nachwuchs auch weiterhin gezielt in Lehr- und Forschungstätigkeiten bringen wollen, muss dieser Weg vereinfacht und verkürzt werden.

Wir hoffen, dass sich durch die Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge Durchschnittsalter und durchschnittliche Studienzeit der Promovenden verringern. Trotz der Skepsis des Wissenschaftsrates sollten wir die Erfahrungen anderer Länder und Staaten auswerten, ob „fast track“-Promotionen ohne Master für besonders talentierte und engagierte Studierende sinnvoll sind. Auch die Bewertungen müssen überprüft werden. Unterschiede zwischen Bundesländern, Hochschulen oder Fakultäten dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, nach dem Vorbild anderer Staaten auf eine zweistufige Beurteilung mit „bestanden“ und mit „Auszeichnung“ überzugehen.

Die Habilitation ist wie die Promotion auf dem Rückzug. Mit der Einrichtung der Juniorprofessur mit allen ihren Problemen hat dies jedoch nur wenig zu tun. Die Habilitation ist und bleibt für viele die wichtigste Qualifikation auf dem Wege zu universitärer Forschung und Lehre. Es besteht also auch in diesem Bereich Handlungsbedarf. Die alternativen Qualifikationsmöglichkeiten müssen an einigen Universitäten und vielen Fakultäten besser integriert werden. Die Tatsache, dass die Mehrheit der Juniorprofessoren und auch die Habilitierten innerhalb von drei Jahren eine Professur übernehmen, zeigt, dass Qualifikationen aus Schleswig-Holstein von guter Qualität sind. Wir müssen trotzdem weiterhin die Neu-Promovierten und Neu-Habilitierten sowie die Juniorprofessoren bei uns in Schleswig-Holstein halten, im Interesse unserer Wissenschaft und Wirtschaft.

Heute ist fast jede zweite Dissertation, auch in der Mathematik und den Naturwissenschaften, die Arbeit einer Frau. Und auch die Juniorprofessuren werden fast zur Hälfte mit weiblichem Personal besetzt. Bei den Habilitationen besteht aber noch immer ein Verhältnis von 5:1; das muss sich ändern!

Wir bitten darum, die Antwort auf unsere Große Anfrage in den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung überweisen.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 17.11.2011, 15:33 Uhr - 14999 Clicks - Nr. 1143

Mindestlohn jetzt!

Nach dem CDU-Parteitag ist klar: Mit der Union wird es in naher Zukunft keinen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland geben. Denn mit dem beschlossenen Kompromiss haben sich die Mindestlohngegner in der Union durchgesetzt.

Dabei benötigen wir einen verbindlichen und gesetzlichen Mindestlohn dringender denn je. Seit Mitte der 90er Jahre ist der Anteil der Beschäftigten mit



Niedriglöhnen kontinuierlich angestiegen. In Schleswig-Holstein sind 27 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen.

Die Gründe sind meiner Meinung nach struktureller Natur: Die Wirtschaftszweige, in denen sehr oft niedrige oder gar Dumpinglöhne gezahlt werden, sind in Schleswig-Holstein häufig zu finden: Hotels und Gaststätten, Einzelhandel, Dienstleistungen und Landwirtschaft. Um den niedrigen Löhnen in diesen Bereichen zu begegnen, brauchen wir einen allgemein verbindlichen und gesetzlichen Mindestlohn.

In 20 von 27 EU-Staaten gibt es einen Mindestlohn. Im Gegensatz zu der oft zitierten theoretischen Standardargumentation von 1946 (!), wonach ein Mindestlohn ganz sicher Arbeitsplätze kosten würde, zeigt die Praxis: Die Einführung eines Mindestlohns zieht nicht automatisch einen Arbeitsplatzabbau nach sich.

Am Beispiel Großbritanniens lässt sich belegen, dass ein Mindestlohn durchaus positive Effekte erzielen kann. Studien zufolge haben dort rund 1,5 Millionen Beschäftigte vom gesetzlichen Mindestlohn profitiert. Zwei Drittel davon sind Frauen und von diesen wiederum zwei Drittel Teilzeitbeschäftigte. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hat sich um einen Prozentpunkt verringert – das klingt banal, ist jedoch ein großer Erfolg und wäre auch für Deutschland wünschenswert.

Die Beschäftigungsentwicklung nach der Einführung des Mindestlohns war unterdessen stabil und auch die Mindestlohn-Erhöhungen hatten keine Auswirkungen auf die Anzahl der Stellen. Den gestiegenen Arbeitskosten sind die britischen Unternehmen also nicht mit Stellenabbau begegnet. Stattdessen haben sie ihre Preise angehoben und die Produktivität gesteigert durch eine bessere Arbeitsorganisation und eine Qualifizierung der Mitarbeiter.

Für Auszubildende werden in Großbritannien niedrigere Mindestlöhne angesetzt, damit die Unternehmen auch weiterhin ausbilden.

Für mich ist klar: Die Einführung eines Mindestlohns muss natürlich gut vorbereitet werden und zudem darf er nicht zu hoch angesetzt werden. Wir Sozialdemokraten halten einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro für angemessen. Von diesem würden auch die Beschäftigten in Schleswig-Holstein profitieren und mit ihnen die Wirtschaftskraft unseres Landes.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung vom 17.11.2011

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.11.2011, 16:05 Uhr - 1869 Clicks - Nr. 1144

Dezentrale Energieversorgung für Kiel

Die Idee, die vorhandenen Überkapazitäten in Neumünster zur Erzeugung von Fernwärme für Kiel zu nutzen, hatte großen Charme. Vorhandene Anlagen zu nutzen anstatt neue Anlagen aus dem

Boden zu stampfen, war ein Ansatz, den wir gern unterstützt haben.

Nun stellt sich heraus, dass diese Lösung aus Kostengründen nicht umgesetzt werden kann. Damit ist auch die Diskussion beendet, ob das Projekt ökologisch vertretbar gewesen wäre. Hieran gab es erhebliche Zweifel, da die Erzeugung der Fernwärme für Kiel in drei älteren Kohlekesseln in Neumünster zu höheren CO₂-Emissionen geführt hätte.

Bei allem Bedauern über diese Entwicklung müssen wir aber auch betonen, dass uns neben einer ökologisch verträglichen und ökonomisch vernünftigen Lösung auch besonders wichtig ist, dass den Kieler Fernwärmekunden dauerhaft möglichst niedrige Preise angeboten werden können. Vor diesem Hintergrund müssen wir aus den Berechnungen, die die Stadtwerke Kiel angestellt haben, die richtigen Schlüsse ziehen.

Wir konzentrieren uns voll auf eine dezentrale Energieversorgung für Kiel – so haben wir es bereits in unserem Kieler Energie- und Klimaschutzkonzept 2008 festgelegt und so werden wir es auch weiterverfolgen. Die angestrebte dezentrale Energieerzeugung ist eine mutige Abkehr von der bisherigen zentralen Erzeugungsstruktur. Unsere Kieler Stadtwerke als Energiekümmerer werden zukünftig noch enger mit den Kunden zusammenarbeiten, als Verbraucher aber auch als Erzeuger von Energie. Mit Energiedienstleistungen, mit Contractingmodellen, mit enger Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handwerk sind neue Wertschöpfungsketten in der Kieler Region möglich und viele Menschen profitieren davon.

Für uns kommt nach wie vor eine Lebensdauerverlängerung des GKK nicht in Frage.

Dies erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) zur Entscheidung, das gemeinsame Fernwärmeprojekt zwischen Kiel und Neumünster zu beenden.

Kommentar von [Andreas Brons](#) vom 23.11.2011, 14:52 Uhr:

RE: Dezentrale Energieversorgung für Kiel

wenn nicht jetzt, wann dann sollten die Klimaschutzziele durch einen höheren Anteil der Erneuerbaren umgesetzt werden? Infofern kann ich gar nicht nachvollziehen, warum eine Trasse aus NMS überhaupt in Erwägung gezogen wurde.

Kommentar von [Stephan Fleischhauer](#) vom 20.11.2011, 04:43 Uhr:

RE: Dezentrale Energieversorgung für Kiel

Noch eine Formulierung, die irreführend ist: "da die Erzeugung der Fernwärme für Kiel in drei älteren Kohlekesseln in Neumünster zu höheren CO₂-Emissionen geführt hätte" Nein. Es hätte zu höheren CO₂-Emissionen IN KIEL geführt! Ansonsten könnte man ja beliebig Kohlestrom importieren (über Direktverträge oder Strombörse) und dann sagen, Kiel hat null CO₂-Emissionen, denn die Emissionen werden ja nicht in Kiel produziert. Wenn ihr gewählt werden wollt, solltet ihr die Wähler nicht so plump an der Nase herumführen. Der Deal mit Neumünster war ein politischer Fehler. Gebt das einfach zu. Gruß, Stephan Fleischhauer

Kommentar von [Stephan Fleischhauer](#) vom 19.11.2011, 03:08 Uhr:

RE: Dezentrale Energieversorgung für Kiel

Diese Argumentationen sind absolut widersprüchlich! Diese beiden Textstellen widersprechen sich diametral: "Die Idee, die vorhandenen Überkapazitäten in Neumünster zur Erzeugung von Fernwärme für Kiel zu nutzen, hatte großen Charme." "... gab es erhebliche Zweifel, da die Erzeugung der Fernwärme für Kiel in drei älteren Kohlekesseln in Neumünster zu höheren CO2-Emissionen geführt hätte" Es ging nie um Überkapazitäten (diese wären nämlich nur im Sommer gegeben), sondern um die Vollausslastung / Wiederinbetriebnahme und Laufzeitverlängerung der Klima-Killer-Kessel. Das war von Anfang an klar. Das Gerede von Überkapazitäten war unehrlich. Pfui, SPD! Die Kostengründe halte ich für vorgeschoben. Offenbar hat die SPD endlich gemerkt, dass das ganze zu einem PR-GAU geführt hätte. (Was stand da noch auf Albigs Wahlplakaten? "Kein Kohlekraftwerk!" Was für eine Farce!) "Bei allem Bedauern über diese Entwicklung ..." Das kommentiere ich jetzt nicht weiter. "Dezentral" ist die Neumünster-Kiel-Verbindung übrigens auch nicht. Was soll dieser Titel eigentlich sagen?? Auch das bisherige Energiekonzept (EVKK) beabsichtigt Fernwärmeausbau - ein dezentrales Konzept sieht anders aus. "Für uns kommt nach wie vor eine Lebensdauererweiterung des GKK nicht in Frage." Weil das GKK vor der eigenen Haustür steht? Der Neumünster-Deal hätte zu nichts anderem geführt: eine Lebensdauererweiterung von veralteten Kohleblöcken. Nun zu etwas anderem: "... besonders wichtig ist, dass den Kieler Fernwärmekunden dauerhaft möglichst niedrige Preise angeboten werden können." Niedrige Preise sind leider der falsche Weg. Fossile Energieträger MÜSSEN teuer werden, das ist ein ganz wesentliches Konzept der Energiewende. Die CO2-Deckelung und die entsprechende Verteuerung der Zertifikate sollen unter anderem dazu führen, dass Gebäudesanierung (auch Altbau) usw. wirtschaftlich werden. Auch megateure Techniken wie CCS werden dadurch überhaupt wirtschaftlich. (Mir geht es hier nicht um die Bewertung von CCS.) Die Energiewende lässt sich nur vollziehen, wenn sie solidarisch finanziert wird, nicht indem man fossile Energieversorgung billig macht. Anders ausgedrückt: Die einkommensstarken Schichten müssen die zunächst hohen Anfangsinvestitionen für die Energiewende zahlen. Leider hat die SPD auch hier Nachholbedarf. Im Kooperationsvertrag steht übrigens, dass sich SPD und Grüne für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung einsetzen wollen. Welche Schritte werden da unternommen? Gruß, Stephan Fleischhauer

[SPD-Gettorf](#) - veröffentlicht am 17.11.2011, 18:02 Uhr - 4518 Clicks - Nr. 1145

2. SPD- Bürgerforum - Themen Bildung und Kultur

Der SPD- OV Gettorf hatte am 15.11.2011 zum 2. Bürgerforum „Gettorf 2020“ zu den Themenkomplexen „Bildung und Kultur“ ins KuBiZ eingeladen. Als Referenten konnten die MdL der SPD- Landtagsfraktion Serpil Midyatli, kinder- und jugendpolitische Sprecherin sowie Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher, gewonnen werden.

Der OV- Vorsitzende Wolf-Rüdiger Bölc begrüßte gut 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger. In seinen Eingangsworten skizzierte der OV- Vorsitzende kurz die örtlichen Gegebenheiten und Probleme.

Anschließend erläuterte Martin Habersaat die Möglichkeiten der Bildung in unserer Gesellschaft

vom Säugling bis ins hohe Lebensalter. In seinem Kurzvortrag ging Martin Habersaat insbesondere auf die Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, auf Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schule und Kindergärten beim Wechsel der Kinder, die Entwicklung von Schulprogrammen und pädagogischen Konzepten, Vor- und Nachteilen von gebundenen Ganztagschulen, die Möglichkeiten eines lebenslangen Lernens, die Bedeutung von Volkshochschulen, Vereinen und Verbänden, ein.

Die anschließende Diskussion zeigte, dass auch unsere Gemeinde Gettorf mit diesen Herausforderungen zu tun hat. In einigen Bereichen sind durch kommunalpolitische Entscheidungen schon entsprechende Maßnahmen umgesetzt worden. In anderen Bereichen gilt es, sich der Thematik vertiefend anzunehmen.

Serpil Midyatli führte sodann durch ein Kurzreferat in das Thema „Kultur“ ein. Lediglich 0,7 %, oder umgerechnet 56.- € pro Kopf, werden in Schleswig-Holstein für Kultur ausgegeben. Schleswig-Holstein liegt damit im Bundesvergleich am Ende.

Die Bürgerinnen und Bürger auch kleinerer Gemeinden haben ein Recht auf Kultur. Auch sei die Kultur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

In der sich anschließenden Aussprache wurde deutlich, dass es in Gettorf durchaus attraktive Kulturangebote der verschiedensten Art durch Vereine und Verbände gibt. Es gilt aber, diese Angebote besser zu koordinieren und zu bewerben. Eine Möglichkeit bestünde darin, eine Vernetzung der Vereine und Verbände herzustellen. Auch wurde die Frage nach einer möglichen Gründung eines Kunst- und Kulturvereins für Gettorf aufgeworfen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Sport, Jugend und Soziales Gerhard Witte (SPD) erklärte, dass die Kultur in Gettorf wiederbelebt werden müsse. Er werde Anfang des neuen Jahres die Kulturschaffenden zu einem Runden Tisch einladen.

Nach 2 Stunden zog der OV- Vorsitzende Wolf- Rüdiger Bölck in seinen Schlussworten ein positives Fazit und dankte allen Beteiligten für ihr Erscheinen und ihre Beiträge. Die dargestellten Probleme, Anregungen und Hinweise werden jetzt in den zuständigen Gremien der SPD weiter erörtert und bearbeitet.

Fazit:

- Erneut gut besuchte Veranstaltung
- Thematik interessiert unsere Bürgerinnen und Bürger
- Maßnahmen sind angezeigt

Kommentar von [Martin Habersaat](#) vom 18.11.2011, 11:22 Uhr:

2. SPD- Bürgerforum

Das war auch für mich ein interessanter Abend. Ihr seid mit den Foren in Gettorf auf einem guten Weg. Viel Erfolg weiterhin!

Zusammenarbeit mit Hamburg institutionalisieren

Ich war bemüht, zum Start ein Zitat zu finden, das den Kern der heutigen Debatte trifft. „Wir sind ein Norden und haben zusammen viele Stärken. Genau das werden wir weiter ausbauen.“ Das hat unser Ministerpräsident gesagt. Es wäre schön, wenn es heute darum ginge. Vorsichtshalber stelle ich ein zweites Zitat voran, das einem Sozialdemokraten zuzuschreiben ist, der einst der Opposition im Bundestag beschied: „Und wenn Sie hier das Godesberger Programm vorlegen, wir stimmen trotzdem dagegen.“ Mal sehen, welches davon die heutige Debatte besser trifft.



Wir wollen bisher unregelmäßig stattfindende gemeinsame Beratungen institutionalisieren und das Miteinander verbessern.

Wir sollten als Landtag die Chancen nutzen, die ein gemeinsamer Ausschuss uns für stetige parlamentarische Zusammenarbeit bietet, die unabhängig von der jeweiligen Farbe der Landesregierung funktionieren sollte.

Wir brauchen einen gemeinsamen Blick auf gemeinsame Unternehmungen, die Effizienzgewinne bringen müssen, auf gemeinsame Problemlagen und Interessen.

Wir sind uns eigentlich einig: Da die Nord-CDU in letzter Zeit häufiger Verbesserungsbedarf für die Zusammenarbeit mit Hamburg angemeldet hat, sind wir zuversichtlich, dass Sie sich uns anschließen können.

Themen für den Ausschuss gibt es genug:

Erstens: Er soll Einrichtungen und Projekte begleiten, beispielsweise die HSH-Nordbank, Dataport oder die AKN. Ein künftiges gemeinsames Projekt soll auch das Korruptionsregister Hamburg-Schleswig-Holstein sein, um „schwarze Schafe“ nicht mehr an der Vergabe öffentlicher Aufträge zu beteiligen; gerade die Metropolregion sollte als ein Wirtschaftsraum betrachtet werden.

Zweitens: Der Ausschuss soll Themen bewegen. Das Gastschulabkommen nenne ich als eines, das den Hamburger Rand besonders betrifft. Die Ostseekooperation könnte man nennen oder die Husum WindEnergy als Beispiel, das den nördlichen Landesteil betrifft.

Vielleicht könnten Beratungen in einem gemeinsamen Ausschuss auch zur Versachlichung beitragen. Wir haben hier zuletzt viele Angriffe auf den aktuellen Hamburger Senat gehört, wenig über die Jahre vorher. Da gab es zum Beispiel unter der Vorlagenummer 18/4573 den Antrag der Hamburger CDU-Fraktion, man wolle Hamburg zum, „nationalen Messeschwerpunkt ‚Erneuerbare Energien und moderne Energietechnologien‘“ ausbauen. Ausdrücklich als Beispiel genannt: die

Windenergy. Das sollte man mit den Hamburgern gemeinsam besprechen.

Drittens schließlich hätten wir ein Gremium, das die geleistete Vorarbeit unserer Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ aufnehmen kann.

Nun gibt es zwei Kritikpunkte, die ich von Seiten der regierungstragenden Fraktionen auf unsere Initiative bisher wahrgenommen habe, beide eher auf der Linie des zweiten Eingangszitats. Motto: Im Prinzip ist die Idee ja nicht schlecht, aber natürlich geht es nicht so, wie die SPD vorschlägt...

Frau Brand-Hückstädt beklagt sich, wir seien „vorgeprescht“ und hätten nicht den Abschlussbericht der Enquete-Kommission abgewartet. Dazu habe ich zwei Fragen und eine Anmerkung:

1. Ist das dieselbe Frau Brand-Hückstädt, die im Sommer alle angehörten Experten und Kommissionsmitglieder vor den Kopf stieß, als sie die sofortige Einstellung der Kommission forderte?

2. Bezieht sich die Kritik auch auf den schwarz-gelben Antrag zur AKN aus dieser Tagung? Schließlich waren AKN und ÖPNV auch Thema in der Kommission.

Und die Anmerkung: Wenn ich gewusst hätte, dass die Einrichtung einer Enquete-Kommission ein Thema für deren Dauer sperren kann, hätte ich mich zu Beginn der Legislaturperiode vehement für eine Enquetekommission „Schulsystem“ eingesetzt.

Die SPD hat vorgeschlagen, einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden mit jeweils 13 Vertreterinnen und Vertretern aus Schleswig-Holstein und Hamburg. Liebe CDU, ob wir das „Ausschuss“ oder „Arbeitsgremium“ nennen, ist für uns nicht entscheidend. Auch „Mindestlohn“ und „Lohnuntergrenze“ berühren ja ähnliche Inhalte. Auch über die Größe des Gremiums kann man sicherlich reden.

Interessant: 26 Mitglieder scheinen Ihnen zu viel für sinnvolles Arbeiten. Andererseits schlagen Sie häufigere gemeinsame Sitzungen von Fachausschüssen vor. Wenn nun ein Hamburger Fachausschuss und ein Schleswig-Holsteiner Fachausschuss sich treffen, nehmen wir mal als Beispiel die beiden Wirtschaftsausschüsse, sitzen im Saal - wer weiß es? - 26 Abgeordnete!

Wir haben einen Vorschlag gemacht. Wenn jetzt in unseren Ausschüssen und / oder Arbeitsgremien noch über das ‚Wie‘ diskutiert wird und nicht mehr das ‚Ob‘, bin ich sehr zufrieden.

Landtagsrede vom 18.11.2011

Keine Kommentare

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 18.11.2011, 16:27 Uhr - 7117 Clicks - Nr. 1147

Kreisverband 60plus Dithmarschen

Mit der einstimmigen Wahl der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Aletta Thies zur neuen Vorsitzenden und Peter Bockwohldt als ihren Nachfolger im Vorstand, ist der KV AG 60plus wieder komplett. Aletta Thies folgt damit dem bisherigen Vorsitzenden Detlef Buder, der nach nur einem halben Jahr seinen Vorsitz aus persönlichen Gründen niederlegte.

Zu einer außerordentlichen Kreiswahlkonferenz trafen sich die Mitglieder der größten SPD Arbeitsgemeinschaft „60plus“ in der Meldorfer Linde.

Mit der einstimmigen Wahl der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Aletta Thies zur neuen Vorsitzenden und Peter Bockwohldt als ihren Nachfolger im Vorstand, ist die AG 60plus wieder komplett.

Zu der sehr gut besuchten Veranstaltung waren zahlreiche Ehrengäste erschienen u.a. die Landesvorsitzende Gertrud Ehrenreich, die Kreisvorsitzende Angelika Hansen und der Landtagskandidat Michael Wolpmann.

Der für Dithmarschen zuständige Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann referierte über „Altersarmut – die gesellschafts-politische Herausforderung der Zukunft“, nach dem er vorher über die aktuelle politische Lage berichtet hatte.

In ihrem Schlusswort bedankte sich Aletta Thies und wies darauf hin, dass „die Alten“, die über viel Erfahrung und Kompetenz verfügen, in einen Dialog mit den Jüngeren mehr eingebunden werden müssen.

Sie versprach, die Arbeit im Sinne des kürzlich verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Klaus Steinschulte fortzuführen.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.11.2011, 17:04 Uhr - 10424 Clicks - Nr. 1148

Außerordentlicher Kreisparteitag Schleswig-Flensburg

Der SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg wird am Dienstag, den 22. November 2011 um 19.00 Uhr im Haus an der Treene Walter-Saxen-Str. 7, 24963 Tarp

Tel. 04638-495, einen a. o. Kreisparteitag durchführen.

Als Schwerpunktthema wird das Regierungsprogramm von 2012 bis 2015 behandelt und eine Vielzahl von Anträgen behandelt.

Zu Sachthemen des Wahlprogramms werden die drei Landtagskandidaten

Dr. Jens Maßlo, WK-Flensburg-Land, Ralf Wrobel, WK-Schleswig-Nord und Birte Pauls MdL, WK-Schleswig, referieren.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 18.11.2011, 19:05 Uhr - 6165 Clicks - Nr. 1149

INTERESSENGEMEINSCHAFT OCHSENZOLL zu Gast bei Norderstedter SPD

Die beiden Vorsitzenden der INTERESSENGEMEINSCHAFT OCHSENZOLL e.V., Herr Mährlein, 1. Vorsitzender, und Frau Weidemann, 2. Vorsitzende, freuten sich über die Einladung der Norderstedter Genossinnen und Genossen zu einem Gespräch.

Die beiden Vorsitzenden der INTERESSENGEMEINSCHAFT OCHSENZOLL e.V., Herr Mährlein, 1. Vorsitzender, und Frau Weidemann, 2. Vorsitzende, freuten sich über die Einladung der Norderstedter Genossinnen und Genossen zu einem Gespräch.

Vor ca. 8-10 Jahren wandte sich die Interessengemeinschaft zum ersten Mal an die Stadt Norderstedt. Man machte sich Sorgen über die Entwicklung des Schmuggelstieges. Das traditionelle Einkaufsgebiet mit seinem bunten Branchenmix sollte erhalten bleiben.

Die breite Unterstützung der anliegenden Grundstückseigentümer und die Einführung eines entsprechenden Gesetzes auf Landesebene ermöglichte es dem Schmuggelstieg, nach Flensburg als zweites PAKT-Gebiet in Schleswig-Holstein ausgewiesen zu werden.

Die Neugestaltung des Schmuggelstieges wurde vor ca. 2,5 Jahren begonnen und ist zwischenzeitlich abgeschlossen. Jedoch kommen die Inhaber der Geschäfte noch nicht zur Ruhe und auch der Leerstand vieler Ladenflächen wird nicht abgebaut. Im Gegenteil: Durch den jetzt geplanten Abriss und Neubau eines Teiles des Einkaufsgebietes ergeben sich für die ortsansässigen Unternehmer neue Probleme. Das Parkdeck mit den 110 Stellplätzen, die bisher für den gesamten Schmuggelstieg genutzt werden, werden während der Bauphase wegfallen. Die Interessengemeinschaft wirbt deshalb bei ihren Gastgebern um Unterstützung zur Lösung dieses Problems.

Man ist sich einig, dass der geplante Neubau eine Bereicherung des Einkaufsgebietes darstellt und wird deshalb weiterhin konstruktiv gemeinsam an Lösungsmöglichkeiten für die Parkplatzproblematik arbeiten.

Keine Kommentare

[SPD-Flintbek](#) - veröffentlicht am 19.11.2011, 11:59 Uhr - 3761 Clicks - Nr. 1150

SPD Flintbek erbost über knappe Entscheidung für KiTa-Standort

Der Gemeindekindergarten am Butenschönsredder ist sanierungsbedürftig und gleichzeitig steigt der Bedarf an Plätzen in Kindertagesstätten (KiTa). Dies zu regeln, ist eine schwierige Aufgabe bei problematischen Gemeindefinanzen. Die Parteien in der Gemeindevertretung Flintbek waren sich deshalb eigentlich grundsätzlich einig, dass so eine große Investition (ca. 2,5 Mio. €) einvernehmlich oder zumindest im größtmöglichen Konsens gefunden werden muss. Aber genau das Gegenteil ist eingetreten.

Nachdem sich schon der Hauptausschuss mit knapper Mehrheit aus CDU und UWF (5 dafür, 4 dagegen) unerwartet und auch zur Überraschung des Bürgermeisters für einen Neubau einer vergrößerten Gemeinde-KiTa auf dem freien Gelände neben dem Bürger- und Sportzentrum und neben der AWO-KiTa Storchennest ausgesprochen hatte, wurde nun die endgültige Entscheidung in der Gemeindevertretung am 10.11.2011 erwartet. Unbelehrbar zeigten sich die beiden politischen Gruppen auch hier. Ebenso wie im Hauptausschuss nutzten CDU und UWF ihre sehr knappe Mehrheit, um mit 9 zu 8 Stimmen den Neubau neben der AWO-KiTa zu beschließen. Von Einvernehmlichkeit oder Konsens war keine Rede mehr. "Diese Fehlentscheidung wird die Gemeinde über Jahrzehnte belasten" kommentierte dies Hans Joachim Thiem, SPD-Fraktionsvorsitzender, und weiter: "Es macht keinen Sinn, neben eine vorhandene KiTa mit 5 Gruppen und eine weitere mit 6 Gruppen – das sind 11 Gruppen an einem Standort - zu bauen."

Flintbek hat mit seinen drei Ortsteilen Großflintbek, Kleinflintbek und Voorde eine etwa gleichmäßige Verteilung von Kindern im Alter zwischen ein und sechs Jahren. "Dafür sollten die Wege von der Wohnung zur nächsten KiTa für die Kleinen möglichst kurz gehalten werden. Gerade deshalb war in Kleinflintbek die Außenstelle Kleine Flintsteine der AWO-KiTa eingerichtet worden" stellte Susanne Sörensen, SPD-Gemeindevertreterin und Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend, Kultur und Soziales, fest.

Gerne hätte die SPD in Voorde zwei Gruppen untergebracht. Das Gebäude Butenschönsredder hätte saniert oder an anderer Stelle in Großflintbek neu gebaut werden können. Auf jeden Fall sollte es keine Konzentrierung von KiTa-Plätzen geben. Aber genau das haben CDU und UWF mit ihrer knapp durchgedrückten Entscheidung vor.

"Gerade diese beiden Gruppierungen (Flintbeker CDU und UWF) zeigen, dass ihre Beteuerungen der Bürgernähe und der Entscheidungen zum Gemeindewohl nur leere Worthülsen sind" bedauerte Wulf Brieger, Gemeindevertreter und Vorsitzender der SPD Flintbek.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 19.11.2011, 18:19 Uhr - 4222 Clicks - Nr. 1151

Bei der SPD Bargtheide

Zu ihrer Mitgliederversammlung hatte die SPD Bargtheide den Stormarner SPD-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Martin Habersaat (34, Barsbüttel) eingeladen. Dieser berichtete im Kleinen Theater über aktuelle Entwicklungen in der Landespolitik und diskutierte gemeinsam mit der OV-Vorsitzenden Susanne Danhier, die ebenfalls für den Landtag antritt, den Programmentwurf der SPD für die Wahl am 6. Mai 2012. Außerdem stand die Ehrung langjähriger Mitglieder auf dem Programm, ebenso Tätigkeitsberichte aus dem Ortsvereinsvorstand und der Fraktion.



Im Bildungsbereich warb Habersaat für Ruhe im Schulsystem, zeigte aber auf, an welchen Stellen Handlungsbedarf für die nächste Landesregierung besteht: "Es werden in Schleswig-Holstein noch immer Haupt- und Realschullehrer ausgebildet, obwohl es diese Schulformen hier gar nicht mehr gibt. Das müssen wir ändern." Die Lehrerbildung solle vom Schularbeitsbezug zum Stufenbezug umgestellt werden, Pädagogik einen größeren Raum einnehmen. Das fällt zusammen mit dem zweiten anstehenden Schwerpunkt, der Inklusion - damit ist das Recht von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf gemeint, an Regelschulen unterrichtet und gefördert zu werden. Neben dem Bildungsbereich war Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, auch für sein zweites "Lieblingsthema": Eine verbesserte Zusammenarbeit mit Hamburg. Die SPD-Frakturen beider Länder beantragen die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses, um hier voran zu kommen. Habersaat: "Ich hoffe, die CDU kann anerkennen, dass das eine sinnvolle Idee ist, und diese unterstützen!"

Für seine 20jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt wurde Reinhard Schaefer, langjähriges Mitglied im Finanzausschuss in Bargteheide.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD Bargteheide, Jürgen Weingärtner, berichtete von den anstehenden Haushaltsberatungen.

Susanne Danhier skizzierte die Vorhaben der nächsten Monate und wies besonders auf den Stand der SPD auf dem Weihnachtsmarkt in Bargteheide hin, bei dem diesmal eine Spendensammlung für das "antirassistische Bündnis Stormarn" geplant ist.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 19.11.2011, 18:29 Uhr - 3895 Clicks - Nr. 1152

Beim Zukunftsforum "Gettorf 2020"

Die SPD Gettorf hatte am zum 2. Bürgerforum „Gettorf 2020“ zu den Themenkomplexen „Bildung und Kultur“ ins KuBiZ eingeladen, mehr als 30 interessierte Gäste waren gekommen. Als Referenten dabei waren die SPD-Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli, die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, sowie Martin Habersaat, der bildungspolitischer Sprecher der SPD im Landtag.



Der Ortsvereinsvorsitzende Wolf-Rüdiger Bölck begrüßte die Bürgerinnen und Bürger mit einem kurzen Eingangsreferat, in dem er auf einzelne örtliche Gegebenheiten und Probleme einging.

Anschließend erläuterte Martin Habersaat die Ansprüche und Möglichkeiten der Bildungspolitik in

unserer Gesellschaft vom Säugling bis ins hohe Lebensalter. In seinem Kurzvortrag ging Martin Habersaat insbesondere auf die Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren (aktueller Ausbaubedarf), auf Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schule und Kindergärten beim Wechsel der Kinder (von der Kommunalpolitik nicht überall beachtet), die Entwicklung von Schulprogrammen und pädagogischen Konzepten (Kennen Kommunalpolitiker die Konzepte der Schulen vor Ort? Werden diese unterstützt?), Vor- und Nachteile von gebundenen Ganztagschulen, die Möglichkeiten eines lebenslangen Lernens und die Bedeutung von Volkshochschulen, Vereinen und Verbänden, ein.

Die anschließende Diskussion zeigte, dass auch die Gemeinde Gettorf mit diesen Herausforderungen zu tun hat. In einigen Bereichen sind durch kommunalpolitische Entscheidungen schon entsprechende Maßnahmen umgesetzt worden. In anderen Bereichen gilt es, sich der Thematik vertiefend anzunehmen.

Serpil Midyatli führte sodann durch ein Kurzreferat in das Thema „Kultur“ ein. Lediglich 0,7 %, oder umgerechnet 56.- € pro Kopf, werden in Schleswig-Holstein für Kultur ausgegeben. Schleswig-Holstein liegt damit im Bundesvergleich am Ende.

Die Bürgerinnen und Bürger auch kleinerer Gemeinden haben ein Recht auf Kultur. Auch sei die Kultur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

In der sich anschließenden Aussprache wurde deutlich, dass es in Gettorf durchaus attraktive Kulturangebote der verschiedensten Art durch Vereine und Verbände gibt. Es gilt aber, diese Angebote besser zu koordinieren und zu bewerben. Eine Möglichkeit bestünde darin, eine Vernetzung der Vereine und Verbände herzustellen. Auch wurde die Frage nach einer möglichen Gründung eines Kunst- und Kulturvereins für Gettorf aufgeworfen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Sport, Jugend und Soziales Gerhard Witte (SPD) erklärte, dass die Kultur in Gettorf wiederbelebt werden müsse. Er werde Anfang des neuen Jahres die Kulturschaffenden zu einem Runden Tisch einladen.

Nach 2 Stunden zog der OV- Vorsitzende Wolf- Rüdiger Bölck in seinen Schlussworten ein positives Fazit und dankte allen Beteiligten für ihr Erscheinen und ihre Beiträge. Die dargestellten Probleme, Anregungen und Hinweise werden jetzt in den zuständigen Gremien der SPD weiter erörtert und bearbeitet.

Keine Kommentare

Inklusion verändert die Schullandschaft

„Mit der Ratifizierung der UN-Konvention ist inklusive Bildung ein Menschenrecht. Das ist das stärkste Argument für gemeinsames Lernen überhaupt“, so die Bildungsjournalistin Brigitte Schumann auf einer bildungspolitischen Tagung der SPD-Landtagsfraktion. Inklusion - damit ist das Recht von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf gemeint, an Regelschulen unterrichtet und gefördert zu werden.

Nun hat die Landesregierung einen „Bericht zur landesweiten Umsetzung von Inklusion in der Schule“ (Drucksache 17/1568) vorgelegt.

Ein positives Ergebnis: In Schleswig-Holstein werden bereits 53,8% dieser Schüler an Regelschulen unterrichtet, deutschlandweit sind es erst 20%. Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, mahnt dennoch weitere Anstrengungen an: „Das Ziel der UN liegt bei 85%. Und die Regelschulen brauchen Hilfe auf dem Weg dorthin.“



Vor diesem Hintergrund seien auch Entwicklungen an den örtlichen Förder und Regelschulen zu sehen. Die Wilhelm-Busch-Förderschule in Glinde wird künftig vor allem Intensivkurse für Schülerinnen und Schüler anbieten, die ansonsten an Regelschulen unterrichtet werden. Die Amalie-Sieveking-Förderschule in Reinbek unterstützt beispielsweise die Grundschule Klosterbergen in ihrer täglichen Arbeit und hilft auch bei Präventivmaßnahmen. Und das Landesförderzentrum Sprache in Wentorf wird auch deshalb aufgelöst, weil viele der infrage kommenden Schülerinnen und Schüler in ihren Heimatkreisen unterrichtet werden können und sollen.

Habersaat: „Wir können heute auf viele Schulen verweisen, die sich dieser Herausforderung mit großem Erfolg gestellt haben und zeigen: Alle beteiligten Kinder gewinnen soziale Kompetenzen und Selbstvertrauen, und es ist eine gesicherte Erkenntnis, dass man von seinesgleichen mehr lernt als von dem, der da vor der Klasse steht.“ Unter den beispielhaften Schulen seien bisher allerdings nur wenige Gymnasien zu finden. Habersaat weiter: „Der Inklusionsgrad ist übrigens auch ein wichtiger Faktor bei der Beurteilung von schulvergleichenden Länderrankings. Wo besonders viele Kinder in Förderzentren unterrichtet werden, schneiden die Regelschulen bei Vergleichstests natürlich entsprechend besser ab.“

Die Landesregierung steht hinter dem Ziel der Inklusion, damit ist Martin Habersaat zufrieden. Einen Kritikpunkt sieht er allerdings doch: „Die SPD-Landtagsfraktion teilt nicht die Auffassung der Landesregierung, dass Inklusion zum Nulltarif zu haben ist. Die Schulen brauchen für Schulklassen, in denen integrativ beziehungsweise inklusiv unterrichtet wird, Entlastungsstunden und sie müssen die Möglichkeit haben, wenigstens manche Stunden mit zwei Lehrkräften zu

unterrichten. Diesen Stellenbedarf kann man nicht allein dadurch absichern, dass an den Förderzentren immer weniger Kinder unterrichtet werden und dass die Lehrkräfte deswegen verstärkt an allgemein bildenden Schulen eingesetzt werden können.“,

[Bericht zur landesweiten Umsetzung von Inklusion in der Schule](#)

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 20.11.2011, 22:11 Uhr - 4299 Clicks - Nr. 1154

Wer hat Ideen für den Regierungswechsel?

Anders soll er sein, der Landtagswahlkampf 2012. Das hat sich Martin Habersaat vorgenommen, Landtagsabgeordneter für die SPD und Kandidat im Wahlkreis Stormarn-Süd, der aus Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek und Wentorf besteht. Seine Überlegung: „Wenn wir wieder mehr Menschen für Politik und Gesellschaft interessieren wollen, können wir nicht immer das tun, was wir immer getan haben. Natürlich möchte ich das Potential der vielen SPD-Mitglieder in den Städten und Gemeinden nutzen.



Aber ich bin mir sicher, dass es darüber hinaus viele Menschen gibt, die sich einen Regierungswechsel wünschen oder die Lust darauf haben, sich mit eigenen Ideen in so einen Landtagswahlkampf einzubringen.“

Deshalb lädt Habersaat ein zu einer offenen Wahlkampf vorbereitungsrunde. Am 30. November ab 19.00 Uhr im Bürgerhaus Glinde (Markt 2). Eingeladen sind alle, die die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Torsten Albig und ihrem Wahlkreiskandidaten Martin Habersaat unterstützen wollen. Habersaat: „Auch wer an dem Abend nicht dabei sein kann, ist mit Ideen und Vorschlägen willkommen. Was sollten wir uns ansehen? Wen sollten wir treffen? Welche Themen sollten wir anpacken? - Das könnten die Leitfragen sein.“ Als Ansprechpartnerin steht Habersaats Wahlkreismitarbeiterin Angelika Lütjens (Tel. 04104-4577) zur Verfügung, Anregungen können aber auch über das Kontaktformular unter www.martinhabersaat.de abgegeben werden.

Eigene Ideen wird der Landtagsabgeordnete auch mitbringen, schließlich ist er bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und setzt sich als Mitglied der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ für eine intensivere Kooperation mit Hamburg ein. Diese Arbeitsschwerpunkte sollen bei der Erarbeitung der Agenda nicht fehlen.

Keine Kommentare

Engagement der SPD Reinfeld für die Belebung der Innenstadt

Die Verteilung von Flyern der SPD in Verbindung mit einer Schautafel mit konkreten Informationen und Plänen zur Belebung der Innenstadt vor dem Markt Markt in der Bahnhofstraße war ein voller Erfolg. Sehr viele Kundinnen und Kunden des Geschäftes waren überrascht, wie viele Informationen zum Thema Innenstadtbelebung ihnen bisher entgangen waren.

Es war für uns sehr angenehm zu erleben, dass großes Interesse an Hintergrundinformationen bestand und sich viele Menschen die Zeit nahmen, Argumente auszutauschen.



Ein typischer Gesprächsbeginn war häufig die Äußerung von Reinfeldern: „Ich habe schon unterschrieben“. Darauf gab ich die Antwort: „Es geht hier nicht um pro oder kontra Park, sondern um das Gesamtkonzept, welches wir hier vorstellen“. Nach ausführlicher Information und Diskussion hörten wir zum Abschluss der Gespräche wiederholt: „Das habe ich ja nicht gewusst. Ach so, das steckt also dahinter. Mit dieser Information sehe ich die Parkbebauung ganz anders. Oder auch: Interessant – ich werde mich weiter mit dem Thema beschäftigen. Wann gibt es eine neue Informationsveranstaltung der Stadt?“

Erfolgreich war der Stand vor Markt wegen der Dialoge, wegen des fruchtbaren Meinungs-austausches und dem erlebten Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Das macht uns/ mir Hoffnung, die Mehrheit der Reinfelderinnen und Reinfelder von dem Gesamtkonzept „Belebung der Reinfelder Innenstadt“ überzeugen zu können. Wenn eine Überplanung der Grünfläche nicht Bestandteil eines Gesamtpaketes wäre, würde ich selber für den Erhalt unterschreiben. Es ist wie mit einem Gebäude: Ein Haus braucht ein komplettes Fundament – eine halbes Fundament lässt es einstürzen!“ So sehe ich auch die Notwendigkeit eines „Zugpferdes“, genannt auch „Frequenzbringer“, wie einen Discounter, damit nette kleine Geschäfte überlebensfähig sind. Nur „Kuschelgeschäfte“ alleine können nicht überstehen.

Unsere umsetzbare SPD-Vision ist eine liebens- und lebenswerte Innenstadt, in der sich alle gerne aufhalten und viele Dinge des täglichen Bedarfs einkaufen können – für junge und alte Menschen, mobile und immobile Reinfelder, für gut betuchte Bürger und Menschen mit geringem Budget! Wir wollen die Möglichkeiten nutzen, einer „Schlafstadt“ zu mehr Attraktivität zu verhelfen und nicht weiterhin Entwicklungen zu verschlafen. Erste erfolgreiche Schritte sind allen bekannt: Die Gemeinschaftsschule mit Schulsozialarbeit, ein im Bau befindlicher und ein neu geplanter Kindergarten mit Unterbringung von Kindern unter drei Jahren, eine modernere Bücherei, die Seniorenwohnanlage, die sanierte Grundschule mit neuer Sporthalle und die viel genutzte Seepromenade. So wollen wir weiter machen!

Verfasst von Petra Gehrke
(Stadtverordnete und Ortsvereinsvorsitzende)

PS: Viele Meinungsäußerungen auf unserer Homepage wären klasse!

Kommentar von [Petra Gehrke](#) vom 06.12.2011, 18:46 Uhr:

RE: Engagement der SPD Reinfeld für die Belebung der Innenst

Ich möchte mit dieser kurzen Nachricht auf einen Termin der Stadt Reinfeld hinweisen: Am 12. Dezember können sich alle Bürgerinnen und Bürger umfassend über das Thema Innenstadtgestaltung informieren. Die Veranstaltung findet um 19.00 Uhr in der Mensa der Immanuel-Kant-Gemeinschaftsschule (Schulzentrum) statt. Eine rege Beteiligung wäre sehr erfreulich, damit mehr Menschen als bisher darüber informiert sind, welche Entwicklungen für Reinfeld geplant sind. Petra Gehrke

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 21.11.2011, 17:38 Uhr - 3858 Clicks - Nr. 1156

Sexualmedizinische Forschung und Lehre nicht wegsparen!

Zur Situation der sexualmedizinischen Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein erklärt der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Zur Situation der Sektion für Sexualmedizin des UKSH gab Wissenschafts-Staatssekretärin Dr. Andreßen in der Sitzung des Bildungsausschusses am 13. Januar 2011 an, Forschung und Lehre seien nicht sehr ausgeprägt, die Ausstattung der Sektion sei gut, ihre Existenz nicht gefährdet und deren Bedeutung für den Justizbereich unbestritten. Anfang Oktober überraschte das UKSH mit der Nachricht, dass Wissenschaftler der Sektion für Sexualmedizin gemeinsam mit Forschern der Kliniken für Neurologie und Neurochirurgie sowie des Instituts für Neuroradiologie des UKSH, Campus Kiel, erstmals eine weltweit neuartige Methode zur Diagnostik der Pädophilie entwickelt hätten.

Vor diesem Hintergrund kann ich nicht nachvollziehen, dass es nun bei der Landesregierung offensichtlich Überlegungen gibt, diese renommierte Einrichtung "wegzusparen", wenn sie nicht ihre "Leistungen zu marktgerechten Preisen anbietet, damit keine Defizite auftreten" (Zitat aus dem Pressebericht in den Kieler Nachrichten vom 19.11.).

Ich habe zur Situation und Zukunft sowie zur Finanzierung der Sektion für Sexualmedizin vor kurzem eine Kleine Anfrage gestellt (die Antwort liegt noch nicht vor). Darin frage ich auch, wie die Landesregierung sicherstellen möchte, dass der personelle Bedarf an forensischen Gutachterinnen und Gutachtern sowie Therapeutinnen und Therapeuten, der sich nach der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Neuregelung des Rechts der Sicherungsverwahrung ab dem 01.06.2013 abzeichnet, durch Aus- und Fortbildung in Schleswig-Holstein gedeckt werden kann.

Der Konvent der Philosophischen Fakultät, der die Studierenden der Psychologie angehören, hat das Präsidium der CAU in einer Resolution bereits im Juni aufgefordert, sich für den Erhalt des Lehrangebotes der Sektion für Sexualmedizin einzusetzen. Doch das Lehrangebot der Sektion für

Sexualmedizin für die Ausbildung von Studierenden der Fächer Medizin, Psychologie und Jura musste nach der Streichung von Personalstellen für das Wintersemester 2011/2012 eingestellt werden. Wie passt dies mit den Aussagen der Landesregierung vom Januar zusammen, dass die Existenz nicht gefährdet sei?

Anlage: Wortlaut Kleine Anfrage
Schleswig-Holsteinischer Landtag Drucksache 17/ XX
17. Wahlperiode 26.10.2011

Kleine Anfrage
des Abgeordneten Jürgen Weber (SPD)

Situation der sexualmedizinischen Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein

Vorbemerkung des Fragestellers

In der Sitzung des Bildungsausschusses vom 13.01.2011 berichtete für das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Frau Staatssekretärin Dr. Andreßen unter TOP 3 zur Situation der Sektion für Sexualmedizin des UKSH. Zur Situation von Forschung und Lehre gab sie ausweislich des Ausschussprotokolls vom 13.01.2011 an, diese Bereiche seien nicht sehr ausgeprägt. Weiter gab sie an, die Ausstattung sei gut, ihre Existenz sei nicht gefährdet und deren Bedeutung für den Justizbereich sei unbestritten.

Ich frage die Landesregierung

1. Wie ist die Entwicklung einer weltweit neuartigen MRT-gestützten Untersuchungsmethode zur Diagnostik der Pädophilie[1] sowie die seit 2006 publizierten übrigen Forschungsergebnisse[2] mit der Aussage der Landesregierung vom 13.01.2011 zu vereinbaren, der Bereich der Forschung sei an der Sektion für Sexualmedizin nicht besonders ausgeprägt?
2. Auf welche eigenen Feststellungen und konkreten Parameter stützt sich diese Aussage der Landesregierung?
3. Wie ist die Aussage des Vorstandsvorsitzenden des UK S-H, Prof. Dr. Scholz, in der Sitzung des Bildungsausschusses vom 13.01.2011, dass das UK S-H vorübergehend die Kosten der Sektion für Sexualmedizin, die überregional einen guten Ruf genieße, übernommen habe, aufgrund der Vorgabe einer ausgeglichenen Bilanz des UK S-H das Defizit der Sektion allerdings nicht länger decken könne, mit der Aussage der Landesregierung vereinbar, dass die Existenz der Einrichtung nicht gefährdet sei?
4. Welche Erkenntnisse oder eigene Planungen über die künftige Finanzierung der Sektion für Sexualmedizin liegen der Landesregierung vor?

5. Ist der Landesregierung bekannt, dass der Konvent der Philosophischen Fakultät, welche die Studierenden der Psychologie angehören, das Präsidium der CAU durch Beschluss einer Resolution am 29.06.2011 aufgefordert hat, sich für den Erhalt des Lehrangebotes der Sektion für Sexualmedizin einzusetzen[3]?

6. Ist der Landesregierung bekannt, dass das Lehrangebot der Sektion für Sexualmedizin für die Ausbildung von Studierenden der Fächer Medizin, Psychologie und Jura nach erfolgter Streichung von Personalstellen durch das UKSH für das WS 2011/2012 eingestellt werden musste?

7. Ist der Landesregierung bekannt, dass sich der bisherige Umfang des Lehrangebotes nicht auf Pflichtveranstaltungen für Studierende der Medizin erstrecken konnte, da sich die Medizinische Fakultät bislang weigerte, diese in das Ausbildungscurriculum einzubinden?

8. Bei Beantwortung der Fragen 5 bis 7 mit "Ja":

Wie lässt sich die Aussage der Landesregierung vom 13.01.2011, die Ausstattung der Sektion sei gut, mit dieser Entwicklung vereinbaren und wie will die Landesregierung angesichts dieser Situation sicherstellen, dass der sich nach der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Neuregelung des Rechts der Sicherungsverwahrung ab dem 01.06.2013 abzeichnende personelle Bedarf an forensischen Gutachterinnen und Gutachtern sowie Therapeutinnen und Therapeuten durch Aus- und Fortbildung in Schleswig-Holstein gedeckt werden kann?

9. Bei Beantwortung der Fragen 5 bis 7 mit "Nein":

Hält die Landesregierung ihre Aussagen über die Ausstattung und den Fortbestand der Sektion für Sexualmedizin vom 13.01.2011 aufrecht? Wenn ja, wie wird dies begründet, wenn nein, welche Konsequenzen wird die Landesregierung daraus ziehen?

Jürgen Weber

[1] Pressemitteilung des UKSH v. 04.10.2011.

[2] Siehe Veröffentlichungsliste [http://www.uni-kiel.de/sexmed/Mitarbeiter/Prof._Dr._med._Hartmut_A.G._Bo....](http://www.uni-kiel.de/sexmed/Mitarbeiter/Prof._Dr._med._Hartmut_A.G._Bo...)

[3] Pressemitteilung des AStA der CAU v. 30.06.2011.

Keine Kommentare

Kreisparteitag mit Debatte zum Regierungsprogramm und Vorstandswahlen

Peter Eichstädt wurde beim Kreisparteitag der SPD Herzogtum Lauenburg am vergangenen Samstag erneut als Kreisvorsitzender bestätigt und geht nun in seine dritte Amtszeit. Außerdem wurde er von seinem Ortsverein für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt.



Als stellvertretende Vorsitzende stehen Eichstädt erneut Monika Brieger, Gunar Schlage und neu Manfred Börner zur Seite. Börner ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im Kreis und Polizei-Gewerkschafter. Den geschäftsführenden Vorstand komplettieren Wolfgang Gruse als Schatzmeister, Annemarie Argubi-Siewers als Schriftführerin und David Welsch als Pressereferent. Beisitzerinnen und Beisitzer wurden Traute Rosche, Gitta Neemann-Güntner, Hans Peter Iversen, Ralf Petersen, Jens Meyer und Egon Siepert. Die Amtszeit des neuen Vorstandes beträgt zwei Jahre.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Diskussion um das Regierungsprogramm. Uwe Döring, ehemaliger Arbeits- und Justizminister, kam als Vorsitzender der Programmkommission in die Räume des Lebenshilfewerks nach Mölln, um die Genossinnen und Genossen vor Ort über den Stand der Dinge zu informieren. Von den Delegierten, die die Grundzüge des Programms unterstützten, kamen noch zahlreiche Vorschläge zum Nahverkehr und zur Energieversorgung. Döring attestierte eine „Wechselstimmung im Land“, deren Chancen die Sozialdemokratie nutzen solle. Die SPD zeigt jedenfalls, dass sie eine Partei ist, die über die gesellschaftlichen Herausforderungen diskutiert. Als nächstes berät erneut die Programmkommission über das Regierungsprogramm, bevor es dann von einem Landesparteitag im Februar verabschiedet wird.

Daneben hat der Parteitag beschlossen, dass eine landesweite Regionalplanung zu [Biogasanlagen \[Volltext\]](#) eingeleitet werden sollte, um auch Naturschutz- und Tourismusbelange zu berücksichtigen. Erneut Thema wurde die Deponie in [Rondeshagen \[Volltext\]](#), wo sich die Kreis-SPD gegen die weitere Anlieferung von Asbest-Schlamm positioniert hat.

Als Gastredner traten Kreishandwerksmeister Uwe Riewesell zum Thema Schwarzarbeit und Hans-Joachim Grätsch vom Lebenshilfewerk, Uwe Schlegel von der SPD Mölln und die Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm auf.

Impressionen vom Kreisparteitag



Fotos: Dierk Gastrock

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 22.11.2011, 16:11 Uhr - 14899 Clicks - Nr. 1158

Die SPD RD-Eck positioniert sich in den Themen Energie und Verkehr

Der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix zog eine positive Bilanz des außerordentlichen Kreisparteitag der SPD Rendsburg-Eckernförde. „Am Vormittag haben wir in drei Workshops über die digitale Gesellschaft, Pflege im ländlichen Raum und den Landtagswahlkampf 2012 diskutiert. Am Nachmittag haben wir ein 46-Seiten-dickes-Antragspaket debattiert.“



Zu den Beschlüssen des Kreisparteitags zähle ein umfassender Antrag zum Thema Energiepolitik, den ein Arbeitskreis unter Leitung von Kreisvorstandsmitglied Götz Borchert erarbeitet hatte. „Eine

sozialdemokratische Energiepolitik hat den Anspruch Ökologie, Ökonomie und sozio-kulturelle Aspekte miteinander in Einklang zu bringen“, so der Dänischenhagener. „Wir setzen dabei auf eine dezentrale Energieversorgung in Schleswig-Holstein, sind uns aber gleichzeitig der wachsenden Verantwortung bewusst. Wir wollen spätestens 2020 mehr Strom durch Windenergie erzeugen, als wir selbst verbrauchen. Beim Aufbau von Netzen wollen wir an den Grenzen des Landes nicht aufhören zu denken, sondern auf europäischer Ebene zu-sammenarbeiten. Der Ostseeraum ist für Kooperationen im Bereich der Windenergie gut geeignet.“

Auf Initiative des Kreisvorstandes wurden Anträge über die Ablehnung von Giga-Linern und das Festhalten am Konzept der StadtRegionalBahn beschlossen. „Wir brauchen eine zu-kunfts-fähige, nachhaltige Verkehrspolitik, weg von Individualmobilität“, so Kreisvorstandsmitglied Jürgen Strack aus Neuwittenbek.

Weitere Anträge beschäftigten sich mit der Ausstattung von Finanzbehörden, der Bildungspolitik und den Herausforderungen des demographischen Wandels für Pflege und ärztliche Versorgung.

Mit viel Rückenwind wurden auch die drei Landtagskandidaten ausgestattet. Unter langem Beifall wünschte der Kreisvorsitzende Sönke Rix Serpil Midyatli, Kai Dolgner und Ralf Stegner einen guten Start in den Landtagswahlkampf 2012. „Unsere drei Kandidaten werden unsere Positionen weiterhin gut vertreten. Unserem Kreisverband ist es wichtig, dass im Regierungs-programm soziale Gerechtigkeit, Bekämpfung von Armut und Beteiligung der Menschen als Markenzeichen der SPD noch stärker herausgearbeitet werden.“

Die SPD Rendsburg-Eckernförde wird den Entwurf für eine Regierungsprogramm 2012 – 2017 bei einem Kreisparteiausschuss am 10. Dezember in Eckernförde umfassend diskutieren.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.11.2011, 16:20 Uhr - 1324 Clicks - Nr. 1159

ABK weiterhin auf stabilem Kurs

Unser Abfallwirtschaftsbetrieb bleibt auch im Jahr 2012 auf einem stabilen Kurs. Die Gebühren für Restabfall und Biomüll bleiben unverändert und die Gebühr für die Papierentsorgung sinkt sogar um 9,9%. Durch die fortlaufenden Optimierungen der Prozesse konnte die Restabfallgebühr gehalten werden, obwohl das Verbrennungsentgelt der Müllverbrennungsanlage um 2,5 % steigt, die Treibstoffkosten der Fahrzeuge sich verteuern und neue Mitarbeiter eingestellt werden.

Die Restabfallgebühr für 2012 liegt unterhalb des Gebührensatzes von 2002. Das ist eine tolle Leistung der Belegschaft und der Werkleitung. Damit wird auch die Panikmache der CDU souverän widerlegt, dass wegen der Rekommunalisierung die Gebühren steigen würden. Das Gegenteil ist der Fall.

Ab dem 1.1.2012 wird die gesamte Abfallsammlung komplett vom ABK durch geführt. Dazu sind 38 Mitarbeiter neu eingestellt worden zu den Tarifen des TVöD. Sie haben damit einen

sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz mit tarifvertraglichem Schutz Für die Bürgerinnen und Bürger bietet unser ABK eine qualitativ hochwertige Dienstleistung zu erschwinglichen Preisen. Gebührenstabilität beim Abfallbereich ist auch ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft.

Ein kleiner Wermutstropfen ist die Steigerung bei den Straßenreinigungsgebühren um 3 Cent monatlich pro Meter Straßenfrontlänge. Wegen der zusätzlichen Straßenräumkosten in den zwei harten letzten Wintern reichen die Rückstellungen nicht mehr aus, um die Gebühr stabil zuhalten.

Wir wünschen der Belegschaft und der Werkleitung des ABK weiter viel Erfolg und einen milden Winter.

Dies erklären die abfallpolitischen Sprecher von SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN, Falk Stadelmann und Lutz Oschmann, sowie Antje Danker (SSW) zum Wirtschaftsplan 2012 des ABK.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 22.11.2011, 17:20 Uhr - 5862 Clicks - Nr. 1160

SPD gegen Erhöhung der Musikschulentgelte

Mit ihrem Antrag auf Abriss der Häuser am Friedrichsgaber Weg ist es der FDP gelungen, dass die Stadt Norderstedt wegen maßloser Verpulverung von Steuergeldern im aktuellen Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes erwähnt wurde.

Nun hat sich die FDP weitere Ziele für die Abrissbirne auserkoren:

die VHS und die Musikschule. Aus ideologischen Gründen sind der FDP kommunale Einrichtungen, die privaten Anbietern Konkurrenz machen können, ein Dorn im Auge.

Somit hat die FDP bei der Haushaltsberatung im Hauptausschuss beantragt, den Zuschuss für die VHS jährlich um 450.000 € und jenen für die Musikschule um 72.000 € zu kürzen. Nachdem OB Grote auf die Gefahr hinwies, dass die Bildungswerke bei einer derart massiven Kürzung in die Insolvenz getrieben werden könnten, zog die FDP den Antrag bezüglich der VHS zurück. Der Antrag zur Kürzung des Zuschusses für die Musikschule wurde hingegen auch von der CDU unterstützt und damit mehrheitlich beschlossen.

Einen fast gleichlautenden Kürzungsantrag hatte die FDP bereits im Oktober im Kulturausschuss gestellt. Dort wurde er aber von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Der Kulturausschuss beschloss die von der Verwaltung vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung für die Musikschule, die für das Schuljahr 2012/2013 keine Erhöhung der Entgelte vorsah. Die letzte Erhöhung erfolgte zum 01.08.2011, sie betrug durchschnittlich 6%.

Die von der FDP beantragte und vom Hauptausschuss beschlossene Kürzung würde aller Voraussicht nach zu einer Erhöhung der Entgelte für das kommende Schuljahr führen. Ein entsprechend lautender Punkt steht bereits auf der Tagesordnung des nächsten Kulturausschusses.

Die SPD spricht sich vehement gegen eine Erhöhung der Musikschulentgelte aus. Sie wird diese nicht nur im Kulturausschuss ablehnen, sondern auch bei den Haushaltsberatungen in der Stadtvertretung beantragen, den durch den Antrag der FDP gekürzten Zuschuss für die Musikschule wieder auf den ursprünglichen Betrag zu erhöhen.

Die Entscheidungen im Kulturausschuss wurden in den letzten Jahrzehnten meistens von einer breiten Mehrheit getragen. Mit Dieter Splittstößer und Hella Schmitt hat auch die CDU einen Anteil daran. Es bleibt zu hoffen, dass die CDU wieder auf einen kulturpolitischen Weg der Vernunft zurückkehrt und nicht den sektiererischen Einflüsterungen der FDP folgt.

Emil Stender

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 22.11.2011, 21:38 Uhr - 3055 Clicks - Nr. 1161

Preisskat

... in gemütlicher Runde.

Am letzten Freitag trafen sich zum traditionellen SPD-Preisskat wieder zahlreiche Kartenhaie. In gemütlicher Atmosphäre wurde, unterstützt von unserem parteieigenen "Cateringservice" nach hartem, aber fairem Kampf an den Tischen, der Gewinner ausgespielt. Dass Skat ein Sport ist, der nicht nur den Männern oder den Jüngeren vorbehalten ist, zeigt unser Gewinnertrio.

v.l. H.Thomsen, Schiedsrichter und einer der Organisatoren.

R.König, 1.Platz. S.Cramme, 2.Platz und

K.Morgenstern, 3.Platz und mit 88 Jahren ältester Teilnehmer. Skat hält jung !

Allen Teilnehmern Danke für die Teilnahme und den fairen Wettkampf. Mein besonderer Dank wie immer an das tolle Organisationsteam. :)

Wir freuen uns schon auf das nächste Jahr, wenn es wieder heisst.... 18 . 20 .

Frank Lauterbach

(1.Vorsitzender SPD Glinde)



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.11.2011, 13:04 Uhr - 1687 Clicks - Nr. 1162

Rekommunalisierung der Müllabfuhr: Für alle die beste Lösung!

Die von der Rathauskooperation aus SPD, Grünen und SSW eingeleitete Rekommunalisierung der Müllabfuhr in Kiel zum 01. Januar 2012 ist die beste Lösung für alle Beteiligten. Für die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler, weil die Abfallgebühren trotz steigender Kosten und Preise stabil gehalten werden können.

Für die neu einzustellenden Beschäftigten, die beim bisher beauftragten privaten Entsorgungsunternehmen angestellt waren oder nur befristet beim städtischen Betrieb gearbeitet haben, weil ein öffentlicher Betrieb – nach einer Übergangszeit – verlässliche, dauerhafte und nach Bedingungen des öffentlichen Dienstes entlohnte Arbeitsplätze bieten kann für die schwere Tätigkeit, die Müllwerker und Fahrer zu verrichten haben. Und für den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb selbst, der trotz Mehrbedarf an Personal und Fahrzeugen günstiger kalkulieren kann als jedes private Entsorgungsunternehmen, das auch bei niedrigeren Lohnzahlungen Umsatzsteuerpflichten sowie Wagnis- und Gewinnmargen einzurechnen hätte. Diese vernünftigen Gründe für eine Rekommunalisierung der Müllabfuhr überzeugen, und so haben auch die Fraktionen von FDP und Die Linke der Rekommunalisierung der Müllabfuhr in der Landeshauptstadt zugestimmt. Wir wünschen dem städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb viel Erfolg bei der zum Jahreswechsel anstehenden vollständigen Eigenerledigung in der Restabfall- und Altpapiersammlung.

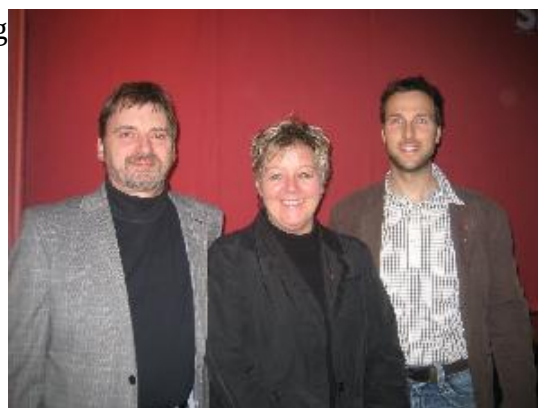
Dies erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zur Rekommunalisierung der Müllabfuhr durch den Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK).

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 23.11.2011, 15:30 Uhr - 11629 Clicks - Nr. 1163

Arbeitsintensiver Kreisparteitag

Auf dem a. o. Kreisparteitag des KV Schleswig-Flensburg am 22. November 2011 in Tarp befassten sich die Delegierten in vielen lebhaften Diskussionsbeiträgen mit dem Regierungsprogramms der SPD in Schleswig-Holstein mit dem Titel „Politik für ein starkes Land“. Einstimmig wurde eine Resolution zum Erhalt des Theaterstandortes in Schleswig angenommen. Birte Pauls, als Mitglied der Programmdiskussion, erläuterte in ihrem Eingangsstatement die Schwerpunkte des Regierungsprogramms. In 15 regional unterschiedlichen Demokratiesommerversammlungen mit dem Spitzenkandidaten Torsten Albig haben sich über 10.000 Bürgerinnen und Bürger ihre Wünsche für die Zukunft ihres Landes und



ihrer Region für ein SPD-regiertes Schleswig-Holstein eingebracht. Diese sind im Diskussionspapier des Regierungsprogramms eingeflossen. Birte Pauls regte dazu an, dass die Teilnehmer des Kreisparteitages sich im Diskussionsforum im Internet zum Regierungsprogramm beteiligen könnten.

[Link zum Diskussionsforum](#)

Anschließend referierten die Landtagskandidaten Jens Maßlo (Flensburg Land), Ralf Wrobel (Schleswig Nord) und Birte Pauls zu den Details im Regierungsprogramm. Alle drei Landtagskandidaten lobten die prägnanten Themen, die im Programm aufgeführt sind. Das Programm ist bewusst kurz gehalten, denn „wir versprechen nur, was wir halten können“ war der Tenor aller drei Referenten.

Auf dem Foto sind die drei Landtagskandidaten des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg zu sehen. (Von links nach rechts: Ralf Wrobel, Birte Pauls und Dr. Jens Maßlo)

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 24.11.2011, 07:54 Uhr - 5694 Clicks - Nr. 1164

Einsatz hat sich gelohnt - Mehrgenerationenhaus Tungendorf wird weiter gefördert

Zur Fortsetzung der Förderung des Mehrgenerationenhauses in Tungendorf durch das Bundesfamilienministerium erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Rathausfraktion Andreas Hering:

Mit großer Erleichterung hat die SPD-Rathausfraktion die Nachricht aufgenommen, dass das Bundesfamilienministerium das Mehrgenerationenhaus in Tungendorf mit jährlich 30.000 € für die nächsten drei Jahre weiter fördert.

Die Einrichtung im Volkshaus Tungendorf bietet seit 2008 ein vielfältiges Programm für alle Generationen in Neumünster an. Mit mehr als 90 eigenen Veranstaltungen und über 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern pro Jahr ist das Mehrgenerationenhaus eine Erfolgsgeschichte für Neumünster. „Die Arbeit, die vom Diakonischen Werk hier geleistet wird ist nicht genug zu würdigen“, freut sich Andreas Hering, SPD-Fraktionsvorsitzender über die gute Nachricht aus Berlin. Besonders das Engagement von über 80 ehrenamtlichen Helfern beeindruckt Hering. „Dieser große Zuspruch zeigt, dass das Mehrgenerationenhaus sehr stark angenommen wird. Die Menschen nutzen die Angebote nicht nur, sie gestalten sie aktiv mit.“

Mit zahlreichen Initiativen in den letzten Monaten hat sich die SPD-Rathausfraktion vehement für eine Fortsetzung des Mehrgenerationenhauses eingesetzt. Auf Antrag der SPD-Fraktion hatte Ratsversammlung am 29. März beschlossen, das Projekt weiter zu unterstützen. „Ich glaube, dass der Ratsbeschluss in Berlin seine Wirkung gezeigt hat, weil deutlich wurde, wie geschlossen die

Politik in Neumünster hinter dem Projekt steht.“, erklärt SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Hering. Auch der SPD-Ortsverein Tungendorf hatte sich für das Mehrgenerationenhaus als einzigartige Begegnungsstätte zum Dialog zwischen den Generationen stark gemacht und am 7. April dieses Jahres zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung eingeladen.

„Das Volkshaus Tungendorf ist das Mehrgenerationenhaus für ganz Neumünster und erfüllt damit eine wichtige Aufgabe im sozialen Leben unserer Stadt.

Wir freuen uns, dass sich der Einsatz gelohnt hat!“, so Hering abschließend.

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 24.11.2011, 07:56 Uhr - 4762 Clicks - Nr. 1165

Stadtlogo oder WC-Ente

Über 50.000 Euro wurden sinnlos für das neue Stadtlogo aus dem Fenster geworfen.

Mit einer „Kleinen Anfrage“ in der Ratsversammlung hat SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna nach den Kosten für die Erstellung des neuen Stadtlogos gefragt. Diese Anfrage wurde in der Ratsversammlung am 27.09.2011 beantwortet und der Oberbürgermeister gab die Kosten mit 23.000 Euro an.

Für den SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna war es damals unbegreiflich, dass 23.000 Euro sinnlos aus dem Fenster geworfen wurden, für ein Logo, das den Charme einer WC-Entenwerbung hat. Die Stadt Neumünster hat ein Stadtwappen, das vollkommen ausreichend ist und unser Stadtwappen steht offen zu unserer industriellen Vergangenheit. Während andere Städte mit ihrer industriellen Vergangenheit werben, wird in Neumünster die Leder- und Textilindustrie aus dem Logo verbannt. Hat Neumünster kein Selbstbewusstsein?

Im Rahmen der Ratsversammlung am 27.09.2011 hat SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna beim Oberbürgermeister nachgefragt, wie viel die Präsentation des Logos im Rahmen der Weinköste bzw. der PSST-Aktion gekostet hat.

Der Oberbürgermeister hat jetzt geantwortet und diese Kosten mit einer Summe von 27.477,03 Euro angegeben.

SPD-Ratsherr Johna ist fassungslos. Haben die Verantwortlichen jegliche Bodenhaftung verloren?

Geht so eine Veranstaltung nicht auch etwas dezenter?

Gerade in Zeiten, wo ein Ehrenamtsempfang, der wesentlich weniger kostet, gestrichen wird.

Das neue Stadt-Logo ist nicht nur einer WC-Ente gleich, sondern ist augenscheinlich ein Fass ohne Boden.

50.000 Euro hätten wesentlich sinnvoller ausgegeben werden können, selbst jeder zusätzlich aufgestellter Blumentopf hätte für Neumünster einen höheren Werbewert gehabt.

Auch wenn das Geld vom DOC-Betreiber stammt, darf dieses Geld trotzdem sinnvoll ausgegeben werden und es besteht keine Verpflichtung dieses Geld sinnlos auszugeben.

Keine Kommentare

Die Bedeutung der Sparkassen

2009 wurde von der Sparkassen-Kulturstiftung Stormarn und der Sparkassen-Stiftung Stormarn das Naturerlebnis Grabau errichtet. Es ist ebenso ein Beispiel für das regionale Engagement der Sparkasse wie die Galerie in den Räumen der Sparkasse Holstein in Bad Oldesloe. Beides besichtigten nun die SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Ralf Stegner, der Vorsitzende der SPD und der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein und Hans Müller, der kulturpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion,



gemeinsam mit dem Stormarner Abgeordneten Martin Habersaat.

Beim Rundgang durch das Naturerlebnis zeigten sich die SPD-Landtagsabgeordneten, die von den Landtagskandidaten Susanne Danhier und Tobias von Pein ebenso begleitet wurden wie von der langjährigen Kreistagsabgeordneten und Kulturpolitikerin Sigrid Kuhlwein, begeistert vom dort entstandenen waldpädagogischen Angebot, das jedem Grundschulkind im Kreis Stormarn einen kostenfreien Tag im Wald ermöglicht. Hier hätten die Sparkassen-Stiftungen ein einzigartiges, nachhaltiges Bildungsangebot geschaffen, das den Unterricht jedes Kindes bereichert.

Im Anschluss führten Landrat Klaus Plöger, der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Holstein, Dr. Martin Lüdiger sowie Dr. Johannes Spallek, kultureller Geschäftsführer der Sparkassen-Kulturstiftung Stormarn, die Gäste durch die ebenfalls 2009 eröffnete Kunst-Galerie in der Hauptstelle der Sparkasse Holstein in Bad Oldesloe. Durch die dort ausgestellten Werke erhielten die Politiker einen Überblick über das 25-jährige Wirken der Stiftung im Kreis Stormarn. Die Kunstobjekte spiegeln die zahlreichen Ausstellungen und das Wirken der Stipendiaten im Atelierhaus Trittau wider.

In ihrem Fach-Gespräch zu aktuellen finanzpolitischen Themen betonte Dr. Ralf Stegner die Bedeutung der Sparkassen für die regionale Wirtschaft: „Sparkassen sind ein besonderer und wichtiger Pfeiler der deutschen Finanzarchitektur. Neben ihrer Rolle als regionaler Kreditgeber erfüllen sie wichtige andere gesellschaftliche Aufgaben – wie wir am Beispiel der Kulturstiftung sehen können. Es bleibt deswegen ärgerlich, dass das aktuelle Sparkassengesetz ihre Alleinstellungsmerkmale und damit ihre Sonderrolle gefährdet.“

Dr. Martin Lüdiger freute sich über Lob und Anerkennung: „Wir sehen es als unsere Verpflichtung, als starker Partner an der Seite unserer mittelständischen Unternehmen zu stehen und für die Spargroschen der breiten Bevölkerung ein sicherer Hafen zu sein.“

[Fotoalbum](#)

Keine Kommentare

Stormarn und der Lernatlas

Die Bertelsmann Stiftung hat den „Lernatlas 2011“ vorgestellt. Auf Basis zahlreicher vorliegender Studien und Statistiken wurde die ganze Republik vermessen, heraus kamen Aussagen über jeden einzelnen Kreis im Lande. Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzende der SPD Stormarn, hat sich Stormarns Ergebnisse genauer angesehen und stellt fest: „Stormarn liegt in Schleswig-Holstein ganz vorne.



Wichtiger für uns sollte aber der Vergleich mit den Kreisen im ganzen Land sein, die eine ähnliche Ausgangslage haben wie wir. In der Studie sind das ‚Kreise im verdichteten Umland‘ - und da liegen wir nur im Mittelfeld, auf Platz 82 von 144.“

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Studien zur „Bildungsrepublik Deutschland“ vorgelegt. Habersaat empfiehlt dennoch einen genaueren Blick auf den Lernatlas, weil erstmals ein erweiterter Lernbegriff zugrunde gelegt werde, der die Tatsache berücksichtigt, dass der Mensch ein Leben lang lernt. So geht es nicht nur um Lernen in der Schule, sondern auch um berufliche Bildung, soziales Lernen (z.B. im Verein) und persönliches Lernen (z.B. in der Bibliothek oder im Internet). „Wo lebenslang gelernt wird, sind die Menschen glücklicher, das Zusammenleben sozial gerechter und die Gesellschaft wohlhabender, so die Bertelsmann Stiftung. Schwächen hat die Studie dennoch, findet Martin Habersaat: Kindertagesstätten wurden nicht berücksichtigt, vielen Fragestellungen liegen Daten nur pro Bundesland und nicht pro Kreis zugrunde, manche Daten sind nicht mehr ganz aktuell.

Im Bereich der schulischen Bildung landet Stormarn im Mittelfeld. Eine Stärke des Kreises: Wenige Schülerinnen und Schüler verlassen das Schulsystem ohne einen Abschluss, es gibt wenig Sitzenbleiber. Habersaat: „Das ist ein Zeichen dafür, dass unsere Schulen ihre Verantwortung für die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler ernst nehmen.“ Weniger stark ist der Wert bei der Lesekompetenz und anderen Vergleichsstudien, bei denen Schleswig-Holstein allerdings insgesamt schwach abschnitt.

Gute Werte erreicht der Kreis beim persönlichen Lernen, unter anderem wegen der relativ guten Internetanbindung großer Teile des Kreises und bei der beruflichen Bildung, ein Kompliment für die Beruflichen Schulen in Bad Oldesloe und Ahrensburg ebenso wie für die ausbildenden Betriebe. Habersaat: „Wer einen Ausbildungsplatz hat, schafft in der Regel auch einen guten Abschluss. Besser werden müssen wir allerdings für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die noch keinen Ausbildungsplatz haben.“

Das soziale Lernen ist Stormarns Schwäche (Platz 95 von 144). Das Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren ist überdurchschnittlich gut, die Wahlbeteiligung ebenso. Insgesamt gibt

es in Stormarn jedoch weniger ehrenamtliches Engagement als anderswo. Zur Verbesserung dieser Werte schlägt Martin Habersaat zwei Dinge vor: „Städte und Gemeinden sollten in Zeiten knapper Kassen nicht immer zuerst bei den sogenannten „freiwilligen Leistungen“ den Mitteln für Vereine, Verbände, Volkshochschulen und Bibliotheken kürzen. Sie gehören zu einer funktionierenden Bildungslandschaft einfach dazu. Zweitens können gut in der Stadt oder Gemeinde vernetzte Schulen mit einem überzeugenden Nachmittagsangebot helfen, diese Lücke zu füllen.“

www.deutscher-lernatlas.de

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 24.11.2011, 12:28 Uhr - 12867 Clicks - Nr. 1168

Norderstedter Schüler besuchten SPD-MdB Franz Thönnnes im Deutschen Bundestag

Einen Blick hinter die Kulissen der Politik bekamen 90 Schülerinnen und Schülern des Lessing-Gymnasiums Norderstedt bei ihrem Besuch in der Bundeshauptstadt am 23. November 2011.



Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes verfolgten sie auf der Besuchertribüne des Parlaments die Debatte zum Etat des Bundeskanzleramtes. Traditionell wird bei diesem Tagesordnungspunkt auch über die grundsätzlichen Entscheidungen der Bundesregierung diskutiert, und so konnten die Jugendlichen einige Spitzenpolitiker live erleben.

Anschließend trafen sie Thönnnes zu einem einstündigen Gespräch. Von der Gelegenheit, einen Parlamentarier mal direkt befragen zu können, machten die Schülerinnen und Schüler regen Gebrauch. Besonders interessierte sie die Arbeitsweise als Abgeordneter, der Umgang miteinander im Berliner Alltag über Parteigrenzen hinweg sowie die innerparteiliche Demokratie. Auch die Transparenz der politischen Entscheidungsabläufe und die Einbeziehung von Nichtmitgliedern in den Meinungsbildungsprozess der Parteien wurden angesprochen.

Auf die Frage, was er ändern würde, wenn er auf den „berühmten Knopf“ drücken könnte antwortete Thönnnes: „Dafür sorgen, dass kein Jugendlicher aus der Schule in die Arbeitslosigkeit geht, sondern einen Ausbildungsplatz oder weitere Bildungsmöglichkeiten erhält“. Und schließlich gab er den Schülern den Rat mit auf den Weg: „Legen Sie einen guten Abschluss in der Schule hin und überlegen Sie mal bei einer der Jugendorganisationen der demokratischen Parteien vorbeizuschauen. Wir alle brauchen jungen politischen Nachwuchs, der sich aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligt.“

Abgeschlossen wurde der Aufenthalt der Gruppe im Parlament dann mit einem Besuch der Kuppel des Reichstagsgebäudes.

Bildunterschrift: Franz Thönnnes im Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern des Lessing-Gymnasiums Norderstedt

Keine Kommentare

Ein Jahr Seniorenbeirat der Gemeinde Gettorf – Eine Erfolgsgeschichte –

1. Rechenschaftsbericht vorgelegt

Unserem Wahlversprechen zur Kommunalwahl folgend, hatte die SPD- Fraktion im Juni 2009 und im Februar 2010 Anträge zur Gründung eines Seniorenbeirats für die Gemeinde Gettorf eingebracht. Die entsprechenden Anträge wurden im zuständigen Ausschuss für Kultur, Jugend, Sport und Soziales sowie in der Gemeindevertretung mehrheitlich beschlossen. Die Vertreter der CDU sprachen sich seinerzeit gegen eine Gründung aus.

Unsere Ziele waren u. a., die Seniorenpolitik transparenter zu gestalten, die ältere Generation mit in die politischen Entscheidungen einzubinden und insgesamt eine bessere Teilhabe zu garantieren. Der Vorsitzende des Seniorenbeirates der Gemeinde Gettorf, Prof. Dr. Roland Lauterbach, legte der Gemeindevertretung jetzt den 1. Rechenschaftsbericht vor. Voller Freude können wir feststellen, dass die Gründung und die Arbeit des Seniorenbeirats sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt haben.

Zur Gründung und Entwicklung des Seniorenbeirats:

Der Seniorenbeirat der Gemeinde Gettorf wurde erstmals am 6. Juli 2010 von den Gettorfer Bürgerinnen und Bürgern, die das sechzigste Lebensjahr überschritten haben, gewählt und am 3. August 2010 als eigenständiges Gremium der Gemeinde Gettorf konstituiert.

Rechtsgrundlage ist die „Satzung der Gemeinde Gettorf über die Bildung eines Seniorenbeirats“ vom 12.05.2010. Der Seniorenbeirat besteht aus neun Mitgliedern, die Wahlperiode beträgt sechs Jahre.

Der Seniorenbeirat Gettorf vertritt die Gemeinde Gettorf im Kreissenioerenrat Rendsburg-Eckernförde und auf Landesebene.

Der Seniorenbeirat vertritt die Interessen und Anliegen der älteren Einwohner in den verschiedenen Bereichen der Kommunalpolitik und des Zusammenlebens in Übereinstimmung mit § 47 d GO.

Er informiert und berät Senioren in Angelegenheiten, die sie betreffen, fördert Angebote zur Mitwirkung, regt Initiativen zur Lebensgestaltung und Selbsthilfe an und ermöglicht die Beteiligung.

Er arbeitet mit öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie Vereinen und Verbänden zusammen, erbittet und empfiehlt geeignete Angebote für Senioren, ermuntert diese zur Teilnahme.

Er nimmt zu allen Angelegenheiten, die Senioren betreffen, beratend Stellung, gibt Empfehlungen ab, stellt Anträge an der Gemeindevertretung und deren Ausschüsse.

Jährlich erstellt er einen Tätigkeitsbericht.

Er leistet Öffentlichkeitsarbeit, kann Sprechstunden abhalten.

Zu den Schwerpunkten des Seniorenbeirats zählte u. a. die Durchführung von Foren zu Schwerpunktthemen. Bislang wurden 7 Foren, die auf sehr gute Resonanzen stießen, zu den nachfolgenden Themen veranstaltet:

Wohnen im Alter- Welche Wohnform passt zu mir? Wie richte ich mich am besten ein?

Erspartes sichern im Alter - Sparstrumpf oder Geldanlage?

Sicherheit für Senioren -
Sicherheit zu Hause und Sicherheit unterwegs

Grundsicherung im Alter - Mit Würde alt werden in Gettorf

Vorsorgen - Betreuungs- und Patientenverfügung, Testament und Vollmachten

Kultur erleben in Gettorf

Gesund alt werden in Gettorf

Die Foren werden 2012 fortgesetzt.

Für die vielschichtigen Bereiche der Arbeit des Seniorenbeirats haben sich jeweils zuständige Bereichsbeauftragte gefunden, die in erster Linie als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Im Einzelnen sind dieses:

Prof. Dr. Roland Lauterbach (Vorsitzender)
Koordination & Planung

Manfred Schröter (Stellvertretender Vorsitzender)
Soziales

Regina Rathje (Kassenwartin)
Bildung, Kultur, Sport & Unterhaltung

Jürgen Halefeld (Schriftführer)
Wohnen & Ortsentwicklung

Brigitte Müller-Diepenbeck
Gesundheit & Pflege

Irmgard Sellhorn
Öffentlichkeit & Verwaltung

Helmut Popp
Öffentlicher Raum & Verkehr

Uwe Hansen
Sicherheit & Grundversorgung

Rüdiger Hannemann
Wirtschaft & Konsum

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat, auf viele gute Ideen und Anregungen.

Die Homepage des Seniorenbeirats der Gemeinde Gettorf ist unter www.seniorenbeirat-gettorf.de zu erreichen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 24.11.2011, 17:04 Uhr - 2233 Clicks - Nr. 1170

MVK unverzichtbarer Bestandteil der Kieler Energieerzeugung- und versorgung

Wir gratulieren der Müllverbrennung Kiel GmbH (MVK) zur Befreiung vom CO₂-Emissionshandel. In der hocheffizienten Anlage werden aus Abfällen umweltschonend und ausgesprochen emissionsarm Elektrizität und Fernwärme erzeugt, wodurch jährlich mehrere zehntausend Tonnen Steinkohle eingespart werden können.

Die MVK ist damit ein unverzichtbarer Bestandteil der jetzigen und zukünftigen ressourcenschonenden Strom- und Fernwärmeerzeugung und – Versorgung Kiels!

Dies erklären der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Lars Juister, Ratsherr Björn Sander der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (Aufsichtsratsmitglied MVK) und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zu der Pressemitteilung der Müllverbrennung Kiel GmbH (MVK) „Müllverbrennung Kiel erhält Befreiung vom Treibhausgas-Emissionshandel“.

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 24.11.2011, 19:26 Uhr - 2908 Clicks - Nr. 1171

Demonstrationsaufruf - Glinde ist bunt, nicht braun

26. November ab 12.00 Uhr, Marktpassage

Bürgermeister Rainhard Zug und Bürgervorsteher Eberhard Schneider rufen auf zu einer Demonstration am 26. November ab 12.00 Uhr, Marktpassage. Die demokratischen Parteien, Initiativen und Jugendorganisationen haben ein gemeinsames Ziel: Der rechtsradikale Laden, der die Modemarke „Thor Steinar“ verkauft, muss geschlossen werden. Um das zu erreichen, soll eine

Demonstration zeigen: Wir wollen euch nicht in Glinde, verlasst unsere Stadt.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn, unterstützt den

Aufruf: „Es wäre toll, wenn viele Teilnehmer auch aus Vereinen, Verbänden und Parteien Teil einer friedlichen Demonstration sein würden.“ Der Demonstrationzug endet um 13.00 Uhr mit einer Kundgebung am Glinder Berg.

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 24.11.2011, 20:06 Uhr - 8447 Clicks - Nr. 1172

Kampf gegen Rechts stärken statt schwarz-gelbe Scheinlösungen!

Seit Anfang 2011 müssen Initiativen die sich für den demokratischen Staat und das demokratische Zusammenleben einsetzen, die Demokratie-Erklärung unterzeichnen. Ministerin Schröder hatte die Demokratie-Erklärung die besser unter dem Namen „Extremismusklausel“ bekannt geworden ist, 2010 auf den Weg gebracht. Sie verpflichtet alle Vereine die sich z.B. im Kampf gegen Rechts engagieren und staatliche Förderung erhalten wollen, sich mit ihrer Unterschrift zur Freiheitlichen

Demokratischen Grundordnung zu bekennen. Dies an sich wäre kein Problem für die vielen Initiativen, die das demokratische

Bewusstsein fördern wollen und selbstverständlich auf dem Boden der Demokratie stehen. Jedoch ist es ein Problem wenn alle Partner und Mitarbeiter auf Verfassungstreue überprüft werden müssen. Dazu gehören auch Musiker, Referenten, Caterer und Druckereien. Gerade die kleineren Vereine können eine solche umfassende Überprüfung nicht leisten.

Ministerin Schröder will auch angesichts der Ereignisse der letzten Tage an der Klausel festhalten, sie stellt weiterhin alle unter Generalverdacht des Extremismus und betreibt weiterhin Gleichmacherei zwischen Links und Rechtsextremismus. Ein völlig falsche Signal!

Der Vorschlag von Innenminister Friedrich zur so genannten Neonazi-Datei (Verbund-Datei), ist ein richtiger und wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Mittlerweile existieren aus den 16 Ländern rund 30-40 Dateien zum Thema Rechtsextremismus. Eine Zentraldatei mit ohnehin schon erhobenen Daten würde dem, Verlust wichtiger Hinweise vorbeugen.



Keine Kommentare

Torsten Albig diskutiert über den öffentlichen Dienst

AfA-Veranstaltung mit Torsten Albig
und den Öffentlichen Dienst

Gewerkschaften

Etwas mehr als 70

Personalratsmitglieder und

Betriebsräte nahmen an der

landesweiten Veranstaltung der AfA

teil um mit dem Spitzenkandidaten der

SPD, Torsten Albig über öffentliche

Aufgaben und damit auch Arbeit im

öffentlichen Dienst drei Stunden zu

diskutieren. Die Gewerkschaften

waren hochkarätig vertreten, für ver.di der Fachgruppenleiter Jochen Penke, für die GdP der stellv.

Landesvorsitzende Andreas Kropius, für die GEW die stellv. Landesvorsitzende Astrid Henke, für

die EVG der Bezirksgeschäftsführer Walter Nieke und für den DGB der für den ÖD-Bereich

zuständige Gewerkschaftssekretär Carlos Sievers.

Umrahmt wurde die Veranstaltung durch den Liedermacher Gerd Sell aus Kiel, der traditionelle

Lieder der Arbeiterbewegung mit großem Applaus vortrug.

In seinem Eingangstatement sagte der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädler: "Mit dieser gemeinsamen Diskussion über den besten Weg wollen wir wieder zum Tenor der SPD von 1988 zurück kommen, in der es hieß: Stell dir vor, es gibt eine Landesregierung die hört dir zu - und ich füge an mit der Erfahrung der letzten 23 Jahre - und sie, die Landesregierung nimmt die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nicht nur ernst sondern versucht auch die Themen und Probleme in einen ernsthaften Diskurs gemeinsam zu bearbeiten.

Dass dieses nicht unrealistisch ist hat die Veranstaltung bewiesen. Es gab einen sehr ernsthaften Diskurs über Fragen wie Mitbestimmung, Bildung, Innere Sicherheit, kommunale Finanzen und Stellenplan und öffentliche Infrastruktur und Verkehre.

Zusammengefasst: Der Spitzenkandidat war zum Anfassen, er hörte nicht nur zu sondern signalisierte immer seine Bereitschaft zu vertiefenden Gesprächsrunden und wertschätzte die Arbeit der Personalräte und Gewerkschaften. Es war ein gelungener Auftakt mit der die AfA unter Beweis stellte, dass sie ein gutes Bindeglied zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ist.

Keine Kommentare



Twittern im Kreistag – Das scheinheilige Machtwort des Kreispräsidenten.

Twittern im Kreistag – Das scheinheilige Machtwort des Kreispräsidenten. Hannes Birke wirft Kreispräsidentin parteipolitische Inszenierung vor. Kreispräsident Tiemann warnt vor Twittern im Kreistag. Klingt nach einem fürsorglichen Präsidenten, der warnend den Zeigefinger zum Schutze der Kreistagsabgeordneten erhebt.



Die Wahrheit stellt sich allerdings anders dar. Nicht er hat das Thema im Ältestenrat angesprochen, sondern es gab während der Kreistagssitzung am 16. März einen konkreten Vorfall, von dem ich den Kreispräsidenten mit entsprechenden Belegen in Kenntnis gesetzt habe. In einer „Twitterkonferenz“ hatten 4 CDU Kreistagsabgeordnete mit böartigen und beleidigenden Kommentaren die Rede eines meiner damaligen Fraktionskollegen kommentierte. Besonders hervorgetan hatte sich die Abgeordnete Kerstin Seffeyert (CDU).

Das der Kreispräsident daraufhin mit seiner Fraktion „Tacheles geredet“ habe, konnte ich 6 Monate später der Presse entnehmen. Bis heute hat sich die Abgeordnete Seyffert für ihre Entgleisungen bei Facebook nicht entschuldigt. Soweit zum „Tacheles reden“ des Präsidenten in der eigenen Fraktion und des menschlichen Anstandes in der CDU.

Auf die allgemeine Behauptung, in der SPD habe es ähnliche Vorfälle gegeben, habe ich Herrn Tiemann mit der Bitte um Auskunft über „Ross und Reiter“ gebeten. Das konnte er nicht. Ganz offensichtlich will Tiemann mit dieser unbelegten öffentlichen Unterstellung von dem Verhalten einiger CDU-Abgeordneten ablenken.

Bemerkenswert ist allerdings der Termin, des „Machtwortes“ gegen das Twittern, mit dem sich der Kreispräsident an die Öffentlichkeit wandte. Den Vorfall in der eigenen Fraktion übergang er 6 Monate mit Schweigen. Die mehr als fragwürdigen Äußerungen des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Ralf Stegner bei Facebook nutzte er dann, zu seiner Erklärung. Wäre es Herrn Tiemann ernsthaft um den Schutz der Kreistagsabgeordneten vor „Twitter-Attacken“ gegangen, hätte er dieses „Machtwort“ vor 6 Monaten sprechen müssen und zwar mit einer deutlichen Kritik an seiner CDU Fraktion.

Um nicht missverstanden zu werden. Es ist richtig, dass ein Kreispräsident „Twitter-Attacken“ gegen Abgeordnete verurteilt. Aber bitteschön nicht mit der Scheinheiligkeit des amtierenden Präsidenten, dem es nicht um die Abgeordneten geht, sondern um die Äußerungen von Ralf Stegner. Sein „Machtwort“ nahm er zum Anlass, verbunden mit dem Namen Stegner ein parteipolitisches Spektakel zu inszenieren.

Keine Kommentare

Herzlichen Glückwunsch Helga Hohnheit!

SPD-Kreistagsfraktion Plön

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen:

Herzlichen Glückwunsch Helga Hohnheit!

Die stellvertretende Kreispräsidentin wurde heute durch den Innenminister mit Freiherr-vom-Stein-Verdienstmedaille geehrt



Die stellvertretende Kreispräsidentin Helga Hohnheit gehört seit 1990, mit einer kurzen Unterbrechung von 10 Monaten, dem Kreistag des Kreises Plön an.

Von 1998 bis 2003 nahm sie das Amt der Kreispräsidentin wahr; seit 2005 ist sie 1. stellvertretende Kreispräsidentin. Weiterhin ist sie in der 2. Wahlperiode Mitglied des Hauptausschusses des Kreises Plön. Über mehrere Jahre war sie Vorsitzende des Ausschusses für Sozialwesen und des Jugendhilfeausschusses.

In ihrer 20-jährigen ehrenamtlichen Tätigkeit hat sie sich vor allem im sozial- und jugendpolitischen Bereich für den Kreis Plön und das Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger verdient gemacht.

Vorgebracht und begleitet hat sie Themen der Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung, Verhinderung von Kinderarmut auf kommunaler Ebene, die Einrichtung eines Pflegestützpunktes, die Gründung eines Bündnisses für Familie sowie die Umstrukturierung des Kreiskrankenhauses.

Helga Hohnheit ist eine überzeugte Repräsentantin des Kreises Plön, geht auf Menschen zu und setzt sich mit großem Engagement für ihre Anliegen ein.

Die SPD im Kreis Plön gratuliert von ganzem Herzen und wünscht Helga Hohnheit weiterhin Schaffenskraft und viel Erfolg.

Keine Kommentare

SPD-Ratsfraktion steht zum Bundeswehr- und Marinestandort Kiel!

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, hat in der Ratsversammlung deutlich gemacht, dass sich die SPD weiterhin für den Verbleib des Marinearsenals in Kiel einsetzen wird.

„Die SPD-Ratsfraktion steht zum Bundeswehr- und Marinestandort Kiel – ohne wenn und aber! Wir wollen in Anträgen nicht um das letzte Komma streiten. Wir wollen streiten für die Arbeitsplätze in Kiel! Wir wollen streiten für die Beschäftigten des Marinearsenals und für alle Einheiten und Einrichtungen der Bundeswehr in Kiel! Die Bundeswehr, insbesondere die Marine, gehört zu Kiel wie das Wasser zur Förde. Wir wollen streiten für die wirtschaftlichen Effekte, die insbesondere durch das Marinearsenal in Kiel ausgelöst werden. Wir reden hier von einer

Lohnsumme von ca. 45 Millionen Euro pro Jahr und von Aufträgen in Höhe von 13 Millionen Euro pro Jahr, die unmittelbar der Region zugutekommen.

Wir haben mit großer Irritation die Standortentscheidungen des Bundesverteidigungsministers zur Kenntnis genommen. Nicht nur, dass Schleswig-Holstein überproportional getroffen wird, sondern auch auf die Landeshauptstadt Kiel als Bundeswehrstandort kommen erhebliche negative Konsequenzen für die Soldaten und ihre Familien, für unsere Wirtschaft und die ganze Region zu.

Diese Entscheidung ist für uns in keiner Weise nachvollziehbar. Sie entspricht weder dem Grundgedanken der Wirtschaftlichkeit noch sichert sie die Einsatzfähigkeit der Marine. Man lese dazu nochmal die Einlassung von Vizeadmiral Schimpf heute in Kiel.

Deshalb fordern wir vom Bundesverteidigungsministerium eine erneute Überprüfung dieser Entscheidung. Wir erwarten auch von der Landesregierung, sich stärker als bisher für die Interessen unseres Landes und seiner Standorte beim Verteidigungsministerium einzusetzen. Wir erwarten eine Berücksichtigung unserer Argumente, die eindeutig für den Erhalt des Marinearsenals sprechen. Das Marinearsenal selbst ist auch im Vorwege nicht in die Gespräche einbezogen worden. Alleine das zeugt von einem merkwürdigen Stil. Von Transparenz keine Spur.

Zum Marinearsenal: neben der Aufgabenerledigung für die Marine ist das Arsenal aber auch für die Ausbildung ein wichtiger Faktor. Gut 160 Auszubildende, die auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels im Arsenal benötigt werden, sind ein nicht wegzudiskutierendes Argument. Das gilt für die Zukunft der Marine, nein der Bundeswehr insgesamt. Auch hier gilt es, das Potenzial in Kiel für die Aufgabenerledigung zu heben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU. Sie machen sich mit Ihrem Antrag ja locker vom Acker. Tun so, als seien Sie die Speerspitze der Bewegung zum Erhalt des Marinearsenals. Das ist mitnichten der Fall!

Es gibt bis heute kein klares Bekenntnis des CDU-Ministerpräsidenten. Sorgen Sie dafür, dass Ihr Parteifreund Carstensen dieses Bekenntnis zum Erhalt des Marinearsenals abgibt. Dann fangen wir auch langsam wieder an, Sie in der Frage ernst zu nehmen.

Und vergessen dürfen wir auch nicht, dass der Bundesverteidigungsminister eben-falls Ihr Parteibuch hat. Diese Entscheidung zulasten des Standortes Kiel geht auf Ihr Konto, Kolleginnen und Kollegen der CDU!

Das jetzt der Ministerialbürokratie in die Schuhe zu schieben, Herr Kruber, ist einfach unanständig.

Im Übrigen: Sie instrumentalisieren das Bündnis für Ihre Zwecke und hoffen damit zu punkten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien werden am Ende für sich entscheiden, wer wirklich für sie da ist.

Wir fordern entschieden den Erhalt des Arsenalen wie auch der anderen von der Schließung bedrohten Dienststellen ein. Wir sind an der Seite der Bundeswehrangehörigen und ihrer Familien, die seit jeher ein Teil unserer Stadt sind.

Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Ich habe keinen direkten Bezug genommen zum Antrag der Grünen genommen. In der Tat haben wir in dieser Frage eine unterschiedliche Einschätzung als unser Kooperationspartner. Wir stehen zu dieser Kooperation und das tut unser Kooperationspartner auch.

Wir sind allerdings nicht Gefangene in dieser Kooperation und machen in dieser Frage deutlich, dass wir eigenständig und selbstbewusst sind. Das stärkt die Kooperation und schwächt sie nicht.

Vielen Dank.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.11.2011, 12:32 Uhr - 5332 Clicks - Nr. 1177

Werte in der Politik

St. Ansgar Kirche, Reinbek-Schönningstedt - Wie ist es mit den Werten in der Politik? Kommen sie im Getriebe des politischen Alltags, wenn es schnell gehen muss und Kompromisse gefragt sind, überhaupt vor? Nachdem Pastor Benedikt Kleinhempel im letzten Jahr am Buß- und Betttag drei CDU-Politiker zum Nachdenken über Grundsätzliches eingeladen hatte, waren in diesem Jahr drei Sozialdemokraten dran:



Volker Müller, der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Reinbeker Stadtvertretung, der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes.

Die Kirche war gut besucht, im Anschluss an einen Gottesdienst wollten viele Gäste die „Menschen hinter der Rolle des Politikers“ kennenlernen. Und so berichteten die drei SPD-Vertreter, wie sie überhaupt zur Politik kamen und warum sie sich für die SPD entschieden. Überraschende Parallele: Alle drei waren in ihrer Jugend aktive Pfadfinder, haben dort gelernt, Verantwortung zu übernehmen. Während für Volker Müller das umsichtige Handeln Helmut Schmidts während der Flutkatastrophe in Hamburg ein wichtiger Faktor war, der SPD beizutreten, war es für Franz Thönnnes die Ostpolitik Willy Brandts. Und Martin Habersaat, mit 34 Jahren der Jüngste in der Runde, wollte der SPD 1998 helfen, Helmut Kohl als Bundeskanzler abzulösen.

Gerechtigkeit - dieser Wert, dieses politische Ziel ist für alle drei eine Triebfeder. Martin Habersaat erklärte dies am Beispiel seiner Tätigkeit in der Bildungspolitik: „Ich halte es für ungerecht, wenn die Herkunft eines Kindes einen größeren Einfluss auf seinen Schulabschluss hat als sein Können.“ Franz Thönnnes nannte seinen Einsatz dafür, die Lage älterer Arbeitnehmer/innen zu verbessern und im Ausland erworbene Abschlüsse in Deutschland leichter anerkennen zu lassen. Volker Müller erläuterte seine Bemühungen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Wenn auch die

großen Werte nicht in jeder Einzelentscheidung mitdiskutiert würden, so seien sie doch hilfreich, die Richtung des Handelns zu bestimmen.

In der von der Journalistin Elke Güldenstein moderierten anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden viele unterschiedliche Aspekte des politischen Lebens besprochen. Von Gewissensfragen und dem sogenannten Fraktionszwang über sinkende Mitgliederzahlen in den Parteien bis hin zur Frage, was denn die politische Triebfeder jedes Einzelnen sein. „Ich möchte mit anderen gemeinsam unsere Gesellschaft gestalten und Verantwortung übernehmen“ - so fasste Martin Habersaat sein Engagement zusammen, nannte dies aber auch als Einstellung, die er seinen Schülerinnen und Schülern immer habe vermitteln wollen.

Das Schlusswort zum Abend hatte Probst Martin Bohl, der Betrachtungen zum Zusammenhang der Werte Freiheit und Verantwortung anstellte. Als Dankeschön gab es für die Gäste eine sinnbildliche rote Socke mit einem Nikolaus darin. „Nett und rot - passt zu uns!“, schmunzelten die drei Politiker am Ende eines Abends, der zwar sehr politisch war, aber viel nachdenklicher und tiefgehender als manche Podiumsdiskussion.

Foto: Volker Müller, Martin Habersaat, Franz Thönnies, Elke Güldenstein, Martin Bohl, Benedikt Kleinhempel

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.11.2011, 11:31 Uhr - 1338 Clicks - Nr. 1178

Konsequent gegen Rechtsextremismus

Wir wissen, dass sich rechtsextremistisches Gedankengut leider auch in der Landeshauptstadt Kiel zeigt: in Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, in der Verbreitung von Hassparolen und Schmierereien, in der Verübung von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund und auch im Einzug eines Mitglieds einer vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften Partei in die Ratsversammlung.

Wir verpflichten uns deshalb zur Fortsetzung unserer Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt. Dazu haben wir als Kooperation in den vergangenen Jahren eine Reihe von erfolgreichen Programmen aufgelegt, die auch künftig fortgesetzt werden:

- Die Landeshauptstadt Kiel nimmt am Förderprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundes teil und stellt entsprechende Aktionspläne auf.
- Die seit dem Haushaltsjahr 2009 im Bereich der Jugendarbeit für Projekte im Rahmen von „Vielfalt tut gut, Kieler Jugend für Toleranz und Demokratie“ vorgesehenen Mittel werden weiterhin bereit stehen.
- Die seit dem Haushaltjahr 2011 im Bereich der Kulturpädagogik vorgesehenen Mittel für die

Zusammenarbeit mit dem Theater, mit den Hochschulen und für aufsuchende Kulturarbeit an den Kieler Schulen sollen mit dem Schwerpunkt „Extremismusprävention“ ab 2012 erhöht werden

- Die fruchtbare Zusammenarbeit im Forum für Migrantinnen und Migranten und den vielen Gemeinden, wie etwa der türkischen Gemeinde sind für Kiel als Stadt der Vielfalt bereichernd und unerlässlich. Von daher werden wir nach Wegen suchen, diese Kooperation zu stärken.
- Rechtsextreme Schmierereien werden im Rahmen des Zuständigkeitsbereichs der Stadt auch in Zukunft zügig beseitigt. Wir beteiligen uns darüber hinaus an den Aktionen von Bürgerinitiativen, die in ihren Stadtteilen Aufkleber und Plakate von den Straßenlaternen und Hauswänden in Eigeninitiative entfernen.
- Die Landeshauptstadt Kiel bleibt Mitglied in der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus.“

SPD und GRÜNE werden in den kommenden Wochen dazu einladen, ein großes Kieler Bündnis gegen Rechtsextremismus, Ausgrenzung, Hass und Menschenfeindlichkeit zu bilden, um für Parlamente und Ratsversammlungen ohne Rechtsradikale und für ein Klima der Toleranz und friedlichem Miteinander aller Kulturen in Kiel einzustehen.

Dies erklären Falk Stadelmann für die SPD-Ratsfraktion und Katja Günther für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Antje Danker für den SSW anlässlich der Mordserie einer Neonazi-Bande und der Gedenkminute für die Opfer in der gestrigen Ratsversammlung.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 26.11.2011, 11:50 Uhr - 10352 Clicks - Nr. 1179

Willy-Brandt-Medaille an Eckehard Raupach verliehen

Eckehard Raupach hat die höchste Auszeichnung der SPD erhalten: die Willy-Brandt-Medaille. Rolf Fischer überreichte die Medaille auf der Programmkonferenz der Kieler SPD am 25. November 2011. Programmatisch sei auch das Leben und Wirken des früheren Fraktionsvorsitzenden Eckehard Raupach, sagte Fischer und nannte exemplarisch neben den kommunalpolitischen und Parteiämtern seinen Einsatz für Menschen mit Behinderungen oder Obdachlose. Der im Stadtbild bekannteste radelnde Bartträger verkörpere die Richtwerte der SPD: sozial und demokratisch.



Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.11.2011, 14:43 Uhr - 4370 Clicks - Nr. 1180

Glinde demonstriert: Vielfalt statt Einfalt
Martin Habersaat übergibt Unterschriften
der SPD-Landtagsfraktion

Mehrere hundert Glinerinnen und Gliner, aber auch viele Menschen aus der näheren und fernerer Umgebung, sind am Sonnabend dem Aufruf von Bürgermeister Rainhard Zug und Bürgervorsteher Eberhard Schneider. Ihre Botschaft: Glinde ist bunt, nicht braun. Rechtsradikale Läden haben in Glinde nichts verloren.



Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat übergab dem Bürgermeister eine Unterschriftenliste der SPD-Landtagsfraktion: „Abgeordnete und Mitarbeiter stehen an der Seite der Gliner im Kampf gegen menschenfeindliches Gedankengut!“

Der friedliche Demonstrationszug startete in der Gliner Marktpassage und zog dann zum Gliner Berg. In kurzen Ansprachen begründeten Bürgermeister, Bürgervorsteher und Bürgerinitiative ihr Engagement, dass eigentlich keiner Begründung bedarf: In Deutschland dürfen rechte Fanatiker nie wieder etwas zu sagen haben!“

Mehr Bilder: [hier](#).

Fotografen: Guenther Heitmann und Martin Habersaat

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 26.11.2011, 21:28 Uhr - 4715 Clicks - Nr. 1181

Grünkohlessen OV-Süd

Zum traditionellen
Grünkohlessen in der
Vorweihnachtszeit lädt auch
in diesem Jahr der SPD-



Ortsverein Neumünster-Süd alle Mitglieder und Freunde am Freitag, dem 2.12. 2011 um 19.30 Uhr, in das Restaurant des Hotel Kühl, Segeberger Str. 74, ein.

An diesem Abend werden einige Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft in der SPD durch den ehemaligen Minister Uwe Döring geehrt. Auch die Landtagskandidatin Kirsten Eickhoff-Weber, hat ihre Anwesenheit zugesagt.

Telefonische Anmeldungen werden unter 21042 (Delfs) und 73074 (Holtz) erbeten.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 27.11.2011, 12:39 Uhr - 7843 Clicks - Nr. 1182

Kieler SPD verlängert Demokratiesommer

Die Kieler SPD verlängerte den Demokratiesommer und lud alle Mitglieder zu einer Programmkonferenz ein. An sechs Themeninseln wurde der Entwurf des Regierungsprogramms diskutiert. Eine SPD-geführte Landesregierung müsse die Städte stärken - dies war der einheitliche Tenor an allen Themeninseln. Die großen Städte Kiel, Hansestadt Lübeck, Neumünster, Flensburg und Norderstedt prägen das Land und ihre Region.



Die vielen Mittelstädte, Kleinstädte und

Großgemeinden seien ein Charakteristikum für Schleswig-Holstein. Sie bieten Arbeitsplätze, Wohnungen, sind Orte der sozialen und gesundheitlichen Versorgung und die bedeutenden Bildungszentren. Mit den Kommunen in der Nachbarschaft zu Hamburg sei Schleswig-Holstein aktiv mit der Metropolregion Hamburg verbunden. Eine moderne Landespolitik müsse sich deshalb besonders der Entwicklung und Förderung der Städte und der Großgemeinden annehmen.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 27.11.2011, 20:34 Uhr - 4541 Clicks - Nr. 1183

Weihnachtsmarkt trotzte den Orkan-Böen

Der Osterrönfelder Weihnachtsmarkt am 1. Advent jeden Jahres ist bei vielen OsterrönfelderInnen stets rot im Kalender markiert, zählt dieser Termin doch zum vorweihnachtlichen Pflichtprogramm in Osterrönfeld. Trotz starker Sturmböen und anfänglichen Regenschauern kamen wieder viele Besucher zum Osterrönfelder Bürgerzentrum „Alter Bahnhof“, der alljährlich Schauplatz des Weihnachtsmarktes ist. Sogar der Weihnachtsmann ließ sich durch das schlechte Wetter nicht von einem Besuch abbringen.



Zahlreiche Vereine und Verbände waren wieder mit eigenen Verkaufsständen beim Weihnachtsmarkt vertreten und boten viele kulinarische Leckereien an. Außerdem verkauften einige Privatanbieter allerlei Selbstgebasteltes und sorgten so dafür, dass so manches Weihnachtsgeschenk bereits gekauft werden konnte. Detlef Strufe (SPD) war als Vorsitzender des Sozial- und Kulturausschusses wieder für die Organisation des Weihnachtsmarktes mit zuständig und zeigte sich angesichts des unbeständigen Wetters mit der Resonanz auf den Weihnachtsmarkt sehr zufrieden. Zumal: für die Osterrönfelder Vereine und Verbände ist es stets gute Möglichkeit, sich einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und für sich zu werben. Auch dieses Jahr haben die

Vereine und Verbände viel auf die Beine gestellt und sorgten so für einen gelungenen Weihnachtsmarkt.

Ihre Eröffnung feierte während des Weihnachtsmarktes die neue Jugendbücherei im Osterrönfelder Jugendzentrum, die ebenfalls im Alten Bahnhof angesiedelt ist. Ob Kinderbücher, Romane oder Sachbücher, viele Bücher können kostenlos für drei Wochen ausgeliehen werden. OsterrönfelderInnen, die Bücher für die Jugendbücherei spenden möchten, sind dazu herzlich eingeladen und können sich beim Jugendzentrum melden.

Die SPD Osterrönfeld, selbst seit Jahren immer mit einem eigenen Stand auf dem Weihnachtsmarkt vertreten, zeigte sich mit dem Verkauf von Punsch und Waffeln zufrieden, auch wenn das Vorjahresergebnis aufgrund der Wetterlage wahrscheinlich nicht erreicht werden wird. Das ist insofern ein Wermutstropfen wert, als dass die Gewinne jedes Jahr an eine gemeinnützige Einrichtung bzw. Initiative im Ort gespendet wird. Davon konnten in den letzten Jahren bereits die Osterrönfelder KiTas, der Förderverein der Aukamp-Schule, die Osterrönfelder Tafel sowie das Jugendzentrum profitieren.

Neben dem Verkauf von Punsch und Waffeln konnte die SPD aber auch wieder interessante Gespräche mit den OsterrönfelderInnen führen und über die Ortspolitik informieren.

In diesem Sinne: auf ein Neues im nächsten Jahr und dann vielleicht wieder mit Schnee [[siehe Bericht 2010](#)]. --

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 27.11.2011, 22:28 Uhr - 3959 Clicks - Nr. 1184

Karsten Wessels wiedergewählt

Karsten Wessels erneut zum AfA-Kreisvorsitzenden Dithmarschen gewählt

Die AfA Kreiskonferenz wartete mit drei Besonderheiten auf, mit Peter Harbat wurde auf der Versammlung nicht nur neues SPD-Mitglied begrüßt, er wurde dann auch in den AfA-Kreisvorstand gewählt. Er arbeitet in



der Raffinerie in Hemmingstedt und ist dort Ersatzmitglied des Betriebsrates. Die zweite Besonderheit, nicht nur der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann sprach Grußworte sondern auch die neugewählte DGB-Regionsgeschäftsführerin Susanne Uhl nahm teil und referierte zum Thema Energieeffizient und als Drittes: die beiden SPD-Landtagskandidaten waren anwesend und übernehmen ganz selbstverständlich die Arbeit der Zählkommission. Eindeutig die AfA in

Dithmarschen hat einen hohen Stellenwert, dies zeigte auch die Anwesenheit der SPD-Kreisvorsitzenden Angelika Hansen und des AfA-Landesvorsitzenden Wolfgang Mädels. Zum Stellvertretenden Vorsitzenden wurde Stefan Rehder gewählt.

Keine Kommentare

[Kirsten Eickhoff-Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 28.11.2011, 09:36 Uhr - 5268 Clicks - Nr. 1185

Rote Tulpen von der SPD

Mit einem Frühlingsgruß begann die SPD-Landtagskandidatin Kirsten Eickhoff-Weber nun ihre persönliche Vorstellungsrunde in Wittorf.

Zusammen mit dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden und Ratsherrn Bernd Delfs verteilte sie an den Haustüren Tulpenzwiebeln. Ausgestattet mit Handschuh und Schaufel ließ sie es sich nicht nehmen die Zwiebeln selbst an den gewünschten Plätzen im Vorgarten zu pflanzen. So werden im nächsten Frühjahr an vielen Stellen rote Tulpen an diese Hausbesuche erinnern.

Gleichzeitig fand sich Gelegenheit zu Gesprächen mit den Menschen, um einen Eindruck über die Anliegen der Bevölkerung zu erhalten. Dabei hat die Gartenbau-Ingenieurin auch manche fachlichen Tipps erhalten bzw. geben können. Überrascht zeigte sich Kirsten Eickhoff-Weber von den durchweg sehr gepflegten Gärten. „Mein Eindruck ist, dass die Menschen viel Wert auf eine gute Nachbarschaft legen“, sagte die Kandidatin zu Abschluss.

Das Bild zeigt die SPD-Landtagskandidatin Kirsten Eickhoff-Weber mit einem Anwohner der Julius-Brecht-Straße, Herrn Lang.

Keine Kommentare

[SPD-Mönkeberg](#) - veröffentlicht am 28.11.2011, 10:39 Uhr - 3995 Clicks - Nr. 1186

Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch

SPD Mönkeberg

Liebe Mönkebergerinnen, liebe Mönkeberger, die SPD wünscht Ihnen Allen frohe und besinnliche Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr 2012, verbunden mit unseren besten Wünschen.

Nach unserem wunderbaren Jubiläumsfest - 100 Jahre SPD Ortsverein Mönkeberg - vom 3.9.2011 erhielten wir bis in die letzten Wochen weitere sehr nette Gratulationen und super Reaktionen auf das Festereignis. Doch nun hat uns das politische Leben wieder. Viele Dinge zum Jahresende warten auf Bearbeitung/Erledigung. Hier u.a. zu nennen sind ein paar Hauptpunkte, wie B-Plan 19 Gebiet, Ölpier-Fortentwicklung, Germaniakoppel, Fähranleger und natürlich die Haushaltsentwicklung 2011 und 2012. Dies wird noch so einige Ausschuss- und GV-Runden betreffen und erfordern, wir sind am Ball.

Im November stand wieder einmal der Ortsverein im Vordergrund, die alle 2 Jahre stattfindende Vorstands-Wahlveranstaltung, sowie die jährlich anstehenden Regularien. Bei Anwesenheit von unserem langjährigen Bundestagabgeordneten und früherem SPD-Kreisvorsitzenden

Horst Jungmann und seiner Frau Edith wurden geehrt.

Totenehrung: unser Altbürgermeister Helmut Zimmer, der leider viel zu früh verstorben, dennoch unvergessen sein unermüdlicher Einsatz für unsere Gemeinde Mönkeberg.

Für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt wurden: Anke Dahmke, Ingrid Dahmke, Ursula Heinze und Irmgard Wohlgehagen.

Für 25- jährige Mitgliedschaft geehrt wurden Marlene und Michael Carstensen.

Die Ehren-Urkunden und Präsente verteilten Horst Jungmann und der Ortsvereinsvorsitzende.

Zu den folgenden Vorstandswahlen kam unsere Kreisvorsitzende Anette Langner (MdL) hinzu und führte die folgende Wahlversammlung souverän, wie immer durch. Mit großer Mehrheit wurden gewählt:

Rainer Dröge 1. Vorsitzender, Harald Tews 2. Vorsitzender, Fred Hentrich Schriftführer und Karin Horst KassiererIn.

als Beisitzer wurden gewählt: Gerd Cornelsen, Jonas Cornelsen, Jens Heinze, Dietmar Katzer, Angelika Koslowski und Marlen Rücker

dazu kamen als Revisoren: Andrea Niebuhr und Werner Runde

Die Delegierten zu Kreisparteitagen wurden auch noch gewählt, diese sind im Protokoll genannt.

Zum Abschluss berichtete unsere Kreisvorsitzende Anette Langner von den beginnenden Wahlkampf vorbereitungen LTW 2012 und da sie selbst in der SPD Landesprogramm-Kommission ist, auch von den programmatischen Vorentwürfen, die in Kürze an alle unsere Mitglieder zur Diskussion gestellt werden. Alles in allem eine gute Jahreshauptversammlung, wenn auch wegen der Fülle der Tagesordnungspunkte nicht ganz kurz geraten.

Der neue/alte Vorstand bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen und nahm die Wahl an!

Machen Sie mit bei uns, rufen Sie mich an

Rainer Dröge , Vorsitzender

SPD OV Mönkeberg

Tel.. 0431-23332

mob. 0171-6227022

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 28.11.2011, 11:47 Uhr - 17740 Clicks - Nr. 1187

Abfallgebühren bleiben für weitere 3 Jahre stabil.

Eine gute Botschaft freut sich Anna Wehner, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion

Abfallgebühren bleiben für weitere 3 Jahre stabil. Eine gute Botschaft freut sich Anna Wehner

Die Abfallgebühren bleiben bis 2014 stabil. „Das ist für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises eine gute Botschaft“ kommentierte die umweltpolitische Sprecherin der



SPD-Kreistagsfraktion Anna Wehner die Entscheidung des Umweltausschusses.

Auf Vorschlag der Verwaltung beschloss der Ausschuss dem Kreistag, der am 7. Dez. tagt, zu empfehlen, die Abfallgebühren von 2012 bis 2014 auf dem gegenwärtigen Stand der Abfallentgelte festzuschreiben.

Die Gründe für diese positive Entwicklung sind vielfältig. Die rege Bautätigkeit der letzten Jahre und die Erhöhung der Einwohnerzahlen haben sich positiv auf die Gebühreneinnahmen ausgewirkt. Mit der Übernahme der kreisweiten Müllabfuhr durch die kreiseigene Gesellschaft HAMEG konnten die Kosten gesenkt und die verwaltungsinternen Aufwendungen mit einer wirtschaftlicheren Geschäftsführung verringert werden.

„Unser Fachdienst Bürgerservice“ –so Wehner- „hat in den letzten Jahren wirtschaftlich gut gearbeitet und von der Konjunktur der letzten Jahre profitiert“. Das zahle sich jetzt für die Haushalte aus. So hat es in den letzten 3 Jahren keine Gebührenerhöhung gegeben und für die nächsten 3 Jahre zeichnet sich ab, dass die Gebühren auf dem Niveau von 2009 stabil bleiben werden.

Die Zustimmung des Kreistages hält Wehner nur noch für eine reine Formsache.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 28.11.2011, 19:16 Uhr - 6033 Clicks - Nr. 1188

SPD-Kritik am Verhalten des Kreises bei der Umsetzung Schulsozialarbeit

Massive Kritik hat die SPD-Kreistagsfraktion im Rahmen der Kreistagsdebatte im Juni 2011 an der Vorgehensweise der Verwaltung geübt, aus den zur Verfügung stehenden Mitteln für Schulsozialarbeit erst einmal eine kostenintensive „Koordinierungsstelle“ beim Kreis für die Verwaltung einzurichten.



Gitta Neemann-Güntner, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion: „Das Geld, das die Kreisverwaltung für zusätzliches Personal von den Geldern des Bundes abgezweigt hat, fehlt seitdem für konkrete Schulsozialarbeit vor Ort.“

Fraktionsvorsitzender Gunar Schlage ergänzt: „Es war und ist für uns ein Unding, erst mal einen ordentlichen „Schluck aus der Berliner Zuschusspulle“ zu nehmen und sogar den eigenen Personalhaushalt zu entlasten, und dass Geld nicht dahin fließen zu lassen, wo es hingehört: Für die dringend notwendige Schulsozialarbeit an den Schulen.“

Diese Kritik wurde nun bekräftigt. Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag hat die Vorgehensweise einzelner Kreise in einem Schreiben an die Landesminister Dr. Heiner Garg und

Dr. Ekkehard Klug kritisiert. Beklagt wird eine „Verwaltungstätigkeit in den Kreisen“, obwohl Empfänger des Geldes die Schulträger sein sollen. Die Einrichtung von kostenintensiven Koordinierungsstellen für Schulsozialarbeit, so der Gemeindetag weiter, bedeutet in der Summe, dass von den Bundesmitteln für Schulsozialarbeit ein Großteil nicht bei den Schulträgern ankommt.“

Gitta Neemann-Güntner: „Genau das war unser Kritikpunkt, wobei im Kreis Herzogtum Lauenburg sogar noch einen Schritt weiter gegangen wurde, in dem der eigene Personalhaushalt durch Streichung einer Stelle entlastet wurde. Der Kreis darf aber lediglich als Treuhänder der Bundesmittel im Sinne des Ausführungsgesetzes gegenüber den Schulträgern handeln. Der Vorwegabzug ist unserer Auffassung nach somit rechtswidrig.“

Gunar Schlage: „Wir können diese massive Kritik nachvollziehen. Die Vorgehensweise auch unseres Kreises widerspricht völlig der Intension der Bundes- und Landesgesetzgeber.“

Gitta Neemann-Güntner: „Nach meinem Kenntnisstand entwickelt sich auch bei den Schulträgern des Kreises in den Städten und Ämtern Protest. Das verstehe ich nur zu gut. Bei den anstehenden Stellenplanberatungen wird die SPD-Fraktion deshalb beantragen, die gerade geschaffene Verwaltungsstelle wieder zu streichen, damit die Mittel ihren eigentlichen Zweck erfüllen können. Da das Vorgehen des Kreises von CDU und FDP-Abgeordneten im Kreistag im Vorfeld vor Ort ebenfalls kritisiert wurde, müsste der Kreistag eigentlich mit einer Mehrheit unseren Antrag unterstützen.“

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 28.11.2011, 22:12 Uhr - 3510 Clicks - Nr. 1189

Schiffbau

Resolution der AfA-Regionalkonferenz Nord zur Insolvenz der Sietas-Werft

Schiffbau gehört zur Norddeutschland, wie die Nord- und Ostsee.

Deshalb betrachtet die AfA mit großer Sorge den Abwärtstrend der Maritimen Industrie in Deutschland und die zögerliche Haltung der Bundesregierung, hier Initiativen zur Stabilisierung und Entwicklung des Schiffbaus und der Zulieferindustrie in gang zu setzen.

Solange wie die SPD im Bund und in den norddeutschen Ländern Regierungsverantwortung getragen hat, hatte die Maritime Industrie einen hohen wirtschaftlichen und politischen Stellenwert. Unter CDU und FDP Verantwortung sind alle politischen Einflussnahmen und Aktivitäten gegen null gedreht worden.

Das jüngste Beispiel, die Insolvenz der Traditionswerft Sietas ist u.a. Ausdruck dieser politischen Abstinenz und des Rückzuges der Banken in dieser Branche.

Die AfA-Regionalkonferenz Nord spricht den rund 1000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre



Solidarität aus und wird Aktivitäten der IG Metall, des Betriebsrates und der Belegschaft unterstützen.

Wir fordern den Hamburger Senat, die Bundesregierung und die Banken, insbesondere die HSH-Nordbank auf, die Sietas Werft in ihrer schweren Situation nicht alleine zu lassen.

Die Maritime Industrie in Deutschland ist genauso systemrelevant wie die Banken und verdient deshalb die gleiche Unterstützung.

Keine Kommentare

[Kirsten Eickhoff-Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 29.11.2011, 07:49 Uhr - 5970 Clicks - Nr. 1190

Eickhoff-Weber: „Neumünster ist die Schaustellerstadt in Schleswig-Holstein“

Der Schaustellerverband Schleswig-Holstein lud die SPD-Landtagskandidatin Kirsten Eickhoff-Weber zur Eröffnung des Weihnachtsmarktes in Neumünster.

„Ich bin der Einladung gern gefolgt, da die Schausteller im wahrsten Sinne des Wortes Menschen des Volkes sind – fahren sie doch das ganze Jahr über zu allen Volksfesten in Schleswig-Holstein. Damit sind die Schausteller in der Tat stets am Puls der Zeit. Sie kommen mit vielen Menschen zusammen und wissen um die Sorgen und Nöte vor Ort. Daher ist mir der Austausch mit den Schaustellern ungemein wichtig. Denn auch ich möchte den Menschen zuhören und gemeinsam mit ihnen Lösungen finden, um die Stadt Neumünster und das Land Schleswig-Holstein ein Stück weit voranzubringen und menschlicher und vor allem sozialer zu gestalten. Zudem ist Neumünster „die“ Schaustellerstadt in Schleswig-Holstein. Nicht nur der Schaustellerverband rund um den 1. Vorsitzenden Ludolf Fock und seine Mitstreiter ist hier ansässig, sondern viele Schaustellerbetriebe sind in Neumünster beheimatet, bieten wichtige Arbeitsplätze in der Stadt und zahlen Gewerbesteuer. Mir ist an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Schaustellern gelegen.“

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 29.11.2011, 09:50 Uhr - 17868 Clicks - Nr. 1191

AKN zukunftssicher aufstellen

SPD-Landtagsabgeordneter Bernd Schröder hat Antrag in den Landtag eingebracht

AKN zukunftssicher aufstellen fordert Bernd Schröder (MdL)

Der SPD-Landtagsabgeordnete Bernd Schröder hat für seine Fraktion einen Antrag in den Landtag eingebracht. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, in Abstimmung mit dem Hamburger Senat die Bedeutung der AKN als wichtiges regionales und gemeinsames Bahnunternehmen beider Länder anzuerkennen, den Ausbau der AKN mit konkreten Projekten sicherzustellen und die Neustrukturierung der AKN gemeinsam zeitnah zu entwickeln.

Dazu Bernd Schröder: „Die AKN hat sich zu einem leistungsfähigen Bahnunternehmen entwickelt, dass in der Metropolregion Hamburg neben der Hamburger Hochbahn, der S-Bahn und den SPNV-Unternehmen in Schleswig-Holstein langfristig ein erfolgreiches und konkurrenzfähiges

Unternehmen sein kann. Das erfordert die Verständigung beider Länder/Gesellschafter auf Ziele und Konzepte und deren Finanzierung. Konkrete Projekte müssen die Elektrifizierung, der Ausbau der Trassen und Stationen, umsteigefreie Verbindungen bis Hamburg und die Beschaffung geeigneter neuer Fahrzeuge sein. Eine zukunftssichere, langfristige und nachhaltige Struktur der AKN beinhaltet die Sicherung der 334 Arbeitsplätze, einen effizienten Mitteleinsatz und die Finanzierung der erforderlichen Investitionen“.

Im Vordergrund steht der Umbau der AKN-Strecke von Hamburg nach Kaltenkirchen zu einer elektrifizierten S-Bahn-Linie. Nach ersten Schätzungen soll die Modernisierung der 30 Kilometer langen AKN-Strecke rund 50 Millionen Euro kosten. Mit dem Geld soll eine Oberleitung bis nach Kaltenkirchen gezogen werden, außerdem müssen die Bahnsteige entlang der Strecke verlängert und um 20 Zentimeter erhöht werden, damit dort künftig S-Bahnen halten können. Rund 60 Prozent der Summe soll der Bund über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zahlen. Den restlichen Betrag in Höhe von ca. 20 Mio. Euro müssten die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein sowie die AKN tragen.

Die Umstellung auf einen modernen S-Bahn-Betrieb ist zwingend erforderlich, um das Fahrgastpotential entlang der Strecke besser auszuschöpfen. Im Jahr 2009 haben nur 9 Prozent aller Pendler zwischen Kaltenkirchen und Hamburg die AKN genutzt. Zum Vergleich: Auf der Strecke Elmshorn-Hamburg lag der Anteil der Bahnpendler bei 30 Prozent und zwischen Bad Oldesloe und Hamburg bei 15 Prozent. Untersuchungen gehen davon aus, dass die Schienenachse Kaltenkirchen-Eidelstedt ein enormes Entwicklungspotenzial bietet und sich die Fahrgastzahl verdoppeln wird, wenn die neuen Züge erst rollen.

Nach Aussage des SPD-Abgeordneten drängt die Zeit. Hamburg muss den Auftrag für den Betrieb der S-Bahn ab 2018 neu ausschreiben. Bis zum gleichen Zeitpunkt muss die AKN die alten Dieseltriebwagen durch neue Züge ersetzen, die dann wiederum 30 Jahre lang eingesetzt werden. Ca. zwei Jahre vorher müssen entsprechende Bauaufträge an die Fahrzeugindustrie vergeben werden. Sollte bis dahin keine endgültige Entscheidung über die Elektrifizierung der Strecke gefallen sein, müsste die AKN zwangsweise neue Diesel-Züge anschaffen. Damit wäre die Chance auf eine S-Bahn nach Kaltenkirchen für mindestens 30 Jahre vertan

Keine Kommentare

[SPD-Osterröfeld](#) - veröffentlicht am 29.11.2011, 17:33 Uhr - 4675 Clicks - Nr. 1192

Haben wir sonst nichts zu tun? - Endlose Peinlichkeit

Erst hieß es, wir werden es prüfen, dann war erstmal monatelang Ruhe, bis es das "Go" für zusätzliche Straßenlaternen im Verlauf eines Schulweges gab. Dann aber, nach mittlerweile einem Jahr, hieß es: "Kommando zurück!"... Eine unendliche Geschichte, die nun mittlerweile ein Jahr andauert. Leidtragenden sind dabei die Schulkinder! Die Osterröfelder SPD-Fraktion reagiert jetzt mit einem Antrag und hofft nun auf die Vernunft in der Gemeindevertretung am 08.12.2011 (19 Uhr,



Amtsverwaltung).

Bedingt durch den jetzt eingereichten Antrag (siehe unten), scheint Bewegung in Sache zu kommen. So wurde nun bereits ein Angebot einer Firma eingeholt, die nun möglicherweise doch die geforderten und eigentlich schon längst beschlossenen Straßenlaternen aufstellen soll. Ob es allerdings auch zur Auftragsvergabe kommt, muss nun abgewartet werden. Man kann es nur hoffen! Wir werden Sie auf dem Laufenden halten...

Lesen Sie im Folgenden den Antrag der SPD-Fraktion im Wortlaut samt chronologischer Darstellung der bisherigen Diskussion aus den letzten 12 Monaten:

Antrag der SPD-Fraktion zur Schulwegsicherung

Die Fraktion der SPD beantragt die Aufstellung ergänzender Leuchtmittel am Verbindungsweg zwischen Franz-Pantel-Ring in Richtung ehemaliges Lawrenz-Gebäude.

Der oben genannte Weg ist offiziell als Schulweg ausgewiesen. Leider ist der Weg nicht ausreichend beleuchtet, sondern zeichnet sich dadurch aus, dass fast 100 Meter nicht ausgeleuchtet sind. Dieser Missstand wurde vor nunmehr über einem Jahr erstmals kritisiert und im Verkehrs- und Werksausschuss (VWA) behandelt.

Im Vertrauen auf zugesagtes, unbürokratisches Handeln hat die SPD-Fraktion seinerzeit auf einen formellen Antrag verzichtet. Dies muss nun leider nachgeholt werden und ist begründet in der Tatsache, dass urplötzlich (nach einem Jahr) alte Bedenken neu ins Feld geführt werden. Warum die heutigen Antragsteller mehrfach hingehalten wurden und somit ein Zeitverzug und damit ein Sicherheitsrisiko für Schulkinder billigend in Kauf genommen werden, erschließt sich leider nicht.

Die Historie dieser Posse ist in den Protokollen des VWA nachvollziehbar. Auszüge hieraus werden nachfolgend zitiert:

VWA vom 08. November 2010, TOP 7 Verschiedenes

„Es kommt ein Hinweis aus dem Ausschuss, dass der Verbindungsweg zwischen dem Franz-Pantel-Ring und dem Aspelweg, nördlich des Grundstücks ehemals Lawrenz, mit nur zwei Straßenlaternen für die Schulkinder sehr schlecht ausgeleuchtet ist. Der Ausschuss wird die Notwendigkeit weiterer Laternen prüfen.“

VWA vom 17. Februar 2011, TOP 8 Verschiedenes

„In der letzten Sitzung wurde die schlechte Ausleuchtung des Verbindungsweges zwischen dem Franz-Pantel-Ring und dem Aspelweg angesprochen. Der Weg ist mit einer Ausleuchtung von zwei Straßenlampen als Wanderweg ausreichend ausgeleuchtet. Da dieser Weg jedoch insbesondere von Schülern als Schulweg genutzt wird, schlägt Herr Trompf vor, dass die Ausschussmitglieder bis zur nächsten Sitzung den Verbindungsweg vor Ort in Augenschein nehmen, um beurteilen zu können, ob eine weitere Laterne für eine bessere Ausleuchtung erforderlich ist. In diesem Zusammenhang

kommt der Hinweis, dass die Ursache für die schlechte Ausleuchtung auch der teilweise starke Bewuchs vor den Leuchtmitteln sein könnte.“

VWA vom 12. Mai 2011, TOP 9 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden, Anfragen der Ausschussmitglieder

„Aufgrund einer Anfrage aus einer der letzten Sitzungen zur Ausleuchtung eines Schulweges im Aspelweg wird noch einmal verdeutlicht, dass es sich um den Sandweg vom Franz-Pantel-Ring, vorbei am Lawrenz-Gelände, zum Aspelweg handelt. Der Sandweg wird bis zur nächsten Sitzung vom Ausschussvorsitzenden und vom Bürgermeister in Augenschein genommen.“

VWA vom 23. August 2011, TOP 8 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden, Anfragen der Ausschussmitglieder

„Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass er zusammen mit dem Bürgermeister aufgrund einer Anfrage aus einer der letzten Sitzungen die Ausleuchtung des Schulweges im Aspelweg in Augenschein genommen hat. Die Beleuchtung ist in der derzeit vorhandenen Form für einen Schulweg auch aus seiner Sicht und aus Sicht des Bürgermeisters nicht ausreichend. Im Rahmen der Unterhaltung der Straßenbeleuchtung sollen hier kurzfristig zwei weitere Straßenlampen installiert werden.“ [Anmerkung d. Redaktion: Ausschussvorsitzender ist Manfred Trompf (OWG), Bürgermeister ist Bernd Sienknecht (OWG)].

In der Hoffnung, dass dem Wort kurzfristig tatsächlich auch eine kurzfristige Reaktion noch vor der „dunklen Jahreszeit“ nachfolgt, schien das Problem damit behoben und die langatmige Beratung nun endlich abgeschlossen.

Weit gefehlt:

VWA vom 03. November 2011

Da leider das Protokoll noch nicht vorliegt, kann nur aus der persönlichen Erinnerung referiert werden: Auf Nachfrage des Ausschussmitglieds Dennis Schmidt (SPD; Anm. d. Red.) führt der Bürgermeister aus, dass zunächst versucht werden soll, dem Problem der unzureichenden Ausleuchtung, mit einem Rückschnitt der umliegenden Bäume zu begegnen.

Dass damit die ohnehin nur sehr gemächlich gewachsenen Ergebnisse der letzten VIER Ausschusssitzungen ad absurdum geführt werden, wird ausgeblendet. Dieses Vorgehen ist nicht akzeptabel. Die Gutgläubigkeit bzw. das Vertrauen, dass ein formeller Antrag nicht für alle Kleinigkeiten notwendig sei, wird schamlos ausgenutzt.

Unterm Strich sind die Schulkinder nun die Leidtragenden, die weiterhin mit ihrem Problem allein gelassen werden.

Der letzten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses war nun sogar zu entnehmen, dass nun konzeptionell das ganze Dorf entsprechend geprüft werden soll und in einem Zeitrahmen von 5 Jahren nach und nach Abhilfe geschaffen werden könnte.

Es spricht leider nicht wirklich für die Daseinsberechtigung des VWA, dass man nicht in der Lage ist, innerhalb eines Jahres die Notwendigkeit einer ausreichenden Ausleuchtung eines Schulweges festzustellen oder negativ zu bescheiden. Im Gegenteil: die Notwendigkeit wird zwar sehr zögerlich aber immerhin festgestellt. Auch die Abhilfe scheint beschlossen. Dann aber geht man urplötzlich wieder auf den Stand von vor 9 Monaten zurück und meint, der Rückschnitt der Bäume könnte ausreichend sein (Vgl. VWA vom 17. Februar und 03. November 2011).

Dass die Schulkinder einen weiteren Winter im Dunkeln den Sandweg in Richtung Schule nutzen sollen, wird von der SPD-Fraktion nicht akzeptiert. Ein Verweis des Antrages in den eigentlich zuständigen Fachausschuss ist in Folge der Dringlichkeit und der Unentschlossenheit des VWA nicht tragbar.

Es wird daher beantragt, die am 23. August festgestellt notwendige und ausgesprochene Abhilfe innerhalb der nächsten vier Wochen sicherzustellen, und mindestens zwei neue Leuchtmittel zu installieren.

Sofern diese Zeitschiene nicht ausreichend ist oder Experten die Anzahl zusätzlich, notwendiger Leuchtmittel höher einschätzen, wird hilfsweise beantragt, die Menge und Anzahl der Leuchtmittel entsprechend anzupassen und die Installation so kurzfristig wie möglich zu realisieren. --

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 30.11.2011, 14:06 Uhr - 18872 Clicks - Nr. 1193

Behindertenbeauftragter des Kreises beim SPD-Kreisvorstand

Der ehrenamtlich tätige Behindertenbeauftragte des Kreises Segeberg, Wolfgang Hoffmann, hat sich in Bad Segeberg zu einem Informationsaustausch mit dem Kreisvorstand der Segeberger Sozialdemokraten getroffen.

Im Rahmen seiner Tätigkeit ist Hoffmann in beratender Tätigkeit zuständig für die Kreisverwaltung und den Kreistag, Verbände und Einzelpersonen – im Kreis Segeberg gibt es derzeit 46.000 registrierte Behinderte.

Hoffmann beklagte, dass – obwohl in der Geschäftsordnung so vorgesehen - der Kreis ihn gerade bei baurechtlichen und verkehrlichen Maßnahmen, die behinderte Menschen betreffen, häufig nicht rechtzeitig einbeziehe. Auch seien leider in den Jobcentern immer wieder Diskriminierungen von Menschen mit Beeinträchtigungen an der Tagesordnung, z.B. in Form von Sanktionierungen trotz erwiesener Arbeitsunfähigkeit der Betroffenen.

Die Zusammenarbeit mit dem Bad Segeberger Bürgermeister sei hingegen vorbildlich. In diesem Zusammenhang sprach der Behindertenbeauftragte den Wunsch aus, dass die Städte und Gemeinden im Kreis entweder durch eigene Beauftragte auf die Belange der behinderten Menschen besser reagieren oder bei Sachentscheidungen häufiger auf ihn als Berater zurückgreifen. Der SPD-Kreisvorstand will die SPD-Fraktionen in den Kommunen informieren und mehr für dieses Thema sensibilisieren. Die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen hält Hoffmann für einen richtigen und wichtigen Weg. Er gab aber auch zu, dass es nur sehr schwer zu

realisieren sei.

Als das größte Problem im Kreis Segeberg sprach Wolfgang Hoffmann die erheblichen Defizite auf dem behindertengerechten Wohnungsmarkt an. Es werde immer schwieriger, Wohnraum mit einer geeigneten Infrastruktur für Behinderte zu finden.

Der SPD-Kreisvorstand will sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass im Baurecht und besonders bei öffentlichen Wohnungsbau-Förderprogrammen die Barrierefreiheit einen noch höheren Stellenwert erhält und zur Auflage gemacht wird.

Mit dem Besuch des Behindertenbeauftragten setzte der SPD-Kreisvorstand seine Serie fort, in der er den direkten fachlichen Austausch mit Vereinen und Verbänden im Kreis Segeberg sucht. Bisher diskutierte die SPD-Spitze mit der jüdischen Gemeinde in Bad Segeberg, dem Kreiselternbeirat der Gymnasien und dem Kreisbauernverband.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 30.11.2011, 21:59 Uhr - 8302 Clicks - Nr. 1194

Kieler SPD ehrt langjährige Mitglieder

Auf der diesjährigen Mitgliederehrung wurden 26 Genossinnen und Genossen für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt, darunter fünf Frauen und Männer der ersten Stunde für 65 Jahre in der SPD: Lore Klose (West/Altstadt), Günther Meier (Hassee), Konrad Braun (Elmschenhagen), Hans Burgard (Ellerbek) und Karl Molkenhien (Süd). Rolf Fischer bezeichnete die fünf in seiner Laudatio als "sozialdemokratische Gesichter Kiels".



Fischer dankte allen Geehrten für ihren Einsatz für die Demokratie im Allgemeinen und die Sozialdemokratie im Besonderen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 30.11.2011, 22:03 Uhr - 8392 Clicks - Nr. 1195

Kreisvorstand vor Ort - Gaarden

Stadtteilrundgang statt Tagungsraum - unter diesem Motto stand die Kreisvorstandssitzung am 23. November. Start war am Vinetaplatz. Die Stärkung der lokalen Ökonomie war einer der Schwerpunkte der Diskussion.

Hier verspricht sich die Kieler SPD viel vom neuen Wirtschaftsbüro Gaarden, das aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt gefördert wird. Der Kieler Kreisvorstand, die SPD-Vertreter im Ortsbeirat und der Ortsverein besuchten auch das Stadtteilbüro Soziale Stadt und betonten die Bedeutung des Städtebauförderungsprogramms für benachteiligte Stadtteile wie Kiel-Gaarden.



Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 30.11.2011, 22:23 Uhr - 3385 Clicks - Nr. 1196

AfA-Regionalkonferenz in Hamburg

AfA-Regionalkonferenz Nord beschäftigt sich mit Mobilität

Ein gut besetzter Saal im Kurt-Schuhmacher-Haus in Hamburg zeigte das große Interesse an der AfA-Regionalkonferenz Nord, die in diesem Jahr in Hamburg stattfand. Aus Schleswig-Holstein waren AfA-Vertreter aus Flensburg, Kiel und Plön angereist. Sogar aus Berlin war die stellv. AfA-Bundesvorsitzende gekommen, um die Grüße zu überbringen und die mittlerweile 8 jährige Tradition der "Nordleute" willkommen zu heißen. Beteiligt an der Konferenz haben sich neben den Hamburgern außerdem die Landesverbände Bremen, Weser-Ems und Mecklenburg-Vorpommern. Hauptthema war Mobilität in Norddeutschland und Kurt Bodewig ehem. Bundesminister gab dazu einen interessanten Sachstand über finanzielle Entwicklungen seit 1990 und Planungsstände. Dazu gaben Christian Carstensen vom ACE, Ole Buschhüter von der Hamburger Bürgerschaft und Johannes Kahrs, MdB aus Hamburg-Mitte ergänzende Statements und es wurde spannend mit den Genossen diskutiert. Fazit: es muss mehr Geld investiert werden in die Schiene, den Wasserwegen, den ÖPNV und der Elektromobilität. Jedoch noch ist der Individualverkehr und LKW-Transport zur Versorgung nicht zu ersetzen.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 01.12.2011, 18:00 Uhr - 5408 Clicks - Nr. 1197

Die Jusos sind wieder da !!!..

Die Jusos sind wieder da!!!!

Nach rund 2 jähriger Abstinenz melden sich die Jusos Kreis Plön wieder zurück! Auf der Jahreshauptversammlung am 20. November in Preetz wurde das neue Vorstandskollektiv gewählt,

dem künftig Maira Rehr, Joana Broes, Jonas Cornelsen, Torge Riebesell und Johanna Wille angehören. Zur neuen Kreisgeschäftsführerin wurde Maira gewählt. Es waren auch



jede Menge Gäste anwesend. Die beiden Landtagsabgeordneten Anette Langner und Regina Poersch berichteten kurz von dem bevorstehenden Landtagswahlkampf, den die Jusos selbstverständlich energisch unterstützen werden. Außerdem stellten sich Alexander Wagner und Stephan Voß vor, die beide auf der Juso-Landeskonferenz im Januar für den Posten des Juso-Landesvorsitzenden kandidieren. Welche inhaltlichen Schwerpunkte wir uns setzen und welche Aktionen für 2012 geplant sind, werden wir auf einer Klausurtagung im Januar erörtern. Zu unseren monatlichen Treffen sind natürlich auch Neulinge immer herzlich Willkommen. Über Zeit und Ort könnt ihr euch über unsere Facebook-Gruppe informieren! Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Kommentar von [Antje Klein](#) vom 08.12.2011, 18:24 Uhr:

RE: Die Jusos sind wieder da !!!..

Hallo liebe Genossinnen, liebe Genossen, herzlichen Glückwunsch zur Wahl. Schön, dass Ihr Euch wieder konstituiert habt. Viel Erfolg! Gruss von der Ostsee Antje

1. Dezember - Welt-Aids-Tag

Nach aktuellen Schätzungen des Robert-Koch-Instituts sind derzeit in Deutschland etwa 73.000 Menschen HIV-infiziert. Die Zahl der HIV-Neuinfektionen geht stetig zurück: Rund 2.700 Menschen haben sich im laufenden Jahr angesteckt, 2006 waren es noch 3.400. Das ist erfreulich, zeigt es doch, dass gute Prävention und frühzeitige Behandlung wirken. Doch Tatsache ist auch: HIV und Aids werden kaum noch als ein gesellschaftliches Problem wahrgenommen.



Gerade jüngere Menschen halten HIV und Aids für „nicht so gefährlich“ oder glauben, es betreffe sie nicht. Dies schwächt präventives Verhalten und führt zu Entsolidarisierung mit den Betroffenen. Dabei ist die Bedrohung unverändert hoch.

Bernd Heinemann, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsaktion: „Auch wenn Schleswig-Holstein in den letzten Jahren bei den Neuinfektionen unter dem Bundesdurchschnitt lag, darf keine Entwarnung gegeben werden. Denn nach wie vor ist AIDS unheilbar. Dank des medizinischen Fortschritts ist es immerhin möglich, die Krankheit zu lindern und ihren Verlauf zu verlangsamen. Wir dürfen nicht nachlassen, mit Präventionsprogrammen und qualifizierter medizinischer Hilfe zu intervenieren. Mit Prävention können wir heute schon bei den Gesundheitsausgaben von morgen sparen. Deshalb ist jeder Euro hier gut investiert.“

Ihre Solidarität mit HIV-Infizierten und an dem Virus gestorbenen Menschen machten die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion mit der symbolischen Menschen-Aids-Schleife deutlich.

Keine Kommentare

Ehrungen in Ammersbek

In gemütlicher Atmosphäre hat der SPD-Ortsverein Ammersbek am 1. Dezember seine langjährigen Mitglieder geehrt. Im „Pferdestall“ überreichten Rita Thönnies und Ingeborg Reckling für den Vorstand die Urkunden und Ehrennadeln. Grete Merten nahm die goldene Nadel für den im Frühjahr verstorbenen Rudolf Merten entgegen, dem posthum für 50 Jahre Treue zur Partei gedankt wurde. Elsa Raeder wurde für 40 Jahre und Franziska Hieke für 25 Jahre



Mitgliedschaft geehrt.

Die weiteren Jubilare für 10, 25 und 40 Jahre in der SPD, die an dem Abend nicht teilnehmen konnten, werden ihre Urkunden natürlich nachträglich erhalten.

Auch Tobias von Pein, der SPD-Kandidat für die nächste Landtagswahl aus Lütjensee, war bei der Feier dabei und zeigte sich beeindruckt von der lebendigen Arbeit im Ammersbeker Ortsverein. Im Anschluss gingen die Mitglieder mit Gulaschsuppe und Kuchen an der festlich geschmückten Tafel in den „Klönschnack“ über und ließen den gelungenen Abend ausklingen.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.12.2011, 16:04 Uhr - 4628 Clicks - Nr. 1200

8. bundesweiter Vorlesetag

Martin Habersaat und die „Vorstadtkrokodile“ in der Klosterbergschule

Seit acht Jahren organisieren DIE ZEIT, die Stiftung Lesen und die deutsche Bahn den bundesweiten Vorlesetag. 2011 waren bundesweit 9000 Vorleserinnen und Vorleser dabei, darunter etwa 900 Politikerinnen und Politiker. Auch Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, beteiligte sich.



Er las etwa 120 Schülerinnen und Schülern der 3. und 4. Klasse der Reinbeker Klosterbergschule aus dem Buch „Die Vorstadtkrokodile“ von Max von der Grün vor. Ein Ereignis, das dem gelernten Deutschlehrer sichtlich Vergnügen bereitete.

Martin Habersaat: „Lesen braucht Vorbilder. Ich lese gern und habe mich gefreut, von der Freude an der Literatur etwas weitergeben zu können. Außerdem habe ich wieder gemerkt, warum ich gerne Lehrer geworden bin.“ Nach den ersten 20 Seiten, denen die Kinder aufmerksam lauschten, legte Habersaat das Buch beiseite und begann mit den Kindern eine Diskussion über das Gehörte: Ein älteres Buch sei es, weil noch D-Mark und Telefonzellen vorkommen, stellten die Kinder fest. Auch manche Namen sind heute nicht mehr üblich. In die Fragen zum Buch mischten sich dann schnell auch Fragen an den Vorleser: Wie wird man Politiker? Was macht man dann so? Und welche Klassen hat Martin Habersaat früher unterrichtet? Auch die Frage nach dem Alter des Vorlesers wurde geklärt - er ist ein Jahr jünger als die „Vorstadtkrokodile“, die aus dem Jahr 1976 stammen.

Das Buch schenkte Habersaat den Schülerinnen und Schülern, schließlich sollten sie erfahren, wie es mit der Kinderbande weitergeht, die einen Rollstuhlfahrer als Mitglied aufnimmt. Zunächst aber, berichtete Schulleiterin Katrin Rabe, stand eine weitere Vorleseaktion auf dem Programm: Ein

Wettbewerb, der unter den Schülerinnen und Schülern die besten Vorleser ermittelt.
Weitere Fotos auf den Webseiten der Klosterbergenschule: [hier](#).

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.12.2011, 16:21 Uhr - 2496 Clicks - Nr. 1201

Weihnachten bei 60plus

Gedichte, Lieder, Märchen, Geschichten. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft 60plus der SPD Stormarn hatte ein Programm vorbereitet, das dem "Bunten Nachmittag" alle Ehre bereitet. Im zweiten Jahr ihres Bestehens feierte die Arbeitsgemeinschaft nun Weihnachten in gemütlicher Runde.

Jürgen Schneider, der Vorsitzende der AG 60plus: "Es gab ein wirklich gutes und auch buntes Programm, das offensichtlich allen Freude bereitet hat. Kaffee und Kuchen waren auch Klasse."

Eine schöne Adventszeit allen Leserinnen und Lesern!



Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 03.12.2011, 17:37 Uhr - 2919 Clicks - Nr. 1202

SPD Barsbüttel auf dem Wochenmarkt

Seit langer Zeit steht die SPD Barsbüttel regelmäßig auf dem Wochenmarkt und informiert über kommunalpolitische Themen und die Arbeit der Partei in Bund und Land. Im Dezember überwogen nun einmal die Kalorien anstelle der Inhalte: Der Ortsvereinsvorsitzende Paul Donning (links), der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Holger Gettschat und der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat brachten süße Adventsgrüße unter die Leute.

Gettschat: „Durch unsere regelmäßige Präsenz werden wir häufig auf aktuelle Entwicklungen in der Gemeinde angesprochen. Der Austausch mit der Bevölkerung ist uns wichtig.“



Keine Kommentare

1000 Adventsgrüße

Zwei Tage - drei Wochenmärkte - 1000 Adventsgrüße. Das ist die Bilanz des Stormarner Landtagsabgeordneten Martin Habersaat. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion war am Freitag auf dem Wochenmarkt seiner Heimatgemeinde Barsbüttel und am Sonnabend auf den Wochenmärkten von Glinde und Reinbek unterwegs, um insgesamt 1000 Adventsgrüße zu verteilen.



„Zum Vernaschen“ stand auf der Vorderseite der Karte, die mit einem kleinen Weihnachtsmann beklebt war. „Nett und rot - passt zu SPD“, schmunzelte Habersaat. Auf der Rückseite gab es dann einen Tipp für die Landtagswahl am 6. Mai 2012: „Zum Wählen“.

Habersaat: „Trotz des ungemütlichen Wetters hat mir die Aktion viel Spaß gemacht. Es gab viele nette Gespräche und Schulterklopper im Vorbeigehen. Zur Arbeit eines Landtagsabgeordneten gehört nun einmal nicht nur der Schreibtischdienst. Vielen Dank an alle, die mich bei solchen Aktionen unterstützen!“

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 04.12.2011, 11:17 Uhr - 3724 Clicks - Nr. 1204

Personalmanagement in der Kieler SPD ist Personalentwicklung im Ortsverein!

Personalentwicklung in der SPD Kiel ist auch Personalentwicklung für die Ortsvereine! Am 03.12.2011 eröffnete Rolf Fischer in einer Auftaktveranstaltung im SPD Parteihaus am Kuhberg die „erste Runde“ zur „Politischen Schule Kiel“.

In der Einführung wurden die Idee und der Aufbau der Förderungsmaßnahme den insgesamt 18 interessierten Teilnehmern erläutert und vorgestellt. Es waren aber auch eigene Konzepte gefordert. So konnten die Genossinnen und Genossen selbst konstruktive Vorschläge zur Umsetzung, für den in modularer Aufbauweise konzipierten Lehrgang, einbringen und so das Programm individuell gestalten.



Die Motivationen der Teilnehmer erstrecken sich von der persönlichen Weiterbildung bis hin zu dem Wunsch des Ausbaus der Vernetzung. „Es geht darum, die Mitglieder auf Ehrenämter innerhalb der Kieler SPD vorzubereiten oder es als eine Maßnahme zu verstehen, die sich insgesamt auf die Stärkung der Persönlichkeit im privaten oder beruflichen Leben bezieht“, erläuterte Rolf Fischer.

Die Schulung baut auf insgesamt 5 Einzelmodulen auf, die im „Baukastenprinzip“ individuell vermittelt und eingesetzt werden sollen. Die Teilnehmer werden in den Bereichen: Kommunalpolitik, Mentoring, Rhetorik/Sprachschulung, Presse/Öffentlichkeitsarbeit und Parteigeschichte über einen Zeitraum von ca. 6 Monaten Ausbildungslehrgänge erhalten. Vorgesehen ist außerdem eine Studienfahrt nach Berlin.

Für den Ortsverein Suchsdorf nehmen Paul Stamp (links i. B.) und Daniel Becker (mitte B.) teil. Beide stehen im Jahr 2012 unmittelbar vor der Abiturprüfung und können sich ein Hochschulstudium im Bereich der Sozial- oder Politikwissenschaften vorstellen.

Nach den Prüfungen möchten sich beide verstärkt in die Kieler SPD einbringen und freuen sich über das Angebot des Ortsvereines Suchsdorf, mehr Grundwissen über die Kommunalpolitik vermittelt zu bekommen, teilten sie mit.

„Wie es in der Zukunft mit der „Politischen Schule Kiel“ weitergeht, stellen wir nach Abschluss dieser Maßnahme fest. Eine Personalentwicklungsmaßnahme ist immer langfristig angelegt und muss nicht unmittelbar eine Anschlussmaßnahme zur Folge haben. Es ist vielmehr ein Werkzeug, das wir bei Bedarf einsetzen. Darum ist es wichtig, dass wir die Ergebnisse des Projektes für einen Folgelehrgang dokumentieren. Es wird auch geprüft, ob die Maßnahme als berufliche Weiterbildung anerkannt werden kann!“, erklärte Rolf Fischer.

Allen Teilnehmern wünschen wir viel Spaß und Erfolg!

Andreas Arend

OV-Suchsdorf

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.12.2011, 14:34 Uhr - 6627 Clicks - Nr. 1205

Die Arbeit der Tribüne geht weiter

Nach einigen spontanen Eintritten konnte eine gut besuchte Mitgliederversammlung mit zehn Mitgliedern und zwei interessierten Gästen einen neuen Vorstand für den Verein wählen, der seit 1967 öffentliche Diskussionen über Probleme und Herausforderungen der demokratischen Gesellschaft organisiert - über Parteigrenzen und aktuelle politische „Sachzwänge“ hinweg. Neuer Vorsitzender ist der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, die anderen Vorstandsmitglieder kommen aus Barsbüttel, Glinde und Reinbek.



Martin Habersaat (34) vertritt den Wahlkreis Stormarn-Süd seit 2009 für die SPD im Landtag. Zuvor war er Gymnasiallehrer in Hamburg. Stellvertretender Vorsitzender wurde der Barsbüttler Unternehmer Hermann Hanser, Kassenwart Heinrich Dippel (Barsbüttel). Das Amt des Schriftführers übernahm Norbert Schicketanz aus Glinde. Als Beisitzer fungiert Björn Uhde aus Reinbek, der sich vorgenommen hat, eine Internetpräsenz für den Verein zu erstellen.

Am 25. Juli 2011 war nach langer Krankheit Alfred Schulz verstorben, der den Verein „Tribüne - Vereinigung zur Diskussion der Probleme der modernen demokratischen Gesellschaft" 1967 mitbegründet und seitdem geleitet hatte. Sein Wunsch war, ein Diskussionsforum für Probleme der Zeit zu schaffen. Martin Habersaat hatte ihm noch im Sommer zugesagt, sich um einen Fortbestand der Tribüne zu bemühen und freut sich nun über den gelungenen ersten Schritt. Habersaat: „Ein neuer Vorstand ist die Grundvoraussetzung. Jetzt können wir in die Planungen für 2012 einsteigen.“

Wer Interesse an einer Mitarbeit bei der Tribüne hat, kann sich an eines der Vorstandsmitglieder wenden.

Foto: Heinrich Dippel, Hermann Hanser, Martin Habersaat, Björn Uhde, Norbert Schicketanz

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.12.2011, 18:24 Uhr - 4466 Clicks - Nr. 1206

Metropolregion Hamburg wächst

Im September schlug die Arbeitsgemeinschaft der Hamburg-Randkreise vor, die Metropolregion Hamburg um die Städte Lübeck und Neumünster, den Kreis Ostholstein, die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns und die Landkreise Ludwigslust sowie Nordwestmecklenburg zu erweitern. Bis Ende des Jahres müssen die Kreistage diese Entscheidung bestätigen, am 16. Dezember wird dies der Stormarner Kreistag tun.

Ab dem Frühjahr 2012 wird dann der größte Teil Schleswig-Holsteins der Metropolregion Hamburg angehören.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn: „Dann leben in dieser Region über fünf Millionen Menschen, darunter mehr als 1,7 Millionen Schleswig-Holsteiner/innen. Diese Menschen wollen, dass ihr Lebensraum in ihrem Interesse gestaltet wird. Das geht nur gut mit Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg.“

Ein Verkehrsverbund zwischen Lübeck und Lüneburg sei ein erfolgreiches Projekt der vergangenen Jahre. Gerade für den Kreis Stormarn sieht Habersaat innerhalb dieser Region gute Entwicklungschancen. Ebenso begrüßt er die Orientierung großer Teile Mecklenburg-Vorpommerns nach Hamburg. „Damit orientiert man sich dort nach Norddeutschland, wir werden uns so irgendwann vom Ost-West-Denken lösen können.“

Die Metropolregion Hamburg sei ein Beispiel für gelungene Kooperation, die Ländergrenzen überschreitet und politische Ebenen miteinander verbindet, wie schon an der gemeinsamen Trägerschaft durch Länder und Kreise deutlich werde. Martin Habersaat Habersaat, der auch Mitglied der Enquete-Kommission "Norddeutsche Zusammenarbeit" ist, findet: „Künftig brauchen wir aber vermehrt solche Projekte, die die Identifikation aller Einwohner Schleswig-Holsteins mit der Metropolregion stärken und verdeutlichen, dass deren Entwicklung einen Nutzen für das ganze Land mit sich bringt.“



Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 05.12.2011, 10:41 Uhr - 4241 Clicks - Nr. 1207

Adventsbasar in Steinfeld mit Prämierung

Der erste Adventsbasar des Kultur- und Jugendausschusses der Gemeinde Steinfeld im neu renovierten Landgasthof Jäger´s Ruh Steinfeld war ein voller Erfolg. Neben den vielen Ausstellern mit weihnachtlichen Artikeln und Flohmarkt wurden die vielen kreativen Bilder der dritten und vierten Klasse der Schleidörferschule Steinfeld ausgestellt.

Mit Spannung erwarteten die Kinder der Schleidörferschule – dritte und vierte Klasse – die Prämierung ihrer Bilder des Malwettbewerbs „Kinder malen für den Advent“. Der Jury war es nicht leicht gefallen, eine Auswahl von den 39 kreativen Bildern zu treffen.

In Anwesenheit vom Schulleiter Wolfgang Schäfing überreichten Anne Marxen und Dörte Jönk die Preise. Die jeweils ersten Preise wurden mit einem Reitwochenende auf dem Kastanienhof prämiert, die an Melina Gramsch (3. Klasse) und Josefin Gerken (4. Klasse) überreicht wurden. Anne Marxen bedankte sich bei Klaus-Gerd Junge vom Kastanienhof für den gestifteten Preis. Jeweils mit einem Buchgutschein bedacht wurden die zweiten und dritten Preise an Tobias Daun (2. Platz, 3. Klasse), David Christiansen (2. Platz, 4. Klasse), Anna Rohweder (3. Platz, 3. Klasse) und Alica Poppner (3. Platz, 4. Klasse).

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 05.12.2011, 15:33 Uhr - 4894 Clicks - Nr. 1208

Aktiver Adventskalender der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion nutzt in diesem Jahr die Adventszeit, um sich symbolisch bei engagierten Menschen und vorbildlichen Einrichtungen im Land für ihren Einsatz und ihre Arbeit zu bedanken. „24 Stollen für 24 starke Menschen“ ist das Motto des „aktiven Adventskalenders“ der Fraktion. Jede und jeder Abgeordnete wird in seinem bzw. ihrem Wahlkreis einen Christstollen überreichen und damit – stellvertretend für die vielen aktiven Frauen, Männer und Organisationen – soziales Engagement ehren.



Damit wollen wir deutlich machen, dass ohne diese Menschen und die Institutionen und Verbände, die sie vertreten, unser Land um ein Vielfaches ärmer wäre – an Gemeinschaft, an Solidarität, an Unterstützung und Hilfe.

Der „aktive Adventskalender“ ist auf der Website der Fraktion unter „Fraktionsblog“ zu öffnen (<http://www.spd.ltsh.de/blog>). Vom 1. bis zum 24. Dezember gibt es für jeden Tag ein Foto.

Am 5. Dezember war Martin Habersaat dran, Abgeordneter für den Wahlkreis Stormarn Süd:

Jeden Tag von 16 - 19 Uhr beteiligen sich viele Glinderinnen und Glinder gemeinsam mit dem Aktionsbündnis „Glinder gegen Thor Steinar“ an einer Mahnwache gegen den rechtsradikalen Szeneladen. „Glinde ist bunt, nicht braun“, lautet das Motto dieser und vieler anderer Aktionen. Der Stormarner SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat (rechts im Bild) überreichte Mitgliedern des Aktionsbündnisses einen Stollen und beteiligte sich einmal mehr an der Mahnwache.

Terminhinweis: Am 14.12. plant das Aktionsbündnis ab 16.30 Uhr eine Lichterkette zwischen dem Glinder Markplatz und dem Glinder Berg.

Der Stollen war übrigens ein „Staats-Stollen“ aus der staatlichen Lehrbäckerei der Justizvollzugsanstalt in Neumünster. Mit dem Kauf wird die Wiedereingliederung von straffällig gewordenen jungen Menschen in die Gesellschaft unterstützt.

Keine Kommentare

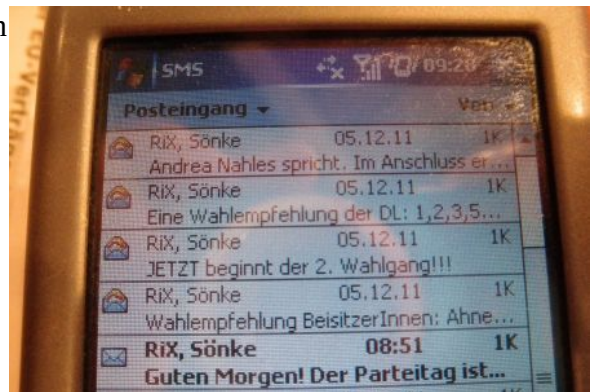
[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 06.12.2011, 09:56 Uhr - 105929 Clicks - Nr. 1209

Bundesparteitag

Die Delegation aus Schleswig-Holstein kann zufrieden sein mit dem Bundesparteitag. Unser Landesverband wird im neuen Bundesvorstand vertreten sein. Ralf Stegner ist im ersten Wahlgang in den verkleinerten Bundesvorstand gewählt worden.

Die Delegation wurde mit neuer Technik geführt. Sönke Rix hat durch fortlaufende SMS-

Benachrichtigung der Delegierten gesorgt, so dass jeder rechtzeitig zu Abstimmungen und wichtigen Beiträgen im Saal sein konnte. Das war nötig, weil der Parteitag nahezu ohne Pausen abgewickelt wurde.



Erster Tag 4. Dezember 2011

Am ersten Tag waren das 12 Stunden am Stück. Die bewegende Rede von Helmut Schmidt war ein unvergesslicher Höhepunkt. Dafür hat es sich gelohnt nach Berlin zu kommen. Es hat nichts wirklich neues gegeben. Aber Helmut Schmidt hat die Dinge mal wieder in die richtigen Zusammenhänge gerückt. Den minutenlangen Beifall, der seiner Rede folgte, hat er für seine Rede und als Anerkennung für seine unbeirrte Verfolgung sozialdemokratischer Ziele erhalten. Er ist wirklich einer von uns.

Ebenfalls beeindruckt hat der Beitrag des Norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg. Die Erinnerung an die gezielt auf Sozialdemokraten gerichteten rechtsradikalen Angriffe und der souveräne Umgang der Norweger mit dieser Katastrophe fand die Anerkennung der Delegierten und machte klar, dass die Angriffe auch gegen uns gerichtet sind. Deshalb war es folgerichtig und unumstritten, dass eine Resolution gegen Rechtsextremismus verabschiedet wurde.

Zweiter Tag Montag 5. Dezember

Der französische Kandidat für das Präsidentenamt Françoise Hollande lieferte den ersten Höhepunkt dieses Tages. Er hat deutlich gemacht, dass nur unter sozialistischer/sozialdemokratischer Führung in der Mitte Europas der Sozialabbau und die unkontrollierte Macht der Finanzjongleure beendet werden kann. Mit den letzten auf deutsch vorgebrachten Sätzen hat er die Herzen der Delegierten gewonnen. Er hat die Übereinstimmung unserer Ziele betont und die Rückkehr Europas zur sozialen Ausgewogenheit versprochen. Bei der anschließenden Rede Sigmar Gabriels war niemand auf die Hilfe der Übersetzer angewiesen. Sigmar hat erklärt, dass er mit dem Arbeitgeberpräsidenten Hundt, der als Gast anwesend war gemeinsam im Club für klare Aussprache Mitglied ist. Seiner Rede folgte der Parteitag mit der selben Aufmerksamkeit wie am Tag zuvor den Ausführungen von Helmut Schmidt. Seine Rede wurde mit großem Beifall bedacht und mit einem guten Wahlergebnis belohnt. Er wurde mit 92% im Amt bestätigt. Ebenso kann man es als seinen Erfolg ansehen, dass alle Stellvertreter gewählt worden sind.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.12.2011, 10:25 Uhr - 3159 Clicks - Nr. 1210

Arbeit für alle - Unser Kieler Weg

Am 30. November 2011 diskutierten Oberbürgermeister Torsten Albig und der ehemalige Staatssekretär im Sozialministerium Dr. Hellmut Körner unter der Moderation von Carsten Kock (RSH) auf einer Veranstaltung der SPD-Ratsfraktion Kiel, wie mehr Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Arbeit finden können. Rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erlebten in der Cafeteria der Stiftung Drachensee einen spannenden Abend.



Unter den Zuschauern befanden sich interessierte Unternehmer wie CITTI-Geschäftsführer Gerhard Lütje und Famila-Personalleiter Edgar Nienhuys, Gewerkschafter, zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von Werkstätten, Wohlfahrtsverbänden und Bildungseinrichtungen. Ebenfalls dabei war der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Prof. Dennis Snower.

Nach der Begrüßung durch die SPD-Fraktionsvorsitzende Gesa Langfeldt und dem Grußwort des Gastgebers, der Stiftung Drachensee, Klaus Teske, führte Bernd Hartmann, Personalleiter bei HDW, aus der Sicht des Arbeitgebers in die Problematik ein. Hartmann betonte, dass das Unternehmen mit Menschen mit Handicap insbesondere dann gut arbeiten könne, wenn diese bereits im Betrieb integriert seien. Eine umfangreiche Betreuung bzw. Assistenz könne aber nicht vom Betrieb selbst übernommen werden. Ein weiteres Problem sei, dass es die sogenannten Schonarbeitsverhältnisse, also einfache Tätigkeiten, praktisch nicht mehr gebe. Schließlich kritisierte Hartmann, dass

Unternehmen bei der Einstellung von Menschen mit Behinderung mit einer Vielzahl von Ansprechpartnern zu tun hätten.

Dann talkten Torsten Albig und Hellmut Körner auf der Bühne in schwarzen Ledersesseln. Kiels Oberbürgermeister entwarf die Vision einer „starken Stadt“, zu der alle gehörten, und in der Menschen mit Behinderung selbstverständlich teilhaben müssten. Gerade in der Kommune ergeben sich nach Auffassung von Torsten Albig praktische Möglichkeiten zur Veränderung. Er bekannte freimütig, dass auch er noch Nachholbedarf in inklusivem Denken habe. Gerade die Stärken von Menschen mit Behinderung würden ihm wieder bewusst. Er berichtete in diesem Zusammenhang von seinem Besuch in einer von Menschen mit Behinderung gestalteten Ausstellung. Es gehöre zu einer klugen Wirtschaftspolitik, die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen zu berücksichtigen.

Hellmut Körner führte seine Erfahrungen als Sozialstaatssekretär in die Diskussion ein. Gerade in der Heterogenität und Vielfalt liege die Stärke eines Unternehmens und mache sie besonders. Betriebe, die bereit zur Einstellung seien, bedürften der Unterstützung. Körner wies auf das Instrument der „Unterstützten Beschäftigung“ und die speziellen Hamburger Erfahrungen hin. In Hamburg wurden seit Beginn des Modells durch die Vermittlung von Praktika, die Vermittlung zu Arbeitgebern und die Begleitung durch Arbeitsassistenten rund 900 Menschen in Arbeit gebracht.

Der Geschäftsführer des Hamburger Busunternehmers Friedrich Jasper Rund- und Gesellschaftsfahrten GmbH, Jens-Michael May, wies anschließend in seinem Beitrag auf die Veränderung der Unternehmenskultur nach der Einstellung von Menschen mit Behinderung hin. Diese sei viel freundlicher und offener geworden. Dies steigere die Motivation aller Beschäftigten.

In der anschließenden Diskussion spielten verschiedene Aspekte eine Rolle. Wichtig sei, so eine Wortmeldung, dass der Gedanke in die Köpfe gebracht werden müsste. Dies sei insbesondere auch eine Aufgabe der Medien. Der Integrationsfachdienst warb für seine Arbeit und warnte davor, sie nicht durch bundesweite Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit zu behindern. Der Gehörlosenverband trat für die Interessen von Gehörlosen bei der Arbeitsvermittlung ein.

Für Prof. Dennis Snower vom Institut für Weltwirtschaft ist Arbeit eine Frage der Würde des Menschen. Entscheidend auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft sei die Hilfe zur Selbsthilfe, wobei für die Arbeitsförderung öffentliche Mittel, insbesondere passive Leistungen, umgewidmet werden müssten.

Am Ende der Diskussion wies Thomas Wehner, Sprecher für Menschen mit Behinderung der SPD-Ratsfraktion, auf die Initiative der Fraktion: „Arbeit für alle – unser Kieler Weg“ hin, die derzeit erarbeitet werde und für die diese Diskussion wichtig sei. Ausgangspunkt sei das einstimmig von der Ratsversammlung beschlossene Leitbild und die örtliche Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung, die jetzt mit Leben erfüllt werden müsse. Hierzu gehöre, dass Außenarbeitsplätze bei der Landeshauptstadt Kiel und ihren Gesellschaften identifiziert werden müssten. Weiterhin gehörten hierzu die Instrumente der „Unterstützten Beschäftigung“ und des „Integrationsbetriebes“. Schließlich müsse überlegt werden, wie man zwischen den verschiedenen Akteuren zu einer

besseren Abstimmung gelangen könne. Das liege im Interesse der Menschen und der Unternehmen. Für diese sei es wegen der demografischen Entwicklung – bis 2025 werde es in der Kieler Region rund 20.000 weniger Erwerbstätige geben – wichtig, alle Potenziale auszuschöpfen.

Fotos von der Veranstaltung finden Sie [in unserer Galerie](#).

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 06.12.2011, 13:17 Uhr - 107861 Clicks - Nr. 1211

Erfolg auf dem Bundesparteitag

Mit vielerlei Anträgen, bei den Wahlen und bei der Leitung des Bundesparteitages hat die SPD Schleswig-Holstein einen ganz starken Beitrag zum Gelingen des Parteitag geleistet.

"Dieser Parteitag zeigt eine geschlossene SPD, die ihr Profil als Kraft für Demokratie und Gerechtigkeit in Deutschland und Europa schärfen konnte", sagte SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner am Rande des letzten Tages des Bundesparteitages in Berlin, "Und wir Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein haben dabei kräftig mitgeholfen!"

Bereits am Vortag wurde Ralf Stegner wie von der Delegation erhofft und für viele überraschend im ersten Wahlgang in den neuen Parteivorstand gewählt. "Das ist eine Anerkennung für die gute Arbeit, die Ralf Stegner in Berlin für die SPD und Schleswig-Holstein leistet", so SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig, "Er ist einer der klügsten Köpfe, die unsere Partei hat!"

Torsten Albig leitete am Montag die Wahlen auf dem Bundesparteitag. Erstmals wurde bei der SPD elektronisch abgestimmt. Allseits anerkannt und gelobt wurde daher die stringente Führung durch die Wahlen, die Torsten Albig mit Witz und Charme zu einem Erfolg führen konnte. Die reibungslosen Abläufe bei den Wahlen schufen viel Platz für die Antragsberatung. Der Parteitag dankte es Torsten Albig mit viel Applaus.

Inhaltlich konnte die Nord-SPD mit vielen anderen erreichen, dass das Kooperationsverbot in Bildungsfragen endlich aufgehoben werden soll, geht es nach der SPD. Insbesondere im Bereich der Steuerpolitik konnte die SPD Schleswig-Holstein guten Konzepten für ein einfaches und gerechteres Steuersystem zum Durchbruch verhelfen. Der von der SPD beschlossene Antrag zur Steuerpolitik ähnelt sehr stark einem Vorschlag, der auf eine Initiative der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis bereits 2004 ins Gespräch gekommen ist.

SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner hat mit einem einstimmig angenommenen Kompromissvorschlag bei der Gestaltung der Abgeltungsteuer einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Delegierten am Ende das Steuerkonzept ohne Gegenstimme beschlossen haben. Ein starkes Signal für eine Politik, die deutlich macht: Wer es mit Schuldenabbau ernst meint, in Bildung und Betreuung investieren will und dabei soziale Infrastruktur erhalten möchte, wird für ausreichend Steuereinnahmen sorgen müssen. Dabei wird denen mit den starken Schultern auch ein stärkerer Beitrag abverlangt.

Keine Kommentare

Kieler Haushalt 2012: Vorrang für Bildung

SPD, Grüne und SSW werden dem von Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) vorgelegten Haushaltsentwurf zustimmen, ergänzt um Änderungsanträge aus dem Bereich der Sozial- und Kulturpolitik. Die Anstrengungen der Verwaltung, das strukturelle Defizit des Haushalts soweit wie möglich zu verringern, waren erfolgreich. Von dem in 2010 für 2012 eingeplanten Defizit von 110 Mio. € werden wir jetzt bei einem geplanten Defizit von 64,4 Mio. € liegen.

Vorrang für Bildung

Für uns hat Bildung weiterhin Vorrang: den Investitionen insbesondere in die Schulsozialarbeit, in Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen und in den Ausbau der Regionalen Berufsbildungszentren kommen oberste Priorität zu. Außerdem bauen wir in Kiel die Plätze für Kindertagesbetreuung im U3-Bereich, im Elementarbereich und in den Horten weiterhin massiv aus. Damit investieren wir im wahrsten Sinne in unsere Zukunft, nämlich in die Zukunft unserer Kinder. Gute Bildungschancen, auch durch optimale Bildungsinfrastruktur, zu schaffen, verhindern hohe Transferleistungen in der Zukunft.

Unsere Schwerpunkte liegen weiterhin auf der Verbesserung der Bildungschancen und dem Ausbau der Kindertagesbetreuung. Daher haben wir seit 2008 die Schulsozialarbeit in Kiel erheblich ausgebaut. Ab 2012 werden weitere Stellen für Jugendsozialarbeit an Schulen geschaffen werden, so dass durchschnittlich 0,5 Stellen pro Schule in Kiel zur Verfügung stehen werden. In 2012 werden wir die derzeit 17 Planstellen um weitere zehn Stellen aufstocken. Zusätzlich werden den Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) seit 2011 Mittel für drei SozialarbeiterInnen zur Verfügung gestellt. Außerdem werden zwei Stellen an den Grundschulen über Landesmittel finanziert.

Allein der gesetzlich vorgeschriebene und absolut notwendige Ausbau der Kindertagesbetreuung, kostet die Landeshauptstadt Kiel zusätzlich rund 3 Mio. Euro. Nicht eingerechnet sind die dauerhaften Personal- und die Betriebskosten, wie etwa die Anschaffung von Spielgeräten, die allein von 2011 auf 2012 um fast 8 Mio. Euro auf mittlerweile 73 Mio. Euro ansteigen. Davon wird der größte Teil für die Erhöhung des Personals ausgegeben. Demgegenüber stehen Erträge von rund 18,7 Mio. Euro, womit wir bei den Kindertageseinrichtungen eine Kostendeckung von 30 % erreichen.

Wir sind stolz, dass wir anders als im Landesdurchschnitt am 31.12.2012 eine Betreuungsquote im U3-Bereich von 35% erreichen werden. Bis Ende 2012 werden 663 neue Krippenplätze in über 60 Gruppen geschaffen werden. Im Elementarbereich liegt sie bei fast 100 % (2011: 99,7 %, 2012: 99,9 %) und für Grundschul Kinder wird sie auf 53,5 % (2011: 50,1 %) ansteigen. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen wird weiter ansteigen – gerade in einer Landeshauptstadt und Universitätsstadt. Wir gehen davon aus, dass wir in Kiel auch wegen der steigenden Geburtenrate und einem Anstieg der Bevölkerungszahlen auf ein Platzangebot von 50 % kommen müssen – für jedes 2. Kind ein Angebot. Daher werden wir die Betreuungsquote weiter steigern.

Neben Sanierungen, Um- und Neubau gestalten wir auch den Alltag in unseren Schulen engagiert mit. Längst wurden die offene Kinder- und Jugendarbeit und die Schulsozialarbeit zum gleichberechtigten Partner der Schulen. Wir bauen mit diesem Haushalt die Schulsozialarbeit weiter aus, verstetigen die Öffnung der Schulen in den Stadtteil hinein und investieren in die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule.

Dennoch bleibt der Investitionsstau in unserer Stadt im Bereich der Infrastruktur, der energetischen Sanierung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und anderen öffentlichen Gebäuden riesig.

Für viele wichtige Investitionen im Bildungsbereich hatten wir für den Haushalt 2011 eine Kreditaufnahme von 55,8 Mio. € beschlossen. Im Sommer hat der Innenminister jedoch das Kreditvolumen für Investitionen auf fast die Hälfte reduziert (30,0 Mio. €). Und auch für die kommenden Jahre wird nur eine Kreditaufnahme in dieser Größenordnung genehmigt werden.

Die Begrenzung der Kreditlinie für Investitionsmaßnahmen des Haushaltes der Landeshauptstadt Kiel bleibt nicht ohne Folgen für Vorhaben, die absolut notwendig sind, wenn wir allen Kindern in Kiel eine umfassende Bildung sichern wollen. Das Land agiert heuchlerisch, da es einerseits gerade bei Kindertagesstätten und Schulen die Landeshauptstadt Kiel zu größeren Investitionen anhält - etwa um die Betreuungsplatzquote für unter 3-Jährige zu erreichen und Mensen zu bauen - und andererseits den finanziellen Spielraum der Stadt hierfür deutlich einschränkt.

Wir garantieren, dass alle notwendigen Investitionen in die Bildung erfolgen. Wir sind aber gezwungen, die Realisierung in Etappen vorzunehmen. Dazu ist eine verbindliche Planung in den kommenden Jahren dringend geboten. Auch unterstützen wir die Verwaltung dabei, dort, wo es keine Auswirkung auf den pädagogischen Betrieb hat und keine Verschlechterung bei den energetischen Standards eintritt, die Planungen zu überprüfen, um auf diese Weise so viele Projekte wie möglich zum schnellstmöglichen Zeitpunkt zu realisieren.

Unsere Prioritäten in Bildung und in den Ausbau von Kindertagesstätten spiegeln sich auch in den Investitionen in 2012 wieder. Der Aus- und Umbau der Schulen und Kindertageseinrichtungen bleibt auch in diesem Jahr das vordringliche Ziel unserer Bemühungen.

Zu den geplanten Investitionen gehören u.a. folgende Maßnahmen im Bildungsbereich: Allein 11,7 Mio. € werden dabei für den Ausbau der Regionalen Berufsbildungszentren verwendet. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, beim Schulzentrum Elmschenhagen den notwendigen Bau einer Mensa sowie weitere Umbaumaßnahmen ab dem kommenden Jahr realisieren zu können. Hier werden 3,5 Mio. € investiert.

Die Schulen am Heidenberger Teich werden endlich eine neue Sporthalle bekommen (1,1 Mio. €). Auch die Kita Amrumring bekommt einen neuen Anbau (0,7 Mio. €). Seit 2009 wurden an Schulen und Kitas über 63 Mio. € für Bau- und Sanierungsmaßnahmen investiert.

Kommunen in Deutschland sind chronisch unterfinanziert. Dies belegen Studien landauf, landab. Die Einnahmen und die Höhe der Kredite verschlechtern sich dramatisch, während die Sozialausgaben weiterhin steigen.

Bund und Land lassen die Städte nach wie vor mit ihren riesigen Problemen nicht nur allein, sondern verhindern eine notwendige Reform der Gemeindefinanzierung. Ständig erhalten die Kommunen neue Aufgaben und werden bei deren Finanzierung alleingelassen. Die von der Bundesregierung groß eingesetzte Gemeindefinanzkommission ist ebenso groß gescheitert. Die einzige konkrete Verabredung beschränkt sich auf die Übernahme der Grundsicherung im Alter ab 2014 durch den Bund, ein Beschluss, der bereits in den Verhandlungen um die Hartz IV-Reform getroffen wurde. Und diese Mehreinnahme wird möglicherweise konterkariert durch eine vollkommen unangemessene Steuersenkung.

Wir wollen weiterhin systematisch alle Stadtteile in Kiel fördern und unterstützen. Leider gibt es massive Kürzungen im Bereich des Bundeshaushaltes bei den Städtebauförderungsmitteln. Doch mit 1,3 Mio. € investieren wir weiterhin in das Zukunftsprogramm Soziale Stadt und in aktive Stadtteilzeiten.

Im vorgelegten Haushaltsentwurf ist außerdem hervorzuheben:

Sozial verantwortliche Haushaltspolitik

Wir übernehmen Verantwortung für dringend erforderliche Sozialausgaben. Das gilt vor allem für die gern kritisierten Zuwendungen. Den bei weitem größten Anteil haben dabei Zuwendungen an Kindertagesstätteneinrichtungen zur Erfüllung des Betreuungsanspruchs. Der Haushaltsansatz für Zuwendungen an soziale oder ähnliche Einrichtungen wird von 51 Mio. auf 56,3 Mio. € angehoben.

Die Stadtteilbüros Ost und Mettenhof werden in neuer Trägerschaft weitergeführt, womit wir auch künftig die vielfältigen Aktivitäten unseres Quartiersmanagements sicherstellen. Mit der Einrichtung des Wirtschaftsbüros Gaarden und dem neuen Instrument der Mikrokredite für kleine Unternehmen stärken wir dort die lokale Ökonomie. Eine Ausdehnung auf die „Soziale Stadt“, also Kiel-Ostufer und Kiel-Mettenhof wird angestrebt. Ebenso haben wir den Einstieg in den von der Ratsversammlung beschlossenen Gaarden-Fonds geschafft, mit dem wir künftig flexibel auf akute Problemlagen reagieren können. Das erfolgreich begonnene Projekt zur Befriedung der Situation am Karlstal in Gaarden wird mit zusätzlichen Mitteln fortgesetzt.

Stärkung der freien Kulturszene

Wir haben es in diesem Jahr geschafft, drei wichtige Anbieter freier Kunst in die institutionelle Förderung aufzunehmen. Mit dem bedeutenden Projekt für zeitgenössische Musik und ihre Vermittlung, chiffren, sichern wir uns und den Kieler Schülerinnen und Schülern eine spannende Erfahrung mit den Möglichkeiten der zeitgenössischen Musik. Mit K34 können wir endlich mit der Gaardener Kunstszene eine auf Dauer gestellte Kooperation eingehen. Und schließlich können wir mit Kunstraum B eine alte Institution in Kiel in die Förderung aufnehmen. Nicht vergessen darf die Förderung des Articulums im Lessingbad, die in diesem Jahr fortgesetzt wird.

Klimaschutz in Kiel

Die Einsparung von Energie und eine intelligent organisierte Mobilität sind nicht nur gut für unser Klima, sondern auch für den Haushalt. Die Kooperation hält an der Umsetzung der Stadtreionalbahn und der Förderung des Fahrradverkehrs fest.

Das 2008 von der Ratsversammlung beschlossene Kieler Energie- und Klimaschutzkonzept bleibt die Grundlage unserer Bemühungen für eine moderne und nachhaltige Energieversorgung. Eine Lebenszeitverlängerung des Kohlekraftwerks kommt nicht in Frage. Vielmehr werden wir weiter

mit den Stadtwerken die Umsetzung einer dezentralen Erzeugungsstruktur voranbringen. Der Energieverbrauch und die Energiekosten der städtischen Immobilien müssen gesenkt werden. Wir begrüßen die geplante Umstellung des städtischen Energiemanagements.

Anträge von SPD, Grünen und SSW

- Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse verpflichten wir uns zur Fortsetzung unserer Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt. Daher haben wir uns entschieden, die Mittel für das Projekt „Kiel gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - für Vielfalt und Toleranz“ auf 60.000 € pro Jahr zu verdoppeln. Die Mittel sollen für die Verstetigung bestehender Projekte und für die Entwicklung neuer Projekte verwendet werden.
- Um unser Projekt „Mehr Begeisterung für Kommunalpolitik“ zu verstetigen, werden wir die befristete Planstelle bis Juni 2012 verlängern.
- Wir investieren in den nächsten Jahren jeweils 20.000 € in die Fortschreibung und Implementierung des Diversity-Monitorings / Integrationsmonitorings. So werden genauere Aussagen über die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund möglich. Nur durch ein differenziertes Bild der sozialen und schulischen Situation können wir sinnvolle und nachhaltige Projekte entwickeln.
- Wir wollen die Aufwendungen in Wissenschaften und Forschung weiterhin auf die Kooperation mit Hochschulen ausrichten. Außerdem wollen wir auslaufenden Stipendien im Rahmen der Förderung der neuen Städtepartnerschaften mit Städten in der Türkei und Tansania vergeben. Der geplante Ausbau der Städtepartnerschaften wird so gestärkt.
- Nach dem überaus erfolgreichen Kulturmeilenfest werden wir durch den Ausbau der Förderung vom Flandernbunker und dem Maschinenmuseum Wik dazu beitragen, dass sich der Kulturplatz Wik weiter etablieren kann. Wir erhöhen die institutionelle Förderung des Mahnmals Kilian e.V.-Flandernbunker und der Stiftung Maschinenmuseum Kiel-Wik jeweils um 5.000 €. Wir freuen uns sehr über die starke Ausweitung der Aktivitäten und das ehrenamtliche Engagement.
- Der Zuschuss für die Dansk Centralbibliothek e.V. (dänische Bücherei) wird um 8.000 € erhöht, weil die Ausleihzahlen im letzten Jahr angestiegen sind. Durch die Mehreinnahmen des Büchereivereins sind in diesem Bereich Umschichtungen möglich.
- Auch die dänische Kindertagesstätte wird mit zusätzlich 20.000 € gefördert. Davon wird der Spielplatz aufgewertet und das Projekt „Kinder, Kunst und Kultur in der Festung Friedrichsort“ gefördert. Durch diese Maßnahmen kommen wir in besonderem Maße Artikel 5 der Landesverfassung nach und leisten einen angemessenen Beitrag zur Förderung der dänischen Minderheit.
- Wir wollen die Kooperation der Stadt mit der Verbraucherzentrale ausbauen und stellen für Beratungsangebote bei der Energieberatung und Gesundes Essen für Kinder 10.000 € bereit. Dies sind zentrale Themen für die gute und nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Auch vor dem Hintergrund unseres Antrages zur Förderung von Bio-Essen in Kita.
- Das Mehrgenerationenhaus Vinetazentrum leistet tolle Arbeit und erweitert sein Angebot kontinuierlich. Wir wollen die qualitative Kinderbetreuung sicherstellen, daher erhöhen wir die Zuwendung um 65.000 €.
- Die Frauenberatungseinrichtung Die Lerche erhält aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Beratung eine Erhöhung ihrer Zuwendung von 14.000 €.
- Wir wollen Jugendlichen die Chance geben, die Politik und damit das Leben in unserer Stadt mitzugestalten. Daher haben wir die Kinderkommission durch die Einrichtung eines Jungen Tisches

weiterentwickelt. In einem Projekt des Jungen Tisches wird Kinder und Jugendlichen die Ratsversammlung nachspielen, mit dem Ziel im Anschluss ein konkretes Projekt umzusetzen. Der Etat der Kinderkommission wird daher von 10.000 € auf 7.000 € gekürzt. Mit den frei gewordenen 3.000 € wird dieses Projekt finanziert.

- Auf dem Kieler Wohnungsmarkt steigt die Nachfrage nach bezahlbaren kleiner Wohnungen rapide an. Dies liegt zum Beispiel an einem verstärkten Zuzug von Studenten und einer steigenden Anzahl von Single-Haushalten. Wir stellen 50.000 € bereit, um ein Konzept zu entwickeln, dass dieser Entwicklung gerecht wird. In diesem Konzept sollen Maßnahmen für die Erstellung und Finanzierung von zusätzlichem Wohnraum dargestellt werden.
- Wir werden den erfolgreich angelaufenen „Tag der StadtNatur“ ab kommenden Jahr zu einer dauerhaften Aktion machen (10.000 €).

Unsere Änderungsanträge sind gegenfinanziert. Zum einen können wir erfreulicherweise Mehreinnahmen im Büchereiverein verzeichnen. Zum anderen werden durch die Verbesserung der Vermittlungstätigkeit des Jobcenters durch Schwerpunktverlagerung auf Qualifizierung und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt sowie Erfolgen bei der Initiative 50 plus und bei der Bürgerarbeit bei den Kosten der Unterkunft weniger Ausgaben veranschlagt.

Dies erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, die Vorsitzende von Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Antje Danker (SSW) zum Kieler Stadthaushalt 2012.

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 07.12.2011, 08:05 Uhr - 4841 Clicks - Nr. 1213

SPD-OV Süd ehrte langjährige Mitglieder

Die Ehrung langjähriger Mitglieder stand im Mittelpunkt des traditionellen Grünkohllessens beim SPD-Ortsverein Süd. Unter den 50 Teilnehmern konnte der Ortsvereinsvorsitzende Bernd Delfs auch den neuen SPD-Kreisvorsitzenden Fred Brocksema begrüßen.

Zunächst erinnerte Delfs an die bereits im Mai vom Ortsverein Süd geehrte Irma Schueler. An ihrem 103. Geburtstag wurde sie für 85-jährige Parteimitgliedschaft ausgezeichnet.

Die aktuelle Ehrung wurde dann durchgeführt vom Minister a.D. Uwe Döring unterstützt von der SPD-Landtagskandidatin Kirsten Eickhoff-Weber. Alle Jubilare bekamen eine Urkunde mit der dazugehörenden Nadel sowie einen Präsentkorb vom Ortsverein.

Die goldene Auszeichnung für 50 Jahre Treue zur SPD erhielten Gisela Schröder und Dieter Weismann. Uwe Döring wies auf das außerordentliche Engagement der beiden hin. So hat Gisela Schröder vor 49 Jahren den ersten Altenclub in Tungendorf gegründet, den sie heute noch leitet. Dieter Weismann hat sich auf verschiedenen Ebenen in unterschiedlichen Funktionen einen Namen



in der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) gemacht. Für 40 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet wurden Ruth Werner, Jürgen Bremse und die leider verhinderte Gisela Goerke.

Und die silberne Nadel für 25 Jahre erhielt Ilse Milkert.

Eine besondere Ehrung hatte der Ortsverein noch für Uwe Holtz vorbereitet. Für seinen überdurchschnittlichen Einsatz in verschiedenen Funktionen für die Partei und die Menschen in Brachenfeld-Ruthenberg erhielt er von Bernd Delfs neben einem Präsent den Titel „Genosse des Jahres“ verliehen. Besondere Anerkennung fand dabei seine Gradlinigkeit.

Das Foto zeigt von links nach rechts: Kirsten Eickhoff-Weber, Ruth Werner, Bernd Delfs, Ilse Milkert, Dieter Weismann, Gisela Schröder, Jürgen Bremse und Uwe Döring

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.12.2011, 10:41 Uhr - 3401 Clicks - Nr. 1214

Kieler Ratsfraktionen von Kommunalaufsicht enttäuscht

Die Entscheidung der Kommunalaufsicht zum Nachtragshaushalt 2011 ist für uns unverständlich. Wir haben auf den Genehmigungserlass zum Haushalt 2011 vertraut. Diesem widerspricht die Genehmigung des Nachtragshaushaltes. Die geforderten Einsparungen von 7,2 Mio. Euro sind nicht nachvollziehbar und 25 Tage vor Jahresende nicht mehr realisierbar.

Wir fordern die Kommunalaufsicht auf, kurzfristig für Planungs- und Rechtssicherheit zu sorgen und den 1. Nachtragshaushalt unter Zugrundelegung der im Genehmigungserlass zum Haushalt 2011 benannten Kriterien zu prüfen und zu genehmigen.

Dies erklären die finanzpolitischen Sprecher bzw. Mitglieder des Finanzausschusses von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Direkte Demokratie und SSW, Ratsherr Falk Stadelmann, Ratsherr Stefan Kruber, Ratsfrau Dagmar Hirdes, Bürgerliches Mitglied Ralf Meinke, Ratsherr Bernd Jenning und Ratsfrau Antje Danker, hiermit übereinstimmend.

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 07.12.2011, 13:52 Uhr - 5762 Clicks - Nr. 1215

Wir haben kein Wissens-, sondern ein Handlungsdefizit

Pflegekräfte sind die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen. Sie werden aber kaum in politische Entscheidungen eingebunden und befinden sich in der typisch deutschen Hierarchie immer noch hinter den anderen Gesundheitsberufen. Wenn wir auch in Zukunft eine professionelle menschenwürdige Pflege in Schleswig Holstein sichern wollen, so wie wir es den Menschen in § 5a unserer Landesverfassung zugesichert haben, dann müssen wir die Pflegeberufe stärken und attraktiver gestalten.

Der Gleichklang von Haupt- und Ehrenamtlichkeit oder eine Wertediskussion, wie wir sie von der CDU kennen, aber auch aus dem Grünen Antrag erkennen können, wird der professionellen Pflege und



auch der Vorgabe der Landesverfassung absolut nicht gerecht. Deshalb wollen wir die Wichtigkeit des Berufsstandes unterstreichen. Ehrenamt ist in vielen Bereichen der Pflege von unschätzbarem Wert, aber Ehrenamtlichkeit darf und kann professionelle Pflege nicht ersetzen.

Damit in Zukunft jeder die Pflege erhält, die er benötigt, brauchen wir eine Systemveränderung.

Ich kann Ihnen sagen was wir tun müssen:

Die Landesregierung muss den zu erwartenden Pflegebedarf errechnen und daran die Zahl der notwendigen Ausbildungsplätze in den Pflegeberufen anpassen.

Wir müssen die Ausbildung der Alten- und Krankenpflege zusammenlegen. Diese Ausbildung wird zukünftig in Modulen organisiert. Wir schaffen innerhalb dieser Module Zugangs- und auch Abschlussmöglichkeiten für Menschen mit geringerem Schulabschluss, aber auch für Quereinsteiger, um sie aus der Minijobfalle oder Ehrenamtlichkeit zu holen und an den Beruf zu binden.

Wir organisieren die dreijährige Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege gemeinsam mit einer Differenzierungsmöglichkeit innerhalb dieser Ausbildung. Die Ausbildung wird kostenfrei, wie es auch in allen anderen Berufen selbstverständlich ist. Selbst die Einrichtungen und Träger fordern mittlerweile eine faire Umlagefinanzierung. Daran können Sie erkennen, wie hoch der Druck des Fachkräftemangels jetzt schon ist. Die Kostenfreiheit gilt auch für die Umschulung.

Zusätzlich werden wir die Pflege akademisieren, d.h. wir führen Pflegestudiengänge ein, auch um überhaupt dem Niveau der europäischen Bildungsqualifikationen standhalten zu können. Hier gibt es natürlich Empfindlichkeiten:

Mit Erlaubnis zitiere ich den Präsidenten der Landesärztekammer Westfalen-Lippe, der folgende Stammtischparole veröffentlichen ließ: „Stecken Sie das viele Geld lieber in die Ausbildung anständiger Ärzte als in ein akademisches Proletariat!“
Sie sehen, wir haben noch einen langen Weg vor uns!

Wichtig für die Modernisierung der Ausbildung ist, dass ein durchlässiger Qualifizierungsaufstieg möglich ist. Auch das steigert die Attraktivität des Berufes und macht ihn für Menschen mit unterschiedlichem Bildungsniveau zugänglich.

Fort- und Weiterbildungen werden durch eine Berufsordnung geregelt. Neben der Aus- und Weiterbildung müssen wir auch die Rahmenbedingungen des Berufsfeldes verbessern. Denn wir wollen natürlich, dass die neu ausgebildeten motivierten jungen Leute auch lange im Beruf bleiben wollen und können. Dazu gehören u.a. die Reduzierung der Dokumentation und anderer berufsfremder Tätigkeiten. Wir brauchen endlich einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, also weg von der Minutenpflege, hin zur patientenorientierten Pflege, familienfreundliche und verlässliche Arbeitszeiten, angepasste Kinderbetreuungsangebote.

Die vereinbarten Mindestlöhne von 8.50 € müssen erhöht werden und es bedarf in allen Bereichen einer tariflichen Absicherung. Anderen Ausbeutemechanismen, wie z. B die Anfahrtszeiten in

ambulanten Diensten von und zu den einzelnen Patienten als Freizeit zu deklarieren, ist sofort Einhalt zu gebieten. Eine bessere Akzeptanz in der Gesellschaft ist nur durch die Aufwertung des Berufes zu erreichen.

Präsenz und Sprachrohr wird durch eine Pflegekammer gewährleistet. Freut mich, dass die Grünen es jetzt doch noch nachträglich mit aufgenommen haben.

Der Demenzerkrankung müssen wir besondere Aufmerksamkeit schenken. Viel zu lange haben wir Demente, Angehörige, aber auch Pflegepersonal in ihrer Situation alleine gelassen. Und als Voraussetzung brauchen wir zur Finanzierung eine solidarische Bürgerversicherung.

„Viel Lärm um wenig“ - so kann man den gestrigen Tag beschreiben: Die groß angekündigten Reformen sind mit den Ankündigungen von Gesundheitsminister Bahr wieder nur auf ein Trostpflasterchen reduziert worden. Oder glauben Sie ernsthaft, dass 2,15 € am Tag für die rundum-Betreuung eines Dementen wirklich weiterhelfen? Aber nein; stattdessen werden auf Bundes- und auf Landesebene noch ein Beirat und noch ein runder Tisch einberufen, werden Privatinstiute beauftragt und bezahlt, wichtige politische Entscheidungen werden auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Sie drücken sich vor der Verantwortung!

Wir haben hier kein Wissensdefizit, sondern ein Handlungsdefizit! Jeder so vergeudete Tag ist ein schlechter Tag für die Pflege.

Herr Garg Sie haben noch 172 Tage Zeit - tun Sie endlich was!

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 07.12.2011, 16:10 Uhr - 18923 Clicks - Nr. 1216

Kein Platz für Rechtsradikalismus!

SPD-Kreisverband Segeberg positioniert sich deutlich gegen rechtsradikale Tendenzen in der Gesellschaft und fordert umfassende Aufklärung.

13 Jahre lang blieb die rechtsradikale Terrorgruppe „NSU“ unbemerkt und hat so mindestens 10 Menschen das Leben genommen. Und auch nach Schleswig-Holstein gibt es Verbindungen der thüringischen Neonazi-Vereinigung „Thüringer Heimatschutz“. Die SPD im Kreis Segeberg ist bestürzt über diese Entwicklungen und sieht ein langjähriges Versagen der nationalen Sicherheitsbehörden als Mitursache für diese Entwicklungen.

Diese Ereignisse stellen eine Zäsur im Umgang mit unseren Geheimdiensten dar. Nicht nur die Rolle der V-Leute, sondern auch die fehlgerichteten Ermittlungen in den Mordfällen müssen die Arbeit von Polizeibehörden und Verfassungsschutz grundlegend in Frage stellen.

„Wir fordern daher eine lückenlose Aufklärung des Versagens dieser Staatsorgane. Zudem müssen die Ermittlungen in den 10 bekannten Mordfällen komplett neu aufgerollt werden, denn es geht hier

auch um Opferschutz“, heißt es in einer Resolution der Sozialdemokraten im Kreis Segeberg. Bereits beim Kreisparteitag am im Oktober in Kaltenkirchen beschäftigte sich die Kreis-SPD mit rechtsradikalen Tendenzen, die auch im Kreis Segeberg immer deutlicher wahrzunehmen sind. Die Sozialdemokraten verabschiedeten hierzu eine Resolution, die konkrete Handlungsaufforderungen an die Kreispartei und ihre Ortsvereine richtete. „Wir haben auch im Kreis Segeberg ein Nazi-Problem. Wir müssen uns daher bewusst werden, dass wir unsere Demokratie jeden Tag aufs Neue verteidigen müssen, um diesen Scharlatanen keinen Raum zu überlassen. Hierfür werden wir gerade mit Blick auf die Landtagswahl 2012 verstärkt in der Öffentlichkeit für Demokratie, Freiheit und Toleranz werben“, so die Kreis-SPD abschließend.

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 07.12.2011, 21:06 Uhr - 5724 Clicks - Nr. 1217

Altenpflegepreis: Kreativität und Engagement wird belohnt

Zur heutigen Verleihung des Altenpflegepreises erklärt die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

Wer bisher der Meinung war, dass Heime für ältere Menschen nur Versorgungsorte sind, ist heute bei der Vorstellung der Nominierungen für den Altenpflegepreis 2011 eines Besseren belehrt worden.

Es ist faszinierend, mit wie viel Engagement und Kreativität die Pflegekräfte in den Einrichtungen es noch neben ihrem aufreibenden Alltag schaffen, Ideen zu entwickeln, die das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner bereichern, interessant machen und diese auch an neuen Entwicklungen teilhaben lassen.

Wir gratulieren den Preisträgern und den Nominierten ganz herzlich und bedanken uns bei allen, die sich um die Belange von Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf kümmern.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 07.12.2011, 21:19 Uhr - 5260 Clicks - Nr. 1218

Eichstädt: Kein Asbestmülltransport, bevor nicht alle Fragen geklärt sind!

Zur heutigen Debatte im Umwelt- und Agrarausschuss des Landtages erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und Abgeordnete aus dem Herzogtum Lauenburg, Peter Eichstädt:

"Ein Stück zurückgerudert, aber das Ufer nicht erreicht – so könnte man die Ausführungen der Umweltministerin in Sachen Asbestmülltransport zu den Deponien Rondeshagen und Ihlenberg kommentieren.



Zwar kündigte sie an, einer Einlagerung erst zuzustimmen, wenn alle offenen Fragen befriedigend

beantwortet seien, gleichzeitig teilte sie jedoch mit, dass in Rondeshagen bereits eine vertraglich vereinbarte Annahmeverpflichtung besteht. Hiervon hatte der Staatssekretär in der vergangenen Ausschusssitzung nichts erwähnt.

Diese scheinbarweise Offenbarung der tatsächlichen Sachverhalte ist dem Landtag nicht zuzumuten. Die Gefahr, die von Asbestmülltransporten entlang der Strecke und auf der Deponie ausgeht, z. B. Asbestbelastung der Böden, darf nicht verharmlost werden.

Wir fordern deshalb: Keine Transporte und keine Annahme des asbesthaltigen Mülls bis zur vollständigen Antwort auf alle Fragen – ohne Wenn und Aber!"

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 08.12.2011, 08:58 Uhr - 5340 Clicks - Nr. 1219

SPD-Fraktion unterstützt die Forderungen der Landrätin.

SPD-Fraktion unterstützt die Forderungen der Landrätin:
Neue Entwicklungsstrategien für den Kreis Plön



In seinem gemeinsamen Gespräch mit der SPD-Kreistagsfraktion erläuterte die Landrätin Frau Stephanie Ladwig ihre Pläne zur Entwicklung des Kreises Plön. Es ist unerlässlich, für den Kreis ein Strategiepapier zu entwickeln, um konkurrenzfähig zu bleiben und es liegt in der Verantwortung des Kreises, neue Strategien z.B. zur Wirtschaftsförderung zu entwickeln.

In einer Bestandsaufnahme müssen Schwächen und Stärken des Kreises herausgearbeitet werden und die Frage aufgeworfen werden: Wo der Kreis Plön seine Entwicklungsmöglichkeit hat. Daher muss der Kreis seine Stärken neu formulieren und weiterentwickeln, um sich auch positionieren zu können. Dadurch kann er sich auch zukünftig neu auftretenden Herausforderungen stellen und diese erfolgreicher bewältigen. Im Zusammenhang mit dem Regionalen Entwicklungskonzept werden Perspektiven und Leitbilder für die Region erarbeitet, u.a. können dieses im Bereich dieser Themen: Demografische Entwicklung, EU-Förderung, Kiel Region, Klimaschutz, Natur- und Umweltschutz, ÖPNV, Tourismusförderung. Zu diesem Zweck soll unter Beteiligung von Kreistagsabgeordneten, Kommunen und der Wirtschaft ein Workshop stattfinden. Hier werden die Grundlagen erarbeitet, um die Eckpunkte der Gesamtstrategie für die Kreisentwicklung inhaltlich anzulegen. Wichtig ist aber auch, dass es kein Konzept für die Schublade wird, sondern man sich gemeinsam mit allen Partnern Prioritäten setzt und diese dann auch gemeinsam umsetzt.

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: „Wir unterstützen diese Forderung und werden uns aktiv an der Erarbeitung beteiligen, Das Strategiepapier sollte mittelfristige Ziele benennen und der Kreistag des Kreises Plön müsste die Selbstbindung des Strategiepapiers anerkennen, um sich somit

zukünftig neu auftretenden Herausforderungen zu stellen und diese erfolgreicher bewältigen. Insbesondere eine bessere Vernetzung der verschiedenen Ebenen wäre ein erster riesiger Schritt“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 08.12.2011, 09:07 Uhr - 5546 Clicks - Nr. 1220

SPD: Keine zusätzlichen Sparrunden für den Haushalt 2012

7.12.2011

SPD: Keine zusätzlichen Sparrunden für den Haushalt 2012
- Eckwerte werden eingehalten

Die SPD-Kreistagsfraktion hat anlässlich Ihrer Haushaltsklausurtagung beschlossen, dass es keine neuen Kürzungen bei Zuschüssen und Verträgen im Jahr 2012 kommen wird.



"Wir haben hier vieles im letzten Jahr in maßvoller Weise immer mit dem Schwerpunkt auf sozialer Balance getan, so der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Lutz Schlüsen.

„Wir werden noch die ausstehenden Beschlüsse aus den Eckpunkten von 2011 zur Jagsteuer fassen. Wir bedauern, dass es nicht gelungen ist, einen Finanzbeitrag - wie bei allen anderen Verbänden und Vereinen – und eine konstruktive Lösung mit der Jägerschaft zu vereinbaren. Es hat sehr intensive Bemühungen seitens der Kreistagsabgeordneten gegeben und es bleibt weiterhin die ausgestreckte Hand bestehen“, betont Schlüsen noch einmal. Auch bei den Investitionen möchten wir die Schwerpunkte in unseren Kreisschulen legen. Der Sportplatz in Plön im Schloßgarten wird ebenso unterstützt wie die Maßnahmen von Vereinen und Verbänden.

Hier zeigt sich, dass die neuen Richtlinien sich bewähren, akzeptiert und umgesetzt werden. Verschieben auf das nächste Jahr werden Maßnahmen, wie z.B. das Dach des Plöner Gymnasiums oder der Ballsportplatz in Preetz.

Ein haushaltsrechtlich verbindliches Signal möchten wir auch an die Kreisfeuerwehr geben. In 2012 wird geplant und für 2013 und 2014 sollen insgesamt 950.000 € für Sanitäreinrichtungen, Schulungsräume, Küche und die Verlegung der Atemschutzwerkstatt erfolgen. "Hier haben wir einen guten Kompromiss zwischen dem Wünschenswerten und Machbaren gefunden, so Schlüsen weiter. Nun liegt es auch an der Kreisfeuerwehr, konstruktiv mit diesen Vorschlägen umzugehen.

Eindringlich richten wir auch noch einmal den Appell an der Zusammenarbeit im Schulungsbereich mit den vorhandenen Kreiseinrichtungen, wie z.B dem Berufsbildungszentrum oder den örtlichen Feuerwehren. Für den Bereich Lütjenburg möchten wir gern einen Konversionsmanager mitfinanzieren, der sich professionell mit dem Abzug der Bundeswehr beschäftigt. Wie sehen in der Arbeit deshalb auch ein wichtiges Signal, die knappen Gelder sinnvoll anzulegen. Deshalb möchten wir auch dem Projekt MEN in dieser Form keine Unterstützung mehr geben. Es zeigt sich, dass alle

Beteiligten keine realistische Chance mehr für die Umsetzung sehen und so hohe Hürden auflegen, so dass es nicht zur Umsetzung kommen kann.

Große Unterstützung erfährt die Idee der Neuordnung der Wirtschaftsförderung und zur langfristigen Strategie zur Kreisentwicklung, die von der Landrätin initiiert worden ist. Hier wird es im ersten Halbjahr 2012 zu Lösungen kommen müssen.

„Ich denke, das ist ein kluger und fachgemäßer Ansatz, um in der Region sich stärker zu vernetzen und dem Kreis Plön ein besonderes Gesicht zu geben und unverwechselbar darzustellen. Dieser spannende Prozess wird dann auch sicher Auswirkungen auf die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung haben, die in das Frühjahr 2012 vertagt wurde. Mit dem regionalen Nahverkehrsplan wollen wir auch den ÖPNV zukunftsfähig machen. Ob die parallele Umsetzung von Hein Schönberg oder auch alternative Bedienungsformen des ÖPNV, hier sehen wir hier eine förderliche Chance, die vorhandenen Gelder noch effektiver zu verwenden.“

Den vorgeschlagenen Kompromiss des Amtes Bokhorstes-Wankendorf bezüglich der weiteren Nutzung der Zulassungsstelle in Neumünster und die Übernahme von Kosten in Höhe von 16.000€ nimmt die SPD-Fraktion auf. „Ich denke, auch hier zeigt sich ein gutes Miteinander, wenn man nach Lösungen sucht“, so Schlünsen. Die Bürgernähe bleibt bestehen, die der Kreis mit etwa 21.000 € mitfinanziert und das Amt mit seinen Gemeinden unterstützt dieses auch für seine Bürger.

Auch bei den Straßensanierungen für die Kreisstraßen werden die investiven Maßnahmen auf 150.000 € erhöht. Wichtiger Eckpunkt ist, dass die investiven Maßnahmen nun von den Maßnahmen für den Winterdienst getrennt werden. „Wir teilen allerdings nicht die Einschätzung, dass unsere Kreisstraßen in katastrophalen Zuständen seien“, so Schlünsen. Es ist wirklich schwierig allen Politikfeldern bei der angespannten Haushaltslage Rechnung zu tragen, wir glauben jedoch richtig zu liegen mit der Einschätzung, dass Jugend, Bildung und Soziales mit einer größeren Priorisierung vor dem Straßenbau liegt.

Der Stellenplan ist maßvoll und auch sehr nachvollziehbar um wenige Stellen im Bereich der Waffenkontrollen, Feuerwehrwesen und Kindervormund angehoben.

Die Eckwerte des Finanzausschusses wurden im Personalbereich unterschritten. Hierbei wirken allerdings noch Beschlüsse aus 2011 nach, die den geforderten Hierarchieabbau Rechnung tragen. Mit der Übernahme in die kommunale Hand weiterer Müllentsorgungsgebiete werden auch Acht Müllwerker aufgenommen, die sich aus den Gebührenhaushalten tragen.

„Wir sind mit dem Kreishaushalt auf einem guten Weg, wobei wir in diesem Jahr von der Einnahmenseite der Kreisumlage von der guten Konjunktur profitieren- die positiven Planzahlen für Folgejahre sollte man nicht überbewerten, denn so volatil die Finanz- und Wirtschaftsmärkte sind, so schnell können in der gesamtpolitischen Zeit diese Zahlen bereits ganz schnell wieder einbrechen. Und selbst wenn es wirklich zu Überschüssen kommt- gibt es genug Kredite zum Rückzahlen“, so mahnt Schlünsen abschließend zur Vorsicht.

Keine Kommentare

[SPD-Handewitt](#) - veröffentlicht am 08.12.2011, 12:53 Uhr - 2220 Clicks - Nr. 1221

Erneuerbare Energien in Handewitt

Erneuerbare Energien

Das Thema der erneuerbaren Energien hat die Gesellschaft nicht nur in den vergangenen Jahren beschäftigt, sondern wird sie auch gerade in den nächsten Jahren massiv beschäftigen müssen!

Biogasanlagen waren einer der ersten Schritte. Diese Form der Gewinnung von regenerativen Energien weiter zu forcieren ist der falsche Weg!

Der SPD Ortsverein Handewitt ist gegen den geplanten Vorschlag, die Privilegierung von Biogasanlagen von 0,5 auf 2,0 MW hochzusetzen, wie es durch die schwarz-gelbe Bundesregierung vorgesehen ist.

Fakt ist, dass man 1,8 bis zu 2,0 KW/h in eine Biogasanlage investieren muss, um 1 KW/h zu erzeugen!

Es existiert bereits seit einigen Jahren eine konsequente Weiterentwicklung zur Gewinnung von erneuerbaren Energien. Eine praktische Umsetzung des konsequenten Weiterdenkens ist unter folgendem Link dargestellt:

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/0,1518,752859,00.html>

Diese Technik praktikabel und der konsequente nächste Schritt hin zum Atomausstieg.

Sie ist und kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein!

Im Gemeinde- und Kreisgebiet vorhandene Biogas-, Wind- und Solaranlagen sind auf ihr Potential zum Ausbau für die Methanisierung zu prüfen, bevor neue Anlagen gebaut werden! Dabei gilt: gemeindliche Zusammenarbeit vor Alleingängen.

Eine weitere Verbauung der Landschaft mit derartigen Anlagen und den daraus resultierenden negativen Nebenfolgen ist abzulehnen. Wir leben nicht nur von der Landschaft (Tourismus), sondern vor allem mit und in unserer Landschaft.

André Hense

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 08.12.2011, 14:21 Uhr - 120548 Clicks - Nr. 1222

Sucht- und Drogenpolitik neu ausrichten!

Zur heutigen Pressekonferenz der Guttempler erklärt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch:

Die Arbeit der [Guttempler](#) von der Prävention über Hilfe bis zur Nachsorge bei Suchtkrankheiten ist wertvoll und verdient höchste Anerkennung. Die SPD-Landtagsfraktion ist sich der Bedeutung des Engagements der Guttempler bewusst. Die



Einrichtung des Suchthilfe-Nottelefons hat eine Lücke gefüllt; dieses Angebot ist aus der Suchthilfe nicht mehr wegzudenken. Aus den Anrufen wird deutlich, dass der Anteil von Spielsucht und „sonstigen“ Süchten bei den Hilfesuchenden inzwischen bereits fast 19 Prozent beträgt. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Schwerpunkte der Sucht- und Drogenpolitik neu ausgerichtet werden müssen. Deshalb soll die Landesregierung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Suchthilfeverbänden und der Landesstelle für Suchtfragen Leitlinien für die Suchthilfe und Suchtprävention erarbeiten, die diese Entwicklung berücksichtigen. Einen entsprechenden Antrag ([Drs. 17/2086](#)) haben wir gemeinsam mit den Grünen in den Landtag eingebracht.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 08.12.2011, 18:13 Uhr - 7916 Clicks - Nr. 1223

Keine Nachsicht mit der Aufsicht

Zu der Entscheidung des Landes, den Kreditrahmen für die Landeshauptstadt noch einmal zu kürzen:

„Die Entscheidung des Innenministers ist für uns nicht nachvollziehbar. Sie stellt eine weitere Amputation kommunaler Möglichkeiten dar. Noch einmal muss die Stadt ihre Planungen überarbeiten und einschränken. Der von der Kooperation eingeschlagene Konsolidierungskurs wird damit regelrecht abgewürgt.

Wir freuen uns, dass alle Fraktionen im Rat einschließlich CDU und FDP, die Entscheidung des CDU-Innenministers kritisieren. Mit Kommunalaufsicht kann es keine Nachsicht mehr geben. Wer einen Konsolidierungspfad, wie ihn die Kieler Kommunalpolitik eingeschlagen hat, nicht nur ignoriert sondern sogar beschädigt, treibt ein ebenso schamloses wie politisches Spiel zu Lasten der Bevölkerung!

Rot-Grün wird bei seiner Profilsetzung bleiben und alles tun, um die Bereiche Bildung, Umwelt und Soziales zukunftsorientiert umzusetzen. Wir wahren die Interessen unserer Stadt“, so die Kieler Kreisvorsitzenden von SPD und Bündnis90/Die Grünen, Rolf Fischer und Wilfried Voigt.

Keine Kommentare



[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.12.2011, 23:49 Uhr - 4930 Clicks - Nr. 1224

Alter Wein in alten Schläuchen

Zum heute vorgestellten Sonderbericht des Landesrechnungshofes über die Hochschulfinanzierung in Schleswig-Holstein erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Der Sonderbericht bringt wenige neue Erkenntnisse und noch weniger sinnvolle Vorschläge zur Verbesserung der Hochschulfinanzierung.

Dass Schleswig-Holstein ohne die Einwerbung von Mitteln des Bundes und von dritter Seite nicht



in der Lage sein wird, die steigenden Studierendenzahlen aus dem doppelten Abiturjahrgang und aus dem Wegfall der Wehrpflicht zu bewältigen, ist nichts Neues.

Die Große Koalition hat sich 2007 schon etwas dabei gedacht, die Fortschreibung des Landeshochschulplans aus dem Hochschulgesetz zu streichen, weil mittlerweile so viele demografische und ökonomische Variablen wirken, dass eine längerfristige Globalplanung schon bei ihrer Verabschiedung Makulatur wäre.

Dass der Landesrechnungshof zu einem der letzten Siegelbewahrer der Studiengebühren geworden ist, macht seine Argumente nicht richtiger. Fast alle Länder, die Studiengebühren eingeführt haben, schaffen sie gerade wieder ab, auch, weil die davon erwarteten Verbesserungen der Qualität der Lehre eben nicht eingetreten sind; da werden wir unsere Hochschulen nicht unattraktiver machen.

Die zahlreichen Daten und Fakten, die der Bericht zusammenträgt, sind immerhin eine wichtige Arbeitsgrundlage.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 09.12.2011, 10:46 Uhr - 3701 Clicks - Nr. 1225

SPD trauert um Günther Griesel

Kurz vor Vollendung seines 74. Lebensjahres ist unser ehemaliges Mitglied Günther Griesel verstorben. Alle, die ihn kannten, erinnern sich an ihn als einen lebhaften Menschen, der sich äußerst engagiert und ausdauernd für die Dinge einsetzte, die ihm am Herzen lagen. Innerhalb und auch außerhalb der SPD.

Auf seine eigene unnachahmliche und eindringliche Weise hat er sich für die Belange der Jugend und der Familien stark gemacht. Ganz besonders aber für die Probleme der älteren Generation. Von seiner SPD forderte er bei jeder Entscheidung die „Prüfung der Seniorentauglichkeit“, was damit zu seinem Markenzeichen wurde. In der Frage eines fehlenden Postkastens z.B. kämpfte er bis in Landes- und Bundesbehörden, solange, bis dieser Postkasten endlich wieder stand.

Günther Griesel war nicht immer einfach. Er konnte auch anstrengend sein. Aber sein ehrliches Bemühen um die Verbesserung sozialer Verhältnisse war immer erkennbar. Auch lange Strecken von Krankheit haben ihn nicht klein werden lassen. Er war jedesmal wieder da: fröhlich, kämpferisch und immer laut vernehmlich.

Mit Günther Griesel verlieren wir einen engagierten Weggefährten. Wir werden ihn nicht vergessen und sind in Gedanken auch bei seiner Familie.

Die Trauerfeier findet am 15.12. um 13.30 h in der Marienkirche, Kieler Str. in Quickborn statt.

SPD Quickborn
Enno Hasbargen
OV-Vorsitzender

Keine Kommentare

Weihnachten bei der SPD Barsbüttel

Zum gemütlichen Jahresausklang trafen sich die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Barsbüttel im Stapelfelder Hof. Bei leckerem Grünkohl konnten man auf ein ereignisreiches Jahr zurückblicken. Dabei ging es einmal weniger um Politisches, eher um Persönliches. Paul Donning: „Wir konnten 2011 vier neue Mitglieder in der SPD Barsbüttel begrüßen und außerdem parteilose Mitstreiterinnen in der Fraktion.“ Alle Neuen hieß der Vorsitzende noch einmal herzlich willkommen.



Bei allen Anwesenden bedankte er sich für das ehrenamtliche Engagement 2011.

Erfreut waren die Barsbüttler ebenso, dass mit Martin Habersaat einer der ihren mit überzeugendem Ergebnis als Kandidat der SPD in Südstormarn für die Landtagswahl am 6. Mai 2012 aufgestellt wurde. Der 34jährige Barsbüttler vertritt die Interessen Südstormarns seit 2009 im Landtag und ist seit 2011 bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Foto: Paul Donning (r.) überreicht dem neuen SPD-Mitglied Thomas Harden sein Parteibuch.

Fotoalbum: [hier](#).

Keine Kommentare

Hobby- und Weihnachtsmarkt für den guten Zweck

Der November ist für die Osterrönfelder SPD immer ein ereignisreicher Monat. Neben den zahlreichen politischen Gremiensitzungen in der Gemeinde organisieren die Osterrönfelder Sozialdemokraten seit vielen Jahren schon einen Hobbymarkt und sind darüber hinaus mit einem Punsch- und Waffelstand auf dem O'felder Weihnachtsmarkt vertreten. Die aus beiden Veranstaltungen erwirtschafteten Gewinne werden jedes Jahr gespendet. In diesem Jahr geht das Geld in das Osterrönfelder Wilde Moor...



Während des SPD-Hobbymarktes haben auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Hobbybastler und Heimwerker eigene Werke zum Verkauf angeboten, was so manch einer für den ersten Einkauf von Weihnachtsgeschenken nutzte. Ein umfangreiches Kuchen- und Kaffeeangebot ermöglichte zudem

den vielen Besuchern wieder einen netten Nachmittag im Bürgerzentrum, dessen Gewinne auch in diesem Jahr für einen guten Zweck gespendet werden.

Am ersten Advent startete man in Osterrönfeld dann trotz durchwachsenen Wetters mit dem traditionellen Weihnachtsmarkt in die Weihnachtszeit. Viele Vereine und Verbände aus Osterrönfeld hatten wieder Einiges auf die Beine gestellt und boten den Besuchern viele kulinarische Leckereien an und informierten über die diversen Vereinsaktivitäten. Eine Premiere konnte auch gefeiert werden, nämlich die Eröffnung der neuen Jugendbücherei im Jugendzentrum. Der Waffel- und Punschstand der SPD Osterrönfeld erwies sich trotz suboptimalen Wetters wieder als guter Besuchermagnet und so konnten auch hier einige Euro für den guten Zweck umgesetzt werden [siehe ausführlichen Bericht vom Weihnachtsmarkt [mehr](#)].

Dazu Detlef Strufe (SPD-Ortsvorsitzender): „Wir konnten als SPD Osterrönfeld in diesem Jahr bei Hobby- und Weihnachtsmarkt 200 Euro an Gewinnen erwirtschaften und das trotz schlechten Wetters. Dieses Geld soll aber nicht in der eigenen Vereinskasse landen, sondern wie seit vielen Jahren einem guten Zweck zu Gute kommen. Die beiden Osterrönfelder KiTas, die Tafel, das Jugendzentrum (siehe Jugendbücherei) sowie der Förderverein der Aukamp-Schule konnten davon bereits profitieren. In diesem Jahr werden wir das Geld an das Unabhängige Kuratorium Landschaft Schleswig-Holstein (UKLSH) spenden, dessen Mitglieder sich seit vielen Jahren im Wilden Moor für den Umwelt- und Tierschutz ehrenamtlich engagieren. So zählt das Wilde Moor heute nicht nur in Sachen Tier- und Pflanzenvorkommen zu einem DER Erfolgsgeschichten im Land, sondern ist auch durch CO²-Speicherung für den Klimaschutz enorm wichtig (s. Bild). Mit der Spende der SPD können nun z. B. neue, zusätzliche Sitzmöglichkeiten im Wilden Moor geschaffen werden, damit sich Wanderer und Ausflügler eine Verschnaufpause gönnen können, wenn sie diesen in der Region einmaligen Landschaftsraum in Osterrönfeld besuchen.“

Mehr zum Thema "Wildes Moor" gibt es hier [mehr](#). Weitere Infos zu den letzten Spenzielen der Osterrönfelder SPD finden Sie hier [mehr](#). --

Keine Kommentare

[SPD-Gettorf](#) - veröffentlicht am 09.12.2011, 20:01 Uhr - 4616 Clicks - Nr. 1228

Traditionelles Grünkohlessen des OV

Der Vorstand des SPD- Ortsvereins hatte am 08.12.2011 zum Jahresabschluss zum traditionellen Grünkohlessen ins "Hotel Stadt Hamburg" eingeladen. 15 Mitglieder waren der Einladung gefolgt.

Der OV- Vorsitzende Wolf-Rüdiger Bölck richtete zu Beginn der Veranstaltung einige Worte an die Anwesenden. Er ging in seinen Ausführungen auf „Schlaglichter“ des Ortsvereins und der Fraktion im abgelaufenen



Jahr ein, richtete seinen Dank an alle ehrenamtlichen Tätigen und blickte hoffnungsvoll für die Partei in das neue Jahr 2012 mit der anstehenden Landtagswahl.

Wolf- Rüdiger stellte fest, dass die SPD sich in Gettorf gut positioniert hat. Die sehr gute Arbeit der SPD- Fraktion, der unermüdliche Einsatz des SPD- Bürgermeisters Jürgen Baasch und die Aktivitäten des SPD- Ortsvereins stoßen in der Bevölkerung durchweg auf positive Resonanz und werden wahrgenommen. Hier gilt es, weiterzumachen und für unsere Arbeit und um Stimmen für unsere Partei zu werben.

Im Rahmen der Veranstaltung ehrte der OV – Vorsitzende zwei langjährige Mitglieder, übergab Blumensträuße und eine Flasche Rotwein. Heike Köhrsen gehört der Partei seit 40 Jahren an. Ulrike Ach ist seit 30 Jahren Mitglied in der SPD. Beiden an dieser Stelle nochmals herzlichen Glückwünsche.

Beim anschließenden Essen wurde in lockerer Atmosphäre über Kommunal-, Landes- und Bundespolitik gesprochen, diskutiert und gefachsimpelt. Aber auch der rein persönliche Austausch kam nicht zu kurz.

Sehr gefreut hat uns, dass unsere Wahlkreis Kandidatin Serpil Midyatli noch zu uns kommen konnte. Trotz etlicher Termine hat sie sich noch die Zeit nehmen können, um zusammen mit ihrem Mitarbeiter bei uns reinzuschauen und mit den Mitgliedern ins Gespräch zu kommen.

Fazit:

Eine gelungene Veranstaltung. Wer nicht dabei war, hat etwas versäumt.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.12.2011, 13:10 Uhr - 6313 Clicks - Nr. 1229

Bildungspolitiker treffen sich

Im Rahmen einer gemeinsamen Fraktionssitzung hatten sich die SPD-Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtags und der Hamburger Bürgerschaft auf eine Intensivierung ihrer Zusammenarbeit verständigt. Der Antrag auf die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses beider Bundesländer wird derzeit in den Gremien beider Parlamente beraten. Aber auch die Facharbeitskreise wollen sich mehr austauschen als bisher.

Das führte nun Lars Holster, den schulpolitischen Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, nach Kiel.



Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, hatte Holster zu einer Sitzung seines Arbeitskreises Bildung eingeladen. Gemeinsam mit den zuständigen Fachpolitikern diskutierte man die Schulsysteme beider Länder, Lars Holster berichtete vom Hamburger Schulfrieden. Eine Perspektive, die Martin Habersaat auch für Schleswig-Holstein sieht: „Nachdem die Idee einer Primarschule in Hamburg gescheitert ist, gibt es dort eine vierjährige Grundschule und danach das Angebot von Gymnasien und Stadtteilschulen. Das entspricht den Entwicklungen in Schleswig-Holstein, wo auf die Grundschule neben Gymnasien noch Gemeinschafts- und Regionalschulen folgen, der Trend aber hin zu einer Zweigliedrigkeit geht.“

Weitere Themen des Nachmittags waren die Lehrerbildung, die berufliche Bildung und die Organisation des Übergangs von der Schule in den Beruf. Habersaat: „Beide Länder sind so vielfach miteinander verknüpft, dass wir bildungspolitische Entscheidungen aufeinander abstimmen müssen.“ Die Gespräche werden fortgesetzt, für Anfang 2012 sprach Holster eine Einladung nach Hamburg aus.

Foto: Martin Habersaat und Lars Holster anlässlich einer bildungspolitischen Konferenz vor dem Hessischen Landtag

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 11.12.2011, 18:20 Uhr - 6959 Clicks - Nr. 1230

Viel Anlass zum Kopfschütteln in der Gemeindevertretung

Eine persönliche Stellungnahme des Gemeindevertreters, Jan-Niklas Potten (SPD): Während der letzten Sitzung der Osterrönfelder Gemeindevertretung (GV) in diesem Jahr am 08. Dezember 2011 gab es aus Sicht der SPD-Fraktion viel Anlass zum Kopfschütteln. Gemeint sind damit u. a. die Entscheidungen von OWG und CDU/FDP im Bereich der Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 sowie das Verhalten bei der Diskussion um eine Verbesserung der Verkehrs- sowie Schulwegsicherheit in Osterrönfeld.



Die SPD-Fraktion Osterrönfeld lehnte den in der GV diskutierten Haushalt 2012 ab, in dem u. a. die zukünftigen Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde enthalten sind. Der Haushalt wird seit zwei Jahren nach der so genannten „Doppik“ (doppelte Buchführung) aufgestellt, d. h. sie orientiert sich an **kaufmännischen Grundregeln und Maßgaben**. Dazu gehört etwa auch die Aufstellung einer Bilanz („Bilancia“: italienisch für „Waage“).

Die Ablehnung der SPD hat dabei mehrere Gründe. Zum einen werden in dem Haushalt **Abschreibungen** für die gemeindeeigenen Straßen in Höhe von über 200.000 Euro veranschlagt. Dabei bleibt es ein Geheimnis, wo dieser Abschreibungsbetrag herkommt. Eine Eröffnungsbilanz, in der die vorhandenen Werte der Gemeinde, also auch die Straßen, im Einzelnen dargestellt sind, liegt bis heute den Gemeindevertretern nicht vor. Solche Abschreibungen werden für die Abnutzung

von Vermögensgegenständen gebildet, wie in diesem Fall für die Straßen, die über die Jahre einer gewöhnlichen Abnutzung unterliegen. Durch die im Haushalt 2012 eingeplanten Abschreibungen werden die Straßen in Osterrönfeld in ihrem Wert gemindert und zwar in dem Umfang, wie beschrieben wird. Das bedeutet, dass durch die Abschreibungen in Höhe von über 200.000 Euro die Straßen ebenfalls um diesen Betrag an Wert verlieren. Ein guter Kaufmann würde daher, um diesen Wertverlust zu vermeiden, im Haushalt genau so viel Finanzmittel für Investitionen in die Straßen einplanen, wie beschrieben wird, also über 200.000 Euro! Im jetzt von OWG und CDU/FDP beschlossenen Haushalt sind aber lediglich 30.000 Euro veranschlagt! **Das ergibt also einen Werteverlust der Straßen in Höhe von über 170.000 Euro!** Da auch der SPD-Fraktion aufgrund der derzeitigen Haushaltslage klar ist, dass eine Investition von über 200.000 Euro kaum möglich wäre, schlug sie daher bereits vor einigen Monaten einen Mittelweg vor. Doch auch eine Investition in Höhe von beispielsweise 100.000 Euro für die Unterhaltung der Straßen in Osterrönfeld wurde abgelehnt. Dazu erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Matthias Baldes, in der Gemeindevertretersitzung: „Jeder Hausbesitzer weiß es doch besser. Wenn Risse im Mauerwerk des eigenen Hauses entstehen, muss sofort gehandelt werden, um spätere, noch größere Schäden zu verhindern. Genau so sollte auch die Gemeinde handeln und genügend Finanzmittel für eine sachgerechte Unterhaltung der Straßen bereitstellen, denn sonst wird es erst richtig teuer!“ Mit einer solch rechtzeitigen Investition in die Straßenunterhaltung kann also letztlich sogar Geld gespart werden!

Pikant in Anbetracht der Ablehnung von OWG und CDU/FDP in dieser Sache: **Statt Aktien von Energiegesellschaften zu erwerben, sollten OWG und CDU/FDP stattdessen doch wohl besser die zur Verfügung stehenden Finanzen in die Gemeinde investieren!** So wurden z.B. alleine für den Kauf der Aktien der Schleswig-Holstein Netz AG im Jahr 2011 über 100.000 Euro bereitgestellt, die nun etwa im Bereich der Straßensanierungen fehlen. Das hatte die SPD bereits bei der betreffenden Sitzung im März 2011 kritisiert, nun scheint genau diese Lage eingetreten zu sein [[siehe Bericht hier](#)].

Weiterer Hauptgrund für die Ablehnung des Haushaltes 2012 ist aus Sicht der SPD, dass **für die Umsetzung des derzeit entstehenden Verkehrskonzeptes keine Finanzmittel bereitstehen**, nicht einmal eine Art „Merkposten“ wurde berücksichtigt, wie von der SPD angeregt wurde. Die SPD kritisiert, dass man kein Verkehrskonzept erstellen könne, ohne Finanzmittel für die Umsetzung bereitzustellen, damit konkrete Maßnahmen im Ort in 2012 angepackt werden können. Da es eigentlich Konsens in der GV ist, dass gehandelt werden muss, hätte nach guten kaufmännischen Grundsätzen konsequenterweise zumindest eine Art „Merkposten“ in den Haushalt 2012 eingestellt werden müssen, um damit zu verdeutlichen, dass investiert werden soll, die genaue Höhe aber noch beziffert werden muss, sobald das Verkehrskonzept fertiggestellt ist. Doch auch dies fand keine Mehrheit. **Fatal dabei ist, dass auch damit den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung widersprochen wird, denn geplante Ausgaben sollten auch im Haushalt berücksichtigt werden und wenn es nur mit einem „Merkposten“ ist!**

Aus Sicht der SPD ist all das sehr bedauerlich, zumal in einem weiteren Tagesordnungspunkt der GV ein Beschlussvorschlag der Verwaltung für Gespräche mit der Verkehrsaufsicht durch die Stimmen von OWG und CDU/FDP wieder in den Ausschuss verwiesen wurde. In diesen

Gesprächen sollte deutlich gemacht werden, dass die von der SPD vorgeschlagene Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h sowie ein Durchfahrtsverbot für schwere LKW in der Dorfstraße als erste Maßnahme zu **mehr Verkehrssicherheit in Osterrönfeld** wünschenswert wäre [siehe hier [mehr](#)]. Die Verkehrsbehörden müssen dies nämlich umsetzen, die Gemeinde kann hier nur Ideen einbringen. Eigentlich war genau dies im vorhergegangenen Verkehrsausschuss im November 2011 beraten und auch von OWG und CDU/FDP zustimmend behandelt worden, nun aber wieder eine **Rolle rückwärts**. Für die SPD ist das nicht verständlich und für die Erhöhung der Verkehrssicherheit in Osterrönfeld wenig dienlich, zumal nun **weitere Monate des „Nicht-Handels“** ins Land gehen. Die SPD wenigstens wird ihre bereits begonnene **Unterschriftenaktion** zu diesem Thema auch in 2012 fortführen und sich konstruktiv an der Erhöhung der Verkehrssicherheit im Ort beteiligen, damit endlich einmal gehandelt wird!

Apropos „Nicht-Handeln“: über ein Jahr wurde trotz Hinweisen der SPD die Aufstellung von zusätzlichen **Straßenlaternen** im Bereich der Schulweges in Aspel-Nord verzögert. Dennis Schmidt (SPD) hatte als Ausschussmitglied im zuständigen Verkehrs- und Werksausschuss seit November 2010 immer wieder auf die mangelhafte Ausleuchtung des Schulweges hingewiesen. Nachdem über Monate erst einmal nichts passierte, sollte dann eigentlich Abhilfe geschaffen und zusätzliche Leuchtkörper installiert werden. Doch dann wollten die Verantwortlichen davon auf einmal nichts mehr wissen. Daher stellte die SPD nun für die Sitzung der Gemeindevertretung einen entsprechenden Antrag, mit dem dafür gesorgt werden sollte, dass diese erforderlichen zwei Straßenlaternen endlich aufgestellt werden. Wenigstens hier können nun die Betroffenen aufatmen, denn der Antrag der SPD wurde mit der Mehrheit in der GV angenommen. In den nächsten Wochen sollen die Straßenlaternen aufgestellt werden.

Dass bei dieser Abstimmung Vertreter von OWG und CDU/FDP diese Maßnahme ablehnten bzw. sich bei der Abstimmung enthielten war dabei nur eine kleine merkwürdige Randnotiz bei der ohnehin sehr lebhaften Sitzung der Gemeindevertretung. Dennis Schmidt appelliert daher: **„Worten müssen Taten folgen. Daran sollten sich die Verantwortlichen stets messen (lassen)!“** Mehr zum Antrag der SPD sowie zum Thema „Straßenlaternen in Aspel-Nord“ finden Sie hier [\[mehr\]](#).

All diese Punkte waren Gründe genug für die SPD, den Haushalt 2012 abzulehnen. Keinem der Kritikpunkte der SPD wurde angemessen Beachtung geschenkt. Das ist zu bedauern. Man kann nur hoffen, dass sich die nun von OWG und CDU/FDP gefällten Beschlüsse nicht schon bald rächen werden, wenn die Verantwortlichen von der Wirklichkeit eingeholt werden.

FAZIT: die jetzige Weihnachtszeit, die Zeit der Besinnung und des Innehaltens, sollte von den Gemeindevertretern von OWG und CDU/FDP dringend genutzt werden, um sich über die in der Gemeindevertretung gefällten Beschlüsse Gedanken zu machen. Welche Motive hinter den teils fragwürdigen Diskussionen stecken, die leider oftmals zu emotional und zu wenig sachlich geführt werden, bleibt ein Rätsel. Es wird leider immer wieder deutlich, dass Absprachen und Übereinkünfte nicht gehalten werden, wie die obigen Beispiele um das Verkehrskonzept und die Straßenlaternen zeigen. **Worten müssen Taten folgen! Man kann nur auf Besserung hoffen, denn sonst wird Vertrauen endgültig verspielt, von der notwendigen Fairness im Umgang miteinander ganz zu schweigen!**

--

Kommentar von [Sven Bareiß](#) vom 13.12.2011, 21:08 Uhr:

RE: Viel Anlass zum Kopfschütteln in der Gemeindevertretung

Es ist schon schade, dass die SPD versucht bei ihrer Darstellung von Sachverhalten mit Ängsten Politik zu machen und eine Diffamierung der anderen Fraktionen zu erreichen. In Osterröñfeld wird viel gemacht und es ist einiges in der Entwicklung, auch in Punkto Verkehrssicherheit, und den Kopf dazu zerbrechen sich meist andere. Doch die versuchen sich nicht mit Lorbeeren zu schmücken, sondern sind froh, wenn am Ende ein gutes Ergebnis steht. Es werden hier Gefahrenlagen dargestellt, die zu einem guten Teil subjektiven Interessen zu entspringen scheinen, da substantiell scheinbar nichts Besseres greifbar ist. Jedenfalls liegen bei der Verwaltung bisher keine nennenswerten Beschwerden über den Zustand unserer Straßen vor. Da ist es doch sinnvoller, die Sanierung einer Straße vorzunehmen, wenn Versorgungsunternehmen dort Leitungsarbeiten auszuführen haben. Das ist dann ein effizienter Einsatz von Finanzmitteln. Zur Beteiligung bei der SH Netz AG kann man nur sagen, dass dieses eine Investition in ein engagiertes, regional verwurzelttes Unternehmen ist und aus meiner Sicht auch zu einem gewissen Grad eine Anerkennung der bei der SH Netz AG vorhandenen unternehmerischen Verantwortung für die Region. Man könnte dieses noch fortführen, doch eine Rechtfertigung ist hier fehl am Platz. Für ein objektives Bild über die Verhältnisse in der Gemeinde Osterröñfeld, sollte man ohnehin verschiedene Quellen nutzen. Stil der OWG wird diese Berichterstattung nicht werden. Sven Bareiß – Fraktionsvorsitzender der OWG

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.12.2011, 19:29 Uhr - 7705 Clicks - Nr. 1231

**Unternehmen in die Verantwortung nehmen
SPD Stormarn fordert Erhöhung der
Abgabe für Nicht-Beschäftigung von
Behinderten**

Auch Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf gute Arbeit. Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten haben deshalb eine gesellschaftliche Aufgabe: Sie sind verpflichtet, wenigstens fünf Prozent schwerbehinderte Arbeitnehmer_innen zu beschäftigen. 41% der Unternehmen entziehen sich dieser Pflicht jedoch durch die Zahlung einer Ausgleichsabgabe.



Die Folge ist, dass die derzeit positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt an den Arbeitnehmer_innen mit Handicap vorbeigeht. Gegen den allgemeinen Trend ist die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen sogar gestiegen. Das ist ungerecht und darf so nicht bleiben, beschloss nun die SPD Stormarn.

Andreas Guhr, aktiver Gewerkschafter und Mitglied der SPD Bad Oldesloe, brachte den Antrag in den Kreisparteitag ein, die Ausgleichszahlung für Unternehmen bei Beschäftigung einer zu geringen Anzahl von Behinderten „wesentlich zu erhöhen“. „Die traurige Praxis des ‚Freikaufens‘ muss unattraktiver werden“, forderte er. Die Unternehmen müssten ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Verantwortung nachkommen, die sich aus dem Grundgesetz ableiten lasse. Auch dem viel beklagten Fachkräftemangel könne auf diesem Weg begegnet werden. Nach § 77 SGB IX beträgt die Ausgleichsabgabe derzeit 3.260 Euro jährlich bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von weniger als 2 Prozent.

Der Kreisparteitag der SPD Stormarn folgte der Argumentation von Andreas Guhr einstimmig. Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn: „Da die Abgabe eine bundesgesetzliche Vorgabe ist, haben wir uns nun an unsere Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn und Franz Thönnies gewandt. Mit ihnen werden wir erörtern, in welchen Schritten wir zum Ziel kommen können.“ Bei der Schaffung von behindertengerechten Arbeitsplätzen werden die Betriebe übrigens vielfältig beraten und unterstützt. Guhr: „Es gibt keine guten Ausreden, seine Verantwortung nicht wahrzunehmen!“

Foto: Andreas Guhr auf dem Kreisparteitag

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.12.2011, 10:52 Uhr - 1984 Clicks - Nr. 1232

Reine Heuchelei und Wahlkampf

Es ist schon bemerkenswert, dass die Opposition im Kieler Rathaus sich drei Tage nach dem einvernehmlichen Entsetzen aller Fraktionen über das Agieren des Innenministeriums nun daran stört, dass sie einen Gesprächsvermerk aus dem Innenministerium - wie wir auch - nicht erhalten hatte. Insbesondere da der Informationswert des Vermerkes aus dem Innenministerium gleich Null ist: Er bezieht sich auf den Bau des neuen Schwimmbades in Kiel, das übrigens auch CDU und FDP wollen.

Zum Schwimmbad sind 2011 genau Null Euro im Haushalt der Stadt als auch im Haushalt der Bäder GmbH vorgesehen. Dass die Verlagerung auf eine GmbH auf das Missfallen des Landes trifft, wurde vom OB berichtet.

Statt sinnlose Papiere zu übermitteln, erwarten wir vom Oberbürgermeister vielmehr, dass er uns differenziert mit wichtigen Informationen ausstattet. Diesem Anspruch ist er bei der Vorstellung des Nachtrages vollkommen nachgekommen.

Abschließend so viel: Bisher finden sich bei den vom Innenministerium monierten 7,2 Millionen Euro lediglich die erste Rate in Höhe von 1,3 Millionen Euro für den Ankauf des Flughafengeländes im Haushalt 2011 wieder - und zwar im Haushalt des Eigenbetrieb Beteiligung der Landeshauptstadt Kiel (EBK), den das Innenministerium bereits genehmigt hat. Den gesamten Kaufpreis in Höhe von 3,2 Millionen Euro nun plötzlich aus dem Hut zu zaubern, ist offenkundig

völlig falsch und willkürlich. Offenbar weiß im Innenministerium die linke Hand nicht, was die rechte tut. Solche Zustände sind in der Tat beklagenswert. Bemerkenswert ist auch, dass das Innenministerium als Rechtsaufsicht bereits Gesetze als Grundlage nimmt, die noch heiß im Landtag beraten werden. Es scheint, als würde es nur auf den Willen ankommen, nicht auf die Rechtslage. Dies lässt Arges vermuten.

Und was die Finanzierung des Schwimmbades betrifft: Wir haben es hier ausschließlich mit Nullen zu tun. Wir hoffen, dass CDU und FDP wieder den gemeinsamen Weg einschlagen.

Dies erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Antje Danker (SSW) zur angeblichen "Rüge" der CDU und der FDP.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.12.2011, 13:39 Uhr - 8789 Clicks - Nr. 1233

Barsbüttel Macht Weiter!

Grundsteinlegung für das neue BMW-Gebrauchtwagenzentrum

„Die Zukunft beginnt am 12. Dezember“ - so war es der Einladung zu entnehmen, mit der BMW zur Grundsteinlegung für das neue BMW GEBRAUCHTE AUTOMOBILE ZENTRUM in Barsbüttel eingeladen hatte. Mit der Fläche gegenüber von Möbel Höffner wird die letzte Lücke im Barsbüttler Gewerbegebiet geschlossen.



„Barsbüttel macht weiter“, stellte allerdings Bürgermeister Thomas Schreitmüller fest, der beim Innenminister auf die Genehmigung weiterer Gewerbeflächen hinter dem Möbelhaus drängte.

Karsten Engel, der Leiter Vertrieb Deutschland der BMW Group, war aus München angereist und bezeichnete die Grundsteinlegung auch als „Bekenntnis zum Standort Barsbüttel“. Barsbüttel dürfe sich auf gute Gewerbesteuererinnahmen und zunächst 56 neue Arbeitsplätze freuen. Engel betonte zudem das große gesellschaftliche Engagement des Unternehmens an seinen Standorten - ein Satz, der die Kommunalpolitiker aufhorchen ließ. Stormarns Landrat Klaus Plöger warb in seinem Grußwort für den Standort Stormarn und konnte zahlreiche Stärken der Region aufzählen. Seit Rat an BMW: „Machen Sie es gut, so wie wir, und alles ist in Ordnung!“

Bei den Feierlichkeiten dabei war auch der Barsbüttler Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der in der SPD-Landtagsfraktion für Bildungspolitik, aber auch für die Metropolregion Hamburg zuständig ist. Er sieht sich seinem Ziel einer guten Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein näher: „BMW hat nun erstmals den Schritt nach Schleswig-Holstein gewagt,

betrachtet die Metropolregion aber in ihrer Gänze. Das Gebrauchtwagenzentrum gehört zur BMW Niederlassung Hamburg. Die Metropolregion wird mit solchen Premium-Marken weiter ein starker Motor der wirtschaftlichen Entwicklung beider Länder sein.“

Zahlen, Daten, Fakten

BMW investiert in Barsbüttel 13 Millionen Euro. Die Eröffnung des Gebrauchtwagenzentrums ist für den November 2012 geplant. Etwa 4000 Autos im Jahr sollen hier zunächst verkauft werden. Die Grundfläche des von Prof. Carsten Roth entworfenen Gebäudes beträgt 4400 Quadratmeter. Das Grundstück in Barsbüttel umfasst 27.000 Quadratmeter und bietet Platz für eine spätere Erweiterung.

Mehr Bilder: [hier](#).

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 12.12.2011, 19:04 Uhr - 18823 Clicks - Nr. 1234

SPD Rendsburg-Eckernförde betont sozialpolitisches Profil

Die SPD Rendsburg- Eckernförde hat bei der Diskussion des Regierungsprogramms 2012 – 2017 einen Schwerpunkt auf das sozialpolitische Profil der Partei gelegt.

Am vergangenen Samstag (10. Dezember 2011) diskutierte der SPD-Kreisverband beim Kreisparteiausschuss in Eckernförde den Entwurf für das Regierungsprogramm und formulierte eigene Forderungen.



„Wir haben besonders intensiv an dem Abschnitten zur Bildungs- und Sozialpolitik gearbeitet“, so der SPD Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix. „Die Bekämpfung von Armut und das Herstellen von sozialer Gerechtigkeit gehören weiterhin zur Kernmarke SPD. Die Regierung des Ministerpräsidenten Torsten Albig wird hier ab Mai 2012 kräftig anpacken müssen. Dazu gehört eine ernst gemeinte Inklusion, eine Gesundheits- und Pflegepolitik, die Antworten auf den demographischen Wandel gibt, aber vor allem auch eine Familienpolitik, die alle Generationen einbezieht.“

Der Vorsitzende des Kreisparteiausschusses, Martin Klimach-Dreger, freute sich über progressive Forderungen und die Vielfalt der vorliegenden Anträge aus den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften: „Wir sprechen uns für die StadtRegionalBahn aus, eine konsequente Energiewende hin zu den Erneuerbaren und wollen den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft durch eine Stärkung der Medienkompetenz begegnen. Zu diesen Aspekten haben wir Anträge zum Regierungsprogramm formuliert“.

Über die Änderungsanträge wird die Programmkommission der SPD Schleswig-Holstein am

kommenden Wochenende beraten. Sollten die Änderungsanträge aus Rendsburg-Eckernförde dann nicht positiv berücksichtigt werden, will der Kreisverband auf dem Landesparteitag am 3.- und 4. Februar 2012 in Lübeck die Delegierten darüber abstimmen lassen. „Wir haben gute Argumente, ich bin optimistisch, dass es für unsere Vorschläge eine Mehrheit in der schleswig-holsteinischen SPD gibt“, so Sönke Rix.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 14.12.2011, 12:42 Uhr - 23300 Clicks - Nr. 1235

Gipfel der Unverfrorenheit

CDU und FDP betreiben Grundstückslobbyismus beim Verkauf des alten Kreishausareals

Gipfel der Unverfrorenheit – CDU und FDP betreiben Grundstückslobbyismus beim Verkauf des alten Kreishausareals, kritisiert Hannes Birke

Als Gipfel der Unverfrorenheit, der hart an der Grenze der Lüge liegt, bewertet SPD-Fraktionschef Hannes Birke, die Begründung von CDU und FDP für die Sondersitzung des Kreistages am nächsten Mittwoch.

Grund seiner Kritik ist die angebliche Verärgerung der schwarz-gelben Mehrheitsfraktionen an Landrat Oliver. Der habe –so CDU und FDP- über das letzte Kaufangebot der GeWoGe für Flächen auf dem ehemaligen Kreishausareal zu kurzfristig berichtet.

Die Fakten, belegt Birke, sprechen eine andere Sprache. Bereits im Hauptausschuss am 30. Nov. 11 teilte Stolz den Mitgliedern das Kaufangebot der Firma Neuhaus mit. Aus Fairnessgründen habe er die GeWoGe von dem Angebot unterrichtet und angekündigt, dass der Vorstand der GeWoGe bereit sei, sein Angebot nachzubessern. Ausdrücklich wies der Landrat darauf hin, dass das Angebot erst kurz vor der Kreistagssitzung am 7. Dez. vorliegen könne, da die Gremien der GeWoGe ein verbessertes Angebot erst „absegnen“ müssten. Er bat auf der Sitzung ausdrücklich darum, am 7. Dez. im KT zu entscheiden und keine weitere „Nachbesserungen“ zuzulassen. Diesem Verfahren wurde auch von den Vertretern der CDU und FDP nicht widersprochen.

Für die SPD lag die Berücksichtigung des von der Fa. Neuhaus nachgereichten Angebot bereit zu diesem Zeitpunkt hart an der Grenze der rechtlichen Zulässigkeit, denn Neuhaus gab sein Angebot knapp 6 Monate nach Ende der Ausschreibungsfrist und in Kenntnis des GeWoGe Angebotes ab.

In der den Kreistag am 7. Dez. vorbereitenden Ältestenratssitzung teilte Landrat Stolz das Ergebnis des nachgebesserten Angebotes der GeWoGe mit und bewertete es als das Vorteilhafteste für den Kreis. Die jetzt von CDU und FDP geübte Kritik wurde nicht geäußert.

Das von CDU und FDP geforderte „letzverbindliches Angebot“, zielt für Birke lediglich darauf, die Firma Neuhaus wieder „ins finanzielle Zockerspiel“ zu bringen. Ein von Fachleuten gefordertes

Wohnungsbaukonzept mit den Schwerpunkten preisgünstiger und barrierefreien Wohnraum, das von der GeWoGe vorgelegt und von der Stadt Pinneberg unterstützt wird, spielt dabei offensichtlich keine Rolle. Für Birke gibt es eine ganze Reihe von Anzeichen, dass sich CDU und FDP als „Grundstückslobbyist“ für die Firma Neuhaus betätigen wollen, deren Konzept preislich gehobene Mietwohnungen bzw. Eigentumswohnungen für Besserverdienende vorsieht.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 14.12.2011, 13:45 Uhr - 105938 Clicks - Nr. 1236

„Klares Signal für das Völkerrecht“

Umstrittenes Fischereiabkommen mit Marokko findet keine Mehrheit im Europäischen Parlament

Straßburg: „Dies ist ein großer Tag für das Europäische Parlament und ein Sieg für alle, die das Völkerrecht achten“, kommentierte die SPD-Fischereiexpertin Ulrike RODUST die Abstimmung über das Fischereipartnerschaftsabkommen mit Marokko. Mit 326 zu 296 Stimmen hatte das Europaparlament am Mittwoch in Straßburg das umstrittene Abkommen abgelehnt.



Das für ein Jahr gültige Protokoll, das europäischen Fischern bisher erlaubt in marokkanischen Gewässern zu fischen, wurde bereits seit dem 28. Februar 2011 provisorisch angewandt. Im Anschluss verabschiedeten die Abgeordneten zudem eine Resolution, in der klare Bedingungen für eine mögliche Zustimmung zu einem Nachfolgeabkommen gestellt wurden.

„Leider haben die EU-Kommission und Marokko bisherige Abkommen in der Art interpretiert, dass europäische Fischer auch Fischereilizenzen für die besonders fischreichen Gewässer vor der von Marokko besetzten Westsahara erhalten können. Dies ist eindeutig völkerrechtswidrig, solange nicht nachgewiesen ist, dass die Bevölkerung vor Ort von dem Abkommen profitiert“, erläuterte die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike RODUST. Die SPD-Fischereiexpertin hatte sich deshalb für eine Ablehnung des Abkommens ausgesprochen und sieht jetzt die Kommission gefordert, bei der Ausgestaltung eines neuen Abkommens darauf zu achten, dass dieses den Wünschen der west-sahaurischen Bevölkerung entspricht und ihr auch finanziell zugute kommt.

Nach Ansicht des Europäischen Parlaments muss ein zukünftiges Abkommen außerdem sicherstellen, dass nicht wie bisher Fischbestände überfischt werden. RODUST hierzu: „In einem von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen externen Evaluierungsbericht heißt es, das derzeitige Abkommen trage zur Überfischung in fünf von 11 Grundfischbeständen bei – das entspricht nicht unserem Anspruch an eine nachhaltige Fischereipolitik!“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.12.2011, 17:30 Uhr - 2165 Clicks - Nr. 1237

Plön unterstützt moderne ökologische Verkehrspolitik

Den Plöner Rückenwind kurz vor der Landtagswahl kann die SRB gut gebrauchen.

Das ist ein gutes Beispiel der regionalen Zusammenarbeit für die Mobilität im 21. Jahrhundert.

Die SRB ist ein strukturbildendes Projekt für die Menschen in der gesamten Region. Für Kiel und seine täglich 52.000 Einpendler und 20.000 Auspendler ist die SRB ein großer Erfolg für den Klimaschutz und für einen modernen, schnellen öffentlichen Verkehr. Nach der Landtagswahl muss eine neue Landesregierung freie Fahrt für die SRB geben, dazu gehört eine Anhebung des Landesanteils an der Finanzierung der Infrastruktur von 15% auf 25%.

Die Kieler CDU und FDP stellen sich mit ihrer sachfremden Dagegen-Position immer mehr ins Abseits.

Dies erklären die verkehrspolitischen Sprecher von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Achim Heinrichs und Lutz Oschmann sowie SSW-Ratsfrau Antje Danker zu dem positiven Votum des Plöner Kreistages zur StadtRegionalBahn.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 14.12.2011, 17:56 Uhr - 5588 Clicks - Nr. 1238

SPD Reinbek: "Grünkohl satt" mit über 100 Gästen

Auch in diesem Jahr fand das traditionelle Grünkohlessen der SPD Reinbek wieder reichlichen Zuspruch:

Über 100 "Genossinnen und Genossen, Freunde und Gäste" konnte Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Peter Puls begrüßen, darunter Bürgermeister Axel Barendorf und den Ersten Stadtrat Hans Helmut Enk mit ihren Ehefrauen, den amtierenden und wieder kandidierenden Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, SPD-Abordnungen aus den benachbarten Mittelzentrumsgemeinden Glinde und Wentorf und, so Puls, "wie in jedem Jahr eine stattliche Anzahl organisierter und nichtorganisierter Gruppen und Einzelpersonen mit und ohne Parteibuch". Für alle gab es "Grünkohl satt" und die Gelegenheit, "sich am AWO-Stand die noch fehlenden Weihnachtskarten und Wohlfahrtsmarken zu beschaffen".

Ein besonderes Dankeschön mit Blumen, Ehrennadeln und Urkunden ging an drei langjährige SPD-Mitglieder: Geehrt wurden Marianne Cornehl für 40 Jahre, Gerhard Halberstadt für 50 Jahre und Hans-Hermann Petersen für 50 Jahre Parteimitgliedschaft. Petersen bedankte sich mit einer kurzen Ansprache und erinnerte "seine" Partei an ihre "heute wie vor fünfzig Jahren aktuelle soziale Verantwortung". Klaus-Peter Puls beendete den SPD-Jahresausklang mit aktuellen Liedern zur Gitarre über die "gnadenbringende Weihnachtszeit" (für KT zu Guttenberg), über die "Traumpaare des Jahres" (Oskar Lafontaine und Sarah Wagenknecht, Angela Merkel und Sarkozy), über "aufstrebende Piraten" ("Wir googeln vor Madagaskar...") und "dahinscheidende Liberale" ("Sah am Grab den Rösler steh'n ...").

Foto (von links nach rechts): OV-Vorsitzender Klaus-Peter Puls, die SPD-Jubilare 2011 Hans-Hermann Petersen, Gerhard Halberstadt und Marianne Cornehl sowie Landtagsabgeordneter Martin Habersaat

Mehr Fotos und Liedtexte finden Sie [hier](#)

Keine Kommentare

Punsch und Politik

SPD-Ortsverein Schönberg

11.12.2011

Punsch und Politik

Zu einem gemütlichen Abend trafen sich Mitglieder der SPD-Schönberg und Gäste bei Punsch und Politik. In einem weihnachtlich dekorierten Sprüttenhus wurde den selbstgebackenen Keksen und dem Punsch gut zugesprochen.



Ortsvereinsvorsitzender Peter Domeier bedankte sich bei den Anwesenden für ihre Arbeit im vergangenen Jahr, insbesondere bei Bürgermeister Wilfried Zurstraßen und bei den Mitgliedern der SPD-Fraktion im Gemeinderat.

In verschiedenen Gesprächskreisen wurden aktuelle Vorhaben der Gemeinde angesprochen. Das Bauvorhaben in der Kleinen Mühlenstrasse/Bahnhofstrasse wurde als positiv bewertet, jedoch wurde von den Anwesenden deutlich gemacht, dass es zum historisch gewachsenen Ortsbild passen muss. Es sollte gestalterisch dem Charakter der regionalen Bauweise entsprechen und ihre Merkmale zeigen, wie regionsübliche Materialien.

Die Landtagsabgeordnete Anette Langner diskutierte mit den Gästen über ihre aktuelle Arbeit im Landtag. Ihr besonderes Thema ist der Fachkräftemangel und der Übergang von der Schule in den Beruf. Das sogenannte Übergangssystem mit Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen ohne Berufsabschluss oder Berufsvorbereitende Maßnahmen der Arbeitsagenturen, ist oft zu ineffektiv, viele Jugendliche drehen viele unnötige Runden in vorbereitenden Maßnahmen ohne tatsächlich eine Ausbildung beginnen zu können. Das ist reformbedürftig. Anette Langner: "Wir brauchen klare und transparente Übergangswege, die den Jugendlichen nützen und ihnen die schnelle Chance auf einen Ausbildungsplatz geben. Hier wird die SPD-Landtagsfraktion entsprechend Anträge einbringen." Um das Ehrenamt ging es bei einem Gespräch der Landtagsabgeordneten mit dem Vorsitzenden des Umweltbeirates der Gemeinde Schönberg, Detlef Klose. Die ehrenamtliche Tätigkeit im Umweltbeirat ist für Schönberg ein wichtiges Gremium.

Peter Domeier sprach abschließend eine Einladung für Freitag, den 10. Febr. 2012, 19.00 Uhr zum traditionellen Grünkohlessen im Restaurant am Rathaus, Gäste sind herzlich willkommen.

Keine Kommentare

Rede der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2012

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie in den letzten Jahren auch finden wir eine finanzielle Situation vor, die nicht gerade Anlass zum Jubeln gibt. Wie in den meisten Städten Deutschlands und in den meisten Kommunen in Schleswig-Holstein wächst auch in Kiel das Haushaltsdefizit weiter an.

Oberbürgermeister Torsten Albig hat in den vergangenen Wochen und Monaten mit seiner Verwaltung geackert und gerungen: um jeden Euro, um jeden Zuwendungsvertrag im kulturellen und auch im sozialen Bereich, um jede Investitionsmaßnahme, um jede Stellenbesetzung.

Nur ihm ist es zu verdanken, dass der Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 "nur" ein Defizit in Höhe von 64 Millionen Euro aufweist. Vor einem Jahr mussten wir noch von einem Minus von 110 Millionen Euro ausgehen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen und all Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass Sie diese Kärneraufgabe angenommen und so konsequent und erfolgreich umgesetzt haben.

1. Haushaltserlass

Wer in diesen Tagen über Kieler Haushaltspolitik redet, kommt an einer neuartigen Erscheinung nicht vorbei – das mit den Erscheinungen passt ja irgendwie ganz gut in die Weihnachtszeit. In dieser Situation äußerster Anstrengungen und größter Haushaltsdisziplin flattert uns der zweite Haushaltserlass in diesem Jahr ins Haus. Auf den ersten Blick ist das gar nicht so einfach zu verstehen, was das passiert ist.

Stellen Sie sich mal vor, Sie haben über das Jahr eine gewisse Menge Geld zur Verfügung, um – sagen wir mal – Äpfel zu kaufen. Sie teilen sich Ihr Geld so einigermaßen über das Jahr ein und kaufen Äpfel. Plötzlich kommt die Kommunalaufsicht und ruft: „Stop! Ein Viertel Deines Geldes ziehen wir Dir ab wegen der Birnen!“

„Welche Birnen?“ sagen Sie da vielleicht. „Ich will in diesem Jahr doch gar keine Birnen kaufen!“
„Macht nix. Aber in zwei oder drei Jahren.“

So in etwa muss die Logik in Bezug auf die von der Kommunalaufsicht zunächst gekürzten 4 Millionen Euro gewesen sein, die ab 2013 für den Bau des neuen Schwimmbades benötigt werden. Es ist gelungen, die Kommunalaufsicht davon zu überzeugen, dass es nie gut ist, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Der korrigierte Haushaltserlass liegt mittlerweile vor und berücksichtigt das. Die Kürzung um 4 Millionen Euro ist herausgenommen.

Übrigens liegt der Sachverhalt im Falle der 3,2 Millionen Euro, die für den Ankauf des Flughafengeländes benötigt werden, im Prinzip genauso. Nur 1,3 Millionen Euro waren für 2011 über den Wirtschaftsplan des EBK eingeplant – und bereits von der Kommunalaufsicht genehmigt. Es diente offenbar der Gesichtswahrung des Innenministeriums, dass der Erlass nicht vollkommen geändert werden sollte.

Im Ergebnis jedenfalls ist festzuhalten: Der CDU-Innenminister Schlie, der in der Presse von einer nötigen „Notbremse“ gesprochen hat, hat sich offenbar vollkommen „verbremst“. So wird die beabsichtigte Wahlkampfhilfe für Herrn de Jager schnell zu einem Rohrkrepiere.

2. Neues Schwimmbad

Das neue Schwimmbad an der Hörn: ein Projekt, das alle wollen - nehmen wir mal die eine oder andere unbedeutende Splittergruppe raus. Ein Projekt, von dem wir alle wissen, dass es wesentlich klüger ist, es umzusetzen, als die alten maroden Bäder in Kiel durch eine kostspielige Notoperation nach der anderen künstlich am Leben zu erhalten. Ein Projekt, das die Rahmenbedingungen des Schwimmsports in Kiel deutlich verbessern wird - für die Schwimmvereine, für die Privatpersonen, aber vor allem auch für die Schulen.

Aber eben auch ein Projekt, von dem wir wissen, dass die Finanzierung uns an die Grenzen des Machbaren führt.

Der Zuschuss, den die Stadt derzeit an die Kieler Bäder GmbH zahlt, beträgt 2,4 Millionen Euro pro Jahr. Erhebliche Teile davon werden aufgefressen durch hohe Energiekosten und durch notwendige Flickschusterei, um den Notbetrieb in den Bädern überhaupt noch gewährleisten zu können. Wenn wir diesen Zuschuss umlenken, um das neue Bad zu bauen, wird er ausreichen, um die Betriebskosten und die Finanzierungskosten zu decken. Gleiche Kosten, bessere Lösung. Ganz einfach.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es erforderlich, dass wir die Gespräche mit der Kommunalaufsicht fortführen.

Das können wir doch ansonsten einem normal denkenden Menschen nicht mehr erklären.

Eine – zugegeben ebenfalls kostspielige – neue Lösung, die eine deutliche Verbesserung der Situation bringt, ohne zusätzliche Belastungen auszulösen. Besser kann man auch finanziell so ein Riesenprojekt wie das neue Schwimmbad nicht planen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Lassen Sie uns gemeinsam weiterhin versuchen, dieses wichtige Projekt umzusetzen. Wir haben an anderen Stellen in diesem Jahr gezeigt, dass das möglich ist.

3. Gemeinsame Beschlüsse der Ratsversammlung

Unser politisches Handeln muss sich am Wohl der Bürgerinnen und Bürgern, am Wohle der Stadt orientieren. Es darf nicht um die Umsetzung von parteipolitischen Interessen gehen. Ich freue mich, dass wir das in Kiel an einigen Stellen geschafft haben.

a. Die Kooperation hat gemeinsam mit der FDP gefordert, dass der Nord-Ostsee-Kanal ausgebaut und saniert wird. Und wir waren auch erfolgreich: Immerhin wird der Bund jetzt aufgrund der zahlreichen landesweiten Proteste 300 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Doch das wird bei langem nicht ausreichen, damit der Nord-Ostsee-Kanal auf Dauer wettbewerbsfähig bleibt.

b. Wir sind uns einig, dass Bildung an erster Stelle steht. Im Jugendhilfeausschuss und im Schule- und Sportausschuss haben wir im Grundsatz viele Beschlüsse gemeinsam gefasst.

Lassen Sie uns auch in Zukunft anhand objektiver Kriterien entscheiden – denn es geht um das Wohl und die Zukunft unserer Stadt, nicht um parteipolitische Grabenkämpfe!

4. Schwerpunkte des Jahres 2011

Die Kieler Stadtpolitik folgte im Jahr 2011 sozialdemokratischen Grundsätzen und wir werden diesen Weg auch weiter gehen. Wir wollen, dass alle Menschen gleichberechtigt und in Würde an unserer Gesellschaft teilhaben können.

Es muss selbstverständlich sein, dass jeder Mensch, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, mit oder ohne Behinderung, aus sozial schwachen Familien oder nicht, ob alt oder jung, Teil unserer Gesellschaft ist und ihm die gleichen Chancen wie allen anderen zur Verfügung stehen. Unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig.

So sollte das Thema „Inklusion“ irgendwann kein Thema mehr sein – sondern Teil unseres Denkens. Nur so können wir dem großen Ziel von Teilhabe aller Menschen näher kommen.

Wohnen und Arbeiten sind dabei untrennbar miteinander verbunden. Eine Stadtgesellschaft muss beides verbinden. Nachhaltige Entwicklungspolitik für bestimmte Stadtteile, und damit meine ich nicht ausschließlich Gaarden und Mettenhof, ist Grundvoraussetzung dafür. Hier gilt es tatsächlich, noch einiges nachzuarbeiten. Torsten Albig hat immer wieder darauf hingewiesen, dass wir ein „Kielgefühl“ brauchen, eine Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt. Aus Sicht der SPD sind Arbeiten, Wohnen und Leben der Dreiklang, der die Entwicklung unserer Stadt beeinflusst. Lassen Sie mich auf zwei Themen etwas tiefer eingehen:

a. Die demografischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre stellen den Kieler Wohnungsmarkt vor große Herausforderungen. Die Nachfrage nach kleinen bezahlbaren und barrierefreien Wohnungen steigt stetig. Dies liegt zum Beispiel an der steigenden Zahl von Single-Haushalten, von älteren Menschen und einem verstärkten Zuzug von Studenten. Daher haben wir die Stadtverwaltung beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie zusätzlicher Wohnraum für Menschen mit kleinerem Einkommen geschaffen werden kann. Dazu können, nein sollten auch kreative Modelle gehören wie „Wohnen für Hilfe“, das sind Wohnpartnerschaften zwischen jung und alt – Vermieter erhalten Hilfeleistungen im Alltag anstatt einer vollen Miete. Nutznießer sind dann beide Parteien zu gleichen Teilen.

b. Wichtige Schritte auf dem Weg zur Inklusion lassen sich durch die gemeinsame Arbeit von Menschen mit und ohne Behinderung sowie von älteren und jüngeren Menschen erreichen. Daher haben wir uns mit einem spannenden Einzelhandelskonzept, den sog. CAP-Märkten, beschäftigt. Sie haben zwei Vorteile: Diese Integrationsunternehmen siedeln sich in Stadtteilen an, die vom Ladensterben betroffen sind. Und sie beschäftigen Menschen, die bisher kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, weil sie entweder zu „alt“ sind oder eine Behinderung haben.

Erst vor kurzem haben wir eine Veranstaltung mit dem Thema „Arbeit für alle“ organisiert. Auf unserer Veranstaltung haben wir uns mit Unternehmen, Betroffenen und Interessierten ausgetauscht. Mit den Ergebnissen des Gesprächs wollen wir im kommenden Jahr eine Initiative starten, die unser Ziel unterstützt, dass so viele Menschen wie möglich, auch wenn sie eine Behinderung haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Wir wissen, dass dies eine große Herausforderung ist. Doch wir wollen uns dieser Herausforderung stellen.

Lassen Sie uns diese Herausforderungen gemeinsam annehmen! Denn Gesellschaftliche Teilhabe lässt sich am besten durch Arbeit und Bildung erreichen.

5. Schwerpunkte des Entwurfes für 2012

Auch im kommenden Jahr wird Bildung wieder Vorrang für uns haben. Trotz aller Steine, die uns die Landesregierung in den Weg gelegt hat, haben wir es geschafft, dass keine der Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Schulbereich gestrichen werden. Es wird aber länger dauern, bis alle von uns schon geplanten und beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden.

Für uns hat die Investition in Bildung Priorität. Alle Kinder und Jugendlichen müssen die gleichen Entwicklungschancen haben – dabei muss der familiäre Hintergrund zweitrangig sein. Wir wollen, dass in Kiel kein Kind mehr auf der Strecke bleibt. Und das ist nicht nur aus sozialpolitischer Sicht wichtig sondern auch aus wirtschaftspolitischer. Nur so schaffen wir es, langfristig die immens hohen Transferleistungen zu verringern. Diese machen immerhin den zweitgrößten Posten im städtischen Haushalt aus. Und nur, wenn gut ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, kann die Wirtschaft Kiels wachsen und sich weiterentwickeln.

a. Aus diesem Grund haben wir uns seit Beginn dieser Wahlperiode dafür eingesetzt, die Zahl von Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern an den Schulen zu erhöhen. Und im kommenden Jahr werden wir unser vorläufiges Ziel erreichen. Durchschnittlich wird an jeder Schule eine halbe Stelle zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wird es darum gehen, mit den Schulen gemeinsam eine zukunftsweisende Schulsozialarbeit in den Alltag zu integrieren. Hier gibt es ja schon gute Beispiele an unseren Schulen. Damit einher geht dann auch der am tatsächlichen Bedarf orientierte weitere Ausbau der Stellen.

b. Außerdem investieren wir intensiv in den Ausbau der Kindertagesstätten. Wir werden Ende 2012 eine Betreuungsquote von 35 % im U3 Bereich erreichen. Eine Stadt wie Kiel kommt mit dieser gesetzlichen Quote nicht aus, das ist hier zu anderen Zeiten auch schon von fast allen Fraktionen eingeräumt worden, aber damit kann es natürlich nicht getan sein. Deshalb werden wir auch an dieser Stelle weiter ausbauen.

Mit diesen Maßnahmen investieren wir in die Zukunft unserer Stadt.

Denn wer bei Bildung spart, zahlt in der Zukunft drauf!

Nachdem nun auch am kommenden Montag der Zuwendungsbescheid für das RBZ Wirtschaft an den OB übergeben wird, sind wir auch beim Ausbau unserer RBZ`s wieder einen Schritt weiter.

Unsere Schüler freuen sich auf angemessene Räume zum lernen und arbeiten.

6. Die unnötigen Rituale der Politik

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sollten versuchen, in den jetzt vor uns liegenden Haushaltsberatungen auf die unnötigen Rituale zu verzichten. Sie sind unnötig wie ein Kropf. Sie helfen nicht weiter. Sie sind verzichtbar. Wir sollten die politischen Unterschiede zwischen unseren Fraktionen herausarbeiten und klar benennen. Scheingefechte und ewig lange Debatten über Details brauchen wir hingegen nicht. Für uns Kommunalpolitiker gibt es in Wirklichkeit nicht die gespielten Rollen von Mehrheit und Opposition. Für uns Kommunalpolitiker sollte es nur eins geben, gemeinsam zu wirken zum Wohle der Stadt. Sie alle kennen mich und sie alle kennen meine Art, Politik zu machen. Sie wissen, dass ich nicht zu denen gehöre, die in jeder Diskussion versuchen zu polari-

sieren. Ich versuche, persönliche Angriffe zu vermeiden. Das stünde uns allen übrigens gut zu Gesicht. Ich möchte dafür werben, dass wir in unserem Politikstil in der Art und Weise, wie wir die politische Auseinandersetzung führen, ein wenig sachlicher zu Werke gehen. Dann wäre schon viel gewonnen. Zum Beispiel viel Zeit. Ich würde mich freuen, wenn wir heute Abend beim parlamentarischen Abend bei der Sparkasse sitzen würden und uns darüber austauschen könnten, dass wir morgen frei haben.

Die engen finanziellen Spielräume, wir uns noch zur Verfügung stehen, gebieten aus meiner Sicht eine zügige Verhandlung des Haushaltes. Die Änderungsanträge der Kooperation haben ein Gesamtvolumen von 254.000 Euro. Bei einem Umfang im Ergebnishaushalt von 753,5 Millionen Euro macht das einen Anteil von 0,04 Prozent aus. Wir tun so, als veränderten wir hier heute und morgen die Welt. Tun wir aber gar nicht.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.12.2011, 19:43 Uhr - 5837 Clicks - Nr. 1241

Lehrerstellen im System belassen

Landtagsrede vom 15.12.2011 zu Stellenstreichungen

Vielleicht muss man sich um die FDP doch keine Sorgen machen: Parteitage der Tierschutzpartei verhalten in der Regel ungehört, solche der FDP führen immerhin bei der CDU zu hektischen Flecken und bei den Grünen zu parlamentarischen Initiativen.

Oft kreit ja der Berg und gebiert eine Maus.

In den vergangenen Tagen war es nun die freidemokratische Maus, die kreite, nur kam außer heißer Luft nichts heraus.

Ans Licht der Welt kamen in dieser Phase nur Unstimmigkeiten in der Koalition und Hinweise auf Missstände in der Schullandschaft, auf die Eltern, Lehrer und Opposition seit langem hinweisen. Ich habe mir die Mühe gemacht, eine kleine Liste zusammenzutragen und habe erfreut vernommen, dass Herr Kubicki sich mit ähnlichen Sammlungen befasst.

- Ein FDP-Landesparteitag beschließt, es sei dringend erforderlich, 300 Lehrerstellen mehr als geplant im System zu belassen.
- Wolfgang Kubicki kündigt Gespräche mit dem Koalitionspartner an (erstaunlich, dass das eine Meldung ist).
- Die CDU zeigt sich verwundert über die Diskrepanz zwischen den Verlautbarungen des zuständigen Ministers über die gute Unterrichtssituation und dem Beschluss der Partei dieses Ministers.



An dieser Stelle kann ich vielleicht zur Aufklärung beitragen: Bisher kann man abschließend erst die Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2010/2011 betrachten. Und für dieses Schuljahr waren die Weichen schon gestellt, bevor die sogenannte Haushaltsstrukturkommission sich ans Werk machte.

Weiter im Text:

- Ministerpräsidentenkandidat de Jager äußert Sympathie für die Idee, die Zahl der Differenzierungsstunden an den Gemeinschaftsschulen wieder anzuheben.
- Und Herr Callsen erklärt schließlich im Interview, er müsse die Probleme an den Gemeinschaftsschulen einmal erläutert bekommen.

Die Probleme, Herr Callsen, kann ich Ihnen gerne erläutern:

1. Ihre Koalition hat mit dem neuen Schulgesetz einen tragfähigen Schulfrieden zerschlagen.
2. Sie haben die Umsetzung der pädagogischen Konzepte unserer Gemeinschaftsschulen durch Ihre Beschlüsse unmöglich gemacht.
3. Als stärkste Fraktion dieses Hauses gerieren Sie sich in der Bildungspolitik als Fähnchen im Wind. Als wehendes Fähnchen kann man aber nicht für Ruhe an den Schulen sorgen.

Die SPD hat sich wiederholt dafür ausgesprochen, die Hälfte der frei werdenden Lehrerstellen im System zu belassen. Wir haben das nicht ohne Grund getan, sondern in Kenntnis der Lage an den Schulen und in dem Wissen, dass die Unterrichtsqualität verbessert werden muss, dass wir mehr Binnendifferenzierung brauchen, mehr Sprachförderung und vieles andere.

Mehr Lehrer werden auch erforderlich, wenn wir mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur führen wollen. Dabei ist übrigens weniger entscheidend, ob wir neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen einrichten, was wir tun müssen. Stärker schlägt zu Buche, dass Schülerinnen und Schüler dann länger zur Schule gehen. Und das wollen wir!

Nachdem nun die FDP den Gang von der Regierung in die APO fürchtet, hat ihr Landesparteitag einen Antrag beschlossen, der im Saldo dem damaligen Haushaltsantrag der SPD entspricht. Die Grünen schließen sich mit ihrem heutigen Antrag dieser Position an. Nun ist das ganze kein großideologisches Spielchen, sonst würde Herr Habeck ja nicht mitmachen, es ist ein eher kleinparlamentarisches Oppositionsschauspiel. Trauen wir dieser Koalition bis Januar einen Nachtragshaushalt zu?

Und was sagt die Koalition? Der stellvertretende Ministerpräsident, sonst selten um eine fesche Formulierung verlegen, findet weiterhin, die Bildungsqualität an den Schulen müsse verbessert werden. Er kündigt an, man werde wieder über das Thema sprechen, ob mit Zahlen oder ohne. Und wann? Das gefällt mir am besten: Wenn der Bildungsminister seinen Auftrag erfüllt hat: Er soll zum Ende der schwarzgelben Koalition einmal herausfinden, wie die Lage an den Schulen im Lande aussieht.

Da haben Sie eine große Abschlusspointe gesetzt, meine Damen und Herren! Das kann ich nicht toppen...

Keine Kommentare

Weihnachtszeit - Zeit zum Nachdenken?

Die SPD ist grundsätzlich gegen jede Form von Diskriminierung, Verachtung von Menschenwürde und Rassismus. Folgende Geschichte mit anschließendem Gedicht findet der SPD-OV Reinfeld passend für jede Zeit des Jahres und besonders passend für die Weihnachtszeit und möchte sie den Interessierten auf unserer Homepage vorstellen.

FARBE bekennen...

Die nachfolgende Geschichte hat sich tatsächlich ereignet:

Eine weiße Frau um die fünfzig nimmt ihren Platz neben einen Schwarzen ein. Sogleich ruft sie die Stewardess. Diese fragt: «Was kann ich für Sie tun, gnädige Frau?»

Die weiße Frau: erwidert aufgebracht «Ja sehen Sie das nicht? Man hat mir einen Platz neben einem Neger gegeben. Ich halte das nicht aus, neben einem so ekelhaften Wesen zu sitzen. Geben Sie mir bitte einen anderen Platz!!»

Die Stewardess antwortet: «Beruhigen Sie sich, bitte. Es sind fast alle Plätze auf der Maschine besetzt. Ich schau mal nach, ob noch etwas frei ist.»

Sie geht und kommt nach ein paar Minuten zurück. «Gnädige Frau, wie ich schon vermutet hatte, sind in der Economy-Klasse keine Plätze mehr frei. Ich habe mit dem Flugkapitän gesprochen und er hat mir bestätigt, dass auch in der Business-Klasse nichts mehr frei ist. Allerdings hätten wir noch einen freien Platz in der First-Class.»

Bevor die Frau auch nur die kleinste Bemerkung machen kann, spricht die Stewardess weiter: «Es ist bei unserer Fluggesellschaft absolut ungewöhnlich, einem Economy-Passagier zu erlauben, in der First-Class Platz zu nehmen. In Anbetracht der Umstände erachtet es der Flugkapitän aber als skandalös, jemanden zu zwingen, neben einer so ekelhaften Person zu sitzen.»

Mit diesen Worten dreht sie sich zum Schwarzen um und sagt: «Aus diesem Grund, mein Herr, wenn Sie es wünschen, nehmen Sie bitte Ihr Handgepäck, denn es wartet ein Sitz in der First-Class auf Sie.»

Die anderen Passagiere, die die Szene schockiert mit verfolgt hatten, erhoben sich und applaudierten...

Liebe weiße Freunde:

Als ich auf die Welt, kam war ich schwarz,

Als ich größer wurde, war ich schwarz,

Wenn ich an die Sonne gehe, bin ich schwarz,

Wenn ich Angst hab, bin ich schwarz,

Wenn ich krank bin, bin ich schwarz,
Wenn ich mal sterbe, werde ich schwarz sein...

Du, weißer Mann, weiße Frau ...
Als du auf die Welt kamst, warst du rosa,
Als du größer wurdest, warst du weiß,
Wenn du an die Sonne gehst, bist du rot,
Wenn du frierst, bist du blau,
Wenn du Angst hast, bist du grün,
Wenn du krank bist, bist du gelb,
Wenn du mal stirbst, wirst du grau sein...

Und Du nennst mich einen FARBIGEN ?!

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 16.12.2011, 11:44 Uhr - 15911 Clicks - Nr. 1243

Schöngefärbtes Stückwerk

In der vergangenen Woche haben wir im Finanzausschuss den Finanzplan bis 2015 beraten, den Stabilitätsbericht, das Sanierungsprogramm gem. § 5 Stabilitätsratsgesetz und die Stellungnahme des Landesrechnungshofs zu den Planungen zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits.

Heute nun haben wir noch einen mündlichen Bericht über das mit dem Stabilitätsrat vereinbarte Sanierungsprogramm erhalten sozusagen eine

mündliche Zusammenfassung des uns schriftlich vorliegenden und bereits diskutierten Berichts, an dessen Ende vermutlich eine Kenntnisnahme des Konsolidierungsprogramms im kommenden Finanzausschuss stehen wird, die von CDU und FDP in der vergangenen Finanzausschusssitzung mit Hinweis auf die heutige Debatte noch nicht beschlossen werden konnte.

Insofern war ich natürlich gespannt, was sich innerhalb einer Woche an den Eckpunkten eines bereits vorgelegten Sanierungsprogramms ändern könnte. Wobei ich nicht verhehlen möchte, dass ich falls sich tatsächlich neue Erkenntnisse ergeben hätten zwangsläufig auch ein wenig enttäuscht gewesen wäre, dass uns Finanzminister und Staatssekretär im Ausschuss womöglich nicht umfassend informiert haben sollten. Diese Enttäuschung ist mir erspart geblieben. Neue Erkenntnisse gibt es nicht.

Was bleibt, ist die Kritik am Vorgehen der Landesregierung im Umgang mit den politischen Leitplanken der Finanzplanung. Ich konstatiere, dass der Finanzplan hilfreich ist, um bestimmte Entwicklungen und Zusammenhänge deutlich zu machen. Ich begrüße auch ausdrücklich, dass die Haushaltsaufstellung im Rahmen der mit dem Bund vereinbarten Korridore im Top-Down-Verfahren über die Vorgabe von Budgets erfolgt.



Politische Führung ist aber etwas anderes, als der Verwaltung einen Rechenschieber in die Hand zu drücken und darauf zu warten, dass irgendwann ein Ergebnis mitgeteilt wird. Ein politisch-inhaltliches Top-Down-Verfahren, einen politischen Rahmen gibt es offenbar nicht. Insofern war die Diskussion im Finanzausschuss durchaus erhellend, leider nicht im Positiven. Sämtliche Nachfragen nach Kriterien, nach Konzepten, nach inhaltlicher Unterlegung, nach Aufgabenabbau wurden mit dem Hinweis auf die noch ausstehenden Verwaltungsvorgaben abgewiesen. Auch der Landesrechnungshof weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass Finanzplan und Abbaubericht keine Planung zum Abbau des strukturellen Defizits darstellen: „Insbesondere ist noch offen, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung sicherstellen will, dass die Ressorts die errechneten Ausgabenobergrenze einhalten werden.“ Der Landesrechnungshof ist hoffnungsvoll, dass eine Konkretisierung im Zusammenhang mit dem im Stabilitätsrat vereinbarten Sanierungsprogramm kommt. Inzwischen liegt dieses Programm vor und liefert nach wie vor nur Zahlen und Übersichten über die im Haushalt bereits vorgenommenen Kürzungen. Dies mag dem Stabilitätsrat genügen, der überprüft, inwieweit die inhaltlichen Vorgaben eingehalten werden. Das kann aber nicht genügen, um die Entwicklung Schleswig-Holsteins politisch zu gestalten. Der Finanzplan liefert den rechnerischen Rahmen. Der Inhalt sollte sich aber aus den Aufgaben ergeben, die sich Schleswig-Holstein stellen, aus den Herausforderungen der demografischen, klimatischen, technologischen Veränderungen. Man muss doch nur mal die Debatten der vergangenen Tage Revue passieren lassen, um zu ergründen, mit welchen Vorstellungen Schwarz-Gelb der Zukunft begegnen will.

Die Antwort auf Fachkräftemangel und Bildungsdefizite ist die Einführung eines Betreuungsgeldes. Das bildungspolitische Konzept des zuständigen Ministers fußt auf der Erkenntnis, dass es nun ja auch in Schleswig-Holstein Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund gäbe und man da ja mal was machen müsse. Ob man dafür nun mehr oder weniger Lehrer braucht, blieb im Nebel des Klug'schen Redebeitrags verborgen.

Eine Linie fehlt nach wie vor und kann auch durch die aufgeführten Maßnahmen zur Erhaltung des Abbaupfades nicht dargestellt werden, die zudem nicht durchgehend schlüssig sind.

Große Teile Ihrer Vorschläge sind aus unserer Sicht nichts als Schönfärberei. Wenn Sie die Absicht hätten, ab Mai weiter zu regieren, hätten Sie sich möglicherweise etwas konkreter am Machbaren orientiert. So wirkt das Stückwerk an Vorschlägen eher plan- und ziellos. So wird es nicht gehen, das wissen Sie und das wissen wir und das wissen die Bürgerinnen und Bürger, die auch dies am 6. Mai zu bewerten haben.

Der mündliche Bericht hat sich mit dieser Debatte erledigt. Den schriftlichen können wir dann vielleicht demnächst auch offiziell im Finanzausschuss zur Kenntnis nehmen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.12.2011, 11:54 Uhr - 2045 Clicks - Nr. 1244

Rede zum Budgetbereich "Jugend"

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Budgetbereich „Jugend“ stellt den entscheidenden Schalthebel dieses Haushaltes dar. Dies

betrifft dessen Wirkung als auch das Gesamtverständnis für den Haushalt insgesamt.

Na gut, es liegt in der Natur der Sache, dass jeder Fachpolitiker und jede Fachpolitikerin seinen bzw. ihren Sachbereich als den wichtigsten ansieht. Ich freue mich, dass das für meinen zufällig auch zutrifft.

Dieser Haushalt setzt Prioritäten. 2012 stellt vorerst das letzte Jahr im Ausbau der Kinderbetreuung dar, um die gesetzlichen Vorgaben zu erreichen. Diese gesetzlichen Vorgaben der Bundesebene werden wir erreichen, im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden im Umland und auf Bundesebene. Sie haben die Presse dazu sicher verfolgt.

An dieser Stelle möchte ich mich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken. In den nächsten Jahren nach 2012 werden wir hier den Ausbau weiter vorantreiben müssen, da die Quoten von 35, 100 und 50 Prozent für die Bereiche U3, Elementar und Grundschule wohl nicht ausreichen werden, um den Rechtsanspruch gemäß dem Bedarf umzusetzen.

Die finanziellen Belastungen in diesem Bereich, die sich aus dem Ausbau ergeben, sind enorm und vom Kämmerer schon benannt worden. Seit 2007:

- wurden die Krippenplätze fast verdreifacht,
- wurden die U3-Plätze verdoppelt,
- erfolgte massiv der Ausbau der Grundschulkindertagesplätze.

Der finanzielle Mehrauswand ist enorm. Allein bei den Betriebskosten erleben wir seit 2007 eine Steigerung um mind. 30 Millionen € pro Jahr. Hinzu kommen die von der LH Kiel anteilig zu tragenden Investitionskosten. Ziehen Sie jetzt noch die seit 2008 um 30 Millionen zurückgegangenen Gewerbesteuereinnahmen vom Jahressaldo des Haushaltes ab, dann wird klar, dass die derzeitige unausgeglichene Haushaltssituation nicht auf angeblich unverantwortliches Handeln der Kooperation zurückgeht, wie Schwarz-Gelb immer wieder behauptet. Der unausgeglichene Haushalt steht vielmehr und paradoxer Weise im direkten Zusammenhang mit dem verantwortlichen Handeln unserer Stadt im Bereich der Jugendpolitik und sehr wohl mit der Unfähigkeit von Bund und Land die Kommunen entsprechend ihrer Aufgaben auszustatten.

Noch einmal: Wir erfüllen als Stadt, getragen von allen demokratischen Parteien, auch von der CDU, die Bundesvorgaben für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen.

Sie, liebe FDP und CDU, sonnen sich in den Erfolgen der Kita-Bedarfsplanung, Sie ignorieren aber die finanziellen Folgen und schicken, wenn es darum geht, in den Haushaltsberatungen Verantwortung zu übernehmen, die Kooperation in den Maschinenraum und behaupten wir würden das Geld für irgendwelche Prestigeobjekte zum Fenster raus werfen. So geht das nicht.

Im Übrigen sind Plätze nicht gleich Plätze. Im Gegensatz zum Umland bietet die LH Kiel überproportional viele Ganztags- oder Dreivierteltagesplätze an. Was macht aber die von der CDU so hochgelobte Landesregierung: Sie fördert überproportional die Halbtagsplätze im Lande und be-

nachteiligt auch hier Kiel. Wir werden benachteiligt, weil wir Verantwortung übernehmen.

Wir haben aber noch andere wichtige Arbeitsfelder:

- Wir entwickeln die Bildungsregion Kiel. Die FDP möchte diese kritisch begleiten. Wir begrüßen das, wir begleiten diese auch kritisch und konstruktiv, nur so kommen wir voran.
- Das Bioessen in Kita und Grundschulen. Ein schöner Anfang: Hier müssen wir auch den Prozess weiter konstruktiv begleiten.
- Die Jugendsozialarbeit in und außerhalb von Schulen.
- Und ich freue mich, dass 2012 auch für die Jugendpartizipation ein wichtiges Jahr werden wird, mit der Fortschreibung von „Jugend mischt mit“.

Die Haushaltsanträge der CDU erinnern mich dagegen eher an Hesses „Glasperlenspiel“. Sie sortieren Ihre Murmeln und erfreuen sich an den schönen Mustern, die Sie gelegt haben. Das sei Ihnen gegönnt, es geht aber darum, dass die Kinder und Jugendlichen die nötigen Voraussetzungen auf Seiten der öffentlichen Hand vorfinden, um ihren Weg zu gehen.

Vielen Anträgen hat sich die CDU im letzten Jahr verweigert, je nachdem, wie sie gerade drauf war. Vieles haben Linke und Doppel-D schlicht nicht erfasst.

Wir werden sehen, wie es im nächsten Jahr mit den Landesvorgaben der Sozialermäßigung bei Kinderbetreuung aussieht und welche Prioritäten dann die Nichtkooperation setzen wird.

Ich freue mich auf die Kita-Bedarfsplanung 2012.

Ich freue mich auf die Weiterentwicklung unserer Betreuungs- und Bildungslandschaft.

Ich freue mich auf die Weiterentwicklung unserer Jugendpartizipation.

Der Haushalt 2012 legt dafür die Grundlage, Investitionen in unsere Kinder belasten den Haushalt, bereichern aber unsere Stadt. Die in diesem Haushalt vorgenommenen Kredite stellen keine Belastung für künftige Generationen dar, sie werden vielmehr vor allem für unsere Kinder getätigt.

Ich freue mich auf die Arbeit im nächsten Jahr!

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 16.12.2011, 14:07 Uhr - 5478 Clicks - Nr. 1245

Der Bologna-Prozess

Landtagsrede vom 16.12.2011

Bologna als vermutlich ältester Hochschulstandort Europas ist Namenspatin für einen Prozess, der nicht weniger zum Ziel hat als die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums.

Zumindest hoffe ich, dass so ein europäischer Gedanke wichtigeres Leitmotiv war als Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit, wenn gegen beide natürlich auch nichts einzuwenden ist.

Die Umsetzung der Vereinbarungen, die die europäischen Bildungsminister vor 12 Jahren zur Erreichung dieses Ziels verabschiedet haben, hat die Hochschulen im zurückliegenden Jahrzehnt umgekrempelt und ist nicht ohne Fehler und Verwerfungen



geblieben. Wir alle haben noch die Proteste der Studierenden vor Augen, die uns gesagt haben, ein erfolgreiches Studium sei unter den gewandelten Bedingungen nicht mehr möglich.

Auf der anderen Seite gibt es auch sehr positives Feedback. Bei einer aktuellen Umfrage der CAU, an der rund die Hälfte der auf Bachelor Studierenden teilgenommen hat, haben nur noch 6 % erklärt, sie seien unzufrieden damit, unter welchen Bedingungen sich das Studium an der CAU gestalte, 82 % haben sich zufrieden oder sehr zufrieden geäußert. Dieser Prozentsatz lag vor drei Jahren noch um 10 % niedriger.

Das zeigt, dass unsere Hochschulen lernende Systeme sind. Die Voraussetzung dafür ist geschaffen worden, als wir uns von dem System der Detailkontrolle über die Hochschulen verabschiedet und die Autonomie der Hochschulen entscheidend ausgeweitet haben, wobei die Verantwortung von Parlament und Regierung durch Hochschulverträge und Zielvereinbarungen gewahrt blieb. Es war eine richtige Initiative der Kollegen von den Linken, eine Gesamtbilanzierung des Bologna-Prozesses einzufordern, und ich danke dem Ministerium, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Hochschulen selbst für dieses instruktive Papier.

Es zeigt uns erneut, welche Baustellen an den Hochschulen noch offen sind und welche die Hochschulen bereits abgearbeitet haben. Das betrifft ganz besonders die in der Anfangsphase übertriebene Prüfungsdichte, die es den Studierenden kaum noch erlaubt hat, über den Tellerrand ihres Fachstudiums hinauszuschauen. Wir sind aber der Überzeugung, dass ein gestaffeltes, studienbegleitendes Prüfungssystem besser ist als eines, bei dem die Tagesform an den wenigen Prüfungstagen zum Ende des Studiums ausschlaggebend für die weiteren beruflichen Chancen ist.

Die wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden muss ein Schwerpunkt von Hochschulpolitik sein. Studienfinanzierung, Wohnraum, Vereinbarkeit von Studium und Familie sind keine Nischenthemen; sie sind Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium. Finanzierbarkeit und Vereinbarkeit von Studium und Familie sind nicht gegeben, wenn es bei Teilzeit-Studiengängen keine BAföG-Förderung gibt. Weitere Schwächen des gegenwärtigen BAföGs kamen in der letzten Sitzung des Dialogforums mit den Studierenden und Hochschulvertreten zur Sprache und müssen aufgearbeitet werden, soweit das von Schleswig-Holstein aus geht.

In diesem Dialogforum, natürlich aber auch im Bildungsausschuss, sollten wir den vorliegenden Bericht weiter beraten, weil in fünf Minuten natürlich nur wenige Aspekte kurz beleuchtet werden können. Vielleicht hat ja eines Tages auch einmal ein Wissenschaftsminister Zeit für einen Besuch. Enden will ich mit einem Aspekt, der mir besonders wichtig ist: Der Austausch von Studierenden und Lehrenden innerhalb Europas soll verstärkt werden. Ich zitiere den Bericht: „Entscheidend ist nicht die Vielzahl an Kooperationen, sondern die Qualität.“ An dieser Qualität, auch in anderen Bereichen der Hochschulpolitik, sollten wir gemeinsam arbeiten und auch solche Probleme nicht außer Acht lassen, vor denen die Hochschulen auch ohne den Bologna-Prozess stünden; das Problem der Hochschulfinanzierung sei dabei ausdrücklich genannt.

Und ein Letztes: Studiengebühren sind aus unserer Sicht keine geeignete Lösung dieses Problems.

Keine Kommentare

Eichstädt: Endlich alle Fakten restlos und transparent darlegen

Der Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Peter Eichstädt hielt am vergangenen Freitag im Schleswig-Holsteinischen Landtag eine Rede über die Asbesttransporte zur Deponie in Rondeshagen, in der er die Landesregierung auffordert, alle Fakten rund um die dortigen Vorgänge restlos und transparent aufzuklären.



Die Vorgänge um den geplanten Transport von asbesthaltigem Industriemüll aus der Region Hannover auf die Deponie Ihlenberg/Schönberg und nach Rondeshagen haben sich zu einem Musterbeispiel entwickelt, wie Behörden untereinander und mit der vom Transport betroffenen Bevölkerung nicht umgehen sollten.

Dass die Information über die geplanten Transporte nach Ihlenberg und Rondeshagen nach Aussage des Umweltstaatssekretärs Rabius erst durch die Presseberichterstattung im Ministerium angekommen ist, ist, gelinde gesagt, seltsam. Auch wenn die Genehmigung des Transportes von Niedersachsen aus erfolgt, hätte eine Vorinformation über den geplanten Transport und notwendige Sicherheitsmaßnahmen dringend erfolgen müssen. Deshalb haben wir den Bericht gefordert, um die zu Recht beunruhigte Bevölkerung entlang der möglichen Transportstrecke informieren zu können und drohende Gesundheitsgefährdungen abzuwenden.

Der Bericht selbst ist allerdings eine Enttäuschung. Er enthält kaum etwas, was nicht schon vorher aus niedersächsischen Quellen bekannt war und repetiert bürokratisch trocken Altbekanntes. Frau Ministerin, in der Schule würde man zu diesem Ergebnis sagen: Keine eigene Gedankenleistung, copy and paste, setzen, fünf. Dass der Bericht nicht ausreicht, hat die Ministerin ja offensichtlich schnell selbst gemerkt. Ihr freiwilliger Nachtrag im Fachausschuss hat zwar nicht viel zur Aufklärung beigetragen, aber doch viele offene Fragen erkennen lassen.

Eine besonders brisante Frage haben Sie allerdings in dieser Sitzung neu aufgeworfen: Welche rechtlichen und finanziellen Folgen hat das Angebot der Deponie, falls der nach Angaben von Staatssekretär Rabius noch nicht geschlossene Vertrag nie kommt? Wie lange bindet das Angebot rechtlich die Deponie, ab wann entsteht ein Schadensersatzanspruch? Wenn bereits eine Verpflichtung besteht, muss die Frage beantwortet werden, wer vor Abschluss durch den Geschäftsführer informiert war. Der Aufsichtsrat? Das Ministerium? Es kann doch nicht sein, dass niemand irgendetwas von der besonderen Brisanz des größten Asbesttransportes in der Geschichte der Bundesrepublik quer durch unser Land gewusst hat!

Warum hat Mecklenburg Vorpommern ein eigenes, unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben, wir aber schreiben in Niedersachsen ohne eigene Nachforschungen und Erkenntnisse ab? Warum muss eigentlich so dringend die Halde in Wunsdorf abgetragen werden, wenn viele Experten abraten, weil sie die Gefährdung durch Abtrag und Transport höher einstufen als die Sicherung vor Ort? Da hierzu fast nur die aus der Region Hannover gelieferten Daten im Bericht genannt werden, gibt es keine belastbare Gesamtbetrachtung aller Alternativen. Hier besteht Klärungsbedarf.

Warum stützt sich die Landesregierung in ihrem Bericht auf ein Gutachten über die Unbedenklichkeit des Transportes, das von einer nicht zertifizierten Stelle erarbeitet wurde? Und warum bewerten Sie die offensichtlichen und von der Presse dargestellten Mängel bei den Testfahrten nicht? Drei Testfahrten wurden hiernach mit Messungen begleitet, ohne dass man wusste, ob in diesen Chargen überhaupt Asbest enthalten ist. Wenn dann nach der Fahrt durch Norddeutschland keine Asbestfreisetzung gemessen wurde, lag es vielleicht daran, dass gar kein Asbest transportiert wurde? Umgekehrt: Was wäre passiert, wenn auf diesen Testfahrten – ohne Genehmigung, durch den halben Kreis Herzogtum Lauenburg, durch die engen Straßen von Ratzeburg – hohe Mengen von Asbest freigesetzt worden wären - einfach Pech gehabt? Warum hat man diesen Versuch nicht in einer geschlossenen Halle gemacht, mit Windkanal, wo alle Bedingungen simuliert werden können und exakte Messergebnisse zu erzielen sind? Ich finde das alles skandalös.

Es geht uns in Schleswig-Holstein formal möglicherweise nichts an. Aber wenn wir durch mögliche Gesundheitsgefährdungen unserer Bürger betroffen sind, dann kann eine Ministerin schon einmal sehr nachdrücklich die Frage an die Kollegen in Niedersachsen richten, ob denn nicht eher ökonomische Gründe maßgeblich sind und weniger Umweltaspekte.

Nun gut, wir erwarten von Ihnen einen überarbeiteten Bericht, mit Fakten. Insofern begrüßen wir den abermals vom ganzen Haus gefassten Beschluss, der einen neuerlichen Bericht im Landtag fordert und erneut die Erwartung äußert, dass bis zum befriedigenden Abarbeiten aller Fragen keine Annahme in Rondeshagen erfolgt.

Die Sicherheit der Bürger und Bürgerinnen muss Vorrang vor ökonomischen Aspekten haben. Bevor sich nur ein Rad von Wunstorf nach Rondeshagen oder Schönberg bewegt, sind alle Fragen zu klären. Für meine Fraktion ziehe ich die Zwischenbilanz: Es sieht nicht danach aus, als könnte das verantwortbar je passieren.

Keine Kommentare

[SPD-Osterröndfeld](#) - veröffentlicht am 17.12.2011, 19:26 Uhr - 4310 Clicks - Nr. 1247

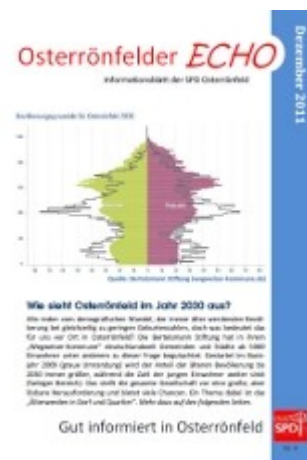
Neue Ausgabe des "Osterröndfelder ECHO" erschienen!

Die mittlerweile vierte Ausgabe des "Osterröndfelder ECHO" ist nun erschienen. Das Infoblatt der SPD Osterröndfeld informiert seit letztem Jahr über viele unterschiedliche Themen rund um die Gemeinde Osterröndfeld. In dieser Ausgabe geht es u. a. um dies: demografischer Wandel, Verkehrssicherheit, Schleusen am NOK; Interview mit dem OTSV-Vorsitzenden und vieles mehr. Das Infoblatt ist nun auch auf der Internetseite der SPD Osterröndfeld erhältlich!

Alle Ausgaben des "Osterröndfelder ECHO" finden Sie auf der folgenden Seite [\[mehr\]](#)!

Die SPD Osterröndfeld wünscht eine angenehme und interessante Lektüre!

--



Keine Kommentare

Günstiger Wohnraum muss das politische Ziel sein

Thomas Hölck kritisiert das Vorgehen von CDU u. FDP beim Verkauf der alten Kreishaus-Flächen.

Günstiger Wohnraum muss das politische Ziel sein, fordert Thomas Hölck und kritisiert das Vorgehen von CDU u. FDP beim Verkauf der alten Kreishaus-Flächen.

„Wer beim Verkauf der alten Kreishaus-Flächen darauf setzt, in einem abstrusen Bieterwettbewerb den größtmöglichen Erlös zu erzielen, macht einen schlimmen politischen Fehler. Die Entscheidung darüber, wer den Zuschlag über die beiden Flächen an Moltke- und Lindenstraße in Pinneberg erhält, sollte tunlichst auch nach wohnungsbau- und sozialpolitischen Gesichtspunkten getroffen werden.“ Mit diesen Worten hat der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Thomas Hölck das Vorgehen von FDP und CDU auf Kreisebene kritisiert.

„Wir haben im Kreis Pinneberg ohnedies durch die Nähe zu Hamburg ein besonders hohes Mietniveau bei weiter steigenden Preisen. Da muss es auch grundsätzliches Ziel der Kreispolitik sein, für eine ausgewogene Weiterentwicklung des Wohnungsmarktes zu sorgen. Aus wohnungsbau politischer Sicht ist die Planung der GeWoGe, die günstigen Wohnraum und Studentenwohnungen bauen will, ohne jede Frage das bessere Angebot“, betont Hölck, der auch wohnungsbau politischer Sprecher und Landtagskandidat seiner Partei ist. „Es ist bekannt, dass die angespannte Lage des Hamburger Wohnungsmarkts mit seinen wachsenden Mieten auch in unsere Region ausstrahlt. Wir müssen diesem Anstieg auch über die Politik der Kommunen entgegenwirken“, fordert Hölck. „Wer sich nur von den größtmöglichen Renditeerwartungen leiten lässt, wird den differenzierten Bedürfnissen auf dem Wohnungsmarkt politisch nicht gerecht“, kritisiert der Landtagskandidat. Nach statistischen Erhebungen soll die Bevölkerung des Kreises bis 2015 um 2,2 Prozent wachsen. Eine Entspannung auf demografischem Wege wird es also nicht geben. Vielmehr bringe der wachsende Anteil alleinstehender und älterer Menschen neue Herausforderungen für die Wohnraumversorgung mit sich. „Wir werden in Zukunft mehr Angebote für Singlehaushalte und altengerechte Wohnungen benötigen. Wenn es uns nicht gelingt, den Wohnraum für ältere Menschen anzupassen, droht eine „graue Wohnungsnot“, erläutert Thomas Hölck.

Für besonders lobenswert erachtet der SPD-Politiker den von der GeWoGe vorgesehenen Bau von Studentenwohnungen auf einem Teil des Areals. „Es ist gut, der demografischen Entwicklung mit solchen speziellen Angeboten entgegen zu wirken. Der Kreis Pinneberg ist ja auch Hochschul- und Technologiestandort. Wenn wir künftig genügend Fachkräfte für die Betriebe in der Region gewinnen wollen, müssen wir auch durch solche Maßnahmen zeigen, dass wir uns um diesen Nachwuchs kümmern. Außerdem sind die jungen Leute ein Zugewinn für die Pinneberger Innenstadt.“

Keine Kommentare

[SPD-Mönkeberg](#) - veröffentlicht am 17.12.2011, 20:49 Uhr - 3506 Clicks - Nr. 1249

Weihnachtsmänner vor dem EDEKA-Markt

Weihnachtsmänner vor dem EDEKA-Markt

Mitglieder des OV Mönkeberg verteilten in einer Aktion kleine Schokoladenweihnachtsmänner.

Mehrere Hundert Weihnachtsmänner wechselten schnell ihren Besitzer

vor dem EDEKA Supermarkt in Mönkeberg.

Die Gelegenheit wurde von vielen Mönkebergern zum ‚Small Talk‘ mit den Vertretern des Ortsvereins genutzt.



Die Schokoladenweihnachtsmänner waren auf Pappunterlagen befestigt, deren Rückseite die Konterfeis der Kandidatinnen zur Landtagswahl Anette Langner und Regina Poersch zeigten.

Eine süße (Wahl-) Botschaft!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.12.2011, 09:13 Uhr - 1801 Clicks - Nr. 1250

Rede zum Aufgabenfeld 5, Gestaltung der Umwelt

Grundthema der gestrigen Debatte waren die Investitionen, die Frage: In welcher Höhe wird investiert und was wird investiert in Kiel? Die Auseinandersetzung darüber ist für die Baupolitik hoch interessant, denn das Aufgabenfeld fünf - Gestaltung der Umwelt, also der Bau- und Verkehrsbereich, ist am härtesten von der Investitionsbremse der Kommunalaufsicht betroffen. Hier zeigt sich die ganze Schädlichkeit dieser Maßnahme am deutlichsten.

Es sind ja keine überflüssigen Luxusobjekte, die die Landeshauptstadt in ihrer Investitionsplanung für 2011, 2012 und die Folgejahre vorgesehen hatte und hat. Es handelt sich um Notwendiges, oft aber unter der früheren Oberbürgermeisterin Verschlepptes, das dann erst mit dem Antritt von Rot-Grün und SSW in Angriff genommen wurde.

Sie hören es nicht gern, aber Bürgermeister und Stadtbaurat Todeskino, der es schließlich am besten weiß, betont es immer wieder: In der Wahlperiode 2003 bis 2008 wurde wenig gebaut. Seit aber die Kooperation von SPD, Grünen und SSW die Verantwortung trägt, sind dagegen nach Berechnungen, die der Kämmerer gestern vorgetragen hat, 63 Mio € im Bildungsbereich, also bei den Schulen, verbaut worden! Das ist Ausdruck städtebaulicher Dynamik. Zurzeit liegen 2/3 der aktuellen Bauinvestitionen in diesem Bereich.

Das sind die Fakten, wofür in Kiel Investitionen getätigt werden, nämlich in die Zukunft unserer

Kinder und Jugendlichen. Der kreditfinanzierte Bau von Kindertagesstätten, Mensen und Turnhallen stellt eine nachhaltige Investition dar. Er ist Ausdruck der notwendigen Dynamik dieser Stadt. Das muss allen entgegengehalten werden, die mithilfe von Schuldenbremsen unter dem Vorwand, wir würden nachkommende Generationen mit der notwendigen Finanzierung dieser Maßnahmen belasten, Kiels wirtschaftliche Zukunft als lebenswerter und attraktiver Standort am liebsten abwürgen würden. Und das aus vordergründigem parteipolitischem Kalkül.

Noch einmal zur Kreditbremse: Es ist für den gesunden Menschenverstand überhaupt nicht nachvollziehbar, warum gebührenfinanzierte Erneuerungsarbeiten an Abwasserkanälen auf die Kreditlinie der Stadt angerechnet werden. Was, wenn nicht dies sind rentierliche Investitionen? Und bitter notwendig dazu! Wer, wie der baupolitische Sprecher der CDU die für die Stadt schädliche und schändliche Investitionsbremse als Fürsorge des Landes bezeichnet, der treibt nur seinen wohlfeilen Spott mit einer für die Stadt lebensnotwendigen Angelegenheit.

Aber auch über den Bildungsbereich hinaus tätigen wir Investitionen, die Kiel voranbringen und dem Gemeinwohl dienen. Das gilt für das neue Schwimmbad, es gilt aber auch für die Stadtreionalbahn und den Kleinen Kiel Kanal. Der Haushalt dieses Oberbürgermeisters und dieser Kooperation verfolgt ein Ziel, das sich in der Investitionsplanung abbildet: Wir wollen diese Stadt stark und fit machen für die Zukunft.

Das haben wir mit unseren Beschlüssen zur Innenstadtentwicklung bewiesen. Statt wie CDU und FDP dem Phantom eines für Kiel überdimensionierten Einkaufstempels beim Schloss mit angebauter Fördephilharmonie nachzujagen, haben wir mit unserem Moratoriumsbeschluss für eine geordnete Nachfolgeentwicklung auf dem ehemaligen Karstadtgelände gesorgt. Sie sprechen verächtlich machend von „Kleiner Lösung“ an dieser Stelle, als ob es hier um einen mickrigen Kiosk ginge. Jeder kann dabei zusehen, was hier wirklich aus dem Grund der Altstadtinsel emporwächst. Unter ihren Prämissen blockierten sich die verschiedenen Einzelhandelsvorhaben gegenseitig, eine echte Bremse auch hier. Wir haben die Dynamik wiederhergestellt.

Und das gilt für alle anderen Aspekte der Innenstadtentwicklung: Für die von uns durchgesetzte Verstärkung des Wohnungsbaus, jetzt an der Alten Feuerwache, bald hoffentlich in der Eggerstedtstraße, dann über der Neuen Rathausgalerie und hoffentlich an der Hörn. Es gilt für den Neubau eines ZOB, den wir klugerweise (und auch wegen der Investitionsbremse) über eine Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft realisieren wollen. Auch hier betätigen sich CDU und FDP mit ihrem Antrag als Dynamikbremse. Es ist Zeit etwas tun, voranzukommen, und was machen Sie? Sie stellen Prüfaufträge!

Die städtebauliche Dynamik wird natürlich auch durch den Kleinen-Kiel-Kanal gefördert. Mit ihm kann ein hochattraktiver Stadtraum sowohl für die KielerInnen wie auch für Kreuzfahrt- und FährtouristInnen nach dem Muster des Bootshafens geschaffen werden. Der innerstädtische Einkauf und der Besuch der Kieler City werden dadurch erheblich attraktiver werden. Das sehen die Kaufleute der Innenstadt so, die Mehrheit der Kieler BürgerInnen, die sich an dem Beteiligungsprozess zur Innenstadt-Rahmenplanung beteiligt haben - alle warten sie und freuen sich darauf.

Sie wollen Mittel für diese herausragende Idee zur Belebung und Attraktivierung der Innenstadt mit ihren deutlichen Arbeitsplatzeffekten streichen - Dynamikbremse, wie gehabt. Und ihr Antrag zur Umschichtung von Mitteln bleibt gegenüber der Konkretisierung dieses Projektes einfach zu unspezifisch. Wollen Sie damit kaschieren, dass Sie nicht den Mut haben, städtebaulich groß zu denken, sondern im Klein-Klein des Nichtstuns, des Verneinens und des Kleinredens verharren? Ihr Gerede von einer Betonrinne ist doch nichts anderes!

Nein, mit Kiel geht es voran, und das bildet sich in diesem Haushalt ab. Das gilt nicht nur für die Innenstadt, sondern auch für das von uns beschlossene INSEKK. Da haben Sie die Priorisierung unserer Investitionsvorhaben, auch für die Stadtteile. Dass es mit Kiel vorangeht, realisiert sich in den Stadtteilentwicklungskonzepten für Friedrichsort und Holtenau, es gilt für die Soziale-Stadt-Vorhaben in Gaarden und Mettenhof, wo jetzt die bewährten Mitarbeiterinnen des Stadtteilbüros unter gleichen Bedingungen bei der Stadt ihre bewährte Arbeit fortsetzen können – ein Dank an den OB und die Verwaltung für diesen wichtigen Schritt! Es realisiert sich in der Wik mit Schleusenpark, Kulturmeile, Anscharpark und Orchideenwiese. Sehen Sie sich doch an, wie schön und wertvoll das Objekt ihres billigen Spottes vom Vorjahr geworden ist! Es gilt für den Langen Rehm in Dietrichsdorf noch für Vieles mehr in den Stadtteilen, das ich hier aus Zeitgründen nicht nennen kann.

Die Dynamik der Entwicklung dieser Stadt zeigt sich im von uns angestoßenen Förderrahmenplanverfahren, auch im direkten Umgang mit den Nachbargemeinden und in den darin im nächsten Jahr vorgeschlagenen Projektideen, aus denen dann wieder neue Investitionen erwachsen können. Dabei will ich meine Sympathie für die Idee des Stadtstrandes (der übrigens schon in Kiel 2030 angeregt wurde) nicht verhehlen. Die breite Mehrheit der KielerInnen dürfte ihn befürworten, weil auch dies die Lebensqualität ihrer Stadt steigern würde. Aber ich ahne schon, was die Opposition dazu sagen wird.

Ein letztes von dem Vielen, womit wir diese Stadt voranbringen, soll noch genannt werden: Die Planung zur Ansiedlung von Möbelkraft. Dies ist nach Auffassung der SPD eine zwar für die betroffenen Kleingärtner schmerzhaft, aber doch für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Stadt fundamental positive Entscheidung! Auch zu dieser wesentlichen Stärkung der Wirtschaftskraft dieser Stadt gab es von CDU und FDP nur Prüf- und Änderungsanträge: ein lautstarkes Aber zu einem kaum vernehmbaren Ja.

Ich fasse zusammen: Wenn die Investitionsbremse das Ziel gehabt haben sollte, die notwendige Dynamik bei der Entwicklung dieser Stadt abzuwürgen, dann ist dies missglückt. Dieser Haushalt hält im Bereich Bauen, Wohnen, Verkehr und Umweltschutz Kurs. Er hält den klaren Kurs der für die Stadt so wichtigen Dynamik und des zukunftsgerichteten Handelns. Dafür ist dem Oberbürgermeister und seiner Verwaltung zu danken. Wir als SPD tragen diesen Weg mit, es ist unser Weg.

Rede des baupolitischen Sprechers und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Dr. Hans-Friedrich Traulsen zum Haushalt 2012, Aufgabenfeld 5 – Gestaltung der Umwelt

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 19.12.2011, 12:41 Uhr - 5840 Clicks - Nr. 1251

SPD Infostand bei Kaffee und Glühwein

Nach der Sonderratsversammlung am 14.12.2011 informierte die SPD Rathausfraktion am vergangenen Samstag, die Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner mit einem Infostand auf dem Großflecken, über die Ergebnisse der letzten Ratssitzung in diesem Jahr.

"Leider konnten wir uns mit unserem Antrag für einen Runden Tisch, an dem Verwaltung, der Oberbürgermeister, die Firma Nortex sowie Vertreter der einzelnen Fraktionen teilnehmen sollten nicht durchsetzen.", so der Fraktionsvorsitzende Andreas Hering. Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen ist der Vorschlag gescheitert, das Thema bis zur nächsten Ratsversammlung im Februar zurückzustellen.

Zahlreiche Bürger nutzen die Möglichkeit und kamen mit den SPD-Ratsmitgliedern ins Gespräch. Zudem verteilte die SPD Fraktion Weihnachtsgrüße und versorgte die zum Teil durchgefrorenen Passanten mit heißem Kaffee, Punsch und Weihnachtsgebäck.

Keine Kommentare

[SPD NMS Faldera](#) - veröffentlicht am 19.12.2011, 12:55 Uhr - 5202 Clicks - Nr. 1252

SPD Faldera: Jahresausklang und traditionelles Grünkohlessen

Mit einem harmonisch-festlichen Abend geht der SPD Ortsverein Neumünster-Faldera in die Weihnachtspause. Knapp 30 Mitglieder und Freunde des aktiven Ortsvereins konnte der Ortsvereinsvorsitzende und zudem frischgebackene Kreisvorsitzende Fred Brocksema am Samstag, 17.12. zum traditionellen Grünkohlessen begrüßen.



Neben Andreas Hering, dem Vorsitzenden der SPD Rathausfraktion in Neumünster und der Direktkandidatin für die anstehende Landtagswahl, Kirsten Eickhoff-Weber, waren auch der Landesvorsitzende Ralf Stegner und seine Frau der Einladung ins Restaurant am Kantplatz gefolgt.

"Der SPD-Ortsverein Faldera kann auf ein ereignisreiches Jahr und viele Aktionen zurückblicken, die wir für die Bürger unseres Stadtteils angestoßen haben", erklärte Brocksema. "Zudem waren die Mitglieder unseres Ortsvereins immer zahlreich bei allen Aktionen des Kreisverbandes vertreten. Das soll auch 2012, bei den anstehenden und wichtigen Themen in unserer Stadt so passieren. Der Ortsverein Faldera mischt sich ein."

Fast überrascht wurden an diesem Abend die Mitglieder Jutta Kluckhuhn und Uwe Neumann, die für ihre 20jährige und 40jährige Mitgliedschaft in der SPD vom Landesvorsitzenden geehrt wurden. Herbert Zschunke, der bereit seit 60 Jahren Mitglied der SPD ist, sowie Dieter Gora (40 Jahre) und Doris Kühnhorn (30 Jahre) konnten aus persönlichen Gründen nicht dabei sein.

"Wir freuen uns sehr, dass ihr schon so lange bei uns seit und Höhen wie Tiefen unserer Partei mitgemacht habt." so Stegner.

Bild: (von links nach rechts) SPD Ortsvereinsvorsitzender Fred Brocksema, Jutta Kluckhuhn, Ralf Stegner (SPD Landesvorsitzender), Uwe Neumann, Direktkandidatin Kirsten Eickhoff-Weber

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 19.12.2011, 15:46 Uhr - 11209 Clicks - Nr. 1253

KV Intern gerade erschienen

Noch rechtzeitig vor Weihnachten ist das Informationsblatt „KV Intern“ des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg mit vielen Informationen erschienen, das auch hier vorgestellt wird.

Allen eine besinnliche und friedliche Weihnachtszeit und alles Gute für den Jahreswechsel. Ein ereignisreiches Jahr 2012 steht uns bevor und wir wollen die Wahl am 6. Mai 2012 gewinnen.

[KV Intern Dezember 2011](#)

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 21.12.2011, 09:56 Uhr - 11806 Clicks - Nr. 1254

Knapp 1.500 Bürger aus der Region in 2011 bei Thönnnes in Berlin

„Der Besucherstrom hält an. Auch in 2011 konnte ich Besucher in vierstelliger Zahl begrüßen“, so kommentierte SPD-MdB Franz Thönnnes die Bilanz seiner Gäste aus den Kreisen Segeberg und Stormarn sowie aus Neumünster.



Den größten Anteil stellten die vielen Teilnehmer aus Klassen aller Schulformen dar. Sie besuchten das Reichstagsgebäude, nahmen an einer Infoveranstaltung oder Plenarsitzung im Deutschen Bundestag teil und trafen mit dem SPD-Politiker zusammen. „Bis auf wenige Ausnahmen aufgrund von anderen Terminverpflichtungen ist es wiederum gelungen mit nahezu jeder Gruppe zusammenzukommen, denn mir liegt sehr viel daran mit jungen Menschen über die Demokratie zu sprechen“, so der SPD-Politiker.

Wieder stattgefunden haben dieses Jahr auch die sehr beliebten und vom Bundespresseamt organisierten Dreitagesfahrten. Jeweils 50 politisch Interessierte aus Segeberg, Stormarn und Neumünster erlebten auf diesen Reisen in die Hauptstadt einen Mix aus Politik und Kultur. „Besonders gefreut hat mich dabei, dass die anspruchsvollen Programme für diese Bildungsreisen weiterhin auf so große Zustimmung gestoßen sind“, erklärt Thönnnes. Auch die von ihm wegen der regen Nachfrage zusätzlich angebotenen Berlin-Fahrten, die auf Selbstzahlerbasis in Kooperation

mit dem Unternehmen „Dienstwerker“ durchgeführt werden, fanden Zuspruch. 2011 konnte wieder einer dieser Besuche angeboten werden.

Im zurückliegenden Jahr besuchten auch Kommunalpolitiker, Gewerkschafter, Betriebsräte und Jugendliche aus dem Wahlkreis den Deutschen Bundestag im Rahmen von Konferenzen und Gesprächsrunden, der Jugendpressetage der SPD-Bundestagsfraktion oder Veranstaltungen wie „Jugend und Parlament“, „Girls´ Day“ sowie dem Jugendmedienworkshop.

„Der gute Kontakt zu so vielen Menschen aus meinem Wahlkreis, die die Gelegenheit nutzen mein Arbeitsumfeld kennenzulernen und mit mir ins Gespräch zu kommen, passt genau zu meinem politischen Motto „da sein – zuhören – handeln“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete weiter. Die hierfür aufgebrauchte Zeit sei eine gute Investition in unsere Demokratie. „Dass so viele junge Leute darunter sind, zeigt mir, dass entgegen manch anderer Meinung Interesse am politischen Gespräch da ist“, bewertet Thönnes den enormen Zuspruch.

Und die Nachfrage hält an. Für das Jahr 2012 haben sich bereits jetzt über 600 neue Besucher für eine Fahrt zum Deutschen Bundestag nach Berlin angemeldet.

Bildunterschrift: BPA-Besuchergruppe aus dem Juli 2011

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 23.12.2011, 10:28 Uhr - 5154 Clicks - Nr. 1255

Eichstädt: Einbindung Lübeck bei Leitstelle noch einmal prüfen
Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion

„Ich tue mich schwer, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Region in Zeiten extrem knapper kommunaler Finanzen zu vermitteln, dass sich die Kreise Herzogtum Lauenburg, Stormarn und jetzt Ostholstein sinnvollerweise auf den gemeinsamen Betrieb einer Rettungsleitstelle mit dem Standort Bad Oldesloe verständigen, während man die Hansestadt Lübeck außen vor lässt und diese selbst eine eigene kostenintensive Leitstelle bauen lässt.“



So kommentiert für die SPD-Fraktion im Lauenburgischen Kreistag Peter Eichstädt die aktuelle Diskussion zu diesem Thema.

Peter Eichstädt weiter: „Die Zeit zwischen den Jahren sollte noch einmal zum Nachdenken genutzt werden. Ich werde meiner Fraktion im Neuen Jahr vorschlagen, die Diskussion noch einmal zu eröffnen.“ Dabei sollte es nach Ansicht des Sozialdemokraten die Diskussion nicht durch gegenseitige Vorwürfe belastet werden.

Der Ansatz des Innenministers, noch einmal alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, ist

zielführend. Es geht um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Region Süd - Schleswig-Holstein und um den sorgsam Umgang mit den kommunalen finanziellen Mitteln.

Es wäre sinnvoll, wenn noch Bewegung in die Angelegenheit kommt.

Dabei sind Aussagen, die von „maßloser Selbstüberschätzung der bornierten Lübecker“ sprechen ebenso wenig hilfreich nicht nachvollziehbare Forderungen in der Vergangenheit, die von Lübecker Seite gekommen sind.

Ich denke, es ist die Zeit gekommen, einen Schlussstrich unter das zu ziehen, was in der Vergangenheit von wem auch immer schief gelaufen ist.

Eine gut funktionierende Leitstelle in Bad Oldesloe kann ich mir mit drei Partnern auch kostengünstiger mit vier Partnern vorstellen. Das darf aber nicht dadurch blockiert werden, dass Lübeck die gemeinsame Leitstelle in seinen Stadtmauern haben will.

Die Einschaltung eines Schlichters halte ich dabei für etwas überzogen. Noch traue ich es vernunftsbegabten Kommunalpolitikern zu, dieses Problem alleine zu lösen.

Keine Kommentare

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 23.12.2011, 13:14 Uhr - 2335 Clicks - Nr. 1256

Ortsvereinszeitung der SPD-Schuby

Die Dütt un Datt des SPD-Ortsvereins Schuby wurde rechtzeitig zum Weihnachtsfest fertiggestellt und im Dorf verteilt.

Die PDF-Version ist auf der Homepage für jedermann zugänglich.

Der Vorstand wünscht allen Lesern der SPD-Seiten schöne Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr.

[Hier geht es zur 106. Dütt un Datt](#)

http://www.spd-net-sh.de/sl/schuby/index.php?mod=content&menu=12&page_id=3354

Keine Kommentare

[SPD-Mönkeberg](#) - veröffentlicht am 23.12.2011, 15:18 Uhr - 4155 Clicks - Nr. 1257

Einladung zum Neujahrsempfang der SPD

Einladung zum Neujahrsempfang der SPD

Lieber Genosse, liebe Genossin,
hiermit laden wir Euch recht herzlich zum traditionellen, politischen Neujahrsempfang der Mönkeberger SPD ein.

Unser Neujahrsempfang findet am Sonntag den 08.01.2012 um 11.00 Uhr im



Jugendheim an der Schule:
„Grundschule an der Bake“ statt.
Über Eure rege Teilnahme und Diskussionsbereitschaft, wie
im letzten Jahr, würden wir uns wieder sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Dröge
1. Vorsitzender
SPD-Ortsverein Mönkeberg 100 Jahre 1911-2011

Keine Kommentare

[SPD-Mönkeberg](#) - veröffentlicht am 25.12.2011, 10:43 Uhr - 2977 Clicks - Nr. 1258

FW: x-mas 2011

Hallo liebe Genossinnen , liebe Genossen ,

ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und einen
guten Rutsch ins neue Jahr 2012 wuensche ich euch
Allen, lasset Euch reich beschenken.



Gleichzeitig moechte ich mich im Namen des Ortsvereins
bei Euch allen recht herzlich fuer euren Einsatz, die
Mitarbeit, eure Kritik , die vielen Ideen und Anregungen
bedanken !

Besonderes Beispiel fuer diese gute Zusammenarbeit und sehr guten Zusammenhalt ist und war
unsere 100 Jahr - Feier SPD Ortsverein Moenkeberg 1911 - 2011 !

Diese/unsere 100 Jahrfeier, wirkt bis heute nach und durch die tolle Berichterstattung, viele
Gespraechе innerhalb und ausserhalb unseres Ortes, haben wir eine nachhaltige
Breitenwirkung erzielt. Die positiven Gespraechе ueber unsere Feier, aber auch ueber unsere
jahrzehntelange politische Arbeit im Ort, fuer den Ort und die Menschen halten nach wievor an.
Vielen Dank ! In diesem Sinne GlueckAuf, auch fuers naechste Jahr, dem Landtagswahljahr 2012, in
dem wir Etwas zu gewinnen haben und mit Glueck einen neuen SPD-Ministerpraesidenten und eine
SPD gefuehrte Landesregierung in unserem

Lieblingsland Schleswig-Holstein.

Euer Rainer
1. Vorsitzender

Keine Kommentare

Verkauf des Kreishausgrundstückes wirtschaftlich vertretbar

Hannes Birke bewertet die Entscheidung des Kreistages wohnungsbaupolitisch als Erfolg und wirtschaftlich vertretbar

Verkauf des Kreishausgrundstückes wirtschaftlich vertretbar – wohnungsbaupolitisch ein Erfolg, bewertet Hannes Birke die Entscheidung des Kreistages

Der Verkauf des Kreishausareals ist für die SPD Kreistagsfraktion wirtschaftlich vertretbar und wohnungsbaupolitisch ein Erfolg.

Wesentlicher Grund für unsere Zustimmung zum Verkauf an das Ingenieurbüro Demandt und die GeWoGe waren insbesondere die städtebaulichen Konzepte der beiden Käufer, begründet der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke die Entscheidung seiner Fraktion.



Das Ingenieurbüro will auf den erworbenen Flächen Altenwohnungen mit Betreuungsmöglichkeiten und die GeWoGe preisgünstige Studenten- und Mietwohnungen bauen. Für die SPD haben sich die Konzepte durchgesetzt, die ein Gegengewicht zu dem weiter steigenden Mietniveau bedeuten und für eine ausgewogene Weiterentwicklung des Wohnungsmarktes sorgen.

Wichtig für uns war –so Birke- auch eine Entscheidung zu treffen, die nicht im Widerspruch zu den wohnungsbaupolitischen Zielen der Stadt Pinneberg stehen. Insbesondere die SPD-Ratsfraktion zusammen mit der GAL und den „Bürgernahen,, hatten sich für die Konzepte ausgesprochen, die von den beiden Käufern realisiert werden sollen.

Birke hofft jetzt auf eine schnelle Entscheidung der Stadt, bei den städtebaulichen Verträgen mit den Käufern. Erst wenn diese Verträge unter „Dach und Fach“ sind, wird der Kaufpreis in einer Gesamthöhe rd. 3,5 Mio € an den Kreis fließen. Dringlichkeit ist auch deswegen geboten, weil erst nach Abschluss der Verträge die Grundstücke auf die Käufer übergehen und so lange muss der Kreis die seit dem 4. Oktober leer stehenden Gebäude unterhalten. „Und dieser Unterhalt“ –so Birke- „kostet den Kreis monatlich rd. 7.800,00 €“

Keine Kommentare

Hintergrund: Olof Palme

Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme ist durch das Attentat am 28.02.1986 nicht nur aus seinem Leben, sondern auch mitten aus seiner politischen Arbeit gerissen worden. Er hinterließ keine Memoiren und kaum systematische Schriften. Dennoch bleibt sein Lebenswerk bis heute unvergessen: So erneuerte und festigte der schwedische Sozialdemokrat das Modell des Dritten Weges in seinem Heimatland, wo der soziale Frieden gewahrt und die Arbeitslosigkeit im Hinblick auf andere Industriestaaten vergleichsweise niedrig ist.

Darüber hinaus war Palme weltpolitisch sehr aktiv, unter anderem als Mitglied der "Nord- Süd-Kommission" seines Freundes Willy Brandt, als Vorsitzender der "Palme- Kommission", die der UNO Abrüstungsvorschläge gemacht hat und als einer der vier Organisatoren der "Vier- Kontinente- Initiative", welche im Dezember 1985 einen Aufruf zum Stopp des Rüstungswettlaufes vorstellte. Für Verfolgte in Südafrika, Afghanistan und die Opfer vieler Diktaturen in der Dritten Welt, war Olof Palme mehr als nur ein Symbol für Solidarität. In seiner Gedenkrede am 15. März 1986 sagte Willy Brandt, dass die Gemeinschaft der demokratischen Sozialisten und Sozialistinnen einen guten Freund verloren habe, „einen nimmermüden und höchst anregenden politischen Menschen, einen überragenden Genossen im Kampf um die Sicherung des Friedens, die Erweiterung der Möglichkeiten, unter denen die sozialen und individuellen Menschenrechte gedeihen können und um die Gewährung von mehr Gerechtigkeit, auch für jene Millionen Mitmenschen, die nicht genug zu essen haben in einer Welt, die alle ernähren könnte, wenn sie besser organisiert wäre.“ Olof Palme, ein Mensch, der für Solidarität, Gewaltverzicht, Versöhnung und vieles mehr stand, hinterließ, wie Willy Brandt schon bemerkte, ein wichtiges Erbe für die gesamte Menschheit.



Keine Kommentare

25 Jahre Olof-Palme-Friedenspreis: Preisträger gesucht

Die SPD Stormarn bittet um Nominierungen für den Olof-Palme-Friedenspreis. Die Verleihung soll am 28. Februar 2012 stattfinden, dem 26. Todestag Olof Palmes. Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn: „Die SPD Stormarn vergibt den Preis seit nunmehr 25 Jahren an Vereine, Verbände und Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für Alle engagieren.“



Der Kreisvorstand um den damaligen Vorsitzenden Franz Thönnies hat den Preis ins Leben gerufen zum Gedenken an den schwedischen Ministerpräsidenten und sein Lebens- und Friedenswerk.“ Wer Menschen oder Vereine in Stormarn kennt, die sich in vorbildlicher Weise für den Frieden oder den weltweiten sozialen Ausgleich engagieren, kann diese bis zum 20. Januar nominieren. Dazu sollten auch die Kontaktdaten der Nominierten und der Nominierenden und eine entsprechende Begründung geliefert werden. Ansprechpartnerin ist Monika Poppe-Albrecht in der Lübecker Straße 35, 23843 Bad Oldesloe oder per Mail: KV-Stormarn[at]spd.de.

Ein fünfköpfiges Kuratorium wählt aus den eingegangenen Vorschlägen die Preisträger aus. Seine Entscheidung ist es auch, den Preis zu teilen oder auf einen Preisträger zu konzentrieren. In den vergangenen Jahren wurden bereits über 140 Gruppen und Personen benannt, deren ehrenamtliche Tätigkeit sonst kaum öffentlich Erwähnung findet oder einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Der Preis, dotiert mit 1500 Euro, ist eine Anerkennung und Ehrung und soll damit zur Nachahmung und zum Weitermachen anregen. Preisträger 2011 waren der Verein „Hilfe für das Hospital Santa Teresa“ und sein Vorsitzender Dr. Enno Keller aus Ahrensburg sowie das Therapie-Theater Reinfeld.

Gerade in den vergangenen Monaten, so Habersaat, sei wieder deutlich geworden, wie wichtig aktiver Einsatz für ein friedliches Miteinander ist. „Wer hätte gedacht, dass in Deutschland wieder eine Mordserie rechter Spinner möglich sein könnte? Zum Glück gab und gibt es in Stormarn zahlreiche Initiativen, kirchliche und nicht-kirchliche Gruppen und Personen, die sich um ein tolerantes und respektvolles Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kümmern.“

Mehr Informationen: www.olof-palme-friedenspreis.de

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.12.2011, 12:38 Uhr - 4165 Clicks - Nr. 1262

Neujahrsempfang der SPD Südstormarn

11.1.12, 19.00 Uhr, Rathaussaal, Oststeinbek (Möllner Landstraße 20)

Seit 1993 richten die SPD-Ortsvereine Barsbüttel, Glinde, Oststeinbek und Reinbek einen gemeinsamen Neujahrsempfang aus. Initiator war der damalige Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Puls. Heute ist Martin Habersaat dessen Nachfolger im Landtag und der Wahlkreis ist um die Gemeinde Wentorf erweitert worden. Gäste aus den Städten und Gemeinden sind willkommen, gemeinsam mit den Sozialdemokraten ins neue Jahr zu starten.

2012 richtet der Ortsverein Oststeinbek / Havighorst den Empfang aus. Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, gibt einen Ausblick auf das Jahr 2012 mit der bevorstehenden Landtagswahl. Ebenfalls dabei sein wird Dagmar Ziegler, stellvertretende Vorsitzende der SPD Bundestagsfraktion. Hier ist die ehemalige Ministerin des Landes Brandenburg zuständig für die Bereiche Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Martin



Habersaat: „Es wird deutlich werden, dass die SPD in der Bildungspolitik in Bund und Ländern an einem Strang zieht - in die gleiche Richtung, um Bildungsgerechtigkeit zu erreichen!“

Auf dem Programm stehen außerdem die Ehrung langjähriger SPD-Mitglieder und das Musische Forum Oststeinbek mit Musik und Gesang. „Auch für das leibliche Wohl wird gesorgt sein“, verrät Peter Hartmann, der die Veranstaltung für die SPD Oststeinbek organisiert und sich auf zahlreiche anregende Begegnungen und Gespräche freut. Martin Habersaat: „2012 wird ein spannendes Jahr, umso schöner ist es, es in netter Runde beginnen zu können!“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.12.2011, 15:39 Uhr - 5096 Clicks - Nr. 1263

Demonstration gegen Rechts

Nicht erst seit den Vorfällen in Zwickau ist es notwendig, gegen Rechtsradikalismus zu demonstrieren, zu protestieren und deutliche Zeichen zu setzen. Die SPD in Bad Oldesloe initiiert deshalb gleich zu Beginn des Jahres eine Demonstration und einen Protestmarsch gegen rechte Gewalt in der Kreisstadt Stormarns.

Sie ruft Stormarner Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich am Oldesloer Protestmarsch zu beteiligen.

Jens Pieter Friese, SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Bad Oldesloe: "Lasst uns gemeinsam unseren Willen zum Ausdruck bringen, den Rechtsextremisten keinen Platz in Stormarn zu gewähren!" Treffpunkt ist am Sonnabend, 14. Januar 2012, 11 Uhr, vor dem Bahnhof in Bad Oldesloe. Von dort aus führt ein Protestmarsch zur Hude, wo um 12 Uhr eine Kundgebung stattfindet. Redner sind Walter Albrecht (stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender des SPD-Ortsvereins Bad Oldesloe), Pastor Volker Hagge (Ev.-luth. Kirchengemeinde Bad Oldesloe) und der DGB-Kreisvorsitzende Uwe Teut.

"Wir demonstrieren für den Erhalt der Demokratie, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus", sagt Walter Albrecht. Zusammen mit allen Beteiligten hofft er auf eine große Resonanz, um für Bad Oldesloe und Stormarn ein deutliches Zeichen zu setzen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.12.2011, 19:25 Uhr - 5594 Clicks - Nr. 1264

Niels-Peter Horn wurde 70

Empfang für den Delingsdorfer Alt-Bürgermeister

Am 29. Dezember 2011 feierte der langjährige Bürgermeister von Delingsdorf, Niels-Peter Horn, seinen 70. Geburtstag. Niels-Peter Horn war von 1994 bis 2004 ehrenamtlicher Bürgermeister von Delingsdorf und Mitglied im Amtsausschuss Bargtheide-Land. Ihm gelang es, für die Bürgerinnen und Bürger in Delingsdorf das schöne Bürgerhaus entstehen zu lassen.



Nils Peter Horn war sichtlich bewegt, als am Geburtstagsmorgen 20 Gäste vor seiner Haustür standen um zu gratulieren. Der Spielmannszug Hammoor spielte ein Geburtstagsständchen. Die SPD war mit dem Ortsverein, einer Delegation des Kreisverbandes, dem Vorsitzenden der AG 60plus, Jürgen Schneider, und der Landtagskandidatin für Stormarn-Nord, Susanne Danhier, prominent vertreten. Gewürdigt wurde vor allem der weiterhin umfangreiche ehrenamtliche Einsatz des Jubilars.

Niels-Peter Horn ist Schiedsman des Amtes Bargtheide-Land, Vorsitzender des SPD-Ortvereins und im Vorstand der AG 60plus und, wie er selbst sagte: „Jetzt 46 Jahre Mitglied der SPD. Wie schnell doch die Zeit vergeht!“ Landtagskandidatin Danhier lobte den immer noch sehr engagierten SPD Mann für seine Tatkraft und Vielseitigkeit. „Die AG 60plus ist ganz begeistert von deinen plattdeutschen Lesungen und deinem Gitarren-Spiel im Rahmen der Bunten Nachmittage.“ Gerne fahre sie jedes Jahr wieder bei der Fahrradtour der SPD Delingsdorf mit, so Danhier weiter, bevor sie dem Geburtstagskind vor allem gute Gesundheit für die nächsten Lebensjahre wünschte.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 30.12.2011, 16:42 Uhr - 5098 Clicks - Nr. 1265

Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion in Stormarn

Gleich drei Mitglieder des Fraktionsvorstands des SPD-Bundestagsfraktion kommen zu Beginn des Jahres nach Stormarn. Susanne Danhier, Landtagskandidatin in Stormarn-Nord, hat Axel Schäfer eingeladen. Tobias von Pein, Landtagskandidat in Stormarn-Mitte, lädt zu einer Veranstaltung mit Elke Ferner ein. Und Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd, wird beim Neujahrsempfang der SPD in Südstormarn von Dagmar Ziegler unterstützt.



Die drei freuen sich: „Damit haben die Bürgerinnen und Bürger gleich zu Beginn des Jahres die Gelegenheit, wichtige Themen und spannende Persönlichkeiten der Bundespolitik persönlich zu erleben!“

Axel Schäfer in Bargtheide

Für Susanne Danhier ist die Europapolitik ein wichtiger Schwerpunkt. So organisierte sie 2009 als SPD-Ortsvereinsvorsitzende von Bargtheide eine Reise zur Europäischen Kommission nach Brüssel, für die sich über 100 Personen anmeldeten. In diesem Jahr folgt eine Reise zum Europäischen Parlament nach Straßburg. „Hat Europa noch eine Zukunft?“, fragt sie am 11. Januar um 19.30 Uhr im Schützenhof (Bargtheide, Jersbeker Straße 34). Interessierte Bürgerinnen und Bürgern können mit ihr und Axel Schäfer diskutieren. Schäfer ist als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für Europafragen. Susanne Danhier: „Europa ist unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. Ein gemeinsames Europa bedeutet Frieden und

gemeinsames Handeln im Währungsraum. Ich sehe zu einem gemeinsamen Europa und dem Euro keine Alternative.“

Elke Ferner in Ahrensburg

Wie in Zukunft die Versorgung pflegebedürftiger Menschen organisiert werden soll, wird in Ahrensburg diskutiert. Der SPD-Landtagskandidat Tobias von Pein hat Elke Ferner ab 19.00 Uhr im Peter-Rantzau-Haus zu Gast (Manfred-Samusch-Str.9, Ahrensburg). Sie ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und dort für Gesundheits- und Sozialpolitik zuständig. In der Diskussion zum Thema „Gute Pflege“ soll es um die Qualität in der Pflege, die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften und die gerechte Finanzierung der Pflegeversicherung gehen. Die Herausforderungen seien groß, meint auch Tobias von Pein: „Bei der steigenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen brauchen wir dringend zukunftsfähige Konzepte, die Pflege als wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen.“

Dagmar Ziegler in Oststeinbek

Seit 1993 richten die SPD-Ortsvereine Barsbüttel, Glinde, Oststeinbek und Reinbek einen gemeinsamen Neujahrsempfang aus, 2012 ist Oststeinbek an der Reihe (19.00 Uhr, Rathausaal Oststeinbek, Möllner Landstraße 20). Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, gibt einen Ausblick auf das Jahr 2012 mit der bevorstehenden Landtagswahl. Ebenfalls sprechen wird Dagmar Ziegler. Dagmar Ziegler war neun Jahre Ministerin in Brandenburg und ist heute als stellvertretende Vorsitzende der SPD Bundestagsfraktion zuständig für die Bereiche Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Martin Habersaat: „Es wird deutlich werden, dass die SPD in der Bildungspolitik in Bund und Ländern an einem Strang zieht - in die gleiche Richtung, um Bildungsgerechtigkeit zu erreichen!“

Keine Kommentare